stag, 22. März 1983 - D ***
att an allen deutschen Wertpapierbörsen

16,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr.
nnien 35 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 68 - 12.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc
Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

TAGESSCHAU

TIK

lze machte n Kanzler ie Vorschläge

ms. Bonn

Chef des Presse- und Infor- samtes der Bundesregie- Staatssekretär Diether Stol- ; Bundeskanzler Kohl Vor- e für eine effektivere Arbeit Behörde unterbreitet. Nach ationen der WELT hat Stol- ie Überlegungen in einem zusammengefaßt, den er em Wahlsieg dem Bundes- r übergeben hat. Dies wird teres Anzeichen dafür ange- daß Stolze auch weiterhin ungssprecher sein wird. Aus undeskanzleramt war in den Tagen bekanntgeworden, nzler gehe davon aus, daß auch künftig für die Aufga- Regieru.g sprechers zur Ver- stehe. Berichte, in denen Namen genannt wurden, eshalb unzutreffend. Einzel- über die von Stolze unter- en Vorschläge wurden zu- nicht bekannt. Aber Mängel Arbeit des Presse- und Infor- samtes waren schon im Vor- r Bundestagswahlen offen- geworden. Vor allem hat- einzelne Bedienstete an ät fehlen lassen.

TAT DES TAGES



en Anpassungstermin r die Renten kann an nicht hin und her hieben wie ein Pfo- en am Straßenrand. ”

: Blüm (CDU), Bundesminister eit und Sozialordnung, bei den msgesprächen über die Ren- zierung (Seite 8).
FOTO: SVEN SIMON

len in Finnland

AFP, Helsinki

den Reichstagswahlen in nd zeichnete sich gestern ei- e Wahlbeteiligung ab. 58 Pro- r 3,7 Millionen Wähler gingen am Sonntag, dem ersten Tag hlen, zu den Urnen. Als Favo- ler Wahlen gelten die Sozial- raten, die in der scheidenden ung die stärkste Partei stell- d die oppositionelle Konser- Partei. Einer jüngsten Umfra- olge können beide Parteien und 26 Prozent der Stimmen en.

terprise“ in Japan

dpa, Tokio

er dem Protest von rund Demonstranten ist gestern omgetriebene US-Flugzeug- „Enterprise“ in den amerika- en Marinestützpunkt Sasebo stjapan eingelaufen. Die De- rationen waren von den sozia- hen Parteien Japans veran- : worden. Die japanische Pres- rtete den Besuch der „Enter- , dem in Kürze weitere ameri- che Kriegsschiffe folgen sol- s eine demonstrative Antwort SA auf die verstärkte sowjeti- Militärpräsenz in dieser n.

cht nach Schweden

AP, Stockholm

ölf polnische Staatsbürger, ter vier Kinder, sind gestern Mitteilung der Polizei mit ei- einmotorigen Flugzeug nach reden geflohen. Die Flüchtlin- ie nahe der südschwedischen t Kristianstad gelandet seien; n um politisches Asyl nachge- t, sagte ein Sprecher. Das Flug- war von den Zivilluftfahrtbe- en unbemerkt in schwedi- n Luftraum eingeflogen.

WIRTSCHAFT

‚Schwerste Krise für Wirtschaft Lateinamerikas‘

dpa/VWD, Hamburg

Die Wirtschaft der lateinamerikanischen Staaten hat sich nach Angaben der Deutsch-Südamerikanischen Bank AG (Hamburg) im vergangenen Jahr in ihrer bislang schwersten Krise befunden. Zum größten Problem sei dabei die rapide Zunahme der Auslandsverschuldung geworden, die inzwischen fast 770 Milliarden Mark erreicht haben dürfte. Obwohl in vielen Fällen die Verschuldungsgrenze erreicht worden ist, äußerte sich die auf den lateinamerikanischen Raum spezialisierte Bank angesichts der eingeleiteten Umschuldungsmaßnahmen zuversichtlich, daß die Wirtschaftsprobleme in der Region mittelfristig lösbar sein dürften. Die weltweite Rezession brachte nach Angaben des zur Dresdner Bank-Gruppe gehörenden Instituts Lateinamerika zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,5 Prozent. Für die Krise machte die Deutsch-Südamerikanische Bank sowohl die Industriestaaten als auch die lateinamerikanischen Länder verantwortlich.

Erneute Zinssenkung

dpa/VWD, Frankfurt

Das Bundesfinanzministerium hat die Zinsen für seine Daueremissionen Finanzierungsschätze und Bundesschatzbriefe weiter gesenkt. Wie die Deutsche Bundesbank gestern mitteilte, werden mit Wirkung vom 22. März bei den Finanzierungsschätzen mit einem Jahr Laufzeit der Nominalzins auf 4,65 (4,75) Prozent und bei zwei Jahren Laufzeit der Nominalzins auf 5,10 (5,25) Prozent und damit die Renditen auf 4,88 (4,99) beziehungsweise auf 5,53 (5,70) Prozent herabgesetzt. Bei den Bundesschatzbriefen werden die Nominalzinsen wie folgt herabgesetzt: auf 4,00 (5,00) im ersten Jahr, auf 5,50 (6,50) Prozent im zweiten Jahr, auf 6,00 (7,00) Prozent im dritten Jahr, auf 7,00 (7,25) Prozent im vierten Jahr, auf 7,50 (7,75) Prozent im fünften Jahr und auf 8,25 (8,50) Prozent im sechsten und siebten Jahr.

Montan-Urteil

dpa, Karlsruhe

Das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung gilt nach einer Grundsatzentscheidung des Karlsruher Bundesgerichtshofs (BGH) auch für später entstandene Unternehmen, wenn diese die Merkmale des Montan-Mitbestimmungsgesetzes besitzen. Denn die Einbeziehung derartiger Gesellschaften entspreche dem Zweck des Gesetzes, im Montanbereich für Betriebe von einer bestimmten Größenordnung an die paritätische Mitbestimmung festzuschreiben. Einer ungleichen Behandlung stünden auch verfassungsrechtliche Bedenken entgegen (AZ: II ZB 10/82).

20 Millionen Gewinn

dpa/VWD, Frankfurt

Trotz der Flaute im Weltluftverkehr hat die Frankfurter Flughafen AG (FAG) im vergangenen Jahr einen Gewinn „in der Größenordnung von über *20 Millionen Mark*“ erwirtschaftet. In einer gestern in Frankfurt veröffentlichten Erklärung des FAG-Vorsitzenden Erich Becker heißt es, der Gesamtumsatz habe sich auf über 800 Millionen Mark belaufen. Wenngleich auch für 1983 „weiterhin mit Stagnation oder einem leichten Rückgang der Verkehrszahlen“ gerechnet werde, sehe die FAG dennoch dem Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1983 „mit Zuversicht entgegen“.

Im Verlauf erholt

DW. Frankfurt

Nach deutlichen Anfangsverlusten erholten sich die Aktienkurse wieder auf das Niveau des Wochenschlusses. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 125,5 (125,9). Dollarmittelkurs 2,3870 (2,392) Mark. Goldpreis pro Feinunze 414,50 (421,75) Dollar.

WETTER

Wolken und Regen

DW. Essen

Im Süden anhaltender Regen, im übrigen Bundesgebiet wechselnd wolkig und Schauer. Temperaturen tagsüber um 7 Grad.

Die CSU sieht ihre Forderungen erfüllt. Strauß bleibt in Bayern

Stoiber: „In historischer Funktion“ / Das neue Kabinett steht fest

PETER SCHMALZ, München

Franz Josef Strauß bleibt in München. Nach einem intensiven Telefonat mit Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem der CSU-Vorsitzende seine am Wochenende getroffene Entscheidung erläuterte, informierte Strauß gestern vormittag den CSU-Landesvorstand, der den Entschluß mit lautem Beifall begrüßte.

Der Verzicht von Strauß wird in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung in zweifacher Weise begründet: In der Gestaltung des personellen Programms und in der sachlichen Zusammenarbeit sei ein „voll zufriedenstellendes Ergebnis“ erreicht worden. Außerdem hätte die Annahme eines Kabinettsposten durch Strauß bedeutet, daß ein amtierender CSU-Minister hätte ausscheiden müssen. Wörtlich heißt es in der Erkärung: „Das Angebot sei ehrenwert, er lehne es jedoch ab, weil er keinen amtierenden CSU-Kollegen verdrängen wolle.“

Kohl hat Strauß das Verteidigungsministerium und den Vizekanzler sowie vier weitere Ministerposten für die CSU angeboten. Ohne Strauß soll die CSU mit fünf Ministern ohne Vizekanzler im Koalitionskabinett vertreten sein. Unabhängig von der Strauß-Entscheidung wollte Kohl der CSU auf jeden Fall das Landwirtschaftsministerium geben.

Strauß begründete gegenüber Kohl seinen Verzicht mit dem Hinweis, das „hervorragende Verhandlungsergebnis in der Sache und im personellen Bereich“ habe ihm diesen Entschluß ermöglicht. Mit sichtlicher Genugtuung wies Stoiber nach der Sitzung auf die hervorragende Präsenz der CSU in Bonn hin. Nur einmal unter Bundeskanzler Ludwig Erhard sei es ihr für kurze Zeit möglich gewesen, ebenfalls fünf Minister zu stellen, wobei die Qualität der Ministerien nicht so gut gewesen sei.

Zufrieden äußerte sich der CSU-Generalsekretär auch über die sachlichen Erfolge: „Wir haben in den bisherigen Verhandlungsergebnissen die wesentlichen Punkte der CSU in der Innen-, Sicherheits-, Rechts-, Deutschland-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik durchgesetzt. Der Landesvorstand geht davon aus, daß damit eine gute Grundlage für die Regierung Helmut Kohl für die nächsten vier Jahre gegeben sein wird.“ Mit diesem Ergebnis stehe die CSU in einer „historischen Funktion“.

Die Festlegung der FDP auf das Außenamt und das Wirtschaftsministerium wurde von der CSU zwangsläufig hingenommen. Stoiber: „Wir haben das bedauert, aber es mußte akzeptiert werden. An personellen Wünschen konnte die Koalition ja nicht scheitern.“ Stoiber selbst wird ebenfalls in München bleiben. Er gibt nach Ende der Koalitionsverhandlungen, die heute nach Angaben von CSU-Sprecher Godel Rosenberg „formell abgeschlossen werden“, das Amt des Generalsekretärs an Otto Wiesheu ab und konzentriert sich auf die Funktion des Staatssekretärs in der bayerischen Staatskanzlei.

Aufgeben mußte die CSU das Amt des Bundestagspräsidenten. Richard Stücklen, dem der Vorstand gestern für seine Amtsführung dankte, wird das Amt des Bundestagsvizepräsidenten übernehmen.

In Münchner Bankkreisen wurde gestern der Verzicht von Strauß nicht als Überraschung gewertet. Dieser Schritt war erwartet worden, nachdem Strauß dem Vorschlag des Aufsichtsrats der Bayerischen Vereinsbank zugestimmt hatte, sich am 29. April in den Aufsichtsrat dieser Bank wählen zu lassen. Er rückt damit für den früheren Ministerpräsidenten Alfons Goppel nach. Strauß wird

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der Entschluß

HERBERT KREMP

Alle diejenigen in und um Bonn, die sich mit dem angenehmen Gruseln des Voyeurs auf ein jahrelanges oder wenigstens wochenwährendes Fingerhakeln mit „dem Bayern“ eingestellt hatten, leiden seit gestern nachmittag an einer Art abruptem Lustentzug. Franz Josef Strauß bleibt in München; und er begründet seine Entscheidung mit derselben Würde und demselben Sinn für Verantwortung, die seine gesamte Verhandlungsführung gekennzeichnet haben.

„Diesmal sitze ich in der Kutsche, und ich kann wieder aussteigen, wenn der Auftrag erfüllt ist“, hatte Strauß in der Wahlnacht des 6. März vieldeutig erklärt. Zu keinem Zeitpunkt hat der bayerische Ministerpräsident für seine Person Forderungen angemeldet, die den Bundeskanzler in eine Zwangslage gebracht hätten. Er stellte Bedingungen in der Sachpolitik und bat den Regierungschef um ein Angebot, das die CSU entsprechend ihrem außerordentlichen Beitrag zum Wahlsieg – 10,6 Prozent im Bundesdurchschnitt – an den personellen Dispositionen in Bonn beteiligen würde. Daß dieses Angebot auch den CSU-Vorsitzenden berücksichtigen mußte, war eine bare Selbstverständlichkeit.

Die Schwierigkeiten der Gespräche entstanden aus zwei Voraussetzungen: Strauß hatte mit allen Kräften für die absolute Mehrheit der Union gekämpft und dabei konsequent gegen die FDP Front gemacht. Gegebenenfalls wäre ihm die Prämie des unbestritten zweiten Ranges in Bonn zugefallen. Kohl disponierte demgegenüber die Zukunft seines Regierens zusammen mit dem Koalitionspartner FDP, dessen Überleben in Bonn er während des Wahlkampfes erkennbar den Vorrang vor der eigenen absoluten Mehrheit einräumte. Aus dieser Perspektive mußte die Prämienverteilung zu Bonn logischerweise anders ausfallen. Hier lag die Quelle eines Konflikts.

Daß er am Ende vermieden werden konnte, ergab sich aus dem „Anfang“ des Wahlresultats. Kohls Rechnung ging am 6. März so genau auf, daß die Architektur der neuen Bonner Koalition in ihren Eckdaten nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt werden konnte. Daher wurde über die Sachfragen mit allem Freimut, über die Verteilung der attraktivsten Positionen in engstem Spielraum diskutiert. Darüber waren sich alle Beteiligten klar, in erster Linie Franz Josef Strauß, der Latein und Rechnen wahrlich gelernt hat.

Finanzminister einigten sich auf umfassende Paritäts-Änderung

Kompromiß nach dreitägigem Ringen / D-Mark effektiv 5,7 Prozent höher bewertet

W. HADLER/U. LÜKE, Brüssel

Doch noch unter erfreulichen Vorzeichen hat gestern das Frühjahrstreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel begonnen: Gerade als die unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl versammelten Teilnehmer des Gipfels ihre Beratungen aufnehmen wollten, war den Finanzministern die Einigung über eine Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) gelungen.

Danach ist die D-Mark gegenüber den EWS-Währungen (alle EG-Staaten außer Großbritannien und Griechenland) nominell um 5,5 Prozent aufgewertet worden, während der stark unter Beschuß geratene französische Franc um 2,5 Prozent heruntergestuft wurde. Auch die Leitkurse der italienischen Lira und des irischen Pfundes wurden um 2,5 bzw. 3,5 Prozent herabgesetzt. Dagegen folgten der holländische Gulden mit 3,5 Prozent, die dänische Krone mit 2,5 Prozent und der belgisch/luxemburgische Franc mit 1,5 Prozent der Aufwärtsbewegung der deutschen Währung.

Die 5,5prozentige Aufwertung des DM-Leitkurses innerhalb des EWS bedeutet effektiv – unter Berücksichtigung der Auf- und Abwertungen der übrigen EWS-Währungen – eine Höherbewertung der deutschen Währung um 5,7 Prozent. Der holländische Gulden wird danach effektiv um 1,1 Prozent höher bewertet. Abgewertet werden effektiv die dänische Krone um 0,1 Prozent, der belgisch-luxemburgische Franc um 0,21 Prozent, der französische Franc um 4,4 Prozent, die italienische Lira um 4,3 Prozent und das irische Pfund um 0,58 Prozent.

SEITE 2:
Dreimal in zwei Jahren
SEITE 9:
Das befürchtete Chaos blieb aus

Den Regierungschefs ist mit der in letzter Stunde erzielten Einigung der Weg für eine zukunftsorientierte Aussprache über die aktuellen Probleme der Gemeinschaft eröffnet worden. Noch am Montagmorgen war ein Ausscheren Frankreichs aus dem Währungsverbund keineswegs ausgeschlossen worden.

Der Kompromiß, der nach dreitägigem Tauziehen erzielt wurde, bedeutet für die deutsche Wirtschaft eine Erschwerung ihrer Exporte in den EWS-Raum, der etwa die Hälfte der deutschen Ausfuhren aufnimmt. Gleichzeitig werden die Importe aus den abwertenden Partnerländern verbilligt. Wichtiger für die Bundesrepublik ist aber die durch den Brüsseler Kompromiß bestätigte Aussicht auf stabile Exportabsatzmärkte. Ohne die Neuordnung an der „Währungsfront“ hätte mit einer starken Fluktuation der Wechselkurse, vor allem aber mit neuen handelspolitischen Abwehrmaßnahmen Frankreichs gegen deutsche Importe gerechnet werden müssen. Davon wäre – wie in Brüssel immer wieder besorgt hervorgehoben wurde – auch der politische Zusammenhalt in der Gemeinschaft beeinflußt worden.

Die Währungsanpassung, die siebte insgesamt, ist die schwierigste gewesen, die seit Gründung des EWS im März 1979 notwendig wurde. Grund dafür war die immer stärker divergierende Wirtschaftsentwicklung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Zugleich stellte sich aber auch für die „kleinen“ EG-Länder immer stärker die Frage, ob sie

● Fortsetzung Seite 8

Bonn brachte ein Opfer für Europa

CL. DERTINGER, Frankfurt

Nach der Wechselkurskorrektur, die gestern die härteste Zerreißprobe des Europäischen Währungssystems beendete, spürte man überall große Erleichterung, obwohl der Kompromiß ganz deutlich die französische Handschrift zeigt. Die Bundesregierung ist mit ihrem Angebot sehr weit gegangen. Sie hat ein Opfer für Europa gebracht.

Mit der Drohung Delors', Frankreich werde ohne deutsches Entgegenkommen beim Aufwertungssatz aus dem EWS ausbrechen und Importbarrieren errichten, stand nicht nur das Währungssystem auf dem Spiel, sondern vor allem der freie Handel in der Europäischen Gemeinschaft und damit die EG selbst. Nur das Ziel, dies zu verhindern, rechtfertigt die deutsche Kompromißbereitschaft in Brüssel. Man kann nur hoffen, daß Frankreich, unser größter Handelspartner, der im letzten Jahr 14 Prozent unserer Exporte abnahm, dies mit einem Verzicht auf häßlichen Protektionismus auch honoriert.

Ein deutsches Opfer ist die fünfeinhalbprozentige Markaufwertung gegenüber den bisherigen Leitkursen, die sich allerdings am Markt vorerst weniger stark auswirken wird, weil sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte im Ausland etwas verschlechtern wird, und das, obwohl unsere Exporterfolge keineswegs berauschend sind. Der hohe deutsche Außenhandelsüberschuß ist nämlich in erster Linie die Folge der konjunkturbedingten Importflaute. Die D-Mark war jedenfalls, entgegen den französischen Behauptungen, im EWS nicht unterbewertet, woraus die deutsche Wirtschaft im Export hätte Vorteile ziehen können.

Das Problem, das den Franzosen zu schaffen machte, war auch weniger eine kaufkraftmäßige Überbewertung des Franc am Devisenmarkt, sondern vielmehr der gewaltige Importsog, den Paris mit der wirtschaftlichen Expansionspolitik ausgelöst hat. Dies spiegelte sich natürlich in der Schwäche des Franc-Kurses. Die Abwertung des Franc ist nur ein Kurieren an Symptomen. Sie wird an den französischen Sorgen wegen des riesigen Außenhandelsdefizits nichts ändern, solange sich die französische Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht ändert.

Für die Bundesrepublik ist die Aufwertung der Mark um den hohen Satz von 5,5 Prozent gegenüber der europäischen Rechnungseinheit Ecu dadurch etwas leichter erträglich, daß auch die Währungen anderer wichtiger Handelspartner diesen Schritt zum Teil mitvollziehen. Gleichzeitig geht dadurch die effektive Abwertung des Franc über den nominellen Satz von 2,5 Prozent hinaus. Die Franzosen mußten also mehr nachgeben, als es nach außen hin scheint.

Dennoch war das deutsche Opfer das größere. Der Preis wäre sicherlich nicht lohnend, wenn Paris auch künftig nicht daran denken sollte, sich an die unter Partnern in Europa geltenden Spielregeln zu halten, sondern diese Regeln so gröblich verletzt wie beim jüngsten Pokern um die Wechselkurse.

PLO will Operationen gegen Israel verstärken

Habib in Jerusalem: Fortschritte in der Libanonfrage?

rtr/AFP/AP, Amman/Jerusalem

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) will ihre militärischen Aktionen gegen israelische Truppen in Libanon und den besetzten Gebieten verstärken. Der stellvertretende PLO-Kommandeur Abu Jihad äußerte gestern in der „Jordan Times“, es sei kein Geheimnis, daß die PLO-Einheiten angewiesen wurden, ihre Operationen zu intensivieren.

Die PLO glaube nicht daran, daß die USA den festgefahrenen Nahost-Friedensprozeß wieder in Gang bringen können, indem sie Israel zum Rückzug aus Libanon und zur Beendigung der Siedlungspolitik bewegen, sagte Jihad. Er bezeichnete jordanische Forderungen nach Abzug der Israelis, Siedlungsstopp und aktive Beteiligung der Palästinenser als sehr wichtige Vorbedingungen für eine Beteiligung an Nahost-Friedensgesprächen. PLO-Chef Arafat werde wahrscheinlich Anfang April in Amman mit König Hussein Gespräche führen.

Der Chef des PLO-Sicherheitsdienstes, Salah Khalaf, forderte Washington auf, einen Plan zu entwickeln, der die Rechte der Palästinenser anerkennt. Das palästinensische Volk werde dann entscheiden, ob es einen eigenen Staat, eine Anbindung an Jordanien oder Autonomie wolle, sagte er im ungarischen Fernsehen.

In Jerusalem hat der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Habib in Gesprächen mit Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Arens „Fortschritte“ in der Frage des geplanten Rückzugs der israelischen Truppen aus Libanon erzielt. Wie aus dem israelischen Außenministerium verlautete, sollen sich diese Fortschritte auf die israelische Haltung zu den jüngsten US-Vorschlägen über Sicherheitsgarantien für Israel beziehen. Nach Angaben des israelischen Fernsehens setzten sich Ministerpräsident Begin und seine wichtigsten Minister im Kabinett gegen eine Minderheit durch, welche die US-Vorschläge verwerfen wollte.

In der israelischen Stadt Nathanja sollten die israelisch-libanesisch-amerikanischen Verhandlungen über den Truppenabzug gestern nach elftägiger Unterbrechung fortgesetzt werden.

29 US-Parlamentarier haben den libanesischen Präsidenten Gemayel brieflich aufgefordert, die versprochene Untersuchung der Massaker in den Beiruter Palästinenser-Lagern Sabra und Schatila rasch abzuschließen. Die Abgeordneten äußerten ihre tiefe Betroffenheit darüber, daß die libanesische Justiz die Ermittlungen offenbar nicht seriös betreibt.

Die libanesischen Streitkräfte haben am Wochenende israelischen Truppen die Erlaubnis verweigert, mit Panzern und gepanzerten Mannschaftswagen in einem *von amerikanischen Mitgliedern* der multinationalen Friedenstruppe und libanesischen Soldaten kontrollierten Außenbezirk Beiruts zu patrouillieren. Dies gab ein US-Sprecher in Beirut bekannt.

Der Kommandeur der US-Einheiten in Libanon, General Barrow, beschuldigte die Israelis in einem Schreiben an Verteidigungsminister Weinberger, sie würden das Leben amerikanischer Soldaten in Libanon absichtlich gefährden.

Seite 2: Weinberger

Neue Unruhen in Assam fordern 32 Todesopfer

Ausgehverbot wegen Streik gegen Parlamentseröffnung

AFP/rtr/dpa, Neu-Delhi

Im nordostindischen Bundesstaat Assam haben neue blutige Unruhen am Wochenende mindestens 32 Todesopfer gefordert. Rund 2000 zugewanderte Bengalen brannten in der von Assamesen bewohnten Ortschaft Nasapur mehr als 500 Häuser und Hütten nieder.

In Assams Hauptstadt Gauhati wurden bei Sprengstoffanschlägen sieben Menschen verletzt. Gauhati wurde zum Sperrgebiet erklärt. Truppen kontrollieren die Ausgänge und Knotenpunkte der Stadt.

Über Assams von Unruhen erschütterten Regionen, wo seit zwei Monaten etwa 3000 Menschen den Tod fanden, ist jetzt ein unbefristetes Ausgangsverbot verhängt worden. Zugleich begann in dem Bundesstaat ein 24stündiger Streik, zu dem militante Hindugruppen aufgerufen hatten. Doch konnten sie damit gestern nicht die Eröffnung des neugewählten Parlaments von Assam verhindern. Die Opposition bestreitet die Gültigkeit der von ihr boykottierten Parlamentswahlen, an denen nur zehn Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen und aus denen die Kongreßpartei der Ministerpräsidentin Indira Gandhi dank der rund 2,5 Millionen wahlberechtigten Zuwanderer als Sieger hervorging.

Der Streik brachte den Autoverkehr zum Erliegen, die meisten Geschäfte und Märkte waren geschlossen. Schienen- und Luftverkehr arbeiteten hingegen normal. Bewaffnete Eskorten sichern die Busverbindungen.

Inzwischen nimmt der Drang indischer Bundesstaaten nach mehr Autonomie und Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Neu-Delhi deutliche Formen an: Die Chefminister der südindischen Staaten Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Karnataka sowie des Unionsterritoriums Pondicherry bildeten am Wochenende in Bangalore überraschend einen gemeinsamen Rat, der die Forderungen des Südens gegenüber der Zentralregierung mit Nachdruck vertreten soll.

In den südindischen Staaten und in Pondicherry hat Frau Gandhis Kongreßpartei ihren Einfluß verloren. Regionalistische Parteien haben die Kongreß-Partei bei den Wahlen im vergangenen Jahr und Anfang 1983 in allen drei Staaten haushoch geschlagen.

Mitterrand verschiebt Revirement

Regierung berät über rigorose Sparpolitik / Harte Kritik an Minister Delors

A. GRAF KAGENECK, Paris

In Paris steht jetzt fest, daß es vor Donnerstag nicht zu einer Umbildung des Kabinetts Mauroy kommen wird. Präsident Mitterrand wird, falls er sich zu einem solchen Beschluß im Lichte der Brüsseler Verhandlungen durchringen sollte, seine Entscheidung erst in der angekündigten Fernsehansprache am Mittwochabend bekanntgeben. Vorher soll, wie an jedem Mittwoch, der Ministerrat unter Vorsitz des bisherigen Premierministers Mauroy die Richtlinien einer eventuellen rigoroseren Sparpolitik als Folge eines neuen Franc-Kurses festlegen. Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors dementierte am Montag in der Pariser Zeitung „Liberation“ Gerüchte vom Vortage, daß er neuer Ministerpräsident werden könnte. „Wer das behauptet, täuscht sich ganz und gar“, sagte Delors.

Die Presse ging gestern mit dem Staatspräsidenten und der Regierung wegen der äußerst konfusen Vorgänge des Vortages hart ins Gericht. Kritik wurde vor allem an Minister Delors geübt, der durch seine Äußerungen in Brüssel vom Sonntagmorgen, es geschähen am Nachmittag wichtige Dinge in Paris, zu denen er in der Hauptstadt zurücksein müsse, Spekulationen über eine unmittelbar bevorstehende Regierungsumbildung ausgelöst hatte. Auch Delors' barsche Vorwürfe an die deutsche Adresse („Ich habe es mit arroganten und verständnislosen Leuten zu tun“) ist von den Kommentatoren nicht goutiert worden.

Der frühere Premierminister Chaban-Delmas, ein Gaullist, sah in der Haltung des sozialistischen Ministers ein Eingeständnis der Schwäche, das zu ernstesten Bedenken Anlaß geben müsse. Noch nie seit 1958 habe sich Frankreich in einer solchen Abhängigkeit von Deutschland befunden. Die Sozialisten hätten in zwei Jahren das Prestige verspielt, das General de Gaulle dem Land wieder zurückgegeben hätte. Frankreich befinde sich heute in demselben Zustand, in dem es der General am Ende der vierten Republik vorgefunden habe. Es sei Spielball und Gegenstand des Gespötts Europas.

Jean Poperen, der zweite Mann der Sozialistischen Partei, hatte am Sonntagabend in einem Rundfunkinterview jede Rückkehr zu einer „zentralistischen Politik“ ausgeschlossen. Wenn eine neue Austerity-Politik unvermeidlich sein sollte, so solle sie diesmal „sozial gerechter verteilt“ werden.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grundsätze und Geld

Von Peter Gillies

Nötig wie lobenswert war der Beschluß der Koalitionspartner, die Sanierung der öffentlichen Finanzen keinesfalls dadurch zu bewirken, daß man Steuern und Abgaben weiter erhöht. Der Grundsatz bedarf der zwingenden Erwähnung, weil die deutsche Wirtschaft vor allem durch den aufgeblähten Staatsanteil so viel an Flexibilität verloren hat.

Aber mit Grundsätzen ist das so eine Sache. Bei gleichermaßen grundsätzlicher wie hintergründiger Betrachtung ergibt sich eine Eriwansche Lage: Ohne Steuer- und Abgabeerhöhungen kommen wir – bei fortdauernder grundsätzlicher Ablehnung – gar nicht aus.

Aus der Fülle der Absichten seien genannt: Die Investitionsabgabe soll nach geltendem Recht zurückgezahlt werden. Jetzt bahnt sich an, daß nur die Hälfte zurückgezahlt wird. Dies ist die Einführung einer neuen Steuer, die gute Chancen hat, als Dauerbestandteil im Tarif zu verbleiben. Kürzungen des Weihnachtsfreibetrags sind nichts anderes als Steuererhöhungen. Die fortdauernde heimliche Steuererhöhung (Zusammenwirken von Inflation und Progression) sei nur am Rande erwähnt.

Bei den Abgaben steigt zuerst der Rentenbeitrag im Herbst auf 18,5 Prozent. In den folgenden Jahren will man wohl eine offene Erhöhung vermeiden, peilt aber verdeckte Beitragserhöhungen gerade für Aufsteiger an. Sollten Bezieher von Krankengeld auch rentenbeitragspflichtig werden, ist natürlich auch das eine Abgabenerhöhung. Gleiches gilt für den bislang abgabefreien Teil des Weihnachtsgeldes.

Offenbar gehört es zu den mühseligsten Unterfangen, die Steuer- und Abgabenlast auch nur konstant zu halten. Man muß sich darein ergeben, daß sie weiter wächst. Das ist zu bedauern, deutet aber den riesigen „Wende"-Kreis an. Einstweilen hält man beides hoch: die Grundsätze und die Steuern.

Lehrgeld fällig

Von Wilm Herlyn

Hans Preiss, zuständig für das Bildungswesen in der IG Metall, ist das, was man einen kritischen und engagierten Hinterfrager nennt. Im März-Heft der Zeitschrift „Der Gewerkschafter" donnert er: „Weiß der Bundeskanzler nicht, daß er mit seiner Zusage ‚Für jeden eine Lehrstelle' eine Kapitulationsurkunde unterschrieben und das Grundrecht auf freie Berufswahl (Artikel 12 des Grundgesetzes) außer Kraft gesetzt hat? Ist ihm das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Dezember 1981 immer noch unbekannt, wonach in der jetzigen Zeit kein Glaubensbekenntnis, sondern staatliches Handeln gefordert ist?"

Doch diese bitteren Zweifel gegenüber dem Staat beziehen sich, gottlob, nur auf die Regierung der Republik selber, jedoch nicht auf ihre Einzelstaaten. Denen traut Preiss doch noch Gutes zu: „Die Entscheidungen des Hamburger Senats, der Freien und Hansestadt Bremen und die Absichten der hessischen Landesregierung, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren, zeigen uns den richtigen Weg."

Ist es so, daß dem Gewerkschafter ein Ausbildungsplatz nur gefällt, wenn er von einer SPD-Regierung zugesichert wird? Wahrscheinlich täte man Preiss mit solchem Verdacht unrecht. Wahrscheinlich sind die Stichworte, die sein Herz höher schlagen lassen, „Garantie" und „staatliches Handeln".

Das ist ein alter Ideologentraum, vermischt mit deutscher Obrigkeitsgläubigkeit hinter aller Polemik gegen die Obrigkeit: Was der Staat anpackt, wird gut; was die freien Bürger anpacken, kann nichts taugen. Daß aber ein Staat, der Lehrplätze verplant, auch Arbeitsplätze verplanen muß und damit nicht nur die Wirtschaft, sondern auch jedes Bürgers Leben von der Wiege oder jedenfalls vom Lehrplatz bis zur Bahre (und daß dann ein Lebensstandard herauskommt, der in allen Planwirtschaften unter dem unserer Arbeitslosen liegt) – ist das dem kämpferischen Hans Preiss „immer noch unbekannt"?

Vorurteilsfindung

Von Enno v. Loewenstern

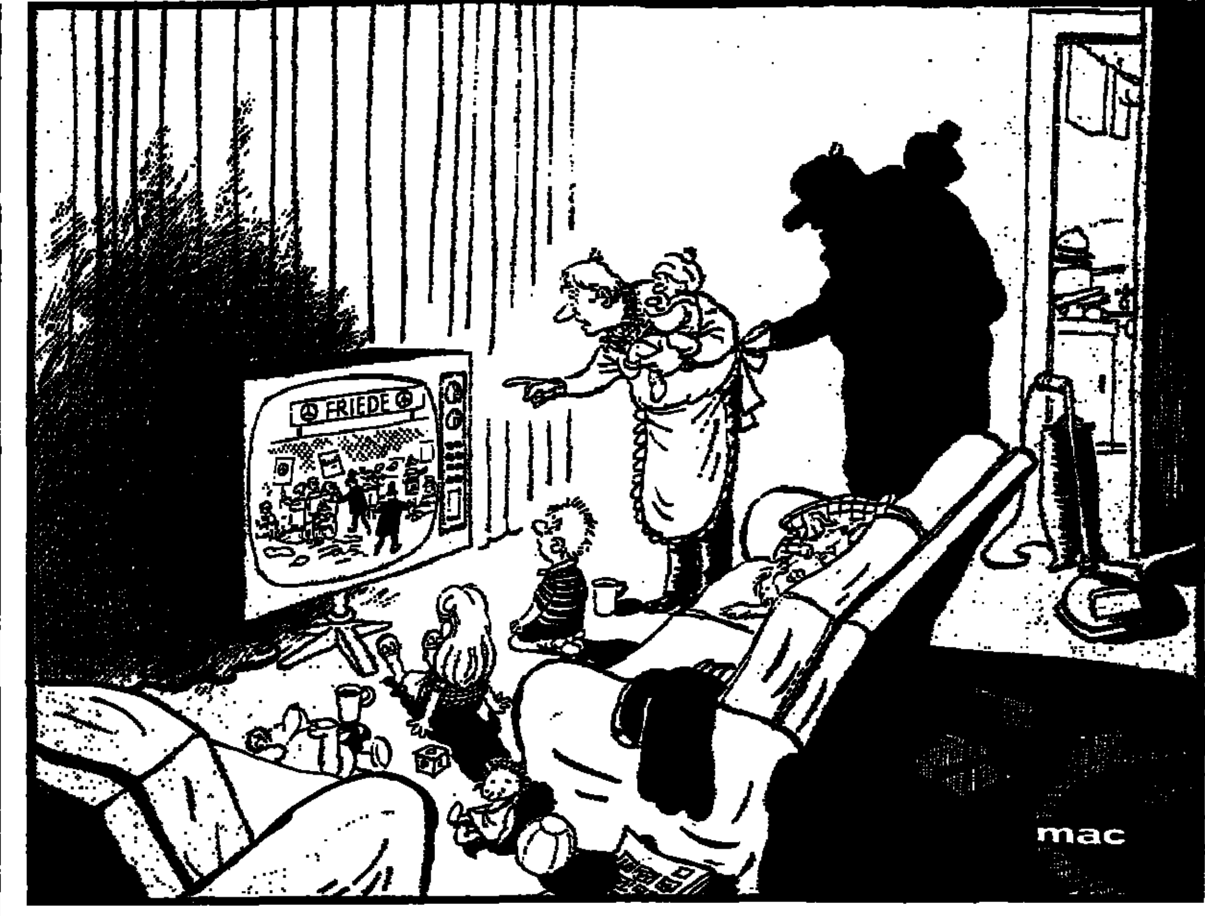
Über das Eigentliche haben manche Philosophen nachgedacht, von Adorno bis Zarathustra. Daß „eigentlich" auch ein rechtsstaatlicher Begriff sein kann, der womöglich Regierungsbildungen beeinflußt, war eigentlich weniger bekannt.

Aber da hat ein Hamburger wöchentliches Enthüllungsblatt seine sonstige rechtsstaatliche Aufgeregtheit über Schnüffelei und Datenschutzprobleme abgeschaltet und uns über einen Bonner Minister berichtet, gegen den „bald Anklage erhoben werden könnte". Klar, daß er da schon jetzt Verurteilung verdient. Und, tunlichst, Nichtberücksichtigung bei Koalitionsgesprächen.

Jener Minister nämlich ist im Gerede, weil er Spenden von einem Großindustriellen erhalten habe. Nur: es ist nicht ganz sicher, ob er sie auch tatsächlich erhalten hat. Da ist die Rede von Geld „wegen" dieses Ministers, nicht etwa „an" ihn. Der Minister aber sagt, er wisse davon nichts; ob das Geld nicht an einen früheren Parteikassierer gegangen sein könnte?

Der wiederum ist inzwischen gestorben. Nun aber meldet das Enthüllungsblatt atemlos, man habe eine einstige Lebensgefährtin des Toten entdeckt. Diese sei „dem Schatzmeister bei seinen Korrespondenzen behilflich gewesen". Jedoch: „Ich habe nicht in Erinnerung, daß da jemals etwas geflossen ist." Wohl habe sie ihrem Freund nicht in die Taschen geguckt, aber sie sei „im wesentlichen" und „eigentlich" von ihm stets informiert worden.

Wie schon Angelus Silesius so treffend sagte: Mensch, werde wesentlich! Zum Wesentlichen aber gehört das Eigentliche. Ist nun, wenn jemand eigentlich alles wissen sollte und trotzdem etwas nicht in Erinnerung hat, der Schuldbeweis bereits geführt? Wenn es aus Donnepps Landen frisch auf den Hamburger Stammtisch kommt und der Angegriffene obendrein nicht genehm ist, dann allemal.



„Da ist eure Mutter – die mit dem dunklen Haar und der Brille!" ZEICHNUNG: MAC

Dreimal in zwei Jahren

Von Joachim Schaufuß

In weniger als zwei Jahren mußte der französische Franc jetzt zum dritten Male abgewertet werden. Das ist eine weitere Quittung für die kapitalen Fehler, welche die sozialistisch-kommunistische Regierung begangen hat. Sie wirkten sich um so schlimmer aus, als Frankreichs wichtigster Handelspartner, die Bundesrepublik, eine den Ambitionen Präsident Mitterrands diametral entgegengesetzte Wirtschaftspolitik verfolgt hatte.

Der Schaden an der französischen Währungsfront läßt sich noch nicht übersehen. Wieviel Devisen die Banque de France zur Verteidigung des Franc insbesondere durch den Rückgriff auf Auslandskredite eingesetzt hat, ist ein Staatsgeheimnis. Die letzte amtliche Angabe über die französischen Auslandsschulden datiert zu Mitte 1982. Aber man kann wohl davon ausgehen, daß Paris vor diesem Wochenende das Wasser bis zum Hals gestanden hat.

Immerhin weist schon der letzte offizielle und keineswegs komplette Wochenausweis der Banque de France für die Zeit vom 3. bis 10. März Devisenverluste in Höhe von dreiundzwanzig Milliarden Franc aus. Dieser gewaltige Aderlaß war allerdings zum Teil auch der Bundestagswahl vom 6. März zuzuschreiben: Der Wahlsieg Kohls brachte der Bundesrepublik aus allen Ländern so starke Devisenzuflüsse, daß der D-Mark-Kurs gegenüber sämtlichen Währungen – vor allem gegenüber dem schwachen Franc – steigen mußte. Aber damit läßt sich natürlich kein Verlangen nach einseitiger D-Mark-Aufwertung begründen. Denn die Quintessenz ist, daß die Franzosen es wirtschaftspolitisch falsch gemacht haben und die Deutschen – wenigstens neuerdings – richtig; und da sträubt sich nicht nur das Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch das Zweckmäßigkeitsgefühl dagegen, die Vernunft zu bestrafen und die Unvernunft zu belohnen.

Gewiß kann man die französische Regierung verstehen, daß sie mit einer alleinigen Franc-Abwertung nicht gern eine Abwertung sozialistischer Wirtschaftspolitik demonstrieren wollte. Und gewiß muß der Kompromiß in der Politik eine Rolle spielen, zumal da die von Delors erpresserisch angedeutete Möglichkeit eines französischen Ausstiegs aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) mit Abschottung des französischen Marktes dem deutschen Export böse Verluste und der deutschen Politik den Zusammenbruch der EG androhte. Andererseits: Eine EG als Inflationsgemeinschaft verlöre ihren Sinn. Doch sind die Franzosen politisch in der Vorhand; sie nennen die Deutschen – mit denen eben noch beim Kohl-Besuch solch herzliche Eintracht herrschte – jetzt „arrogant", gerade weil die Deutschen es nicht sind und die Franzosen sich diesen Vorwurf mithin leisten können. Und weil ein zukünftiger Premier Delors mit solchen Tönen ganz Frankreich hinter sich eint.

Die französische Regierung ist davon überzeugt, sich mit ihrer im Sommer 1982 eingeleiteten „Politik der Strenge" auf dem richtigen Wege zur Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse zu befinden. Insbesondere ist das zuvor stark aufgeblähte Budgetdefizit stabilisiert und auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts begrenzt worden – ein Verhältnis, welches auch für den deutschen Staatshaushalt gilt. Ferner wurden durchgreifende Maßnahmen zur Sanierung des Sozialversicherungshaushalts und der Arbeitslosenkasse ergriffen.



Fügen sich die Deutschen nicht, sind sie „arrogant": Delors FOTO: AP

Auch in der Inflationsbekämpfung konnte die Regierung in jüngster Zeit – allerdings dank mehr oder weniger dirigistischer Maßnahmen – gewisse Erfolge erzielen. Im Februar sind die französischen Konsumentenpreise gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nur noch um 9,2 Prozent gestiegen, nachdem sie sich im Jahresdurchschnitt 1982 um 11,8 Prozent und 1981 um 13,4 Prozent erhöht hatten. In fast allen anderen Ländern wurde die Inflationsrate aber noch stärker herabgedrückt; in der Bundesrepublik bis auf fast drei Prozent. Damit wurde der französische Stabilisierungsrückstand eher noch größer.

Dies ist die eine große Ursache der letzten Franc-Schwäche gewesen. Die andere war das zunehmende französische Handelsbilanzdefizit. Es hatte sich 1983 auf dreiundneunzig Milliarden Franc verdoppelt und entsprechend hohe Devisenverluste verursacht. Allein im Warenverkehr mit der Bundesrepublik entstand ein Passivsaldo von achtunddreißig Milliarden Franc. Während die französischen Exporte in die Bundesrepublik gegenüber 1981 um zehn Prozent (real um 0,4 Prozent) stiegen, konnte die deutsche Wirtschaft ihre Exporte nach Frankreich um dreiundzwanzig Prozent anheben.

Eine Paritätsbereinigung allein ist freilich kein Heilmittel. Frankreich hat über seine Verhältnisse gelebt; seine Wettbewerbsschwäche ist strukturell bedingt und kann nur mit engeren Gürteln gemeistert werden. Aber nicht mit Zollschikanen à la Poitiers, sondern mit einer (wenn nicht tarifpolitisch, dann) fiskalisch wohldosiert betriebenen Kaufkraftabschöpfung. Sie würde zwar auch unseren Export treffen. Aber ein Frankreich mit gesunder Wirtschaft ist für uns besser als ein inflationärer Großkunde Frankreich. An Mitterrand ist es nun, einen neuen Kurs abzustecken, weg von den ideologischen Illusionen und hin zu mehr marktwirtschaftlicher Clarté.

IM GESPRÄCH / Ayyoub Assil

Zeuge der Folterungen

Von Walter H. Rueb



Geheim für den Widerstand: Mohammad Ayyoub Assil FOTO: UPI

Neben den bärtigen, knorrigen Landsleuten nahm sich der großgewachsene, schlanke Mann wie ein Fremder aus. Mohammad Ayyoub Assil aber saß wie sie als afghanischer Zeuge für die Schreckensherrschaft der Sowjets beim internationalen Hearing über seine Heimat im Osloer Gewerkschaftshaus.

Gehört der elegante, dunkelhaarige Mann wirklich zu den anderen? Seine Paschtunenmütze ist von hellerem, besserem Stoff, sein Gesicht glattrasiert, die Bewegungen gewandt, die Sprache gewählt. Am Schlußtag kleidete er sich gar europäisch.

Der Zweiundvierzigjährige hat Stil. Er entstammt einer der reichsten Familien Afghanistans, hat eine glänzende Karriere gemacht – und dennoch die Sache seines Vaterlandes darübergestellt.

Assil hat schon früh ein beachtliches Stück der Welt gesehen. Er studierte in Kabul, Kairo und Tokio die Rechte, bereiste Europa, ließ sich den Wind in mehreren Ländern des Nahen und des Fernen Ostens um die Nase wehen.

Schließlich kehrte er in die Heimat zurück, begann bei der Polizei die Erfolgsleiter emporzuklettern, lehrte an der Polizeiakademie und an der Universität von Kabul. Sein Weg war gerade, Politik spielte nicht hinein – bis die Sowjets sein Land überfielen.

Mohammad Ayyoub Assil stellte sich auf die Seite des Widerstands gegen die Sowjets und ihre Marionette Babrak Karmal. Aber es wurde ihm nicht gestattet, zu kämpfen – im pakistanischen Peshawar, wo die afghanischen Exilgruppen den Widerstand organisierten, beschloß man, daß der Polizei-Oberst auf seinem Posten bleiben solle.

Assil blieb. Und so wurde der Jurist und leidenschaftliche Polizist zum Zeugen der Rechtsverletzungen durch das sowjetische Regime. Über dessen Foltermethoden und die Zahl der Opfer gab er jetzt seinen Bericht.

Assil enthüllte in Oslo vieles, doch nichts über sein persönliches Schicksal und seine Ohnmacht gegen Terror und Unrecht. Das Schicksal aber war ihm am Ende gnädig. Im November 1982 hatte Assil endlich genug gesehen, und die Chefs des Widerstandes in Peshawar entbanden ihn seiner Aufgabe. Assil durfte sich zum Widerstand bekennen. Als erstes wurde ihm aufgegeben, vor der Weltöffentlichkeit über die Verbrechen zu berichten, deren Zeuge er geworden war.

Eine Pilgerreise nach Mekka an der Spitze von 4500 Afghanen benutzte Assil zur Flucht – jedoch nicht allein. Der Oberst brachte 1500 Männer mit, die in Mekka geschworen hatten, ihr ferneres Leben dem Kampf gegen die Gottlosen zu weihen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Tenor des Presseechos auf die Währungskonferenz in Brüssel: Das Europäische Währungssystem (EWS) muß erhalten bleiben:

FINANCIAL TIMES

Drei Punkte sprechen dafür, daß Frankreich im EWS bleibt. Erstens hat es die Westdeutschen dazu gebracht, ihre Zinsen stärker zu senken, als sie es anderenfalls getan hätten – die Beschränkungen des EWS wirken nicht völlig in Richtung auf eine Deflation. Zweitens hat auch die britische Labour-Regierung 1976 gelernt, daß Bewegungen im freien Markt sozialistische Ambitionen ebenso grausam über den Haufen werfen können wie ein System der festen Kurse. Schließlich haben zehn Jahre mit freien Wechselkursen sich als ungemütliche Erfahrung für Welthandel und Investitionen erwiesen. (London)

NEUE RUHR ZEITUNG

Seit Wochen windet sie sich in wilden Zuckungen und will ihr Opfer haben: die europäische Währungsschlange. Auch jetzt sind die Volkswirtschaften Deutschlands und Frankreichs wieder weit auseinandergedriftet. So ist die Geldentwertung bei unseren französischen Nachbarn mit 11,6 Prozent fast dreimal so hoch wie hierzulande. Die französische Leistungsbilanz weist ein Riesenloch von umgerechnet 33 Milliarden Mark aus, während die Bundesrepublik 1982 einen Überschuß von 8,1 Milliarden Mark erzielte. (Essen)

Frankfurter Allgemeine

Was sich der französische Finanzminister Delors ... in Brüssel geleistet hat, überforderte die Gutwilligkeit, die man einem Politiker, der um ein neues Amt kämpft – Delors will in Paris Premierminister werden –, entgegenzubringen bereit ist. Es gab eigentlich nur zwei Auslegungsmöglichkeiten für die Schärfe, mit der versucht wurde, die Bundesrepublik ins Obligo zu bringen. Entweder sollte hier hart gepokert werden, um die Deutschen dazu zu treiben, die Mark stärker aufzuwerten, als di[e] von den gegebenen wirtschaftl[i]chen Daten her zu rechtfertige[n] wäre. Oder man versuchte eine[n] Vorwand, den Austritt Frankreich[s] aus dem Währungssystem zu be[gründen]. Die Bundesrepublik mu[ß] ein Interesse daran haben, di[e] Franzosen im Währungssystem z[u] halten. Für Frankreich wird diese[s] deutsche Interesse jedoch z[ur] Fehlspekulation, wenn es de[n] Preis dafür dermaßen hochtreibt.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Soll die Bundesrepublik die Ze[che] für die verfehlte Wirtschaftspo[litik] eines befreundeten Nachbar[landes] zahlen? ... Die bisherige[n] Experimente der sozialistisch[-]kommunistischen Regierung sin[d] genau in die Richtung gegange[n], die von Anfang an zu befürchte[n] war: Ausgabenintensive Verspr[e]chungen auf dem Sozialsekt[or], Verstaatlichungen (die noch n[ir]gends einem Unternehmen z[um] Segen gereicht haben), Überstra[pa]zierung der Staatsfinanzen ne[bst] unvermeidlichem Anstieg der [In]flation, Schwächung des L[ei]stungswillens und der wirtschaf[tli]chen Leistungsfähigkeit.

Aachener Volkszeitung

Der französischen Linksreg[ie]rung ist nicht daran gelegen, n[icht] öffentlich die Quittung für e[ine] überzogene Reformpolitik im ei[ge]nen Lande von draußen vorgel[egt] zu bekommen. Daß die Bundes[re]publik mit dem Angebot Stolt[en]bergs an die Grenze der Komp[ro]mißfähigkeit geht, interessiert Paris wenig.

The Daily Telegraph

Die gemeinsame Landw[irt]schaftspolitik ist der Kern des U[n]gleichgewichts innerhalb der G[e]meinschaft. Premierministe[rin] Margaret Thatcher hat unein[ge]schränkt recht, wenn sie auf ein[er] grundlegenden Reform der E[G-]Ausgabenpolitik beharrt. (Londo[n])

Weinberger bringt selbst die gemäßigten Israelis auf

Jetzt würde auch die Arbeiterpartei das Vorfeld nicht mehr hergeben / Von Peter M. Ranke

Ein Offizier der amerikanischen Marinesoldaten springt vor Beirut auf einen israelischen Panzer, zieht seine Pistole und schreit: „Zurück – oder nur über meine Leiche!" Die Israelis, auf der Suche nach Heckenschützen, kehren um. Der an sich belanglose Zwischenfall wurde in Washington veröffentlicht, Verteidigungsminister Weinberger wollte seinem Captain Johnson sogar einen Orden verleihen.

Die Israelis allerdings wiesen nach, daß sich der Offizier im israelischen Kontrollgebiet vor Beirut befand und die Patrouille nicht aufhalten durfte. Jerusalem kritisierte aus diesem Anlaß von neuem, daß die amerikanischen Soldaten nicht einmal bewaffnete Araber festnehmen oder verfolgen dürfen, sondern nur die libanesische Armee unterrichten können. Israel ist zweifellos daran gelegen, den Amerikanern immer wieder zu beweisen, daß eine internationale Truppe Israels Nordgrenze nicht ausreichend schützen könne und daß man das besser den Israelis und Libanesen überlassen sollte.

Aber solche und ähnliche Zwischenfälle, wie sie in Amerika durch das Pentagon bekanntgemacht wurden, belasten nicht nur die Verhandlungen über einen Truppenabzug, sondern gelten bereits als typisch für das gestörte Verhältnis zwischen Israel und den USA. Regierung und Opposition in Jerusalem machen in seltener Einmütigkeit dafür einen Mann verantwortlich, dem sie zutiefst mißtrauen: Caspar Weinberger.

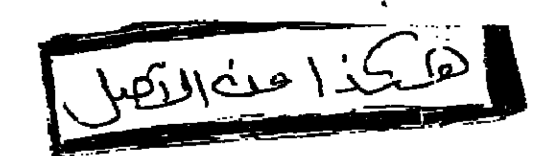
In Israel sieht man durchaus ein, daß Präsident Reagan vor der Wahl von 1984 einen außenpolitischen Erfolg sucht, in Nahost wohl lieber als in der Abrüstungsproblematik. Daß aber Reagan nach einem halben Jahr noch immer keinen arabischen Partner für Verhandlungen über seinen Plan (Autonomie für die 1,2 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten und Verbindung mit Jordanien) gefunden hat, sollte die amerikanische Politik nicht auch noch Israel anlasten, heißt es in Jerusalem. Man weist auf das Zögern König Husseins hin, und in diesem Zusammenhang vor allem auf das Nein Saudi-Arabiens zu politischen Extra-Touren des Königs außerhalb der arabischen „Solidarität".

Und wenn in israelischen Regierungskreisen von Saudi-Arabien die Rede ist, dann unweigerlich auch vom Pentagon-Chef. In Jerusalem spricht man schon offen von einer Achse Washington–Riad, die immer mehr die früher guten Beziehungen Israels zu den USA belastet. Während Saudi-Arabien massiv aufgerüstet wird und dafür im Jahr acht bis zwölf Milliarden Dollar ausgibt, hat Weinberger gegenüber Israel folgenden Boykott verhängt: keine Auslieferung von 75 Kampfmaschinen F-16, kein Technologie-Transfer für das neue israelische Kampfflugzeug „Lavie" und kein Meinungsaustausch über Sowjetwaffen im Libanonkrieg.

Als der Pentagon-Chef entgegen früheren Absprachen 1981 neben den Awacs-Maschinen auch die F-15 mit modernen Sidewinder-Raketen und Zusatztanks zur Lieferung an die Saudis freigab, protestierte ganz Israel. Als jetzt gemeldet wurde, daß das Pentagon rund eintausend modernste Abrams-Panzer nach Saudi-Arabien liefern will und daß die Ausstattung der jordanischen Luftwaffe mit F-15 geplant ist, resignierte selbst die Arbeiterpartei-Opposition vor diesen Schachzügen Weinbergers.

Denn bei Warnzeiten von nur noch einigen Minuten bedeuten modernste Panzer und Flugzeuge in Händen der Jordanier und Saudis, daß Israel die besetzten Gebiete als Vor- und Sicherungsfeld im Osten nun mit absoluter Sicherheit nicht aufgeben kann und wird. Dazu wäre auch kein[e] Regierung der Arbeiterpart[ei] mehr bereit. Unterläuft Weinbe[r]gers Rüstungspolitik den Re[a]gan-Plan? fragt man in Jerus[a]lem.

Ein „strategischer Dissens" steht im Mittelpunkt der getrü[b]ten Beziehungen zwischen Isra[el] und den USA und ist vore[rst] nicht zu beseitigen. Man kan[n] ihn so definieren: Washingt[on] rechnet damit, daß Saudi-Ar[a]bien und andere Golfstaaten d[ie] Ölregion verteidigen wollen u[nd] können, oder zumindest ei[ne] glaubhafte Abschreckung geg[en] Sowjets und Revolutions-Pers[ien] bilden. Die Israelis meinen a[us] Erfahrung, daß eben dies ni[e]mals der Fall sein wird, daß Sa[u]di-Arabien ein brüchiges Gebil[de] ist, daß die Industriewelt notfal[ls] ohne das saudische Öl auskom[men] kann und daß die arabisch[e] Hochrüstung durch die USA a[l]lein gegen Israel zielt. Wer rec[ht] hat, wird hoffentlich nic[ht] erprobt.



Wenn der Irrsinn die Mutter der Parlamente angreift

Von FRITZ WIRTH

Wenn David Sutch die Lust packt, am britischen politischen Entscheidungsproeß teilzuhaben und ein Vollbad in emokratischen Heilwassern zu ehmen, dann lädt er ein halbes)utzend sehr spärlich bekleideter unger Damen in sein Auto und ieht in den Wahlkampf. Er heftet ich eine tellergroße gelbgrüne Roette ins Knopfloch – sein Wahlbalett klebt sich mangels Knopflöhern diesen Gegenstand zumeist n den Bauchnabel – und fordert le Briten auf, ihre Stimme seiner ärtei zu geben.

Seine Partei heißt die „Offizielle esige rasende Irrsinns-Partei", ehr wohl zu unterscheiden von er „Inoffiziellen riesigen rasenden rsinnspartei", die es zur Stunde och nicht gibt. Im Augenblick bendet sich David Sutch wieder einal im Großeinsatz. Er möchte seie Partei zu einer etablierten politihen Kraft und sich selbst zum nterhausabgeordneten machen. utch kämpft bei den Nachwahlen Darlington, die am Donnerstag attfinden, um seinen Einzug ins urlament.

Inoffiziell nennt sich der offiziel- riesige rasende Irrsinnspartei- orsitzende auch Lord Sutch. Wä- er so geboren, wäre er damit reits fürs Unterhaus disqualifiert, denn Lords haben in Großitannien kein Stimmrecht. ord" ist jedoch nur ein Künstlerme. David Sutch ist von Beruf ck-Sänger. Seine offiziellen Irrns-Fans nennen ihn auch creaming Lord Sutch".

Ein Publicity-Stunt also? Kaum. vid Sutch ist ein Veteran britier Wahlkämpfe. Er versucht bes seit 1962, ins Unterhaus einzuhen, ohne jedoch damit seine chäftlichen und künstlerischen olge zu mehren. Er ist als Rockager eine schreiende Null blieben.

ie Nachwahl in Darlington ist n achter Anlauf, ins Parlament kommen. Zuletzt versuchte er vor drei Wochen in Bermondsey d scheiterte nur knapp an der challgrenze" von 100 Stimmen. r 98 Briten glaubten an die Botaft seiner rasenden Irrsinnspar. David Sutch ist ehrlich genug, zugeben, daß es für ihn, seine rtei und für den Irrsinn in der litik ein Glaubwürdigkeitsproem gibt. Die Glanzzeiten sind ofbar dahin. Die Glanzzeit war 36, als er gegen Premierminister rold Wilson in dessen Wahlkreis yton antrat und das Traumernis von 585 Stimmen für seine tei erzielte. Näher war der Irrn noch niemals an die Randzo- der Macht geraten.

David Sutch gehört zu einer Gruppe von Exzentrikern, die für das würdige britische politische Establishment in wachsendem Maße zu einem Ärgernis werden. Sie nehmen den britischen Nach-Wahlkämpfen, die – wie der kommende in Darlington – von der britischen Presse zu „Schicksalswahlen" hochgejubelt werden, den sittlichen Ernst und degradieren sie zur Farce. Bei der letzten Nachwahl in Bermondsey erschien gleich ein halbes Dutzend solcher Exzentriker auf der Szene, die insgesamt weniger als tausend Stimmen verbuchten. Unter ihnen auch eine Lady Birkwood von der „Unabhängigen Patriotischen Partei", die so weit politisch rechts steht, daß sie die rechtsradikale „Nationale Front" als Sozialisten begreift. Sie kämpft vor allem für die Wiedereinführung der Todesstrafe, ist aber gegen das Hängen. Erschießen sei besser, sagt die Lady.

Der Kampf ums Unterhaus als Volksvergnügen. Politische Qualifikationen sind zum Sprung in den Schoß der „Mutter der Parlamente" nicht nachzuweisen, ebensowenig die Existenz einer zum Kandidaten gehörenden Partei. Es genügt, ein Anliegen zu haben, und der Nachweis, nicht bankrott, kein Priester oder Bischof, kein Lord und kein Strafgefangener zu sein, um eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Kandidatur zu erhalten. Unter diesen Qualifikationen fehlt, wohlgemerkt, die Forderung nach wohlgeordneten Verstandesfunktionen. Hauptsache, der Kandidat kann 150 Pfund (rund 540 Mark) Kaution hinterlegen. Sie werden ihm zurückgezahlt, wenn er am Wahltag mindestens 12,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhält.

Keiner dieser Sonderlinge hat dieses Geld bisher natürlich wiedergesehen, dennoch ist die Kandidatur fürs Unterhaus heute immer noch eines der billigsten politischen Vergnügen und keineswegs zwangsläufig ein Verlustgeschäft. Es ist nämlich immer noch der preiswerteste Weg, exzentrisches politisches Gedankengut an den Mann zu bringen, denn die britische Post ist verpflichtet, bei einer Unterhauswahl alles Wahlkampfmaterial der Kandidaten kostenlos zu befördern. Deshalb stellt beispielsweise die Kommunistische Partei bei jeder Unterhauswahl nimmermüde über 50 Kandidaten auf, obwohl sie seit dem Kriege keinen davon ins Unterhaus bringen konnte.

In Mode gekommen ist in den letzten Jahren auch der Brauch, sich zur Unterhaus-Kandidatur umtaufen zu lassen. Die Motive dazu sind schlicht bösartig: Man will die Wähler verwirren und die politischen Stars ärgern. So tritt im Wahlkreis des ehemaligen Premierministers Edward Heath immer wieder ein Mann zur Wahl an, der sich auf den Namen Edward Heath umtaufen ließ. Und vor einem Jahr sah sich in Glasgow der ehemalige EG-Präsident Roy Jenkins einem Kandidaten gegenüber, der sich eigens zur Wahl den Namen Roy Jenkins zugelegt hatte.



Der Champion unter den Exzentrikern: William George Boaks (79) steht vor seiner 30. Kandidatur zum Unterhaus FOTOS: CAMERA PRESS

Unerreichter Champion unter den Wahl-Exzentrikern ist jedoch der ehemalige Marine-Leutnant William George Boaks. Er hat in den letzten 30 Jahren insgesamt 29mal fürs Unterhaus kandidiert. In seiner langen und erfolglosen Laufbahn haben sich auf wundersame Weise die Anliegen, für die „Bill" Boaks kämpft, so sehr vermehrt, daß der Name seiner Partei, deren einziges Mitglied immer noch Bill Boaks heißt, sich ständig verlängert hat. Im Augenblick heißt sie „Demokratische monarchistische öffentliche Sicherheit weiße Residenten-Partei".

Boaks kennt die Fährnisse des Seemannslebens. Er mußte in Dünkirchen zu Wasser und half einst mit, die „Bismarck" zu versenken. Dennoch stehen im Zentrum seines politischen Kampfes seine Angst vorm Fliegen und seine Sorge um die Sicherheit im Straßenverkehr. „Es sind in diesem Jahrhundert mehr Leute auf den Straßen als im Krieg umgekommen", sagt Bill Boaks. Zu seinem Kampf für die öffentliche Sicherheit gehört das Verbot aller Feuerwerkskörper. Er ist gegen handgezündete Knallkörper und gegen die Versammlungsfreiheit von Homosexuellen auf den Straßen. Außerdem hält er Stadtflughäfen für die größte Plage der Menschheit. Er möchte sie allesamt schließen und in die Küstengebiete des Landes verlegen lassen, denn er hat eine panische Angst davor, daß einmal ein Jumbo-Jet mitten über der Stadt abstürzen könnte.

Dagegen glaubt er an die Zukunft des Hubschraubers. Nach seinen Vorstellungen soll er das Verkehrsmittel des nächsten Jahrhunderts werden. Selbst Beerdigungen werden sich einst, so glaubt Boaks, im Hubschrauber vollziehen. Man liftet die Leichen aus dem Trauerhaus himmelwärts und läßt sie dann ins Meer fallen. Das alles und viel mehr hat Bill Boaks seinen Wählern zu bieten.

Er selbst hat im Kampf um die Straßensicherheit bereits Prinzessin Anne und ihren Vater Prinz Philip verklagt, weil sie es in ihren Autos zu eilig hatten. Ein böses und tragisches Schicksal indes hat ihn kürzlich aus dem Wahlkampfverkehr gerissen. Bill Boaks wurde in London von einem Auto angefahren und erlitt einen schweren Schädelbruch. Zur nächsten Unterhauswahl, seiner 30., hofft er wieder fit zu sein.

Die große Frage ist, ob er es sich dann noch leisten kann, fürs Unterhaus zu kandidieren, denn zahlreiche britische Politiker, denen dieser Zirkus zu lästig wird, dringen auf Abhilfe. Sie wollen den Antrittspreis fürs Rennen ums Parlament, also die Kaution, von 150 Pfund auf 2000 Pfund (rund 7200 Mark) erhöhen. Ihr Argument: Der Kautionspreis wurde im Jahre 1918 festgelegt und blieb seither unverändert. Tatsächlich aber entsprechen 150 Pfund des Jahres 1918 einem heutigen Gegenwert von 2000 Pfund.

Bill Boaks hat wissen lassen, daß mit einer derartigen Entscheidung sein Kampf gegen Knallkörper, Homosexuelle und Jumbo-Jets, für die Monarchie, ein weißes Britannien und Hubschrauber-Beerdigungen enden werde. Er ist 79 Jahre alt und lebt von einer Rente, die jährlich deutlich unter den 2000 Pfund liegt, mit denen künftig der Traum vom Abgeordnetenleben zu bezahlen wäre. Boaks hält das für die schwerste Niederlage der Demokratie in diesem Jahrhundert. „Denn", so versichert er, „ich bin kein Verrückter. Ich will die Leute lediglich zum Nachdenken bringen. Und welche Partei tut das heute noch?"



Wahlkampf als Happening: David Sutch kandidiert seit 1962 und empfiehlt sich als „Dämon"

Pluspunkte markieren die Wende in der US-Wirtschaft

Von HORST-A. SIEBERT

Die in tiefroten Zahlen steckenden Entwicklungsländer, die Mitglieder des ums Überleben kämpfenden Ölkartells und auch die anderen Industrienationen – sie alle warten darauf, daß sich der Wirtschaftsriese USA wieder flott nach vorn bewegt. Der größte Produzent und Konsument der Welt hält den Schlüssel für die Überwindung der globalen Rezession.

Es scheint so, daß sich die Hoffnungen auf eine Schrittmacher-Rolle der Vereinigten Staaten erfüllen. Nach 18 Monaten mit Fehlstarts und wachsender Verzweiflung verdrängen warme Sonnenstrahlen die dunklen Konjunkturwolken. Präsident Reagan hat das Ende des steilsten Abschwungs seit der Großen Depression vor 50 Jahren ebenso verkündet wie der Chef der US-Notenbank, Paul Volcker, oder das hochqualifizierte Beraterteam des Nachrichtenmagazins „Time".

Daß in den USA der Konjunkturzug angefahren ist, dafür gibt es inzwischen eine Fülle von Beweisen. Sie haben den führenden Wirtschaftspolitiker der demokratischen Kennedy-Administration, Professor Walter Heller, zu der Aussage veranlaßt: „In diesem Fall hat Reagan recht; die Saat der wirtschaftlichen Erholung breitet sich aus." Folgt man den neuesten Daten, dann wurde im Januar ein Schlußpunkt hinter die gut dreijährige Stagnation gesetzt, die durch zwei Rezessionsperioden verschärft wurde. Noch im vierten Quartal sank Amerikas Wertschöpfung real um 1,9 Prozent.

Obwohl der Nebel noch nicht ganz verzogen ist, lassen sich in den USA diese Markierungen auf dem Weg zu einem Aufschwung ausmachen:

- Die führenden Konjunktur-Indikatoren schossen um 3,6 Prozent in die Höhe, was seit 32 Jahren nicht vorgekommen ist.
- Die Kapazitäts-Auslastung in der Weiterverarbeitung stieg von 67,3 Prozent, dem im Dezember 1982 erreichten Tiefststand aller Zeiten, auf 68,5 Prozent. Im Juli 1981, auf dem Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus, hatte sie 79,8 Prozent ausgemacht.
- Nach 0,1 Prozent im Dezember nahm die Industrieproduktion im Januar um 1,3 und im Februar um 0,3 Prozent zu. Es war das erste Plus in drei folgenden Monaten seit Beginn der letzten Rezession.
- Bei 8,7 Millionen Einheiten auf Jahresbasis haben sich die Autoverkäufe eingependelt. Detroit hob die Produktionsziele an. Die Stahlerzeugung wurde ausgeweitet.
- Die Aufwendungen für Neubauten erhöhten sich im Januar um 8,9 Prozent – die stärkste Zunahme seit 37 Jahren. Die Zahl der Einfamilienhäuser, mit deren Errichtung begonnen wurde, wuchs um 35,9 Prozent. Mit 9,9 Prozent stiegen die Hausverkäufe auf das höchste Niveau seit 28 Monaten.
- Während gleichzeitig die Aufträge für langlebige Güter um 9,1 Prozent anzogen, stabilisierten sich die Verbraucherausgaben. Die wichtigste Einkommensgruppe, Löhne und Gehälter, verbuchte im Januar mit einem Prozent das kräftigste Plus seit Jahresfrist.
- Die US-Aktienmärkte, die wirtschaftliche Entwicklungen um drei bis sechs Monate vorwegnehmen, stellten bisher mehrere Rekorde auf. Seit dem Beginn der Hausse Mitte August gewann der Dow-Jones-Industrie-Index rund 45 Prozent.

Untermauert wird die Wende durch die im Februar noch beschleunigten wirtschaftlichen Aktivitäten, die von den Einkäufern der großen US-Industriekonzerne geortet worden sind. Sie stellten angesichts der stark gesunkenen Lagerbestände eine Zunahme der Aufträge um 45 Prozent gegenüber dem Vormonat fest. Außerdem sinken die meisten Rohstoffpreise nicht mehr, was auf eine steigende Nachfrage der Unternehmen hindeutet.

Die relativ rasche Veränderung des Konjunkturklimas in den USA ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Einmal ist in jedem Zyklus eine Erholung eingebaut, weil sich die Nachfrage nach Produkten nicht auf ewig hinausschieben läßt. In Amerika beträgt das durchschnittliche Alter der 160 Millionen registrierten Kraftfahrzeuge zum Beispiel sieben Jahre. Bei Haushaltsgeräten ist es ähnlich. In vielen US-Familien ist also die Zeit gekommen, eine Kaufentscheidung zu treffen. Folgerichtig laufen die Fließbänder etwas schneller: davon profitiert der breite Fächer der industriellen Zulieferer wie Stahl und Glas.

Erleichtert worden ist die Kauffreudigkeit der Amerikaner zum anderen durch das Öffnen der Geldschleusen seitens des Federal Reserve Board, das damit auch auf die internationale Verschuldungskrise reagierte. Immerhin sind die Refinanzierungskosten der amerikanischen Banken, gemessen an den 90tägigen Certificates of Deposit und am Notenbankgeld, seit Juli 1982 von rund 15 auf acht sowie von 14,5 auf 8,5 Prozent gesunken. Seit Anfang März vergangenen Jahres verringerte sich der Diskontsatz von zwölf auf 8,5 und die Prime Rate, der Zinssatz für kurzfristige Kredite an bevorzugte Adressen, von 16,5 auf 10,5 Prozent.


Vorreiter unter den Optimisten: Handelsminister Malcolm Baldrige FOTO: GAMMA/STUDIO X

Nicht so stark verbilligten sich die Verbraucherkredite, was von Präsident Reagan heftig kritisiert wird. Dennoch ist Geld in den USA erheblich billiger geworden, zumal alle Zinsen von der Steuer abgesetzt werden können. Für ungesicherte Darlehen werden in New York 17,25 Prozent sowie für Autokredite und Hypotheken zwölf bis 14 Prozent per annum verlangt. Zur Jahreswende 1982 und 1981 waren es drei bis fünf Prozent mehr.

Hinzu kommt, daß in Amerika die Inflation das niedrigste Niveau seit 1967 erreicht hat. Noch nicht einmal während der gesetzlichen Lohn- und Preiskontrollen, die Präsident Nixon 1971 einführte, gelang es, die Teuerungsrate wie 1982 auf 3,9 Prozent zu drücken. In diesem Jahr kann sie auf drei Prozent fallen, vorausgesetzt, die Ölpreise sinken weiter. Im Klartext heißt das jedoch, daß allein auf Grund des weiter verlangsamten Preisauftriebs die US-Wirtschaft rascher wächst, weil die Produktionskosten schrumpfen und die Verbrauchr mehr Ware für ihr Geld erhalten.

Im stets schwierigen US-Konjunkturpuzzle hat der Ölpreis auch als Wachstumsmotor einen hohen Stellenwert. Nach Berechnungen, die in Washington kursieren, nimmt der Lebensstandard der Amerikaner in diesem Jahr um nahezu ein Prozent zu, wenn sich auf dem Weltmarkt ein Barrel Öl (159 Liter) sofort um fünf Dollar verbilligt. 1984 und 1985 werden es jeweils 1,2 Prozent sein. Zugleich reduziert sich der Verbraucherpreis-Index um ein Prozent, während das amerikanische Bruttosozialprodukt um 0,8 Prozent wächst. Laut Data Resources Inc., einem renommierten Forschungsinstitut, sinkt in den USA der Benzinpreis in diesem Fall um 12,5 Cent je Gallone (3,78 Liter), was dazu führen kann, daß zusätzlich 300 000 Automobile verkauft werden.

Angesichts dieser günstigen Aussichten wundert es nicht, daß die Konjunktur-Prognosen in den USA nach oben revidiert werden. Eine wirtschaftliche Wachstumsrate von 3,1 Prozent, wie von Präsident Reagans Chefökonom Martin Feldstein Anfang Januar für 1983 noch prognostiziert, reicht längst nicht mehr aus.

Besonders optimistisch ist das US-Handelsministerium, das jetzt einen dickleibigen Band mit dem Titel „1983 – U. S. Industrial Outlook" veröffentlichte. Die Projektionen reichen bis 1987; mehr als 200 Unternehmensgruppen im Verarbeitungsbereich werden ausgezeichnete Wachstumschancen attestiert. Laut Handelsminister Malcolm Baldrige nimmt die Stahlproduktion nach langer Durststrecke in Amerika schon in diesem Jahr um mehr als ein Fünftel zu, während das Plus im Wohnungsbau 40 und beim Autoabsatz 20 Prozent beträgt. Für ihn sind alle bescheideneren Prognosen „zu konservativ".

Vielleicht behält Baldrige, der an freien Wochenenden aufs Pferd steigt und an Rodeo-Turnieren teilnimmt, recht. Aber es ist doch bedenklich, wie gedämpft die Erwartungen vieler Experten in und außerhalb der Reagan-Administration sind, wenn sie über 1983 hinausgehen. Dazu trägt bei, daß der „Fed"-Vorsitzende Volcker bei jeder Gelegenheit vor den enormen Haushaltsdefiziten des US-Bundes warnt. „Die Gefahr eines Abwürgens des Aufschwungs ist groß, weil sie direkt die Marktzinsen und damit die Inflation beeinflussen", erklärte er mehrfach im Fernsehen und im Kongreß.

Was Volcker und andere befürchten, ist eine Kollision zwischen staatlicher und privater Kreditnachfrage in dem Augenblick, wenn die Konjunktur richtig Tritt faßt. Immerhin müssen künftig jedes Jahr rund 200 Milliarden Dollar von der Treasury am Geld- und Kapitalmarkt finanziert werden; von den verfügbaren Ersparnissen bliebe mithin kaum etwas übrig. Die Folgen wären wieder steigende Zinsen und Teuerungsraten. Volckers Sorgen sind berechtigt. Denn es sieht nicht so aus, als würde der Kongreß vor den Präsidentenwahlen 1984 tiefe Ausgabenschnitte vornehmen oder die Steuern in ausreichendem Maße erhöhen.

Sorgen bereiten noch zwei andere Befunde. Denn die Investitionskurve der Unternehmen zeigt weiter nach unten; eine Belebung, die wirklich Arbeitsplätze schafft, ist nicht wahrzunehmen. Vielleicht ist es dafür noch zu früh. Aber eine maßgebliche Meßlatte sind die riesigen freien Produktionskapazitäten, die praktisch in jeder Branche zu finden sind. Als Investitionsbremse wirken außerdem die immer noch zu hohen Realzinsen.

Amerikas Hersteller sind in der Tat in der Klemme: Ende 1982 waren die Gewinne nur halb so groß wie 1978, wegen des harten Wettbewerbs können zudem bei steigenden Kosten höhere Preise nicht überwälzt werden. In einem Dilemma befindet sich auch die US-Exportindustrie. Der Dollar, zweifellos überbewertet, ist zu stark; im Ausland sind amerikanische Waren zu teuer. Die Data Resources hat für 1983 schon ein Ausfuhrminus von 6,5 Prozent errechnet.

Jusos: SPD auf dem richtigen Weg

rmc/DW. **Bonn**

Am kommenden Wochenende veranstalten die Jungsozialisten in Oberhausen ihren Bundeskongreß. Nachdem der Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung die Tagung des SPD-Parteirates am Wochenende in Berlin bereits mit den Worten kommentierte, die Partei sei nun wieder auf den richtigen Weg eingeschwenkt, sind größere Spannungen zwischen Jusos und Mutterpartei nicht zu erwarten.

Der Bundeskongreß wird sich in erster Linie mit der Frage, wie eine größere Unabhängigkeit Westeuropas im Sicherheitsbereich erreicht werden kann, befassen. Nach Vorstellungen der Jusos ist ein langfristiges Ziel die Auflösung der beiden Militärblöcke und eine Friedensordnung, in der Europa eine eigenständige Rolle spielt, sagte Hartung gestern in Bonn. „Ein erster Schritt in die richtige Richtung" sei die Schaffung eines atomwaffenfreien Gebiets von 300 Kilometer Breite zwischen den beiden Militärblöcken, wie es auch die schwedische Regierung vorgeschlagen habe.

Die 300 Delegierten werden auch über das Verhältnis zur Dritten Welt und die zunehmende Aufrüstung der beiden Supermächte diskutieren.

An Demonstrationen und Aktionen gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen wollen sich die Jusos nach Hartungs Worten nur beteiligen, wenn von vornherein sichergestellt sei, daß sie gewaltfrei verlaufen würden.

Pläne des Pentagon treffen die Verbündeten unvorbereitet

USA dringen auf den Abbau eines beträchtlichen Teils ihrer taktischen Atomwaffen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Das Drängen der Amerikaner nach dem Abzug eines beträchtlichen Teils der atomaren Gefechtsfeldwaffen aus der Bundesrepublik stößt in westeuropäischen NATO-Hauptstädten und besonders in Bonn auf relativ wenig vorbereitete Regierungen. Auch wenn man in Europa im Ziel des Drängens, einer Verkleinerung der Nuklearwaffen-Lager, mit den Amerikanern einig ist, fehlt unter den Regierungsexperten ein bis ins Detail ausgearbeitetes Konzept, nach dem dieser Abzug gesteuert werden sollte.

In den vergangenen Jahren waren die Regierungen dermaßen auf die Verwirklichung des Doppelbeschlusses konzentriert, daß sie das Gesamtthema einer umfassenden Modernisierung des taktischen Atompotentials vorläufig aus den Augen verloren haben. Unter rüstungskontrollpolitischen Aspekten sind westeuropäische und insbesondere Bonner Politiker natürlich für eine Verkleinerung des A-Waffen-Arsenals der USA in Europa.

Der Ruf nach nuklearer Abrüstung, der nicht allein aus der „Friedensbewegung" erschallt, läßt die Sicherheitsfachleute in Regierung und Volksvertretung nicht unbeeindruckt. Sie sind offensichtlich geneigt, ihm zu folgen. Doch, so erkennen sie nüchtern, Verkleinerung des A-Waffen-Potentials zur Befriedigung einer unreflektierten Abrüstungssehnsucht in der Bevölkerung kann nur die eine Seite sein. Die andere wird von der Überlegung geprägt, ob und wie eine Reduzierung in die Erhaltung oder besser Stärkung der NATO-Militärstrategie der Abschreckung paßt.

Dieser Zusammenhang wird natürlich in aller Klarheit von den Fachleuten im Bonner Verteidigungsministerium gesehen. Ihr Ressortchef Manfred Wörner unterstützt sie in dieser Auffassung und hält sie dazu an, die Möglichkeiten zur Verkleinerung des taktischen A-Waffen-Arsenals vor allem auf die Frage hin zu prüfen, inwieweit dadurch die Anwendbarkeit der Strategie der flexiblen Reaktion in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Weil dazu noch keine endgültigen Antworten in Bonn verfügbar sind, fühlt man sich in der Bundesregierung angesichts des amerikanischen Drängens nach Reduzierung der 6000 taktischen Atomsprengköpfe auf weit niedrigere Zahlen, die im wesentlichen auf deutschem Boden deponiert sind, vorerst überfordert.

Auch in der Allianz wird das amerikanische Drängen im Augenblick nicht als hilfreich angesehen, da in Brüssel ein Auftrag der Verteidigungsminister, der auf der Wintersitzung vom letzten Dezember erging, die „richtige Mischung" von konventionellen und atomaren Waffen für die in Europa stationierten Streitkräfte neu zu bewerten, noch keine greifbaren Ergebnisse gezeitigt hat.

In Brüssel und Bonn wird deshalb auch eher irritiert auf die in Washington erkennbare Gereiztheit über das angeblich ungenutzte Verrinnen der Zeit reagiert. Der Reim, den sich die europäischen Experten darauf machen, ist einfach: Es fehlt in der US-Administration die nötige Koordination, so daß die sich mehr für die Abrüstungspolitik zuständig fühlenden Experten im State Department vorpreschen können, ohne daß Nationaler Sicherheitsrat und Pentagon dies zu verhindern vermöchten.

Über die alles entscheidende Frage, inwieweit sich die Rolle von nuklearen Gefechtsfeldwaffen in der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion künftig verändern müßte, wird im Zusammenhang mit der „Waffenmix"-Studie in den nationalen und atlantischen Stäben sehr intensiv nachgedacht. Aber nicht nur dort. Schon die besonders vom europäischen NATO-Oberbefehlshaber, dem amerikanischen General Bernard Rogers, in letzter Zeit entwickelten Vorstellungen über eine Verstärkung der konventionellen Verteidigungsmöglichkeiten auf einem hypothetischen Kriegsschauplatz in Europa machten diese Frage wieder virulent. Rogers wurde anfangs mißverstanden. Es schien, als wolle er das taktische Atompotential der NATO durch konventionelle Waffen vollständig ersetzt wissen. Diese Unklarheit hat der amerikanische General inzwischen aber beseitigt. Für Rogers heißt mehr konventionelle Verteidigung nicht gleichzeitig Abschaffen der Nuklearwaffen kürzerer Reichweite. Nachdem der amerikanische General das eindeutig klargestellt hatte, konnte ihm auch der deutsche Verteidigungsminister Manfred Wörner uneingeschränkt beipflichten.

Wenn es um die Prinzipien geht, die für die Verkleinerung des taktischen A-Waffen-Potentials der USA in Europa zu beachten sind, gehen die Urteile der amerikanischen wie europäischen Fachleute kaum auseinander. Priorität darf nicht die Verkleinerung per se haben. Sie kann lediglich die Konsequenz einer Anpassung und Modernisierung des Arsenals an die von den Streitkräften des Warschauer Paktes in den letzten Jahren durch vermehrte Rüstungsanstrengungen gesetzten neuen Bedingungen sein. In diesem Lichte sind für die NATO Atomminen und kurzreichende Atomsprengkörper, die von Geschützen verschossen werden, nutzlos. Mit ihnen kann der Angreifer durch gesprengte Sperren oder nukleares Feuer nur bekämpft werden, wenn er bereits mit der ersten Staffel in vorderster Front aufmarschiert zum Durchbruch sich bereitgestellt hat. Die Verteidigungsverbände benötigen in die Tiefe des gegnerischen Aufmarschfeldes bis zu mehrere hundert Kilometer weit reichende Nuklearmunition, um die nach Westen rollenden Angriffsstaffeln dem hohen Risiko der Atombedrohung auszusetzen, damit so die östliche Aufmarschplanung zugunsten des Verteidigers verzögert wird. Dafür werden Flugzeugbomben und Raketen als Träger erforderlich. Beides aber ist nicht in der Entwicklung.

Generell gesehen ist die NATO in ihrem Nuklearpotential „für das Gefechtsfeld" nicht unbedingt auf die absolute Zahl der Sprengköpfe angewiesen, sie muß vor allem auf die Aufgaben schauen, die zu erfüllen sind. Dafür freilich ist nach Meinung von Experten das US-Modernisierungsprogramm nicht ausreichend.

Der Kiep hat seine Schuldigkeit getan

Die Hamburger CDU wünscht den Parteifreund nach Bonn

Von HERBERT SCHÜTTE

Der Staatsratsvorsitzende beugte sich weit vor. Erich Honecker hob sein Glas „Heidsick Monopole" Walther Leisler Kiep entgegen und prostete ihm zu. Reverenz bei der Leipziger Messe für den Hamburger, der hier Stammgast ist – und für einen Mann, an dem sich offenbar das Sprichwort bewahrheitet, daß der Prophet im eigenen Lande nichts gilt.

Kiep – war das nicht der Unionspolitiker, der im vergangenen Sommer der hanseatischen CDU das Traumergebnis von 43,2 Prozent Stimmenanteil in die Scheuer fuhr, die SPD zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte auf den zweiten Platz zurückdrängte und der – als die Hamburger am 19. Dezember schon wieder ein neues Landesparlament wählen mußten, mit 38,6 Prozent immer noch eines der besten CDU-Ergebnisse nach 1946 erreichte?

Seitdem ist der 56jährige Herausforderer des SPD-Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi an der Elbe eine seltene Erscheinung geworden. Bei vielen wichtigen Bürgerschaftssitzungen blieb sein Platz leer, im Bundestagswahlkampf ließ sich das CDU-Präsidiumsmitglied von der Bonner Zentrale überwiegend für Kundgebungen außerhalb Hamburgs verpflichten. Und für das Protokoll – das in dem Stadtstaat eine wichtige Rolle spielt – ist Herr Kiep nicht existent. Denn er bekleidet weder ein Amt in der Hamburger Parteiführung noch in der Fraktionsspitze.

Dankbarkeit gibt es nicht in der Politik: Viele Hamburger CDU-Mandatsträger hoffen inbrünstig, daß Kiep bald wieder geht. „Nur Grandezza – das allein macht's nicht", lautet die Reaktion eines Abgeordneten, der vor wenigen Monaten noch heilfroh war, daß Kiep sich fest für Hamburg entschieden und die Brücken nach Bonn abgebrochen hatte.

Inzwischen gibt es keinen führenden CDU-Politiker mehr in der Hansestadt, der nicht mit dem baldigen Wechsel des umjubelten Hoffnungsträgers vom vergangenen Jahr nach Bonn rechnet. Den Rückweg über ein Bundestagsmandat hatte Landesvorsitzender Jürgen Echternach allerdings blockiert: Als die hanseatischen Unionsdelegierten im Oktober aufgerufen waren, die Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl vom Dezember zu bestätigen, fanden sie auf der Tagesordnung auch den Punkt „Wahl der Bundestagskandidaten" mit Echternach als Spitzenkandidaten vor. Etwas frühzeitig. Denn war der Wahltermin 6. März 1983 war zu diesem Zeitpunkt noch höchst unsicher, alle anderen Hamburger Parteiverbände berieten erst im Januar über die Liste ihres Bonner Aufgebots. Von einem erneuten Erfolg überzeugt, setzte Kiep voll auf die Bürgerschaftswahl, ohne Rückversicherung, bei einem negativen Wahlausgang über ein Bundestagsticket den Einstieg in das Bonner Parlament offenzuhalten. Als die Hamburger CDU am 6. März erheblich über den Schnitt der Bundespartei zulegte und fünf Mandate gewann, war Kiep nicht dabei.

Landesbericht Hamburg

Die Aussicht, sich selbst an die Spitze des Landesverbandes zu setzen, ist begrenzt: Echternach, der seit neun Jahren im Chefzimmer des Hamburger Ludwig-Erhard-Hauses amtiert, hat die Organisation fest im Griff. Vorstandsneuwahlen, die Kiep eine Chance eröffnen könnten, finden erst im Februar 1984 statt. Sein „Heimathafen" – so lauten die Mutmaßungen über Kieps künftigen Kurs, wird Hamburg bleiben, unabhängig davon, was Bonn an qualifizierten Ämtern für ihn bereithält.

Bei der Union hat sich Jürgen Echternach erneut als der langfristig stärkste Mann des Hamburger Landesverbandes ausgewiesen. Der 45jährige Jurist ist nicht nur wegen der Unterrepräsentanz der „Nordlichter" in Bonn für hochrangige Aufgaben gut. Diese Meinung soll dem Vernehmen nach auch Helmut Kohl teilen. Wer allerdings bei der nächsten Bürgerschaftswahl 1986 als CDU-Bürgermeisterkandidat ins Rennen gehen wird – darüber können die hanseatischen Christdemokraten jetzt gut drei Jahre lang spekulieren.

Polen: Häftlinge verweigern Gnadengesuche

dpa, **Warschau**

Seit der Aussetzung des Kriegsrechts Ende letzten Jahres sind in Polen 244 politische Häftlinge begnadigt worden. Dies teilte die Vorsitzende des Begnadigungsausschusses im Staatsrat, Eugenia Kempara, gestern in einem Interview der amtlichen Nachrichtenagentur PAP mit.

Der Staatsrat habe bisher nur 24 Begnadigungsanträge abgelehnt. Sie beträfen „besonders gefährliche Taten". Frau Kempara teilte mit, 1462 Häftlinge gehörten zu dem Personenkreis, der nach dem Beschluß des Staatsrates vom 20. Dezember 1982 begnadigt werden könnten. Davon hätten 817 Verurteilte bei den zuständigen Staatsanwaltschaften einen entsprechenden Antrag gestellt. Ein Teil der Verurteilten will jedoch kein Gnadengesuch stellen. Einige haben sogar Gnadengesuche, die ihre Rechtsanwälte stellten, wieder zurückgezogen.

Die katholische Kirche hatte eine Amnestie für die nach Kriegsrechtsvorschriften Verurteilten gefordert. Dasselbe verlangte auch die Untergrundorganisation der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität". Statt einer Amnestie hatte die polnische Führung jedoch nur Begnadigungen auf Antrag für diejenigen, die wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht oder Störung der öffentlichen Ordnung verurteilt wurden, ermöglicht.

Knesset wählt Israels Präsidenten

DW. **Jerusalem**

Das israelische Parlament, die Knesset, wählt heute in geheimer Abstimmung den neuen Staatspräsidenten. Den Abgeordneten stellen sich zwei Kandidaten – der Richter Menachem Elon als Bewerber des regierenden Likud-Blocks und der frühere General und ehemalige UN-Botschafter Chaim Herzog für die oppositionelle Arbeiterpartei.

Elon, seit sechs Jahren Richter am Obersten Gerichtshof, ist der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Der 64jährige Herzog ist seit 1969 mit Unterbrechung Abgeordneter der Arbeiterpartei. In den 70er Jahren vertrat er sein Land als Botschafter bei den Vereinten Nationen. Der Staatspräsident hat in Israel weitgehend repräsentative Aufgaben wahrzunehmen. Das Prestige des Amtes ermöglicht es ihm jedoch, auch als Mittler zwischen den streitenden Parteien aufzutreten.

Ein roter Faden zieht sich durch die grüne Bewegung

Von WERNER KAHL

Das Wahlgeschenk der österreichischen Schwesterpartei ALÖ für die deutschen Grünen hatte symbolischen Charakter. Ein Wollknäuel, „damit der grüne Faden nicht verlorengeht". Dabei hätte die neue Partei Hilfe durchaus brauchen können, denn nicht nur unter den grünen Propagandisten im nördlichsten deutschen Bundesland löste das schleswig-holsteinische Wahlergebnis Katerstimmung aus. Dem in jüngster Zeit auf Zuwachs abonnierten Selbstverständnis der Umweltschützer, gestärkt durch die erfolgreiche Bundestagswahl am 6. März, wurde mit den 3,6 Prozent der Kieler Landtagswahl ein herber Dämpfer aufgesetzt.

Sowenig der SPD ihre ökologischen Sirenengesänge abzunehmen sind, sowenig sind die Grünen heute eine wirkliche Alternative, machte der Frankfurter „Pflasterstrand", das Organ der Sponti-Szene um Daniel Cohn-Bendit, mit einer Wahlanalyse sozialistischer Politkader in der Sammelbewegung scharf. *Die Grünen seien derzeit* vielmehr für alle diejenigen da, „die gerade in den bunten Kram passen". Welche Politik aber paßt welcher Gruppierung in den Kramladen, mit dem die aus Bunten, Alternativen und grünen Grünen zusammengewürfelte Bewegung am 29. März in den Bundestag einzieht?

Bunte und Alternative, so verdeutlicht der Kölner Psychologe Henning Günther, sind aus der Konkursmasse der anti-autoritär-emanzipatorischen Protestbewegung hervorgegangen. In marxistisch-kommunistischen Gruppen oder maoistischen Gruppierungen Ende der sechziger bis in die siebziger Jahre hinein engagiert, wechselte ein Teil von ihnen offenbar aus taktischen Gründen ab 1976/77 verstärkt zur grünen Bewegung, wo sie mit offenen Armen aufgenommen wurden, ohne daß jemand ernsthaft nach ihren Beweggründen fragte; andere wiederum, zu denen der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat Boje Maasen gerechnet wird, visieren innerhalb der grünen Formierungen einen nationalen deutschen Weg zum Sozialismus an. Diese Gruppierung ist jedoch in der Gesamtorganisation der Grünen relativ klein. Aber gerade sie, so wird in einer Unter*suchung der Hanns-Seidel-Stif*tung festgestellt, müssen als politische Antreiber und Organisatoren betrachtet werden. Sie denken in Begriffen der Macht, der Partei und in Kategorien des politischen Kalküls.

Im Management unterlegen

Die sogenannten grünen Grünen werden in ihren gesellschaftlichen Grundpositionen vorwiegend als konservative, primär an umweltpolitischen Fragen interessierte, in einschlägigen Initiativen und Verbänden organisierte Bürger eingeschätzt. Der Filz- und Fettkünstler Joseph Beuys gilt als ihr prominentester Vertreter. Sie bildeten das eigentliche Sympathisantenfeld und Wählerreservoir. Im politischen Management erweisen sie sich jedoch den zu den Grünen übergetretenen Kadern aus der Tradition des Leninismus-Marxismus unterlegen. Folglich haben diese ein leichteres Spiel, Schlüsselpositionen zu besetzen.

Die Weichensteller für die parlamentarische Arbeit werden im Bundeshauptausschuß, dem Organ zwischen den Bundesdelegiertenkonferenzen (Parteitagen), sitzen, und das Problem der Abgeordneten besteht in der Rückkoppelung an dieses Gremium von 45 Vertretern aus den Landesverbänden und des Bundesvorstandes, von Grünen Jakobinerrat getauft. Der grüne Abgeordnete ist nicht dem freien Mandat verpflichtet, sondern imperativen Vorgaben seiner Basis, die über den Bundeshauptausschuß in das Plenum des Bundestages transportiert werden. Dazu kommt der Druck durch die den 27 Abgeordneten schon jetzt wegen des grünen Rotationsprinzips *(Ablösung alle zwei Jahre) zur* Seite gestellten Nachrücker. Der Auftrag des Hauptausschusses läuft auf die Gewährleistung einer Synchronschaltung parlamentarischer Arbeit mit außerparlamentarischen – auf die Veränderung der Gesellschaft zielenden – Aktionen hinaus. („Das Parlament Spielbein, die Straße Standbein.")

In der ersten Sitzung nach den Wahlen am 6. März standen sich im Bundeshauptausschuß Rudolf Bahro und der Hamburger Taktiker Jürgen Reents in einem von Teilnehmern als Positionsgeplänkel bezeichneten Schlagabtausch gegenüber. Reents, 33jähriger Journalist bei der sozialistischen Monatsschrift „Moderne Zeiten" gehörte lange Jahre dem Kommunistischen Bund (KB) an, bevor er am Aufbau der Bunten Liste mitwirkte und sich schließlich an der Gründung des Hamburger Landesverbandes der Grünen Alternativen Liste (GAL) beteiligte. Ihrem Mann in Bonn gaben Hamburger Genossen frühzeitig die Devise auf den Weg: „Wir vertreten das Prinzip der besonderen Organisierung der Marxisten." Darunter ist zugleich die Sammlung aus der Tradition des Leninismus stammender Grüner gemeint, zu der auch der 43jährige Berliner Abgeordnete *Dirk Schneider gerechnet wird.*

Schneider gehörte 1969/70 zum Redaktionskollektiv der anarchoterroristischen Postille „Agit 883", die Lenin huldigte und zum Sprachrohr der Stadtguerrilla von Andreas Baader und Ulrike Meinhof wurde („Verkürzt den Weg der Revolution; mit Prozessionen macht man keine Revolutionen"). Über die Vorgänge bei der Gründungsversammlung der Berliner Alternativen Liste – von dem aus Rostock stammenden SFB-Fernsehjournalisten 1978 mitorganisiert – äußerte sich Schneiders Fraktionskollege Otto Schily seinerzeit sarkastisch: „Ich habe den Eindruck, daß hier ein Parteitag der KPD stattgefunden hat. Mit dieser Liste habe ich nichts zu tun. Alternative Liste – KPD mit anderem Namen."

Wenig Fachkenntnisse

Kontakte Schilys und des „Friedensarbeiters" Roland Vogt (Platz 1 der rheinland-pfälzischen Landesliste) zum libyschen Staatschef Khadafi lösten nicht nur Unruhe unter grünen Gruppierungen aus: publizistische Begleiter Schilys machten Stimmung gegen Vogt und markierten damit Flügelkämpfe um Positionen in der grünen Außenpolitik. Der Versuch Vogts, in der ersten Fraktionssitzung sogleich einen Sitz im Auswärtigen Ausschuß zu ergattern, scheiterte an dem besseren Taktiker Reents.

Wie wenig Fachkenntnisse diese Fraktion in die Arbeit, die auf den Bundestag wartet, mitbringt, erweist sich bei der Personaldebatte über die Besetzung der Bundestagsausschüsse. Da war der „Null-Bock" auf die Arbeit im Haushaltsausschuß, *ebenso auf den Rechts*ausschuß. Der einzige Volljurist in der Fraktion, Otto Schily, der wie eine Gouvernante mit Weste und Krawatte unter Kindern, die nicht wissen, was sich schickt, wirkt, entschuldigte sich mit der Funktion in der Fraktionsführung.

Während an der Basis die Sorge umgeht, die anderen Parteien würden künftig kardinale grüne Felder besetzen, gibt man sich zugleich der *Hoffnung hin, „an das verän*derte Lebensgefühl, das nur Grüne ausdrücken" (Grüne-Leitartikler August Haußleiter), würden die anderen nicht herankommen, um sich weitere Umweltschützer einzuverleiben. Diverse Gruppierungen, denen dieser Trost zuwenig ist, fordern nach der schleswig-holsteinischen Schlappe, die sie den Sozialdemokraten ankreiden, einen „Gegenangriff". Die Grünen sollten zur „Entscheidungsschlacht" gegen die SPD um die Führung des öffentlichen Dienstes und der neuen Mittelschichten, zu denen sie auch die Hochschulabsolventen unter den Gewerkschaftsfunktionären rechnen, antreten. Und der im Norden gestrandete Spitzenkandidat Boje Maasen signalisierte der Umwelt bereits wieder „Land in Sicht". Weiter hart am Wind der Realität vorbei segelnd, empfiehlt der Biologielehrer von der Nordseeinsel Föhr den Parteifreunden im Bundestag Kurs auf einen „grünen Sozialismus", was immer der Friese darunter verstehen mag.

Amtliches Endergebnis

AP, **Bonn**

Der Bundeswahlleiter und Präsident des Statistischen Bundesamtes, Kroppenstedt, hat in öffentlicher Sitzung des Bundeswahlausschusses gestern in Bonn das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl vom 6. März bekanntgegeben.

Danach bleibt die am Wahlabend ermittelte Zusammensetzung des Deutschen Bundestages unverändert, obwohl die Kontrollauszählung zu geringfügigen Abweichungen bei der Zahl der Zweitstimmen führte. Die FDP verbesserte sich um einen Zehntelpunkt, ihr waren beim vorläufigen amtlichen Endergebnis noch 6,9 Prozent der Zweitstimmen zugesprochen worden. Die SPD erreichte den Angaben zufolge 38,2 Prozent (1980: 42,9 Prozent) und 193 Sitze, die CDU 38,2 Prozent (34,2) und 191 Sitze, die CSU 10,6 Prozent (10,3) und 53 Sitze sowie die FDP 7,0 Prozent (10,6) und 34 Sitze. Die Grünen erzielten 5,6 Prozent (1,5) der Zweitstimmen und 27 Parlamentssitze.

Immer mehr CDU-Mitglieder

AP, **Bonn**

Der Mitgliederzuwachs bei der CDU hält an. CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski gab gestern bekannt, daß Ende Februar 722 661 Bundesbürger der Christlich Demokratischen Union Deutschlands angehörten. Das waren 2823 Mitglieder mehr als im vorausgegangenen Monat.

Moskau: Schwierige Lage in Afghanistan

rtr/dpa, **Moskau/Bonn**

Das vergangene Jahr in Afghanistan wird von Moskau als recht schwierig bewertet. Der Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in Kabul berichtete gestern, im vergangenen Jahr hätten die Aufständischen ihren Kampf verstärkt, auf seiten der moskauorientierten Regierung habe es eine Absetzbewegung gegeben.

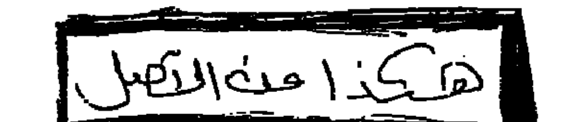
Rund 150 Mitglieder der Föderation der Afghanen und afghanischen Studenten im Ausland (FASA) sind gestern abend in einem friedlichen Fackelzug vor die sowjetische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg marschiert.

Der Richtige



Durch ein Versehen ist gestern das Bild des auf Seite 2 vorgestellten Rechtsanwalts Dr. Wolf Wegener vertauscht worden: Dies ist das richtige Bild. d. Red.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Unions-Länder streben eine Einigung an

Kompromißpapier „Bundeswehr und Friedenserziehung"

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Kultusminister der unionsre-erten Bundesländer haben sich n Wochenende in Stuttgart dar-if geeinigt, ein Kompromißpapier ber „Friedenserziehung und Bun-eswehr in den Schulen" zu erar-eiten. Auf diese Weise soll doch och eine Einigung mit den SPD-ultusministern über einen ein-eitlichen bundesweiten Erlaß er-icht werden.

In der vergangenen Woche hien auf der Sitzung der Kultus-inister-Konferenz in Bonn das schtuch zwischen SPD- und Uni-s-Kultusministern in dieser Fra-endgültig zerschnitten zu sein. ie sozialdemokratischen Minister unter ihnen auch der amtierende MK-Präsident, der Hamburger :hulsenator Joist Grolle – hatten re beiden Entwürfe bereits in ei-r Broschüre veröffentlicht. Der ordrhein-westfälische Kultusmi-ster Jürgen Girgensohn (SPD) klärte, daß er nicht bereit sei, vig über dieses Thema zu verhan-eln. Alle Äußerungen schienen arauf hinzudeuten, daß die Schü-r in der Bundesrepublik eutschland über Fragen des Frie-ens und der Bedeutung der Bun-eswehr in den Schulen Unter-hiedliches lernen müßten – je achdem, in welchem Bundesland e unterrichtet werden.

Der niedersächsische Kultusmi-ster Georg-Berndt Oschatz er-lärte gestern gegenüber der WELT, warum die Unionsminister zt dennoch einen weiteren Einigungsversuch unternehmen: „Wir halten es für unverantwortlich, mit einer einseitigen Konsensaufkündigung den einstimmig verabschiedeten Auftrag der Kultusministerkonferenz für erledigt zu erklären." Um von den Schulen Schaden abzuwenden, wolle man einen weiteren Einigungsversuch unternehmen.

Die Unions-Minister, so hieß es am Rande der Stuttgarter Konferenz, wollen die SPD-Kollegen „nicht aus ihrer Pflicht entlassen". Bis Mitte/Ende Mai soll unter Federführung des baden-württembergischen Kultusministers Mayer-Vorfelder ein gemeinsames Papier erarbeitet werden, das dann auf der übernächsten KMK-Sitzung Ende Juni – die nächste wird in Berlin stattfinden und kann deshalb ein solches Thema nicht behandeln – mit den SPD-Kultusministern diskutiert werden soll. Oschatz hofft, daß man auf der Basis eines solchen Kompromißpapiers doch noch zu einer gemeinsamen KMK-Empfehlung kommen kann. Bisher gebe es zwar noch keine entsprechenden Signale aus den „A-Ländern", aber er appelliere an sie, sich zu einem Kompromiß bereitzufinden.

Im übrigen machte der niedersächsische Kultusminister deutlich, daß es ein Irrtum sei, davon auszugehen, daß es überhaupt schon einen abgestimmten Unionsentwurf gebe: Das bisher vorliegende Papier sei nie als „endgültig" gedacht gewesen.

Hamburgs SPD und die atomwaffenfreie Zone

Befremden in der Hansestadt über Ex-Bürgermeister Klose

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Führende Hamburger SPD-Funktionäre haben Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief aufgefordert, die Hansestadt zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Sie drückten außerdem die Erwartung aus, daß die Bundesregierung – falls es bis zum Herbst zu keiner Einigung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen kommen sollte – auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verzichtet. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören die Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose und Peter Paterna, die beiden Senatoren Joist Grolle und Jörg Kuhbier sowie 20 Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Die Fraktionsführung wurde von dieser Initiative überrascht. Fraktionschef Henning Voscherau erklärte der WELT: „Das ist ein Brief von 20 Hamburger Bürgern, die zufällig ein Mandat haben. Es handelt sich nicht um eine Aktion unserer Fraktion." Voscherau hat allen Grund zur Eindämmung der Unruhe durch dieses Schreiben, das ausdrücklich als Zeichen der Solidarisierung mit der Friedensbewegung und deren geplanten Ostermärschen verstanden werden soll. Denn erst im September vergangenen Jahres hatte die Frage, ob Hamburg sich zur atomwaffenfreien Zone erklären sollte, die Regierungsfraktion beinahe gespalten.

Der Spaltungsversuch war damals von der Fraktion der Grün-Alternativen Liste mit einem entsprechenden Antrag eingefädelt worden. Bei der fast achtstündigen fraktionsinternen Auseinandersetzung kündigten Sprecher der Fraktionslinken an, daß für sie die Münchener Parteitagsbeschlüsse zum NATO-Doppelbeschluß nicht gültig seien. Zu den Architekten einer gemeinsamen Entschließung, die bei der Bürgerschaftssitzung die Grundlage für die Ablehnung des GAL-Antrages bildete, gehörten neben Voscherau und Innensenator Alfons Pawelzcyk auch Hans-Ulrich Klose. Der ehemalige Hamburger Bürgermeister war es auch, der bei der Landesparlamentssitzung am 1. September der GAL mit der Feststellung entgegentrat: „Vom Krieg kann man sich nicht einseitig verabschieden im Sinne des blöden Spruches ‚Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin'. Zum Krieg braucht man nicht immer hinzugehen, der kommt."

Jetzt hat der Bundestagsnovize, der in Harburg den Wahlkreis Herbert Wehners übernahm, offensichtlich eine Wende vollzogen – nicht zum ersten Mal. Peter Paterna, Kloses Hamburger SPD-Kollege, im Bundestag, vertritt den Wahlkreis Eimsbüttel, den Kreis, dessen Bezirksversammlung sich Anfang des Jahres bereits als „atomwaffenfrei" erklärt hatte. Kurze Zeit später bremste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi. Für den Senat – so stellte er auf eine CDU-Anfrage fest – sei dieser Beschluß nicht rechtsrelevant.

Moskau sorgt sich um Folgen sinkender Ölpreise auf die eigene Wirtschaft

Kaum Reaktionen auf die Opec-Beschlüsse / Läßt Interesse an Erdgaslieferungen nach?

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Nach den ersten knappen Mitteilungen über die Opec-Beschlüsse vor einer Woche hüllte sich Tass in Schweigen. In Moskau ist die Verlegenheit groß. Die verbilligten Erdölpreise gefährden die Devisenerlöse durch den eigenen Export. Sie bringen auch die sowjetischen Kalkulationen über das Erdgasgeschäft mit Westeuropa in Gefahr.

Aber mit keinem Wort gehen die Medien auf solche Zusammenhänge ein. Der sowjetische Außenhandel gehört zu den Themen, über die möglichst niemand etwas erfahren soll. Und kritische Worte über das Opec-Kartell sind aus politischen Gründen (noch) nicht opportun. Wegen seiner lawinenartigen Teuerungspolitik war es von der sowjetischen Propaganda in den siebziger Jahren geradezu gefeiert worden. Deren schädliche Auswirkungen auf die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten kamen den Verfechtern als Bestätigung der marxistischen Krisentheorie gerade recht.

Statt die letzten Opec-Beschlüsse zu kommentieren, schob Tass die Schuld an den vorausgegangenen Preisexplosionen den amerikanischen Ölkonzernen zu und warf den Industriestaaten vor, sie seien es gewesen, die ihre Exportpreise ständig verteuert hätten. Eine realistische Schilderung der Ölpreisentwicklung veröffentlichte bisher nur die fremdsprachige Zeitschrift „Neue Zeit". Sie attestierte der Opec immerhin ein „goldenes Jahrzehnt", das nun vorbei sei. Und in englischer Sprache äußerte sich „Moscow News" sogar besorgt über den Rückgang des Erdölpreises: „Wo wird das hinführen?" Wenn alles Öl auf der Welt um zehn Prozent billiger werde, bedeute dies für die Lieferanten einen Einnahmeverlust von 20 Milliarden Dollar, rechnete das Blatt aus. Damit waren die Sorgen Moskaus schon angedeutet.

Um sich die dringend benötigten Deviseneinnahmen für Technologie- und Getreide-Importe zu sichern, versuchte die Sowjetunion schon im vorigen Jahr den Preisverfall auf den Weltmärkten durch die Aufstockung ihres Erdölexports von 52 auf über 70 Millionen Tonnen auszugleichen. In den ersten Monaten dieses Jahres lieferte sie bis zu 1,5 Millionen Barrel täglich nach Westen, während die durchschnittliche Tagesquote im letzten Jahr bei 1,1 Millionen Faß lag. Aber die in Rotterdam erzielten Preise waren bereits Mitte März auf 27 Dollar pro Faß abgesunken, so daß Moskau befürchten muß, seine Jahreseinnahme von rund 20 Milliarden Dollar diesmal nicht erreichen zu können.

Obwohl die Sowjetunion mit 613 Millionen Tonnen pro Jahr der größte Erdölförderer der Welt ist, kann sie den Westexport nicht beliebig vermehren. Ihr eigener Verbrauch ist hoch, sie muß den Ostblock, Kuba und Vietnam beliefern.

Die Zuwachsraten der sowjetischen Erdölförderung sind im laufenden Fünfjahresplan kräftig zurückgegangen. Entgegen früheren, wesentlich optimistischeren Erwartungen ist für 1985 eine Jahresmenge von 628 Millionen Tonnen vorgesehen. Im nächsten Planabschnitt dürfte sie sich kaum noch steigern lassen, so daß bis dahin das reichlich vorhandene Erdgas als Devisenbeschaffer mobilisiert sein müßte. Während noch mit Hochdruck an der „Exportgasleitung" aus dem sibirischen Urengoj nach Westeuropa gearbeitet wird, verdüstern sich schon die Aussichten auf den üppigen Zufluß westlicher Gelder. Billigeres Erdöl dämpft das Interesse an den sowjetischen Gaslieferungen, die ohnehin schon um die Hälfte niedriger kontraktiert wurden, als Moskau angeboten hatte. Die eingeplanten sowjetischen Jahreseinnahmen von sechs bis zehn Milliarden Dollar geraten auch dadurch in Gefahr, daß die Gaspreise mit denen des Erdöls verbunden sind.

Über diese Sorgen dringt aus dem Kreml kein Wort. Als Vorstandssprecher Christians von der Deutschen Bank, die das Bankenkonsortium für die Finanzierung des Erdgas-Röhren-Geschäftes anführt, vorige Woche mit sowjetischen Ministern sprach, fanden diese sich wegen der Opec-Beschlüsse mit bemühtem Lächeln sogar zu einem Glückwunsch bereit: Jetzt werde es ja in der westlichen Wirtschaft bald wieder aufwärtsgehen.

Moskaus Logik duldet keine Zwischenlösung

Die sowjetische Denk- und Verhandlungsweise in Genf / Für Westeuropa nur eine „Sicherheit zweiter Klasse"

Von C. GRAF BROCKDORFF

In eingeweihten Kreisen teilt niemand die Erwartung, daß ein amerikanisches Angebot zu einer „Zwischenlösung" bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen Fortschritte bringen werde. Hoffnungen in der europäischen Öffentlichkeit, daß ein Angebot aus Washington den Verlauf der Verhandlungen günstig beeinflussen könnte, beruhten auf falschen Vorstellungen und mangelnden Informationen über den Verhandlungsgegenstand. So, wie die Sowjetunion in Genf ihre Verhandlungsdoktrin definiert habe, sei es *völlig gleichgültig, ob der Westen* die sogenannte Null-Lösung anstrebe oder sich zunächst mit einer „Interimslösung" zufriedengeben wolle. Beide seien gleich schwer zu erreichen.

Die Russen sind Opfer ihrer Ideologie

Der Grund dafür liegt in der Tatsache begründet, daß Moskau nicht bereit ist, auch nur eine einzige amerikanische Mittelstreckenwaffe in Europa zuzulassen. Voraussetzung einer „Zwischenlösung" aber wäre die sowjetische *Anerkennung legitimer westeuropäischer* Sicherheitsbedürfnisse. Als Konsequenz einer solchen sowjetischen Einsicht könnten Washington und Moskau in Genf tatsächlich zu einem Kompromiß kommen, der jeder Seite nach dem Prinzip der Gleichberechtigung eine gewisse Anzahl von Mittelstreckenwaffen zubilligt. Aber niemand, der mit der Materie vertraut ist, sieht, wie ein solcher Kompromiß sich bei der gegenwärtigen sowjetischen Haltung verwirklichen ließe. *Denn die Sowjetunion* hat überaus deutlich zu verstehen gegeben, daß für sie nur ihr eigenes Territorium und das der Vereinigten Staaten strategischen Charakter besäße. In dieser sowjetischen Definition liegt der Kern der un*überwindbar erscheinenden* Meinungsverschiedenheiten in Genf.

Aus ihr läßt sich nämlich folgern, daß jede Atomwaffe, die sowjetisches Staatsgebiet erreichen kann, strategisch ist. Deshalb würde die Stationierung neuer US-Waffen in Westeuropa, die diese Fähigkeit besitzen, das vereinbarte Gleichgewicht zwischen den Supermächten beseitigen. US-Mittelstreckenwaffen in Europa haben demnach strategische Bedeutung. *Dies trifft nach sowjetischer Definition* jedoch nicht zu für sowjetische Mittelstreckenwaffen, die von dort, wo sie augenblicklich stationiert sind, die Vereinigten Staaten nicht erreichen können. Mithin ist nach dem dialektischen Prinzip die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Atomraketen wie die SS *20 nicht* strategischer Natur. Westeuropa gilt als zweitklassig.

Die Sowjets bemühen sich, in der Öffentlichkeit diesen Ausdruck zu vermeiden, weil er Propagandabemühungen abträglich ist. Doch diese sowjetische strategische Sicht ist der Kern der Botschaft, die Moskau in Genf den Amerikanern übermittelt hat. Nach diesen Gesichtspunkten sind die europäischen NATO-Staaten Satelliten Washingtons und die nichtsowjetischen Mitglieder des *Warschauer Paktes Satelliten Moskaus.* Die letzteren haben ebenfalls nur zweitklassigen Charakter, was kluge Analytiker der sowjetischen Doktrin in Ost-Berlin und Prag natürlich längst erkannt haben, aber vor ihrer Öffentlichkeit verschweigen müssen.

Für die Sowjetunion unfaßbar ist, daß die Westeuropäer und Amerikaner ganz frei und oft kontrovers über Rüstungskontrollfragen miteinander sprechen und am Ende einen Konsens finden. Die Russen halten solche westlichen Feststellungen für Zweckpropaganda. Es gibt Grenzen, bei denen ihr Vorstellungsvermögen aussetzt – westliche Gesprächspartner glauben, daß die Sowjets schlicht Opfer ihrer Ideologie sind.

Zu diesem Komplex gehört nach Ansicht Eingeweihter in Brüssel auch die Moskauer Ansicht, daß die französischen und britischen Atomwaffen in Genf mitzuzählen seien. Grundlage dieser Forderung ist die aus westlicher Sicht kaum faßbare sowjetische Betrachtung, daß ein marxistisch-leninistischer Staat das Recht *habe, so stark zu* sein wie alle anderen nicht-marxistischen Staaten zusammen, weil er die anderen Gesellschaftsord*nungen automatisch als feindlich* einstufen und sich deshalb als von „Feinden umstellt" ansehen dürfe.

„Wir verhandeln nur mit Gleichgestellten"

In Genf wird es auf der Grundlage solcher sowjetischen Logik keine Einigung geben. Moskau muß die zwei wesentlichen Punkte, seine Betrachtung der strategischen Gewichte und den Anspruch auf kollektive Berechnung souveräner westlicher Atompotentiale, aufgeben. Tut es das nicht, wird es weder eine Null- noch eine Zwischenlösung geben. In einem solchen Fall würde im Dezember dieses Jahres mit der Stationierung der ersten Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa begonnen werden.

Dieser Hintergrund macht deutlich, warum Washington zögert, in Genf von der Forderung nach der *Null-Lösung abzugehen und sie* durch eine in der Öffentlichkeit Europas nicht durchdachte „Zwischenlösung" zu ersetzen. Natürlich kennen die europäischen Regierungen die Problematik, doch sie müssen wiederum den Informationsstand ihrer Öffentlichkeit berücksichtigen, da von manchen *Seiten fälschlich* und *gewiß nicht* ohne besonderes Interesse suggeriert worden ist, in Moskau habe es Bewegung gegeben. Erst die sowjetische Ablehnung eines Washingtoner Angebots zu einer „Zwischenlösung" würde den Fall die breite Öffentlichkeit durchsichtig machen. Wir leben offensichtlich in einem Zeitalter von Klischees, in dem es als unfein gilt, sich mit den Details nationaler Sicherheitspolitik zu befassen, wiewohl dennoch als Trottel gilt, wer nicht das Kleingedruckte seines Bausparvertrages liest.

In den Augen der NATO wird die Dringlichkeit der Nachrüstung durch das ständig wachsende sowjetische Atompotential unterstrichen. *Nach offiziellen US-Angaben* hat Moskau bis zum heutigen Tag 351 Raketen des Typs SS 20 mit 1053 Sprengköpfen stationiert. Die sowjetische Produktion laufe weiter ohne Anzeichen einer Verlangsamung. Aus sowjetischer Sicht sei dies sogar logisch: Moskau könne in der wachsenden Bedrohung Westeuropas überhaupt keine Veränderung des strategischen Gleichgewichts erkennen. Warum also solle es nicht weiter Atomraketen gegen Westeuropa in Stellung bringen. Zweitklassige Staaten hätten kein Recht, sich zu beschweren, legitime Sicherheitsansprüche wie eine Supermacht könnten *Abhängige nicht anmelden.*

Diese Botschaft wurde ganz handgreiflich auch der Bundesrepublik Deutschland übermittelt. Wie verlautet, ist der Abrüstungsdirektor des Auswärtigen Amtes in Bonn, Botschafter Friedrich Ruth, der international als einer der her*vorragendsten Fachleute seines* Gebietes angesehen wird, vor kurzem zwar höflich, aber kühl in Moskau empfangen worden. Ruth war nach einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko nach Moskau gefahren, um das deutsche Interesse *an Fortschritten in Genf* zu bekunden. Die sowjetischen Experten gaben sich dem Vernehmen nach höflich, aber arrogant nach der Devise: Was wollt ihr Vertreter eines Kleinstaates hier? Wir verhandeln nur mit Gleichgestellten. (SAD)

Österreichs Liberale geben sich im Wahlkampf anti-amerikanisch

Neutralisierung Europas vorgeschlagen / Kreisky „droht" / Erstmals kandidieren Grüne

CARL G. STRÖHM, **Wien**

Für Österreich könnte der 24. April ein spannungsgeladenes Datum werden. An diesem Tag wird *hier das neue Parlament gewählt* – und zum ersten Mal fürchten die bisher allein regierenden Sozialisten um ihre absolute Mehrheit. Bundeskanzler Bruno Kreisky, zugleich Vorsitzender der SPÖ, erklärte bereits, er werde sein Amt als Regierungschef und als Parteichef zur Verfügung stellen, wenn seine Partei die absolute Mehrheit verfehle. Keinesfalls wolle er eine Koalitionsregierung führen.

Kreisky erklärte inzwischen, er werde allenfalls bereit sein, eine Minderheitsregierung der SPÖ zu führen – falls seine Partei knapp unterhalb der „absoluten" bleibe. Aber auch das könne nur ein Übergang sein, weil dann baldige Neuwahlen fällig wären.

Verschleiß-Erscheinungen

Ist diese Drohung des „Alten" ernst gemeint – oder ist sie Wahltaktik, mit dem Ziel, möglichst viele verschreckte Österreicher, die sich ihr *Land ohne Kreisky* nicht vorzustellen vermögen, doch noch zur Stimmabgabe für die Sozialisten zu bewegen? Nach der deutschen Bundestagswahl hatte Kreisky, der bereits seit längerer Zeit auf Distanz zu den deutschen Sozialdemokraten „gegangen war, noch gesagt, in Österreich gingen *die Uhren anders. Folglich* werde das deutsche Wahlergebnis hier keine Auswirkungen haben.

Zwar ist die SPÖ im Gegensatz zu ihrer deutschen Schwester innerlich nicht so gespalten und zerstritten, vor allem spielt ihr linker Flügel keine wesentliche Rolle. Auch die Österreichische Volkspartei – also die Opposition – ist ein wenig anders strukturiert und verfügt durch ihre Aufgliederung in „Bünde" der Arbeitnehmer, Bauern und Wirtschaft lange nicht über die Schlagkraft von CDU oder CSU.

Zweifellos aber hat auch die SPÖ nach 13 Jahren des Regierens Verschleiß- und Ermüdungserscheinungen aufzuweisen. Zwar ist es der Regierung Kreisky bisher gelungen, die Arbeitslosigkeit in Österreich wesentlich niedriger zu halten als in der Bundesrepublik Deutschland. Die verstaatlichte Industrie steckt aber in einer schweren Dauerkrise. In den Industriegebieten der Obersteiermark und um Linz macht sich die weltweite Stahlflaute schmerzlich bemerkbar.

Durch Steuererhöhungen und weitere Staatsverschuldung will Kreisky im Fall eines sozialistischen Wahlsieges ein Beschäftigungsprogramm von umgerechnet mehr als sieben Milliarden Mark auf die Beine stellen. So sollen Eisenbahntunnel durch den Wienerwald und den Semmering gebaut werden. Nicht nur die Opposition, sondern auch parteilose Wirtschaftsexperten haben sich über dieses Vorhaben und seine Finanzierbarkeit eher skeptisch geäußert. Die Ankündigung neuer Steuern – vor allem die sogenannte „Sparbuchsteuer", eine Quellensteuer, die den in Österreich erlaubten anonymen Sparbüchern viel von ihrem Anreiz nimmt – könnte genau jene „Kreisky-Wähler" aus den *Aufsteigerschichten* zu einer anderen Stimmabgabe veranlassen, die zur absoluten Mehrheit der Sozialisten entscheidend beigetragen haben.

Zum ersten Mal werden in Österreich auch die Grünen für das Parlament kandidieren. Sie bringen damit, ähnlich wie in der Bundesrepublik, einen *Unsicherheitsfaktor* in die Innenpolitik. Die eigentlichen österreichischen Grünen sind eher konservativ. Daneben gibt es eine „Alternative Liste", die in Aufmachung und Erscheinungsbild eher dem deutschen Muster entspricht. Die „Alternativen" könnten aus dem sonst sozialistisch wählenden linken Jugend-Reservoir einige Stimmen abziehen.

Dritte Kraft gefährdet

Ähnlich wie in der Bundesrepublik muß auch die Österreichische Liberale Partei – die Freiheitlichen – mit Verlusten rechnen. Es könnte sogar ihre Existenz als dritte Kraft auf dem Spiel stehen. Interessant ist, daß sich der Vorsitzende der FPÖ, Norbert Steger, genau entgegengesetzt zur deutschen FDP verhält. Er propagiert kaum verhüllt ein Zusammengehen mit den Sozialisten und erklärte vor einiger Zeit, die FPÖ könne Kreisky als Bundeskanzler für Österreich retten, auch wenn die SPÖ die absolute Mehrheit verlieren sollte.

Steger ist der erste verantwortliche und prominente österreichische Politiker außerhalb der KP, der seinen Wahlkampf mit antiamerikanischen Erklärungen bestreitet. So sprach er in einer Fernsehdiskussion davon, daß es ein „Diktat der beiden Supermächte" gegen Europa gebe und daß NATO-Raketen *auf die* Europa-Brükke bei Innsbruck gerichtet seien. Die Amerikaner seien an einer Fortsetzung der Teilung Europas interessiert. Er schlug eine Art Neutralisierung Europas nach österreichischem Muster durch einen gesamteuropäischen Friedensvertrag vor – eine Idee, die Kreisky stets als unrealistisch abgelehnt hat. Sollte Steger nach dem 24. April ein Regierungsamt erhalten, könnte die Wiener Politik einen interessanten, bisher nicht vorhandenen „neutralistischen" Akzent erhalten.

Alfonsin will die Falklands auf friedliche Weise zurückgewinnen

Argentiniens aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat umreißt seine politischen Ziele

Von MANFRED NEUBER

In Argentinien hat der bürgerliche Politiker Raúl Alfonsin von der Unión Civica Radiral, der traditionell zweitstärksten Kraft neben den Peronisten, als erster seine Kandidatur für die vom Militärregime für den 30. Oktober angesetzten Präsidentenwahlen erklärt.

Der 56 Jahre alte Rechtsanwalt, von der Linken im Lande mit dem Etikett eines „Kandidaten des US-Außenministeriums" belegt, besitzt genug Charisma, um zum mittelständischen Wählerpotential auch peronistische Stimmen hinzuzugewinnen. Im Falle seines Sieges könnte Alfonsin im Januar 1984 eine Zivilregierung bilden.

Auf Fragen des Informationsdienstes „Latin America" legte er die Grundzüge seiner politischen Vorstellungen dar. Nachstehend die wichtigsten Aussagen:

Falkland-Konflikt – „Die Wiedergewinnung der Malvinas wird *ein Hauptziel* unserer Außenpolitik sein. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Inseln uns gehören. Sie wurden uns vor 150 Jahren weggenommen. Wir werden unseren Anspruch auf den internationalen Foren vertreten. Das militärische Abenteuer im vorigen Jahr hat unserer Sache geschadet." (Al*fonsin kritisierte als einziger* namhafter Politiker Argentiniens die Invasion.)

Verhandlungslösung – „Bisher hat sich London damit herausgeredet, es könne seine Untertanen nicht einem diktatorischen Regime überlassen. Premierministerin Margaret Thatchers Erklärung, *auch mit einer demokratisch* gewählten Regierung Argentiniens werde nicht verhandelt, ist beunruhigend. Andere europäische Politiker bekundeten mir Verständnis. So tritt der französische Premierminister Pierre Mauroy für eine Verhandlungslösung ein."

Beagle-Kanal – „*Ich* bin bereit, das Urteil des Papstes in dem Territorialstreit mit Chile zu akzeptieren. Wir müssen die Grenzprobleme in Lateinamerika überwinden und zu mehr Integration finden. Generell stehe ich zu der früheren Festlegung, daß Argentinien nicht nach dem Pazifik und Chile nicht *nach dem Atlantik* streben sollten. (Angeblich begünstigt der Schiedsspruch des Vatikans eine Ausdehnung der chilenischen Hoheitsgewässer in den Südatlantik; das argentinische Militärregime lehnt eine solche Regelung ab.)

Verhältnis zu den USA – „Ich habe nie den Theorien von der kon*tinentalen Sicherheit, den ideologi*schen Grenzen und anderen Vorstellungen des Pentagons beigepflichtet. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß ich für den Austritt aus dem interamerikanischen Beistandspakt bin."

Blockfreiheit – „Zeit meines Lebens kämpfe ich gegen den Impe*rialismus. Heute* herrscht eine gewisse Verwirrung in Argentinien. Viele, die mich wegen einer antiimperialistischen Einstellung als Kommunisten bezichtigt hatten, sind inzwischen selber zu Antiimperialisten geworden, weil sie sich (im Falkland-Krieg) von den USA verraten und verkauft vorkamen. *Mir konnte so etwas* nicht passieren, denn ich weiß, daß Washington seine strategischen Interessen und Bündnisse über seine interamerikanischen Verpflichtungen stellt."

Auslandsschulden – „Wir sind verschuldet, weil wir nicht entwikkelt sind, und sie leihen uns Geld, *daß wir uns nicht entwickeln* können. Mit der einen Hand geben sie uns also Kredite, für die wir Zinsen zahlen müssen, mit der anderen versperren sie uns den Zugang zu ihren Märkten. Alle lateinamerikanischen Länder sollten sich zusammensetzen und eine Refinanzierung gemäß ihrer Möglichkeiten verlangen." (Argentinien ist mit 35 Milliarden Dollar, Lateinamerika insgesamt mit 300 Milliarden Dollar verschuldet.)

Wirtschaftspolitik – „Ich trete für eine Wirtschaftsplanung ein. Wir müssen Schluß machen mit der totalen Öffnung für den schonungslosen Wettbewerb. Wenn ich entschieden für Schutzzölle bin, will ich damit Untüchtige nicht subventionieren, aber die Unternehmer für Strukturmäjgel entschädigen. Wir müssen die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, um dadurch die Nachfrage zu beleben und somit die Produktion anzukurbeln. Das schafft mehr Arbeitsplätze. Nur so kann die Wirtschaft in Schwung gebracht werden."

Gewerkschaften – „Unser Bestreben ist es, die Demokratisierung der (früher peronistisch gelenkten) Gewerkschaften zu garantieren. Ohne starke Gewerkschaften kann keine Demokratie existieren."

Peronismus – „Ich halte nichts von einem Wahlbündnis, aber ich finde, nach den Wahlen sollte es eine Regierung der nationalen Einheit geben. Ich würde die Beteiligung aller Sektoren anstreben."

Verfassungsgarantien – „Die erste Amtshandlung meiner Regie[rung] würde die Aufhebung de[s] Ausnahmezustandes sein." (Da[s] Militär hat ihn nach der Macht[-]übernahme 1976 verhängt.)

Verschwundene Personen – „Wi[r] haben die Militärregierung aufge[-]fordert, dieses Kapitel vor der Re[-]gierungsübergabe zu untersuchen. Sollte das nicht geschehen, wird e[s] künftig Aufgabe der Justiz sein. (Im „schmutzigen Krieg" gege[n] den Terrorismus in den siebzige[r] Jahren sind zwischen 5000 un[d] 15 000 Menschen in Argentinie[n] verschwunden.)

Botswana fürchtet den Zorn Mugabes

F. DARQUENNES, **Gaborone**

In der Grenzregion von Francistown zwischen Botswana und Zimbabwe herrscht Angst. Täglich kommen mindestens 100 Flüchtlinge aus dem benachbarten Matabele-Land – vertrieben durch die Greueltaten und den willkürlichen Terror der Truppen von Zimbabwes *Premierminister Mugabe. Sie* fliehen nicht nur vor dem Schrekken, sie lösen auch Furcht bei den Einwohnern der Grenzregion aus, vor einem Übergreifen der Terroraktionen über die Grenze hinaus.

Dafür gibt es ernstzunehmende Hinweise. Zwar ist der Führer der *Matabele, Joshua Nkomo, schon* seit Wochen nicht mehr in Botswana. Aber die von der Regierung kontrollierte Tageszeitung „The Herald" in Harare stellte in einem Leitartikel unverblümt fest: „Indem die Regierung von Botswana Joshua Nkomo (Nkomo hält sich gegenwärtig in London auf – d. Red.) und andere illegal aufgenommen hat, hat es Zimbabwe de facto den Krieg erklärt." In der Grenzregion befürchtet man seither militärische Aktionen und Übergriffe, insbesondere auf die Flüchtlingslager. Im Lager von Dukwe befinden sich einige tausend Flüchtlinge, ebenso viele haben bei Verwandten und Stammesangehörigen auf dieser Seite der Grenze Unterkunft gefunden. Unter ihnen sind nach unbestätigten, aber wahrscheinlich zutreffenden Meldungen auch mehr als hundert Funktionäre der *Zapu, der Oppositionspartei* von Joshua Nkomo.

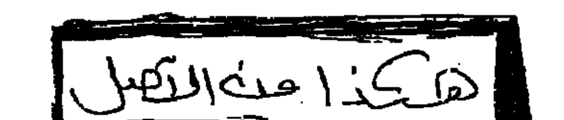
Mugabe beschuldigt Botswana, in den Lagern und in der Grenzre*gion den Guerrillas der Matabele* Unterschlupf und neue Ausbildungsmöglichkeiten zu gewähren. Deshalb rechnen auch militärische Kreise in Gaborone damit, daß Mugabe und seine von Nordkoreanern ausgebildete 5. Brigade dieselbe Guerrilla-Taktik anwenden wie seinerzeit Rhodesiens Premier Ian Smith, der von einem „Recht auf Verfolgung über die Grenzen hinweg" Gebrauch machte und bisweilen den Buschkrieg bis nach Botswana hineintrug.

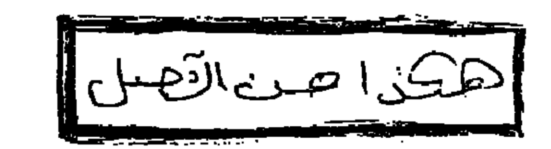
Die Befürchtungen haben zusätzliche Nahrung dadurch erhalten, daß Harare von Spanien sechs Jagdflugzeuge gekauft hat und von Peking 20 MiG-21 erwartet. Angeblich ist der Präsident von Botswana, Quett Masire, davon überzeugt, daß Mugabe den Befehl zu Flugzeugangriffen geben wird, wenn er mit seinen internen Problemen nicht bald fertig wird.

Botswana gehört zu den wenigen Demokratien Afrikas. Die Wirtschaft des Landes ist an den Prinz[i]pien des freien Marktes orientie[rt] und gemäß den politischen Präf[e]renzen könnte man das Land in d[as] Lager des Westens einordnen. D[er] Pragmatismus der *Regierung h[at]* zu wirtschaftlichen Bindungen [mit] Südafrika geführt, auch wenn G[a]borone sich verwahrt, diploma[ti]sche Beziehungen mit Pretoria a[uf]zunehmen.

Der friedfertige Charakter u[nd] die politische Stabilität des Land[es] sowie ausgeglichene Beziehung[en] zu den Nachbarn haben bisher [be]sondere Anstrengungen im mili[tä]rischen und sicherheitspolitisch[en] Bereich als nicht dringlich ersch[ei]nen lassen. *Die rund 900 000* B[ots]wanesen ständen daher mö[gli]chen Attacken aus Zimbab[we] recht hilflos gegenüber.

Zimbabwe hat etwa sieben M[il]lionen Einwohner; das Regi[me] trägt die Züge einer marxistisch[en] Diktatur, gestützt auf Armee u[nd] ausländische Militärberater [aus] Nordkorea und der „*DDR*". Dip[lo]matische Rückendeckung ge[ben] offenbar sowohl Peking als au[ch] Moskau, so daß die Gefahr ei[ner] Destabilisierung Botswanas dur[ch]aus gegeben ist. Präsident Mas[ire] kann eigentlich nur hoffen, d[aß] Washington Druck auf Harare a[us]übt. Zimbabwe erhält beträch[tli]che US-Entwicklungshilfe.





Briefe an DIE WELT

WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

ufgabe des Goethe-Instituts

r geehrte Damen und Herren,
Ihrer Ausgabe vom 3. März
ert Herr Ranke einen Vor-
len Dieter Lattmann in Athen
die Friedensbewegung in der
esrepublik Deutschland ge-
hat. Herr Ranke sieht in der
ensbewegung und dem Wi-
um Widerstand gegen die Sta-
rung amerikanischer Kern-
n eine falsche Politik. Dies ist
Sache, die selbstverständlich
zeptieren ist. Wenn er aller-
im letzten Absatz seines Leit-
ls es als eine „besondere
ichkeit" bezeichnet, daß die
ellung dieser von ihm nicht
ten Meinung von einer Orga-
on finanziert wurde, die „ei-
ch den deutschen Geist ins
nd tragen soll: dem Goethe-
ut", so nötigt mich dies zu
Entgegnung.

Aufgabe des Goethe-Insti-
st es, das gesamte Spektrum
ulturellen und gesellschaftli-
Wirklichkeit der Bundesrepu-
Deutschland im Ausland dar-
llen. Dies ist ein seit langem
allen Parteien mitgetragener
dsatz der auswärtigen Kultur-
k. Herr Ranke unterstellt of-
r, daß Haltungen, Auffassun-
der Meinungen, die nicht der
n entsprechen, deutschen Un-
repräsentieren. Eine solche
ektive kann jedoch für eine
würdige auswärtige Kultur-
k nicht akzeptiert werden.

r Ranke unterstellt ferner
r Lattmann, als Präsidi-
nitglied des Goethe-Instituts
stversorger" zu sein, um sei-
Agitations-Traumreisen ins
nd selber zu ordern". Zu die-
Thema hat es Herr Ranke of-
r unterlassen zu prüfen, wie
r Organisation des Goethe-
uts Vorträge zustande kom-
Die Auswahl der zu behan-
en Themen und der Vortra-
n wird nicht von der Zentrale
ünchen bestimmt, sondern
regelmäßig auf konkrete
che von Partnern im Gast-
zurück und wird mit der Zen-
– nach Beratung mit Fachbei-
n – abgestimmt. Kein Präsidi-
nitglied des Goethe-Instituts
eshalb die Möglichkeit, sich
r zu Vorträgen in Goethe-In-
en einzuladen.

rrn Lattmanns Vortrag ist
Auffassung nicht nur der Mit-
ter des Goethe-Instituts, son-
auch der Botschaft eine sehr
liche und unpolemische Dar-
ng der Lage in der Bundesre-
ik Deutschland gewesen. Da-
hat Herr Lattmann auch sehr
lich gemacht, daß er eine Min-
derheitsposition darstellt. Von Agitation kann und konnte nach den Berichten der Zeugen überhaupt keine Rede sein (dies steht im Widerspruch zur Auffassung von Herrn Ranke), es sei denn, man bezeichnet schon die Darstellung einer Meinung als Agitation für diese.

Mit bestem Gruß
Klaus von Bismarck,
München 2

*

Die Darstellung Klaus von Bismarcks ist zutreffend. Kein Präsidiums-Mitglied des Goethe-Instituts kann sich selber zu Auslandsreisen einladen. Es müssen immer Freunde im Ausland den Anstoß geben. Fachbeiträge sorgen dann dafür, daß die richtigen Redner mit den richtigen Themen auf Kosten des Steuerzahlers ins Ausland fahren dürfen.

Die Redaktion

*

Opium-Diplomat

Sehr geehrte Redaktion,
der Tabatabai-Skandal ist für die dafür Verantwortlichen eine Blamage und hat genau wieder den alten Spruch bestätigt: Die kleinen werden gehängt und die großen läßt man laufen.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Seibel,
Hauenstein

*

„Amtliche Schwäche"; WELT vom 11. März

Ihren Berichten und Kommentaren zum Fall Tabatabai ist hinzuzufügen, daß das in dieser Sache zu Recht gescholtene Auswärtige Amt sich auch bei anderer Gelegenheit einer übermäßigen Zurückhaltung gegenüber dem Khomeini-Regime befleißigt. So sind mir allein drei Fälle bekannt, in denen Iranern die erstrebte Einbürgerung als Deutsche trotz Einbürgerungszusicherung durch die zuständigen Bundesländer seitens des Außenministeriums verweigert wird. Grund soll ein deutsch-iranisches Abkommen aus dem Jahre 1929 sein, wonach jede Einbürgerung eines Iraners der Zustimmung der iranischen Regierung bedarf.

Obwohl viele Juristen erhebliche Zweifel daran haben, ob dieses Abkommen trotz verfassungsrechtlicher Bedenken überhaupt noch gültig ist, besteht das Auswärtige Amt strikt auf seiner Anwendung. Daß insbesondere Regimegegner und hochqualifizierte Wissenschaftler so vielleicht auf Lebenszeit an einer ihnen nicht genehmen Staatsbürgerschaft und an der Personalhoheit einer blutrünstigen Diktatur über sie festgehalten werden, ficht das Amt nicht an.

Auch hier scheint mir ein Fall übermäßiger Rücksichtnahme auf das persische Regime vorzuliegen ebenso wie im Fall Tabatabai. Welches die Gründe für die zögerliche, unentschlossene Haltung von Genschers Behörde gegenüber dem Iran sind, kann nur vermutet werden.

Hans-Georg Kluge,
Berlin 33

*

Erfreulich

„Auf ein Wort"; WELT vom 7. März

Erfreulich und kaum zu glauben, daß ein Vorstandsmitglied des DGB den Mut hat, dies zu äußern. Respekt, Frau Dr. Engelen-Kefer, und – herzlichen Dank!

Mit freundlichem Gruß
Arthur Schade,
Bochum-Sundern

*

Spendenaktion?

„Leserbrief: Eine Waldspende"; WELT vom 18. März

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem o. a. Brief des Herrn Fischer stimme ich spontan zu. Es ist hohe Zeit, daß in einem so stark industrialisierten Land, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, entscheidend mehr für den Schutz unserer Umwelt getan wird. Überall, wo es möglich ist. Warum also nicht auch eine Spendenaktion?

Nur, dazu eine Anregung: Die WELT wird vorwiegend von einer bestimmten Zielgruppe gelesen. Es wäre ein Verdienst, würde die WELT diese Leser zu Umweltspenden aufrufen. Ein weitaus größeres Verdienst aber wäre es, würde sich die WELT z. B. beim Bund Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) zum Manager einer solchen (möglichst ständigen) Aktion machen. Dann würde man über die Mitarbeit der regionalen Zeitungen (die ja voll die breiten Bürgerschichten abdecken) Entscheidendes erreichen, zumal eine solche Aktivität mit sehr viel Informationen verbunden sein würde.

Meiner regelmäßigen Spende dürfen Sie sicher sein!

Mit freundlichen Grüßen.
Günter Sockel,
Königswinter 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Deutsche Wirtschaftspartei

„Ohne Wenn und Aber"; WELT vom 22. Februar

Sehr treffend kennzeichnete Dr. Kremp im Februar den Weg einer noch rettbaren und wieder wählbaren FDP als den einer „deutschen Wirtschaftspartei ohne Wenn und Aber" und Graf Lambsdorff als Repräsentanten dieses neuen Kurses. Entsprechend hieß es in Dutzenden von Anzeigen: „Wir stimmen in vielen Punkten nicht mit der FDP überein. Wichtiger aber als das Gezänk in ihren eigenen Reihen ist: Wir brauchen sie, damit die Regierung Kohl bleibt! 46 Prozent und 5 Prozent ist die Mehrheit. 46 Prozent und 4,9 Prozent ist nichts. Die CDU schafft es nicht allein. Darum (!) wählen wir FDP!" Oder: „Wer mit der Union (!) den Aufschwung will, muß diesmal – wenn auch schweren Herzens, zähneknirschend oder mit geballter Faust – FDP wählen, muß sie über die 5-Prozent-Hürde heben."

Nur für den Wirtschaftsbereich wählten die etwa 3 Prozent CDU-Anhänger „die Liberalen", nicht für das alte Geschwätz. Dafür opferten sie die Chance einer möglichen absoluten Unionsmehrheit.

Wie Strauß von Anfang an voraussagte, erweist sich die in den letzten Jahren speziell von Genscher vertretene „Ostpolitik" und seine sich weithin mit dem Ostblock deckende Deutung der Ostverträge als sehr erfolgreiche russische „Westpolitik". Nach der Kontroverse mit Bundesinnenminister Dr. Zimmermann über den Geltungsbereich unseres Wiedervereinigungsanspruches, der nach GG und Verfassungsgerichtsurteilen selbstverständlich die deutschen Ostgebiete mit einschließt, erweist sich Genscher als ungeeignet für die Fortführung dieses Amtes. Dr. Zimmermann als Verfassungsminister hatte lediglich den Verfassungsauftrag zur Wiedervereinigung mit den Worten des BVG zitiert. Er wie das BVG befinden sich in voller Übereinstimmung mit der Deutung der Ostverträge durch die SPD/FDP-Koalition der 70er Jahre vor dem Bundesverfassungsgericht. Wenn sich SPD und FDP („Zimmermann stellt polnische Westgrenze in Frage") vom Verfassungsauftrag abwenden, so erweisen sie sich als „nützliche Idioten" (Leninwort für geleimte Westler) Moskaus. Es läßt aufhorchen, wenn Außenminister Genscher und sein SED-Kollege Fischer (Berlin-Ost) Zimmermanns verfassungstreue Aussage mit den gleichen und im Falle Genscher verfassungsbedenklichen Worten kritisierten, das Rad der Geschichte lasse sich nicht mehr zurückdrehen.

Wenn die FDP nicht endlich begreift, daß sie – wie Dr. Kremp ihr rät – allein als Wirtschaftspartei noch eine Zukunft hat, dann ist sie überflüssig. Der weite Abstand ihrer Erststimmen von den Zweitstimmen in allen Bundesländern und ihr klägliches Abschneiden bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz und mit Sicherheit auch am 13. 3. in Schleswig-Holstein, wo der Ronneburger-Verein noch auf der ganzen Linie alten linken Träumen anhängt, zeigen, daß sie nur noch als verläßliche Wirtschaftspartei für sich die Wende herbeiführen und dadurch ihrem Ende entgehen kann.

H. Darsow,
Itzehoe

*

Wort des Tages

„Das Wahre ist eine Fackel, aber eine ungeheure; deswegen versuchen wir alle nur blinzelnd daran vorbeizukommen, in Furcht sogar, uns zu verbrennen."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Gebrannte Greisin

Wer ein reines Gewissen hat, kann ohne Bedenken seine Angaben machen, soweit er nicht von Medien usw. beeinflußt ist, die dagegen sind.

In meinem Freundes- und Bekanntenkreis wird eifrig darüber diskutiert – ich bin Jahrgang 1904 und meine Freunde nicht viel jünger –, wie man sich verhalten soll, wenn ein Herr (auch mit Ausweis, der gefälscht sein könnte) in die Wohnung möchte. Es macht heute keiner von uns Alten mehr seine Wohnungstür auf, wenn er nicht weiß, wer draußen ist. – Ich selbst bin eine „gebrannte Greisin" (Überfall durch Sittlichkeitsverbrecher, der auf Knasturlaub war, in meiner Wohnung im Sommer, nachmittags um 17 Uhr) und also vollkommen verschüchtert in bezug auf Eintrittswünsche.

Ich habe mir nun überlegt, ob es wohl möglich wäre, daß die Helfer zum Ausfüllen einen neutralen Treffpunkt: Schulen, Kindergärten oder ähnliches aufgeben für eine Beratung, dann wäre das Angstproblem abgebogen.

Ich weiß allerdings nicht, ob die Fragebögen uns Bürgern zugesandt werden, so daß wir sie ausgefüllt zurücksenden können – ich höre immer nur von „Besuchern und Helfern".

Mit freundlichem Gruß
Marga Körner,
Hamburg 55

Personalien

Neuer Botschafter Luxemburgs in Bonn wird **Adrien Meisch**, seit 1974 Botschafter seines Landes in den USA mit gleichzeitiger Akkreditierung in Kanada und Mexiko. Botschafter Meisch, Jahrgang 1930, trat 1956 als Jurist in den Auswärtigen Dienst ein. Seine ersten Stationen führten ihn zur UNO nach New York, nach Brüssel zur Europäischen Gemeinschaft und 1961 bis 1967 als zweiter Mann an die Ständige Vertretung seines Landes bei der NATO und der OECD in Paris. 1968 bis 1970 war er politischer Direktor im Außenministerium und gleichzeitig ständiger Vertreter beim Europarat in Luxemburg. 1971 bis 1974 war er als Botschafter in Moskau tätig und gleichzeitig in Polen und Finnland als Botschafter akkreditiert. Botschafter Meisch, der bis jetzt in den USA ist, wird im Mai in Bonn erwartet. Er löst hier Botschafter **Georges Heisbourg** ab, der in den Ruhestand geht. **Alois Mertes**, Staatsminister im Auswärtigen Amt, wird kommenden Donnerstag den Botschafter mit einem Essen verabschieden. Heisbourg gehörte wie sein Nachfolger zu den Karrierediplomaten des Landes. Er war von 1958 bis 1964 als Botschafter in den USA tätig gewesen, von 1964 bis 1967 Botschafter in den Niederlanden, von 1967 bis 1970 Botschafter in Paris, von 1971 bis 1974 Generalsekretär der Westeuropäischen Union und von 1974 bis 1977 Botschafter in Moskau mit gleichzeitigen Akkreditierungen in Finnland, Polen und der Mongolei.

EHRUNGEN

Der zum 13. Mal vergebene Schiller-Preis der Stadt Mannheim wurde der Schriftstellerin **Leonie Ossowski** übergeben. Der Preis, mit 25 000 Mark dotiert, würdigt das Werk einer sozialpolitisch engagierten Frau, wie es ausdrücklich heißt. Die Dichterin, Tochter des niederschlesischen Gutsbesitzers **Lothar von Brandenstein**, wurde unter anderem mit dem Roman „Weichselkirschen" bekannt, den sie nach einem Besuch in ihrer heute polnischen Heimat schrieb und mit ihrem Jugendroman „Die große Flatter". Für das Fernsehen beteiligte sie sich an der Tatort-Krimiserie „Auf offener Straße". Zu den bisherigen Preisträgern gehören **Golo Mann, Peter Handke** und **Friedrich Dürrenmatt**.

*

Der Evergreen-Textdichter **Günther Schwenn** erhielt die Richard-Strau,ss-Medaille der GEMA die Professor Dr. **Erich Schulze** überreichte. Schwenn wurde am 18. März 80 Jahre alt. Er arbeitete mit den Komponisten **Heino Gaze, Franz Grothe, Peter Kreuder, Theo Mackeben, Friedrich Schröder, Ralph Maria Siegel** und **Robert Stolz** zusammen, also mit großen Erfolgskomponisten und schrieb Libretti zu Filmklassikern wie „Maske in Blau", „Hochzeitsnacht im Paradies" und „Kora Terry".

*

Willy Thenn, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz am Bande. Thenn ist unter anderem Vorstandsmitglied der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und gehört der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation an.

VERANSTALTUNGEN

„Die Geschichte des Hauses Baden-Württembeg in Bonn ist ohne Sie nicht vorzustellen." So Ministerin **Annemarie Griesinger**, als sich Regierungsdirektor **Paul Müller** von seinem 33jährigen Dienst in der Landesvertretung verabschiedete. Es wurde ein ungewöhnlicher Empfang für einen Mann, der sich in all den Jahrzehnten als „jllround-Genie" bewährt hatte, den Weinbrunnen für die Gäste erfand und bis zum heutigen Tage die vielgeschätzten Spezialitäten und protokollarischen Arrangements übernommen hat. Paul Müller, der nach insgesamt 46 Jahren im öffentlichen Dienst in den Ruhestand geht, brauchte sich über den Aufmarsch an Prominenz, einmal zu seinen Ehren, nicht zu beklagen. Unter den Gästen war Verteidigungsminister **Manfred Wörner**, Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann**, der frühere Bundesratsdirektor **Albert Pfitzer** und sein Bonner Nachfolger **Gebhard Ziller**, der Staatsminister im Kanzleramt, **Philipp Jenninger**, Bonns Polizeipräsident **Hans-Wilhelm Fritsch**.

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Karl Carstens** machte in dieser Woche vorgezogenen Osterurlaub. Seine Ferientage wird der Bundespräsident in der kommenden Woche unterbrechen und nach Bonn zurückkehren, weil sich bis dahin voraussichtlich das neue Bundeskabinett vorstellen wird und aus den Händen von Carstens seine Ernennungsurkunden erhält. Der Bundespräsident und seine Frau **Veronica** halten sich zur Zeit in Süddeutschland auf.

Schwerin: Kritik der Kirche

epd. Schwerin

Die Synode der mecklenburgischen evangelischen Landeskirche hat in Schwerin an die „DDR"-Führung appelliert, auf Maßnahmen zu verzichten, die die Glaubwürdigkeit der staatlichen Friedenspolitik in Frage stellen. Auf ihrer Frühjahrstagung nahm die Synode einstimmig eine Entschließung an, in der auf Methoden eingegangen wird, mit denen unter Jugendlichen in der „DDR" für eine mehrjährige Militärzeit oder auch für die Offizierslaufbahn geworben wird. Es gebe eine „systematische Verbreitung militärischer Gedanken unter Kindern und Jugendlichen". Die Synode betont: „Wer erfolgreiche Verhandlungen wünscht, muß auf seine Glaubwürdigkeit achten."

Besorgt äußerten sich die Synodalen auch über die Verurteilung mehrerer junger Männer, die ihren Wehrdienst in den waffenlosen Baueinheiten der „DDR"-Volksarmee ableisten wollten und darauf auch beharrt hatten, nachdem sie zu bewaffneten Einheiten eingezogen worden waren. In ihrer Entschließung spricht die Synode die Erwartung aus, daß die zuständigen staatlichen Stellen den Grund junger Männer, ihren Wehrdienst in Baueinheiten der Volksarmee abzuleisten, „nach wie vor als Ausdruck konkreten persönlichen Friedenswillens akzeptieren und respektieren".

EKD gegen Großdemonstrationen

dl. Hannover

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unterstützt den Vorschlag seines Beauftragten für Umweltfragen, Pfarrer Kurt Oeser (Mörfelden), keine Großdemonstrationen in der Nähe umstrittener Projekte durchzuführen. Damit sollen, wie es in einem gestern veröffentlichten Kommunique heißt, „bürgerkriegsähnliche Konfrontationen" vermieden werden.

Der Rat der EKD stimmte auch der Auffassung seines Beauftragten zu, daß der ökologische Protest an die bestehende Rechtsordnung gebunden sei und sich deshalb gewaltfreier Formen bedienen müsse. Der Rat betrachtete es als eine Mißachtung der demokratischen Gesellschaftsordnung, wenn der Widerspruch gegen umweltgefährdende Unternehmungen mit dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur verglichen wird.

Umfassende Änderung der Paritäten beschlossen

● Fortsetzung von Seite 1

dem auf Stabilität gerichteten Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik folgen oder eine „Abkoppelung" ihrer Währungen von der D-Mark in Kauf nehmen sollten. Aus diesem Dilemma erklärt sich vor allem der Wunsch Belgiens, im Gegensatz zu manchen Erwartungen, die eigene Währung nominell nicht ab- sondern aufzuwerten. Auf der anderen Seite gab die Forderung der Belgier und der Dänen, möglichst nahe am D-Mark-Kurs zu bleiben, geringeren Spielraum für einen Kompromiß mit Frankreich.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg betonte nach der Einigung, die relativ hohe Aufwertung der D-Mark sei nur deshalb möglich gewesen, weil vier andere EWS-Staaten ebenfalls zu höheren Aufwertungssätzen als ursprünglich für möglich gehalten, bereit waren. Ohne diesen „multilateralen Schnitt" hätte es keine Zustimmung aus Bonn gegeben. Als äußerst positiv bewertete Stoltenberg auch „Ankündigungen einer Reihe von Ländern", durch nationale Maßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern zu wollen und ihre Außenhandelsdefizite abzubauen. Von diesen nationalen Schritten werde „die langfristige Tragfähigkeit" der Währungsneuordnung vom Montag abhängen.

Stoltenberg zielte mit dieser Bemerkung ganz offensichtlich auf Frankreich, das sich in diesen Tagen in einem Prozeß der wirtschaftspolitischen Umorientierung befindet. In Konferenzkreisen wurde erwartet, daß Frankreichs Staatspräsident Mitterrand noch während des EG-Gipfels das neue Konzept seiner Regierung vorlegen werde.

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von einem „überproportional großem deutschen Beitrag", der die wirtschaftliche Belebung in Europa fördern werde. Die hohe deutsche Aufwertung sei auch „Ausdruck des Vertrauens in die DM und die sie tragende Politik".

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Delors wertete das Ergebnis der Brüsseler Beratungen mit den Worten: „Letztlich hat die Solidarität gesiegt." Delors betonte, es habe zwischen ihm und Bundesfinanzminister Stoltenberg „weniger Divergenzen" gegeben als allgemein öffentlich vermutet wurde. Dagegen berichteten Konferenzteilnehmer, daß die Einigung vor allem wegen der französischen Vorbehalte bis zur letzten Minute fraglich gewesen sei.

Delors, der seit langem als Anhänger einer engeren währungspolitischen Kooperation in der EG gilt, war offenbar vor allem deshalb als harter Verfechter französischer Eigeninteressen aufgetreten, weil er eine Desavouierung durch andere Pariser Regierungsmitglieder befürchten mußte. Eine Blitzreise in die französische Hauptstadt hat ihm am Sonntagabend offenbar die Rückendeckung von Staatspräsident Mitterrand verschafft.

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs wurde am Mittag mit einem gemeinsamen Essen eröffnet. Anschließend konnten die Gipfelteilnehmer – nach der gerade noch rechtzeitigen Einigung über die Währungsfragen – wie geplant über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft beraten. Unter diesem traditionellen Tagesordnungspunkt verbergen sich zur Zeit gleichzeitig die Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes, um eine Ankurbelung der Investitionen und um eine Milderung der Arbeitslosigkeit. Bundeskanzler Helmut Kohl bemüht sich vor allem um einen größeren Beitrag der Gemeinschaft im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Er möchte eine stärkere Konzentration der Mittel des Brüsseler Sozialfonds auf diesen Aufgabenbereich sicherstellen.

AFP, Washington

Der französische Außenminister Claude Cheysson hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, eine Neuordnung des Internationalen Währungssystems anzuführen und Europa „volle Unterstützung" zu gewähren.

In einem Interview, das die „Washington Post" gestern veröffentlichte, erklärte Cheysson, Washington solle sich bei der Überwindung der Wirtschaftsrezession in Westeuropa „ebenso aktiv" zeigen wie bei dessen Verteidigung gegen einen möglichen sowjetischen Angriff. 1983 sei für Westeuropa das „schwierigste Jahr" seit Kriegsende, insbesondere wegen der Wirtschaftskrise und der gleichzeitigen Genfer Verhandlungen über eurostrategische Waffen, führte Cheysson aus. Er gestand ein, daß der Versuch der sozialistischen Regierung Frankreichs, die Wirtschaft des Landes auf nationaler Ebene anzukurbeln, „gescheitert" sei. Daraus folge die Lehre, daß die weltweite Rezession nur durch eine „gemeinsame internationale Anstrengung mit der vollen Unterstützung der Vereinigten Staaten" überwunden werden könne.

CSU sieht Forderungen erfüllt

■ Fortsetzung von Seite 1

dem Aufsichtsrat als Vorsitzender des Stiftungsrates der Bayerischen Landesstiftung angehören, der kraft Gesetz dem bayerischen Regierungschef zusteht.

MANFRED SCHELL, Bonn

Bei der CDU-Führung und bei der FDP in Bonn ist die Entscheidung von Strauß mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen worden, vor allem deshalb, weil die CSU ausdrücklich eine feste Grundlage für die neue Koalition bestätigt hat.

Die CSU wird fünf Minister stellen: Friedrich Zimmermann (Innen), Oscar Schneider (Städtebau), Werner Dollinger (Verkehr), Ignaz Kiechle (Landwirtschaft) und Jürgen Warnke (Wirtschaftliche Zusammenarbeit).

Neuer Präsident des Deutschen Bundestages wird der bisherige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel (CDU). Neuer innerdeutscher Minister soll der bisherige Vizepräsident des Bundestages, Heinrich Windelen (CDU), werden.

Ansonsten, so hieß es gestern im Bundeskanzleramt, seien keine personellen Veränderungen im Bundeskabinett geplant. Auch Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, der in letzter Zeit in Diskussionen geraten war, bleibe im Amt, weil der Kanzler zu ihm Vertrauen habe.

Eine Kampfabstimmung um das Amt des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es wohl nicht geben. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hat wiederholt seine erneute Kandidatur angekündigt. Zeitweise hatte es geheißen, der bisherige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler strebe den Fraktionsvorsitz an, und zwar mit Billigung des Bundeskanzlers. Aber inzwischen hört man, daß Geißler nicht daran gelegen ist, in eine Kampfabstimmung mit Dregger einzutreten, der schon frühzeitig erklärt hat, daß er weder für ein Ministeramt noch für das Amt des Bundestagspräsidenten zur Verfügung steht.

Die in München gefallene Entscheidung hat in Bonn auch deshalb überrascht, weil Strauß angekündigt hat, er werde sich erst am Dienstag entscheiden. Außerdem hat die CSU das Fundament für eine Koalition mit der CDU und der FDP bestätigt, ehe es zur Übereinkunft über die Außenpolitik gekommen ist. Hierüber waren allgemein Kontroversen zwischen Strauß und Hans-Dietrich Genscher erwartet worden.

Blüm droht mit Rücktritt, wenn Rentenanpassung '84 verschoben wird

Hinweis auf Solidaritätsprinzip / Spar-Alternativen in Koalitionsverhandlung angeboten

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) will eher von seinem Amt zurücktreten als eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung im Jahr 1984 akzeptieren.

Bei den bisherigen Koalitionsverhandlungen war – mit Vorbehalt – gegen den Willen Blüms beschlossen worden, die Renten wie vorgesehen zum 1. Juli 1983 um 5,6 Prozent zu erhöhen, aber die nächste Anpassung, die am 1. Juli 1984 fällig wäre, um drei oder sechs Monate hinauszuschieben. Nach Informationen der WELT hat Blüm hinter den Kulissen erklärt, ein solches Vorgehen würde einen „großen Glaubwürdigkeitsverlust" bedeuten. Blüm: „Ich jongliere nicht mit den Rentnern wie der Zauberkünstler Rastelli mit den Bällen."

Am Verhandlungstisch hatte Blüm als „Alternative" zu der vor allem von den Finanzpolitikern geforderten Anpassungsverschiebung folgende Vorschläge unterbreitet: Ab dem Jahr 1984 soll sich die Rentenanpassung jeweils an der Lohnentwicklung des Vorjahres orientieren. Dies würde eine Aktualisierung um etwa 3,5 Prozent bedeuten. Damit wäre das von Blüm verfolgte Ziel erreicht, „Renten und Löhne näher zueinander" zu bringen. Die Tatsache, daß die Renten den Löhnen folgen, wäre aus seiner Sicht eine „Verdeutlichung des Solidaritätsprinzips".

Der Spareffekt dieser Aktualisierung auf der Ebene von 3,5 Prozent würde pro Jahr 2,8 Milliarden, bei einer Anhebung am 1. Juli 1984 für das Halbjahr also 1,4 Milliarden Mark betragen. Den Beitrag von der Krankenversicherung zur Rentenversicherung, den die Krankengeldbezieher zur Hälfte, also mit 9,25 Prozent bezahlen, bezifferte Blüm am Verhandlungstisch mit 1,1 Milliarden Mark. Außerdem hat er vorgeschlagen, den Kinderzuschuß, den Kinder von Rentnern und Rentnerwitwen erhalten, auf das Niveau des Kindergeldes umzustellen. Damit zielt Blüm auf Erstkinder ab, deren Zuschuß bisher 154 Mark, das Erstkindergeld aber nur 50 Mark beträgt. Diese Kürzung beim Kinderzuschuß würde nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums im ersten Jahr 100 Millionen, im zweiten Jahr 200 Millionen und im dritten Jahr 500 Millionen Mark an Einsparungen bringen.

Die ebenfalls im Paket von Blüm vorgeschlagene Abschaffung des Freibetrages beim Weihnachtsgeld würde 300 Millionen Mark an Einsparungen bedeuten. Die von Blüm geforderte Einbeziehung von Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) in die Beitragsbemessungsgrundlage für die Rentenversicherung würde zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Milliarden Mark bringen. Insgesamt würden die zusätzlichen Einnahmen für die Rentenversicherung somit rund 6 Milliarden Mark betragen, wobei Blüm aber durchgehend von der niedrigeren Entgeltannahme von 3,5 Prozent ausgeht. Höhere Löhne hätten entsprechende Mehreinnahmen zur Folge.

Nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums, die Blüm auf den Verhandlungstisch gelegt hat, bliebe die Rentenversicherung somit in jedem Jahr über der Mindestreserve, so daß keine Liquiditätsfrage entstünde.

Im Kontrast zu diesem Kürzungs- und Anpassungspaket steht die erneute Verschiebung des Anpassungstermins. Dies würde 1,2 Milliarden Mark bringen, weil dadurch die Anpassung von 5,6 Prozent zum 1. Juli 1983 zwangsläufig ein halbes Jahr länger als jetzt vorgesehen wirksam bliebe. In den Koalitionsverhandlungen war jedoch die Mehrheitsmeinung entstanden, Blüms Vorschläge zu realisieren und eine Anpassungsverschiebung vorzunehmen. Dagegen setzt sich aber Blüm entschieden zur Wehr.

Mainz: Streit in der FDP

Nea, Mainz

Zwei Wochen nach der Landtagswahl ist in der im Parlament nicht mehr vertretenen FDP des Landes Rheinland-Pfalz nun auch offener Streit entbrannt. Anlaß bieten die Spekulationen, Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) werde einen FDP-Politiker als Staatssekretär in sein Kabinett berufen.

Der FDP-Landesvorsitzende Hans-Günther Heinz sagte dazu am Wochenende auf dem Bezirksparteitag in Mainz wörtlich: „Solche Lockvogel-Angebote lehnen wir ab! Wir wollen keinen Staatssekretär als Wahlgeschenk, wir verzichten auf hochdotierte Vorstandsposten."

Heinz bekräftigte diese Äußerungen am Montag gegenüber der WELT und begründete sie mit der Befürchtung, die FDP könne sonst für den Wahlkampf 1987 bereits festgelegt sein. Heinz, der noch bis 1984 gewählt ist, will auch für den Vorsitz in der noch zu bildenden parlamentarischen Arbeitsgruppe kandidieren.

Andere FDP-Politiker sind entsetzt über die „voreiligen, mit niemand vorher diskutierten" Äußerungen des Landesvorsitzenden. Der pfälzische Bezirksvorsitzende Hitschler gegenüber der WELT: „Damit disqualifiziert Herr Heinz sich für den Vorsitz in der Arbeitsgruppe selber. Er wäre damit offensichtlich überfordert." Die Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß Heinz ohne Not einen Monat vor dem Landesparteitag ein „Angebot" öffentlich kommentiere, das überhaupt gar nicht vorliege. Seine Äußerungen seien offensichtlich nur als persönliche Spitze gegen den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Scholl gedacht, den die Medien mit den Spekulationen in Verbindung gebracht hatten.

Obwohl auf der Tagesordnung des Landesparteitages am 23. April keine Vorstandswahlen stehen, hat Heinz ausdrücklich erklärt, er sei bereit, sein Amt weiterzuführen.

Herzog: Gefährdung durch Terror bleibt

AP, Stuttgart

Trotz einer „gewissen Entspannung" in der Terror-Szene der Bundesrepublik Deutschland und der Festnahme führender Mitglieder der links- und rechtsterroristischen Gruppen sieht Baden-Württembergs Innenminister Roman Herzog „keinen Anlaß, Entwarnung zu geben". Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts seines Landes für 1982 sagte Herzog gestern in Stuttgart, nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden halte die Gefahr terroristischer Aktionen weiterhin an. Im Bereich des linken Extremismus gehe die stärkste Bedrohung der inneren Sicherheit unverändert von der „Roten Armee Fraktion" (RAF) und von den „Revolutionären Zellen" (RZ) aus. Beim Rechtsextremismus sei die Gefahr des Übergangs zu terroristischen Aktionen bei den militanten neonazistischen Kleingruppen und bei „Einzelkämpfern" besonders groß.

Mut zum Billigbau

adh. – Es wird wieder mehr gebaut werden. Rund um Bauunternehmen und Hypothekenbanken wird dies mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Und wieder sind es vor allem die „Häuslebauer", die, wie aus den steigenden Bauanträgen hervorgeht, der Baukonjunktur Impulse verleihen. Sie nutzen die Gunst wieder gesunkener Zinsen und – noch – relativ stabiler Baupreise.

Es ist unbestritten, daß in der Bundesrepublik noch Nachholbedarf in Sachen eigene vier Wände besteht. Verglichen mit den Nachbarländern nimmt sich der Versorgungsgrad der Bundesdeutschen mit Wohneigentum mit einer Quote von 39 Prozent recht bescheiden aus. In Belgien und Italien wohnen 61 Prozent der Haushalte in eigenen vier Wänden, in England und Dänemark sind es 55, im Nachbarstaat Frankreich immer noch 48 Prozent.

Die Ursache für dieses deutsche Nachhinken allein bei den Grundstückspreisen zu suchen, ist sicherlich nicht richtig. Und auch die hohen Zinsen der letzten Jahre können nur begrenzt als Sündenbock herhalten, denn sie waren auch in den genannten Nachbarländern hoch.

Viel eher scheiterte der Traum vom Eigenhaus daran, daß der potentielle Bauherr von der Sozialwohnung gleich ins 60-qm-Wohnzimmer und Marmorbad ziehen wollte. Unterstützt wurde er darin von Bauunternehmen und Architekten vor allem, deren Honorar ja an den Baukosten hängt. Inzwischen mehren sich die Fälle, wo Kommunen mit überwältigendem Erfolg bei den Bauherren übrigens, den Weg zum Eigentum mit sogenannten „Billighäusern" erleichtern. Bemühungen in dieser Richtung sollten nicht an überspitzten Bauvorschriften scheitern.

Preisfrage

Wb. – An kaum einem gesellschaftlichen Problem wird derzeit ein solrhes Maß an Kreativität erprobt wie am Lehrstellenmangel – glücklicherweise. Zu den Lösungsansätzen tragen alle möglichen Gruppen bei, von den Unternehmern (zum Beispiel mit Job-sharing auf der Lehrstelle) über die Alternativen (mit alternativüberbetrieblichen Ausbildungsstätten) bis hin zu den Pfarrern. Was da tauglich oder weniger tauglich ist, soll hier gar nicht bewertet werden. Es fällt aber auf, daß in der Diskussion um die Ausbildungsplätze, häufig verbunden mit heftiger Theoretiker-Kritik an den bewährten Formen der „Lehre", ein Argument fast völlig vom Tisch bleibt: Der Preis – bekanntlich das Regulativ für Angebot und Nachfrage – der So-gut-wie-nicht-Arbeitskraft „Azubi". Und da kann jemand, der vor eineinhalb Jahrzehnten seine Lehre absolviert hat, nur noch Bauklötze staunen: 633 Mark im Monat erhielt der Durchschnitts-Azubi 1982. Im Jahr 1976 waren es noch 396 Mark. Daß solches Taschengeld – von Verdienst kann wohl kaum die Rede sein – die Leistungskraft manches Klein- und Mittelunternehmen überfordert, sollte vielleicht auch einmal diskutiert werden.

DEVISENMÄRKTE / Markaufwertung gilt als Opfer für Erhaltung der EG

Das befürchtete Chaos blieb aus Franc im Mittelpunkt der Geschäfte

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Das befürchtete Chaos an den europäischen Devisenmärkten ist gestern ausgeblieben, obwohl es das erste Mal war, daß die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem nicht an einem Wochenende, sondern an einem Werktag neu festgesetzt wurden. Die Frankfurter Devisenbörse blieb geöffnet. Dort wurde lediglich die amtliche Notierung der sechs anderen EWS-Devisen ausgesetzt, nachdem die Zentralbanken der EWS-Mitglieder die Einstellung der Interventionen beschlossen hatten.

Der Devisenhandel ging jedoch außerhalb der offiziellen Börsenzeit, die ohnehin nur ein kleiner Ausschnitt aus dem rund um die Uhr und rund um die Welt laufenden Geschäft ist, auch mit den EWS-Währungen weiter. Geschäftsabschlüsse kamen allerdings nur sporadisch zustande. Die Händler wollten allgemein das Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen abwarten, mit dem sie bis 15 Uhr rechneten.

Als um 12.52 Uhr die Meldung über eine Aufwertung der Mark um 5,5 Prozent und eine Abwertung des französischen Franc um 2,5 Prozent über die Ticker lief, atmete man in den Devisenhandelsbüros der Banken auf. Nicht nur, weil nun die Ungewißheit beseitigt war, sondern vor allem, weil die deutsch-französische Einigung über die neuen Kurse als Rettung des EWS und der EG in letzter Minute empfunden wurde.

Die starke Aufwertung der Mark wird am Devisenmarkt allerdings als ein sehr großes Opfer zur Erhaltung des EWS und der EG bezeichnet. Man begrüßte die leichte Entlastung durch eine gleichzeitige Aufwertung (gegenüber dem Ecu, der Recheneinheit des EWS) des holländischen Guldens um 3,5 Prozent, der Dänenkrone um 2,5 Prozent und des belgischen/luxemburgischen Franc um 1,5 Prozent.

Ebenso wie der Aufwertungssatz der Mark und der Abwertungssatz des französischen Franc entsprach auch die Abwertung der italienischen Lira um 2,5 Prozent und des irischen Punt um 3,5 Prozent in etwa den Erwartungen, die der Devisenmarkt gehegt hatte.

Währung	Ankauf DM	Verkauf DM
100 bfrs	4,882	5,106
100 dkr	26,925	28,165
100 FF	31,885	33,350
1 ir. £	3,021	3,160
1000 Lire	1,504	1,696
100 hfl	86,780	90,770

Im Mittelpunkt des Devisenhandels zwischen den Banken stand gestern der französische Franc, der gegen Mittag zu Kursen zwischen 33 DM und 33,50 DM gehandelt wurde, was gegenüber dem Freitagskurs von 34,50 DM für 100 Franc eine Abwertung um rund 3⅝ Prozent bedeutet. In Paris stieg der D-Mark-Kurs, wie unser Pariser Korrespondent berichtet, gestern um vier Prozent von 2,8985 auf 3,01:3,02 FF. Damit war der Kurs des Franc gestern um knapp einen Pfennig höher als der Kurs von 32,50 DM, der vor dem Wochenende am Terminmarkt für Franc per diesen Freitag gezahlt worden war.

Die Wechselkurse der EWS-Währungen bewegten sich gegenüber der D-Mark gestern vor und nach Bekanntgabe des Realignments dicht unter den neuen Höchstkursen im EWS.

Der Markt hat damit ein gutes Gefühl bewiesen. Die D-Mark ist gleichzeitig von der stärksten zur schwächsten Währung im EWS geworden. Die relativ hohe Bewertung der übrigen EWS-Währungen war gestern vorwiegend auf die Eindeckung spekulativer Baisse-Positionen zurückzuführen. Mit einer Höherbewertung der Mark rechnet man erst, wenn nicht nur die Gegenreaktion auf die jüngste Spekulationswelle abgeklungen ist, sondern sich auch die Zahlungsgewohnheiten im Außenhandel wieder normalisiert haben, nachdem deutsche Exporteure Deviseneingänge per Termin verkauft und Importeure die Zahlung von Devisenrechnungen aufgeschoben hatten. Im Zusammenhang mit einer Normalisierung an den Devisenmärkten erwartet man, daß ein Teil der vom Jahresbeginn bis zur letzten Woche zugeflossenen 15 Milliarden Devisen wieder abwandert.

Die deutsche Aktienbörse, die vor Bekanntgabe der neuen Wechselkurse sehr unsicher und schwach war, hat sich im Verlauf wieder erholt. Die Schlußkurse erreichten meist wieder in etwa den Freitagsstand.

LATEINAMERIKA

Weltweite Rezession hat tiefe Spuren hinterlassen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die weltweite Rezession hat in der wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder tiefe Spuren hinterlassen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist das reale Bruttosozialprodukt der Region um etwa 1,4 Prozent zurückgegangen. Schlechte Terms of Trade, zunehmender Protektionismus der Industriestaaten sowie eine unverändert anhaltende Bevölkerungsexplosion erschweren die Lage zusätzlich.

Am stärksten werde Lateinamerika von der ungünstigen Entwicklung der Außenwirtschaft getroffen, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Hamburg. Die Wirtschaftsflaute in den Industriestaaten sowie schwache Weltmarktpreise für wichtige lateinamerikanische Exportgüter hätten zu stark sinkenden Deviseneinnahmen geführt und interne Anpassungsmaßnahmen erforderlich gemacht, mit dem Ergebnis, daß auch die Binnenwirtschaft gebremst worden sei. Zentrales Problem blieb die zum Teil dramatische Entwicklung der Inflationsrate.

Die Devisenreserven der Länder sind zudem durch hohe Schuldendienstleistungen sowie eine nicht unbeträchtlichen Kapitalflucht geschmolzen. Die Auslandsschulden Lateinamerikas, die sich seit 1973 jährlich um 18 bis 25 Prozent erhöht haben, erreichten Ende 1982 mehr als 300 Mrd. Dollar. Die gesamte Schuldendienstleistung liegt seit 1979 über den gleichzeitig in die Region gelangten Bruttokapitalbeträgen. Daraus habe sich, so schreibt die Bank, eine merkliche Beschleunigung der Neuverschuldung ergeben.

Für den Erfolg aller Sanierungsmaßnahmen in Lateinamerika seien die Wiederbelebung der Nachfrage in den Industriestaaten und entsprechende Exportsteigerungen der Schuldnerländer erforderlich, betont die Deutsch-Süd-Bank. Da die Deviseneinnahmen aus Exporten die einzige Quelle für die Finanzierung der Schuldendienste darstellten, sollten die Industriestaaten auf protektionistische Maßnahmen weitgehend verzichten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu einer weiteren Senkung des internationalen Zinsniveaus beitragen und den lateinamerikanischen Ländern den Zugang zu ihrer zu „weichen" Konditionen gewährten Kapitalhilfe erleichtern.

Die deutschen Exporte nach Lateinamerika nahmen 1982 um 19,4 Prozent ab, während sich die Importe um 15,6 Prozent erhöhten. Der Warenaustausch schloß mit einem Defizit von 1,86 Mrd. DM, nachdem 1981 der Aktivsaldo noch 2,55 Mrd. DM betragen hatte. Am deutschen Gesamtexport fiel der Anteil Lateinamerikas von 3,5 auf 2,6 Prozent, an der Gesamteinfuhr stieg er von 3 auf 3,4 Prozent.

Wichtigste Abnehmerländer für deutsche Produkte blieben Mexiko, das seine Importe aus der Bundesrepublik jedoch um 25 Prozent zurücknahm, Brasilien und Argentinien, das gar Waren im Wert von 37 Prozent weniger kaufte. Unter den Lieferländern dominierten Brasilien, das seine Exporte nach Deutschland um 21 Prozent ausweitete, gefolgt von Kolumbien, Argentinien und Venezuela.

Geschminkte Wahrheit

Von REINER GATERMANN, Stockholm

hweden schloß die diesjährige arifrunde sowohl im öffentlin als auch im privaten Sektor Einkommenssteigerungen von d 2 Prozent ab. Das liest sich ntastisch, nur ist diese Ziffer k geschminkt. Wenn die Argeber jetzt beginnen, die diesrige Arbeitskostensteigerung zu echnen, kommen sie auf knapp Prozent. Denn einmal bleibt es die Arbeitnehmer nicht bei den Prozent wie in den Zentralabnmen vereinbart; die meisten rden in den betrieblichen Verdlungen noch durchschnittlich itere 3 Prozent herausholen.

Zudem gibt es noch einen Überg aus dem Vorjahr zu begleien, und schließlich hat die Rerung einige Arbeitgeberabga angehoben. Auf diesem Weg d es Schweden also kaum gelin, die Konkurrenzkraft seiner tschaft gegenüber den wichtign Mitbewerbern erheblich zu bessern.

ier hat man sich allerdings bes einen gewissen Vorsprung zu 16-Prozent-Abwertung im Oker 1982 geschaffen, und Außendelsminister Mats Hellström auptet denn auch, seit Ende gangenen Jahres hätten die weden ihre Marktanteile ausen können. Tatsächlich wurde dieser Zeit ein kräftiger Ordertieg verbucht, der aber im Janu chon wieder abflachte.

n Februar konnte Schweden mals seit Mitte 1982 wieder ei Monat mit einem Exportüberg registrieren. Die Zahl der Opisten wächst; sie stützt sich tgehend auf eine Untersuchung Statistischen Zentralbüros. nnach wird Schwedens Induexport 1983 um real 5,5 Prozent chsen, wertmäßig werden es 16 zent sein.

b es aber gelingt, 1983 zumindest eine ausgeglichene Hansbilanz vorzulegen, bleibt abzurten; 1982 war ein Fehlbetrag umgerechnet 1,95 Milliarden rk zu verbuchen. Das Volvorstandsmitglied Bo Ekman sieht Schwierigkeiten folgenderma: „Es ist unmöglich, Schweden der Krise herauszuexportieren. für ist der Industriesektor zu in. Wir haben ganz einfach nicht industrielle Kapazität, um die bitionen des Landes bezahlen können."

Diese Ambitionen wurden in den gangenen Jahren überzogen finanziert. Etwa jede vom Staat ausgegebene Krone ist inzwischen geliehen; er verfügt bereits über 70 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Zeigten sich die Sozialdemokraten nach ihrem Wahlsieg im Herbst 1982 zunächst noch von einer im Vergleich zum staatlichen finanziellen Leistungsvermögen recht großzügigen Seite, so dämmert bei einigen Regierungsmitgliedern jetzt die Einsicht, daß es so nicht weitergehen kann. Finanzminister Kjell Olof Feldt ist offenbar zu einem ernsthaften Sanierungsversuch bereit, aber er stößt vor allem in der eigenen Partei und dem ihr eng verbundenen Gewerkschaftsbund auf heftigen Widerstand.

Die Auseinandersetzung in der Partei spitzt sich zu. Die Masse ihrer Anhänger erinnert sich noch zu gut an die Wahlversprechen, während die verantwortlichen sozialdemokratischen Politiker immer mehr zu der Auffassung tendieren, daß der ab 1980 von den Bürgerlichen eingeschlagene Weg wahrscheinlich doch der in dieser Situation einzig mögliche war.

Einer, der in dieser Auseinandersetzung bisher nicht öffentlich Stellung bezogen hat, ist Ministerpräsident Olof Palme. Er schwankt zwischen staatsmännischer Einsicht und parteipolitischer Taktik. Dabei erstaunt es, daß der weltgewandte Regierungschef so lange zögert, wo es ihm erst kürzlich nach eigener Darstellung gelungen ist, die westlichen Industrienationen von der Richtigkeit seiner wirtschaftspolitischen Thesen zu überzeugen. Diese besagen, daß nur Expansion ohne Rücksicht auf Inflation und Verschuldung die Genesung bringen kann.

Als Palme vom EG-Besuch in Brüssel heimkehrte, erklärte er, bei seinen Gesprächspartnern auf Verständnis für seine Argumente gestoßen zu sein; einige Länder hätten nun auch schon diesen Weg eingeschlagen.

Warum hat er nicht auch eine solche Patentmedizin für sein eigenes Land? Offenbar konnte er aber nicht einmal seinen Finanzminister von der Richtigkeit dieser Thesen überzeugen, ganz zu schweigen vom Nationalbankchef und dem Leiter des Reichsschuldenamtes, die beide striktes Sparen verordnen. Aber der Regierungschef ist ja auch gleichzeitig Parteivorsitzender, und da ist es offenbar nicht einfach, nur die Interessen des Staates im Sinn zu haben.

AUF EIN WORT



„Der vor allem durch die Förderungsprogramme im Wohnungsbau gefüllte Auftrags-Ballon der Baufirmen ist derzeit noch ein sehr labiler Baukonjunktur-Indikator. Erst jetzt, in den Wochen nach der Wahl, wird sich zeigen, ob dieser Ballon auch wirklich fliegen kann."

Dr. Jörg Holzinger, Hauptgeschäftsführer der Baugewerblichen Verbände, Düsseldorf FOTO: DIE WELT

Adca – Gespräche vor Abschluß

dos. **Hannover**

Die Norddeutsche Landesbank, die mehrheitlich am Grundkapital der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (Adca), Berlin/Frankfurt, beteiligt ist, rechnet noch in diesem Jahr mit der Verwirklichung eines neuen Konzepts für die Adca. NordLB-Vorstandschef Bernd Thiemann wollte Einzelheiten dazu zwar nicht mitteilen. Offenbar stehen aber die Gespräche mit der Vereins- und Westbank über eine Übernahme des norddeutschen Adca-Filialnetzes kurz vor dem Abschluß. Die Adca habe 1982 ein „erfreuliches" Betriebsergebnis erwirtschaftet. Die Sanierung werde für die NordLB „nicht sehr belastend sein". Alle Maßnahmen würden von den beiden anderen Adca-Großaktionären, der Bank of Montreal und der Wells Fargo Bank, voll mitgetragen.

BUNDESBAHN

Jetzt auch Sonderaktionen, um Autofahrer zu gewinnen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Mit einer dritten Sonderaktion will die Deutsche Bundesbahn Autofahrern zum Umsteigen auf die Bahn bewegen. Wie beim „rosaroten Wochenende" und beim „Abteil des Jahres" werden jetzt beim „Auto-fast-für-nix-Tarif" dem Fahrer, unabhängig davon, ob er allein reist oder bis zu fünf Begleitpersonen mitnimmt, ein günstiger Pauschalpreis für den Autoreisezug, das Abteil oder den Schlaf- und Liegewagen angeboten.

Auf dem „Christoforus-Expreß", der als Tageszug von Düsseldorf/Köln nach München fährt, beträgt der Sonderpreis für das Abteil 1. Klasse und der Mitnahme des eigenen Wagens für den Zeitraum vom 29. März bis 12. Mai dienstags, mittwochs und donnerstags für die einfache Fahrt 200 Mark, für Hin- und Rückfahrt 300 Mark. Dieser Preis gilt für bis zu sechs Personen. Der Preisnachlaß beträgt zwischen Köln und München, wenn ein Erwachsener in der 1. Klasse reist, für hin und zurück genau 50 Prozent. Reisen zwei Erwachsene, so sparen sie 60,2 Prozent.

Für die Benutzung des „Hochrhein-Auto-Expreß", der nachts zwischen Hamburg–Bremen–Hannover nach Lörrach fährt, berechnet die Bahn während dieses Zeitraums für den Schlafwagen mit bis zu drei Personen oder sechs Personen im Liegewagen einschließlich der Mitnahme des Autos 300 beziehungsweise 500 Mark. Die gleichen Preise gelten für den „Auto-Traum-Expreß", der nachts zwischen Hamburg–Bremen–Hannover und München verkehrt. Allerdings beginnt hier die Sonderaktion erst in der Nacht vom 12. auf den 13. April. Auch mit dieser Aktion will die Bahn testen, ob sich durch eine Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses das Verhalten der Kunden beeinflussen läßt. Mit den bisherigen Erfahrungen ist die Bahn zufrieden.

FRANKREICH

Die Sozialpartner stimmen vorverlegtem Rentenalter zu

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Ehe die französische Regierung unter dem Druck des zusammengebrochenen Franc auf Austeritykurs gehen muß, hat sie noch ein weiteres ihrer sozialistischen Wahlversprechen durchgesetzt, nämlich die Vorverlegung des Rentenalters von 65 auf 60 Jahre. Sie soll nach parlamentarischer Genehmigung zum 1. April in Kraft treten.

Die Sozialpartner haben dem Projekt bereits zugestimmt. In einem von den Unternehmensverbänden und sämtlichen Gewerkschaften mit Sozialminister Bérégovoy am Wochenende unterzeichneten Abkommen wurden die näheren Bedingungen dieser Reform festgelegt. Danach erhalten die Frührentner erheblich höhere Pensionen als bisher, ohne daß sie damit allerdings bereits mit 60 auf die Vollrente ab 65 Jahre kommen.

Ausgenommen von dieser Beschränkung ist die gesetzliche Mindestaltersrente für Arbeitnehmer, die mindestens 37½ Jahre berufstätig gewesen sind und entsprechend lange Beiträge an die Rentenkasse geleistet haben. Sie erhalten ab 60 Jahre 2200 (941) Franc monatlich. Sonderregelungen gelten auch zugunsten der Langzeitarbeitslosen und für Bergleute. Der vorzeitige Austritt aus dem Berufsleben ist ein Recht, aber keine Verpflichtung.

Unter diesen Umständen sind die Kosten der Reform schwer abzuschätzen. Jedoch hat die Regierung der Rentenkasse bereits eine zusätzliche staatliche Dotation von jährlich 10 Milliarden Franc zugesagt. Weitere 20 Milliarden Franc werden durch den Transfer von bisher an die Arbeitslosenkasse gegangenen Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerbeiträgen der Rentenkasse zugeführt. Die fehlenden Mittel soll sich die Rentenkasse durch Anleihen beschaffen. Von den Unternehmerverbänden wird die Notwendigkeit der Reform bezweifelt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Agrarexporte gesunken

Washington (AFP) – Die USA haben 1982 landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 36,6 Milliarden Dollar exportiert. Dieses Ergebnis liegt um 15 Prozent unter dem Vorjahresergebnis von 43,3 Milliarden, geht aus den vom Landwirtschaftsministerium veröffentlichten Zahlen hervor. Nach Auffassung von Wirtschaftsexperten ist der Rückgang auf die gesunkenen Preise für Agrarerzeugnisse zurückzuführen. Nach der Statistik des Washingtoner Ministeriums blieb Japan auch 1982 mit Einfuhren in Höhe von 5,55 Milliarden Dollar der größte Abnehmer amerikanischer Agrarprodukte, gefolgt von den Niederlanden (3,1 Milliarden) und der Sowjetunion (1,87 Milliarden). China importierte für 1,5 Milliarden Dollar (minus 24 Prozent) und die Bundesrepublik für 1,45 Milliarden (minus 18 Prozent).

Zinssenkungen zu erwarten

Frankfurt/Bonn (rtr) – Die Leitzinssenkung der Bundesbank und die bereits deutlich gesenkten Kreditzinsen werden in dieser Woche bei den meisten Banken und Sparkassen den Beschluß zu einer deutlichen Senkung der Sparzinsen zur Folge haben. Wie eine Umfrage unter Frankfurter Großbanken und sonstigen Kreditinstituten am Montag ergeben hat, wird der Spareckzins voraussichtlich um einen Punkt von derzeit vier auf drei Prozent gesenkt. Heute tagen die Vorstände der meisten Institute, so daß auf breiter Front mit Zinssenkungen gerechnet wird. Die Sprecher der Großbanken machten keine konkreten Angaben. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V. hat den Sparkassen bereits eine sofortige Zinssenkung empfohlen.

Entlastete Kapitalmärkte

Paris (rtr) – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rechnet für dieses Jahr mit einer geringeren Beanspruchung der internationalen Kapitalmärkte als im vergangenen Jahr. Es werde für 1983 mit Mittelaufnahmen von 145 Milliarden bis 155 Milliarden Dollar gerechnet nach 170 Milliarden Dollar 1982, teilte die OECD mit. In den ersten zwei Monaten 1983 errechnete die OECD eine Mittelaufnahme von 113,3 Milliarden Dollar aufs Jahr gerechnet im Vergleich zu 150,4 Milliarden im vierten Quartal 1982 und 167,9 Milliarden im ersten Quartal 1982. Der Rückgang spiegele zum Teil die stark rückläufige Zahl neu abgeschlossener mittelfristiger Euro-Konsortial-Kredite wider, was Folge der ernsten Schuldendienstprobleme einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern sei.

Märkte im Osten

Exporte westlicher Industrieländer 1982 (Jan.–Okt.) in Mrd Dollar nach:

Land	Mrd Dollar
Bulgarien	1,2
Rumänien	1,5
CSSR	1,6
Ungarn	2,3
Polen	2,6
DDR*	3,4
UdSSR	18,7

*einschl. innerdeutscher Handel

Quelle: OECD

Die Sowjetunion ist der beste Ostblock-Kunde des Westens. Sie allein kaufte in den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres Waren im Wert von 18,7 Milliarden Dollar bei westlichen Industrieländern; die übrigen Ostblockländer zusammen für nur 12,6 Milliarden Dollar. Sie konnte sich auch als einziges Ostblockland mehr Westimporte leisten, weil sie mit ihren Öl- und Gasexporten über sichere Devisenquellen verfügt. QUELLE: GLOBUS

US-Produzentenpreise

Washington (VWD) – Die Produzentenpreise von Fertigprodukten lagen im Februar in den USA um saisonbereinigt 1 Prozent über Vormonatsniveau. Im Januar war noch ein Rückgang im Monatsvergleich von 1,0 Prozent verzeichnet worden. Der Index (1967 = 100) stellt sich auf 283,7 Punkte und liegt damit um 2,1 Prozent über Vorjahresniveau.

Wochenausweis

	15. 3.	7. 3.	15. 2.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	84,1	81,0	71,2
Kredite an Banken	48,8	53,6	60,5
Wertpapiere	5,8	5,8	5,8
Bargeldumlauf	95,5	97,1	94,1
Einl. v. Banken	42,1	43,9	46,8
Einl. v. öffentl. Haushalten	1,1	1,2	2,4

ENTWICKLUNGSPOLITIK

HWWA-Institut kritisiert Nord-Süd-Kommission

HEINZ HECK, **Bonn**

Kritik aus der Wissenschaft ist t am zweiten Bericht der ord-Süd-Kommission" laut gerden, den ihr Vorsitzender Willy andt Anfang Februar in Bonn gelegt hatte. Dietrich Kebschull n HWWA-Institut für Wirtaftsforschung, Hamburg, zuich Vorsitzender des Wissenaftlichen Beirats beim Entwickgsministerium, kritisiert die was einseitige These ..., „daß die wierigkeiten der Weltwirtaft in erster Linie von den Induiestaaten verursacht sind".

Dem Bericht fehle „die kritische rchleuchtung der in vielen Fäl laxen und ineffizienten Wirtaftspolitik" der Regierungen in r Dritten Welt sowie die Analyse er Konsequenzen. Fehler der chen Länder würden „grundzlich überzeichnet und Mängel Entwicklungsländern immer eder übergangen", schreibt er im irtschaftsdienst".

Mit dieser einseitigen Betrachtungsweise vergebe die Kommission die Möglichkeit, wichtige Ansatzpunkte zur Selbsthilfe in Entwicklungsländern herauszuarbeiten. Das Schwergewicht liege zwangsläufig bei der Hilfe der Industriestaaten und internationaler Einrichtungen. So sieht Kebschull in der im Bericht erneut vorgetragenen Forderung der Geldschöpfung durch Schaffung zusätzlicher Sonderziehungsrechte (Quotenerhöhung um mindestens 100 Prozent) zugunsten der Entwicklungsländer „weder eine sinnvolle noch eine dauerhafte Lösung".

Zwar wehre sich die Kommission gegen Protektionismus, plädiere jedoch zugleich dafür, den Marktmechanismus im Welthandel durch „rigide Preisfixierungen" für Rohstoffe außer Kraft zu setzen, womit dem Dirigismus Tür und Tor geöffnet würden. „Dies wirkt zumindest ungereimt", meint Kebschull.

STEUERPOLITIK / Eine Untersuchung des Ifo-Instituts

Abgaben bremsen Leistungsbereitschaft

VWD, **München**

Die „Umverteilungen zugunsten des Staates" durch die immer höhere Abgabenbelastung der Arbeitnehmer haben 1982 extreme Ausmaße erreicht und werden sich im laufenden Jahr sogar noch verschärfen, schreibt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Nach einer Ifo-Studie, die sich unter anderem auf Zahlen des Statistischen Bundesamts stützt, haben die Arbeitnehmer im vergangenen Jahr 15,2 Milliarden DM mehr verdient als 1981. Fiskus, Sozialversicherung und Kirchen schöpften von diesem Mehrverdienst 11,5 Milliarden DM ab. Damit habe sich der Abgabenanteil am Mehrverdienst gegenüber 1981 auf 76 Prozent verdoppelt.

1983 werde von einem erwarteten Mehrverdienst von 11,7 Milliarden DM gar der „schier unglaubliche" Betrag von 10,1 Milliarden DM an Abgaben zu leisten sein, das sind 86 Prozent. Der Nettomehrverdienst der Arbeitnehmer dürfte auf den „kaum mehr erwähnenswerten Betrag" von 1,6 Milliarden DM schrumpfen. Auf die Klage über Nachfrage- und Konsumschwäche werfe dieser Abgabenanteil seine Schlagschatten. Der Realkonsum könne nur durch Rückgriff auf Erspartes aufrechterhalten werden. Anders sieht die „Pro-Kopf"-Rechnung aus (die unterschiedlichen Sätze ergeben sich aus der geringsten Zahl der Beschäftigten). Nach Abzug der öffentlichen Abgaben bleiben dem einzelnen Arbeitnehmer 1983 von jeder zusätzlich verdienten Mark ganze 47 (1982: 46) Pfennig übrig. Die „Grenzbelastung" liege mit 53 (54) Prozent zum 3. Mal seit 1960 über der „Belastungsschallmauer" von 50 Prozent. Für die Leistungsbereitschaft bedeutet es laut Ifo jedenfalls keinen Antrieb, wenn „die Abgabenbelastung die Lohn- und Gehaltserhöhung zum durchlaufenden Posten im Geldbeutel des Arbeitnehmers degradiert". Welche Funktion unter solchen Bedingungen andererseits Tarifverhandlungen hätten, wenn der Staat, „unbeteiligt am Gehaltspoker", zum Hauptbeteiligten am Verhandlungsergebnis avanciere, sei ein offenes Problem.

Da die Steuerzahler nur noch bedingt, aber „sicher nicht mehr auf lange Sicht" zur Sanierung der Staatsfinanzen opferbereit seien, müsse die Forderung nach einer echten Tarifreform „unabweisbar und mit hoher Priorität versehen" in das Spektrum anstehender fiskal- und verteilungspolitischer Entscheidungen rücken. Das Institut hält einen Einkommensteuertarif mit durchgehend progressivem Verlauf und abgeflachter Progression im mittleren Einkommensbereich für richtig.

Eine „konfiskatorische" Besteuerung von Millionärseinkommen aus Gründen der sozialen Symmetrie sollte nach Ansicht des Instituts „nicht Grundlage ernsthafter Überlegungen" zur Neukonzeption des Steuertarifs sein. Doch damit würde jede Initiative, zusätzliche Einkommen erzielen zu wollen, im Keime erstickt.

Japan: Geringer Export von Autos

VWD, Tokio

Die Kfz-Nachfrage in Japan dürfte sich im Finanzjahr 1983/84 (31. März) gegenüber dem Vorjahr leicht beleben, das Exportgeschäft wegen einiger Imponderabilien aber weiterhin schleppend verlaufen. So schätzt der Verband der japanischen Automobilhersteller (Jama) die künftige Branchenentwicklung ein. Nach den jetzt vorgelegten Prognosen wird für 1983/84 ein Inlandsabsatz von 5,415 Millionen Pkw, Lkw und Bussen erwartet. Bei Pkw wird dabei mit einem Verkaufsplus von 2,9 Prozent auf 3,167 Millionen Einheiten gerechnet, während der Inlandsabsatz von Lkw um 0,4 Prozent (2,226 Millionen Einheiten) und der von Bussen um 0,5 Prozent (21 500 Einheiten) niedriger gesehen wird. Bei den Motorrädern werden etwa 3,16 Millionen Stück (plus 1,8 Prozent) erwartet.

USA / Geschäftsbanken sind jetzt in die Schußlinie einiger Kongreßmitglieder und der Carnegie-Stiftung geraten

Wird Notlage der Schuldnerländer ausgenutzt?

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Geschäftsbanken, von Präsident Reagan gerade erst beschuldigt, sie sabotierten seine Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden, sind erneut in die Schußlinie geraten. Kongreßmitglieder, unterstützt von der Carnegie-Stiftung, werfen ihnen und anderen westlichen Instituten vor, sie würden die Notlage der Schuldnerländer ausnutzen, indem sie überhöhte Zinsen und Gebühren verlangten.

Offensichtlich durchgesickert sind Einzelheiten über die jüngsten Vereinbarungen mit der mexikanischen Regierung. Nach Angaben der Carnegie-Stiftung in Washington muß Mexiko für die Umschuldung des kurzfristigen Kredits über 20 Milliarden Dollar in ein Acht-Jahre-Darlehen eine Gebühr von einem Prozent sowie Zinsen zahlen, die zwischen 1⅞ und 2⅛ Prozent über den international üblichen Raten liegen. Der im Durchschnitt dreiprozentige Zuschlag bringe den Banken einen Gewinn in Höhe von 600 Millionen Dollar, die Mexikos Schuldenberg zuaddiert werden müßten, heißt es.

Für den neuen Kredit über fünf Milliarden Dollar, den die Geschäftsbanken Mexiko auf Drängen des Internationalen Währungsfonds (IWF) einräumten, erhalten sie einen Zins, der um 2¼ Prozent über dem Londoner Interbank-Angebotssatz (Libor) plaziert ist. Das kostet laut Carnegie-Stiftung noch einmal 200 Millionen Dollar, so daß Mexiko für das Hilfsunternehmen zusätzlich 800 Millionen Dollar aufbringen muß.

Ähnlichen Aufschlägen mußten Brasilien und andere Länder zustimmen, deren Auslandsschulden in den vergangenen Monaten ebenfalls gestreckt und aufgestockt worden sind. Was die Kongreßmitglieder auf die Barrikaden bringt, ist die Tatsache, daß in erster Linie der IWF, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und die US-Regierung die Rettungspakete geschnürt haben.

Dazu der Abgeordnete Charles Schumer, Mitglied des Bankenausschusses des Repräsentantenhauses: „Eigentlich müßten die Banken einen Preis für ihre Fehlkalkulationen zahlen, die ihnen vor Jahren unterlaufen sind. Aber in Wirklichkeit profitieren sie von den Umschuldungsaktionen, die vom Währungsfonds abgesichert sind."

Für Schumer begehen die Banken überdies einen schweren Fehler, weil sie die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit in den Schuldnerländern noch vergrößern. Erst letzte Woche mußte Mexiko die Institute um Zahlungsaufschub bis zum 17. August für die Kreditrückzahlungen bitten. Im November war ein Aufschub bis zum 23. März vereinbart worden.

Nicht geheuer sind auch der Reagan-Administration die Praktiken der Geschäftsbanken. So warnte der Chefökonom des Weißen Hauses, Martin Feldstein, die Institute in der Washington Post davor, die armen Staaten nicht über Gebühr zu belasten. „Es ist zwar verständlich, daß die Banken höhere Zinsen fordern, um die größeren Risiken auszugleichen. Aber je höher die Sätze sind, um so größer ist das Risiko", erklärte er.

Auf dem Kapitol suchen Senatoren und Abgeordnete nach einem Weg, der auf eine Streckung der Auslandsschulden in der Dritten Welt, gekoppelt mit einem Abbau der jährlichen Zahlungsverpflichtungen, zielt. Zu der Gruppe gehört auch der bekannte New Yorker Finanzier Felix Rohatyn. Nach ihrer Ansicht ist es unsinnig, die Länder zu zwingen, den Gürtel noch enger zu schnallen. Das gehe auf Kosten der Exporte der Industriestaaten, wird betont.

Gegen die Anschuldigungen wehren sich die US-Banken mit dem Hinweis auf die gewachsenen Risiken. Außerdem seien die Kredite an Mexiko und andere Länder früher „unter Preis" gewährt worden. Die Ausfälle müßten jetzt wieder hereingeholt werden. In der Tat haben die amerikanischen Institute noch vor wenigen Jahren Darlehen in die Dritte Welt vergeben, deren Zinsen unter der Prime Rate lagen. Es fehlt auch das Argument nicht, die Regionalbanken könnten nur mit einem größeren „Bonus" bei der Stange gehalten werden.

Wie sehr die US-Banken sich in der Bredouille befinden, zeigen die neuesten Zahlen der Wertpapier-Aufsichtsbehörde SEC. Danach machten die Außenstände der zehn größten US-Institute Ende 1982 nahezu 44 Milliarden Dollar – 10,3 Prozent der Gesamtkredite – aus. Das waren im Durchschnitt 169 Prozent des Grundkapitals. Auf Brasilien entfielen 16,4, auf Mexiko 14,5, auf Venezuela 6,7 und auf Argentinien, Chile und Jugoslawien zusammengenommen 6,1 Milliarden Dollar.

Seite 3: Pluspunkte markieren Wende in der US-Wirtschaft

ÖSTERREICH / Niedrige Industrieproduktion

Keine Belebung in Sicht

W. FREISLEBEN, Wien

Trotz positiver Konjunkturerwartungen im Ausland hält sich der Optimismus in Österreich in Grenzen. Der Wahlausgang in Deutschland dürfte vorerst lediglich das psychologische Klima in der Wirtschaft verbessern. Die Konjunkturexperten jedenfalls wollen noch nicht so recht an einen Aufschwung glauben und bleiben vorerst bei ihrer Erwartung, daß die österreichische Wirtschaft 1983 in einer Stagnation verharrt. Nach wie vor fehlen reale Anzeichen für eine merkliche Belebung. Erst im zweiten Halbjahr könnte sich ein Aufschwung bemerkbar machen.

Seit Jahresende 1982 hat sich die Konjunkturlage nach Beobachtung der Experten in Wien nicht geändert. Die Industrieproduktion, die im Dezember um 5 Prozent absackte, ist auf niedrigem Niveau geblieben. Selbst der Exportanstieg im Januar dürfte wenig aussagekräftig sein, weil sich die zugrundeliegenden verbesserten Aufträge aus dem Ausland vom November im Dezember nicht im selben Ausmaß wiederholten, zudem wird registriert, daß die temporär verstärkte Auslandsnachfrage neben der Opec aus RGW- und Schwellenländern komme, deren Devisensituation stark angespannt ist und daher auf längere Sicht nicht zur Konjunkturbelebung beitragen könne.

Seitens des Wirtschaftsforschungsinstitutes in Wien wird denn auch gewarnt, daß jetzt nicht unbedingt mit einem durchgreifenden Aufschwung gerechnet werden könne. Eine etwas regere Nachfrage spürten zum Jahresbeginn nur der Wohnungsbau und der Einzelhandel. Die österreichische Inlandsnachfrage hatte zuletzt die Konjunktur etwas abgestützt. Den bescheidenen Zuwächsen der realen Massenkaufkraft entsprechend folgte der Konsum einem leicht steigenden Trend.

Im Gewerbe sind vorerst die Erwartungen für das erste Quartal aber noch höchst pessimistisch. Im letzten Quartal 1982 waren die Aufträge gegenüber dem Vorquartal um 20 Prozent gesunken. Die jüngste Umfrage brachte die Erwartung eines nochmals um 35 Prozent sinkenden Auftragseinganges seitens privater Auftraggeber, um 37 Prozent aus der gewerblichen Wirtschaft und um 30 Prozent vom öffentlichen Sektor.

Die anhaltende Wirtschaftsflaute spiegelt sich auch deutlich am Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosigkeit stabilisierte sich im Februar auf einem für Österreich hohen Niveau von 6,3 Prozent. Im Jahresabstand bedeutete dies einen Anstieg der Arbeitslosen um 34 761 Personen oder fast 24 Prozent.

CD CARTONDRUCK / Erfolg mit Faltschachteln

Wachstum über Durchschnitt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Ein überaus flottes Wachstumstempo legt die CD Cartondruck GmbH, Obersulm-Willsbach, gemessen am Durchschnitt der teilweise mit Problemen kämpfenden Verpackungsbranche, vor. Dieses erst 1969 gegründete Unternehmen steigerte 1982 seinen Umsatz um mehr als 20 Prozent auf 25 (1981: 19,6) Mill. DM. Für das laufende Jahr wird ein Umsatz von 30 Mill. DM angepeilt. Grundlage hierfür ist ein Investitionsschub im vergangenen Jahr (4 Mill. DM), der für die Anschaffung neuer Vier- und Fünffarben-Druckmaschinen sowie neuer Stanz- und Klebemaschinen verwendet wurde.

Erfolgsrezept der Firma ist die Spezialisierung auf das Marktsegment hochwertiger Faltschachteln, nachdem sich auf dem breiten Markt der Faltschachtel-Verpackung in der Bundesrepublik nicht weniger als rund 150 Anbieter mit insgesamt 11 000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 1,5 Mrd. DM tummeln.

In dieser Konzentration auf obere Qualitäten für besondere Kundenkreise sieht CD Cartondruck auch weiterhin gute Wachstumschancen. 70 Prozent der Faltschachteln werden für die Kosmetik-Branche, 20 Prozent für Pharmazie-Unternehmen und weitere 10 Prozent für Einzelabnehmer hergestellt. Zunehmendes Gewicht hat das Auslandsgeschäft. Die Exportquote beläuft sich mittlerweile auf 30 Prozent. Die Ertragslage wird als zufriedenstellend bezeichnet. Die Firma beschäftigt 80 Mitarbeiter und ist derzeit gut beschäftigt.

D. STEMPEL / Matrizenfabrik wird geschlossen

Ratenweise weg vom Blei

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Mit der Gründung der Büropa Marketinggesellschaft für Bürokommunikationssysteme, Frankfurt, im August 1982, hat die D. Stempel AG ihre Umorientierung vom „Buchstaben-Lieferanten" zum Kommunikations-Spezialisten weiter vorangetrieben. Der teilweise Abschied vom guten alten Bleisatz wird in diesem Frühjahr vollzogen: Stempel schließt seine Matrizenfabrik, in der in den vergangenen 80 Jahren mehr als 200 Millionen Setzmaschinenmatrizen (quasi Gußformen für Bleibuchstaben) hergestellt wurden.

Vorher allerdings hat die Mergenthaler Linotype GmbH, Setzmaschinenhersteller und zu knapp 54 Prozent an Stempel beteiligt, die eigenen Läger noch einmal gefüllt, um auch in den nächsten Jahren noch ihre alten Bleisatzkunden bedienen zu können. Fortgeführt wird bei Stempel aber die Bleisatz-Gießerei für kleinere und mittlere Druckereien, die an der traditionellen Technik festhalten. Auch hier wurde aber rationalisiert und das Programm weiter gestrafft.

Der Strukturwandel im grafischen Gewerbe und die allgemeine Flaute haben den Umsatz von Stempel im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) leicht auf 20,3 (20,6) Mill. DM sinken lassen. Der Rückgang schlug auch aufs Ergebnis durch – dem Jahresüberschuß 1980/81 von 110 000 DM folgte ein kleiner Fehlbetrag von gut 12 000 DM. Die Belastungen aus der Schließung der Matrizenfertigung will das 250-Mitarbeiter-Unternehmen dennoch „aus eigenen Kräften ausgleichen", so die Ankündigung im Geschäftsbericht.

DEUTSCH-SÜD-BANK / Erhöhte Risikovorsorge

Rekordergebnis übertroffen

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Südamerikanische Bank AG, Hamburg, die voll zur Dresdner Bank-Gruppe gehört, hat das Rekordergebnis des Vorjahres 1982 nochmals übertroffen. Nach Angaben des Vorstandsmitglieds Albrecht C. Rädecke, hat sich das Betriebsergebnis um 3 Prozent auf 77,7 Mill. DM verbessert. Der Zinsüberschuß stieg trotz leicht verminderter Marge um 6,5 Prozent auf 17,6 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um 15 Prozent auf 17,6 Mill. DM. Starke Ertragsrückgänge im Dienstleistungsbereich Dokumente glich die Deutsch-Süd-Bank durch ein um 47 Prozent höheres Ergebnis im Wertpapiergeschäft mehr als aus.

Die Muttergesellschaft erhält gleichwohl seit 1959 zum ersten Mal keine Dividende. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in vielen Ländern Lateinamerikas und auch im inländischen Geschäft habe die Bank im Abschluß 1982 der Risikovorsorge und der inneren Stärkung absolute Priorität eingeräumt, erklärt Rädecke.

Der positive Geschäftsverlauf des Instituts schlägt sich in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 12,4 Prozent auf 5,3 Mrd. DM und des Geschäftsvolumens um 4 Prozent auf 6,3 Mrd. DM nieder. Im Kreditgeschäft hat sich bei nahezu unveränderter Gesamtsumme von 3,9 Mrd. DM eine Verlagerung von Bürgschaftskrediten zu Barkrediten ergeben.

Auf der Passiv-Seite, so betont Rädecke, sei die Struktur weiter verbessert worden. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 60 Prozent auf 1,7 Mrd. DM, während die Bankengelder um 6,6 Prozent auf rund 3 Mrd. DM zurückgingen. Sehr gut ist nach Angaben von Rädecke das Geschäft bei der Filiale in Panama gelaufen, und die im Herbst 1981 gegründete Filiale in Miami/Florida hat alle Erwartungen übertroffen.

Die Geschäfte in den ersten Monaten dieses Jahres liefen befriedigend, erklärt Rädecke. Ein Ergebnis, wie es die Bank in den beiden letzten Jahren erzielt habe, sei allerdings nicht wieder zu erreichen.

NAMEN

Dr. Heribert Strobel, Vorstandsmitglied der Bayerischen Vereinsbank, wird nach mehr als 30jähriger Tätigkeit für das Institut am 1. April in den Ruhestand treten. Sein Arbeitsgebiet übernimmt Vorstandsmitglied **Dietrich Köllhofer**, der in der Bank als „Kronprinz" gilt. Aus dem Aufsichtsrat der Bank scheiden altersbedingt **Dr. Hans-Helmut Kuhnke** und **Dr. Alfons Goppel** aus. Neu in den Aufsichtsrat sollen gewählt werden **Prof. Reimar Lüst**, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, und **Dr. Franz Josef Strauß**, der als Bayern-Ministerpräsident kraft Gesetzes Vorsitzender des Stiftungsrates der Bayerischen Landesstiftung, des größten Aktionärs, ist.

Willy Hund, Direktor im Bereich Photographie und Graphik der Deutschen Gesellschaft für Photographie und Mitglied der Geschäftsleitung der 3M Deutschland GmbH, Neuss, vollendet am 23. März das 60. Lebensjahr.

Adolf von Au, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater aus Baiersbronn-Mitteltal, und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Datev, dem genossenschaftlichen Rechenzentrum der Steuerberater, vollendete am 18. März das 60. Lebensjahr.

Oskar Heumüller, früherer Thyssen-Stahlhandelschef und heute Ehrenmitglied im Vorstandsrat des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel, Düsseldorf, wurde am 19. März 70 Jahre alt.

WLZ / Nur Investitionszulage belebte Agrartechnik

Große Ernte gut verkraftet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die große Ernte und die Stagnation auf den Märkten haben bei der WLZ-Raiffeisen eG, Stuttgart, der zentralen genossenschaftlichen Erfassungs- und Vermarktungs-Institution im Landesteil Württemberg, den Verlauf des Geschäftsjahres 1982 deutlich geprägt. Der Umsatz der WLZ vergrößerte sich zwar um 4,1 Prozent auf 1,44 Mrd. DM, doch war die Entwicklung der einzelnen Sparten sehr unterschiedlich.

So wurden beispielsweise auf dem Sektor landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit rund 182 000 Tonnen Getreide (einschließlich Raps) 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr aufgenommen. Probleme gab es aber bei der Qualität (Auswirkung der feucht-warmen Witterung), was zu zeitraubenden Kontrollen und verzögerter Auszahlung der Erzeugererlöse führte.

Eine Rekordernte bisher nicht gekannten Ausmaßes hatte die WLZ mit rund 190 000 Tonnen Tafel- und Industrieobst erfaßt. Abgesetzt wurden 170 000 Tonnen Tafelkernobst (plus 166 Prozent). Der Preisdruck ließ den Wertumsatz dieser Warengruppe nur um 36 Prozent ansteigen. Rückläufig war der Umsatz bei Düngemitteln. In der Agrartechnik belebte sich nach zögernder Kaufbereitschaft in der ersten Jahreshälfte die Nachfrage insbesondere durch die Investitionszulage in der „zweiten Halbzeit". In der Erfassung und Vermarktung sogenannter Bio-Produkte hält sich die WLZ nach wie vor zurück. Nach Worten des Vorstandsvorsitzenden Berthold Weyreter gebe es von der Angebotsseite her keine Notwendigkeit des Einstiegs.

In Anbetracht der hart umkämpften Märkte wertet er das Ergebnis – die WLZ weist einen Gewinn von 2,0 (1,9) Mill. DM aus – als „noch befriedigend". Es wird wieder eine Nettodividende von 5,12 Prozent auf 31,9 Mill. DM Geschäftsguthaben ausgeschüttet. Die Eigenkapitalquote beträgt unverändert 15 Prozent. Die WLZ zählt rund 1200 Mitglieder, darunter sind 560 Einzelmitglieder.

NORDDEUTSCHE LANDESBANK / Garantiemittel vorzeitig getilgt

Die alten Hypotheken sind abgebaut

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig, hat mit dem Jahresabschluß 1982 endgültig einen Schlußstrich unter die problemreichen 70er Jahre gezogen. Die „Hypotheken der Vergangenheit", so der Vorstandsvorsitzende des Instituts, Bernd Thiemann, seien nunmehr abgebaut, das Haus wieder in Ordnung gebracht und eine „saubere Bilanz" vorgelegt worden.

Bei dieser Wertung bezieht sich Thiemann vor allem auf die vorzeitige Tilgung einer Zuschußverpflichtung, die 1974 von den Gewährträgern – dem Land Niedersachsen und dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband – übernommen wurde, um die durch das Rollei-Debakel belastete Bilanz auszugleichen. Ursprünglich sollte die Tilgung der 250-Mill.-DM-Garantie, die bis 1981 auf 170 Mill. DM abgebaut worden war, erst 1985 abgeschlossen sein. Das über Erwarten gute Ergebnis 1982 habe der Bank (Thiemann: „Ein nicht unerheblicher Kraftakt") die vorzeitige Tilgung ratsam erscheinen lassen. Nunmehr könne man daran gehen, das Eigenkapital zu stärken und stille Reserven zu bilden.

Die günstige Entwicklung der NordLB im Berichtsjahr ist maßgeblich von dem auf 460 (356) Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß geprägt worden, der mit der Verbesserung der Zinsspanne auf 1 (0,81) Prozent einherging. Er ließ das Betriebsergebnis auf 205 (115) Mill. DM steigen. Hinzu kamen 80 Mill. DM aus Handelsgeschäften, davon 70 (25) Mill. DM aus dem Wertpapiersektor. Leicht erhöht, auf 50 Mill. DM, hat sich ferner der Provisionsüberschuß, während die Luxemburger Tochter ihr Ergebnis mit 42 Mill. DM mehr als verdoppelte; diese Erträge blieben aber bei der Nord-Lux. Dagegen wurden bereits versteuerte Reserven bei der Landes-Bausparkasse aufgelöst: Die Schwankungsrückstellungen stehen jetzt mit 25 (70) Mill. DM zu Buche.

Neben der Tilgung der Garantiemittel hat die NordLB aus den erwirtschafteten Erträgen „alle erkennbaren Risiken im Inlands- und Auslandsgeschäft" abgedeckt. Für die Risikovorsorge seien mehr Mittel als im Vorjahr bereitgestellt worden. Thiemann will nicht ausschließen, daß im laufenden Jahr für diesen Zweck noch höhere Beträge erforderlich werden. Dennoch gehe die Bank jetzt „mit Gelassenheit und Zuversicht" in das Jahr 1983, zumal die Eigenkapitalbasis durch die Mehrheitsbeteiligung an den vor der Fusion stehenden Bremer Landesbank und Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen deutlich verbessert wird.

Die Bilanzsumme der NordLB erhöhte sich im Berichtsjahr um 6,4 Prozent auf 54,9 (51,6) Mrd. DM. Das gesamte Kreditvolumen erreichte Ende 1982 rund 40 (37,7) Mrd. DM, wobei das langfristige Kreditgeschäft (31,5 nach 29,1 Mrd. DM) dominierte. Am Gesamtbestand der Forderungen haben die Kredite an die öffentlichen Hände einen Anteil von einem Drittel. Um 142 Mill. DM auf 901 Mill. DM erhöhte sich das Auszahlungsvolumen der Hypothekendarlehen. Unter Berücksichtigung der verschärften Risikolage operierte die NordLB im Auslandsgeschäft vorsichtig. Der Anteil der Auslandsaktiva an der Bilanzsumme ging auf 7 (8) Prozent zurück; an den Erträgen der Bank sind sie mit unverändert 10 Prozent beteiligt.

Auf der Passivseite steht nach wie vor die klassische Refinanzierung aus Schuldverschreibungen im Vordergrund. Der Bruttoabsatz per Ende 1982 belief sich auf 9,4 (7,5) Mrd. DM. Dem stand ein Tilgungsvolumen von 6 Mrd. DM gegenüber. Bei den Spareinlagen ergab sich ein Zuwachs auf 2,9 (2,7) Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen auf 9,3 (10,1) Mrd. DM zurück, die gegenüber Nichtbanken nahmen leicht auf 8,5 (8,2) Mrd. DM zu. Obwohl die Mitarbeiterzahl im Rahmen der Bereinigung des Niederlassungsnetzes um rund 100 auf 4595 zurückging, stiegen die Personalaufwendungen um 7,9 Prozent auf 226 Mill. DM. Auf frühere Kapitalerhöhungen der Gewährträger schüttet die NordLB einen Bonus von 11,2 (8,8) Mill. DM aus.

VEBA / Dividende bleibt bei 15 Prozent

Strom und Handel stark

HANS BAUMANN, Essen

Stromwirtschaft und Handel waren auch im Geschäftsjahr 1982 wieder die bewährten Lokomotiven der umsatzstärksten deutschen Aktiengesellschaft Veba AG, Düsseldorf. Der Elektrizitätsumsatz stieg um 8,8 Prozent auf fast ,8 Mrd. DM, der des Handels, Verkehrs und der sonstigen Dienstleistungen um 2,4 Prozent auf 21,7 Mrd. DM. Da die übrigen Sparten Mineralöl, Chemie, Hohlglas und sonstige) Umsatzverluste hinnehmen mußten, verbleibt ein saldierter Umsatzrückgang für den Konzern von 0,2 Prozent auf gut 49,3 Mrd. DM.

Bis auf die Mitteldestillate (plus ,8 Prozent) haben sich Produktion und Absatz aller Bereiche vermindert. Selbst die Netto-Stromerzeugung ging um 1,3 Prozent auf 58 Mrd. kWh zurück. Bei der Preußenelektra stieg der Kohleeinsatz um 2 Prozent auf 39,8 Prozent. Der Anteil der Kernenergie am erzeugten Strom war mit 41,4 Prozent wieder sehr hoch.

Bei Öl hielt die Flaute an. Der Rohöleinsatz verminderte sich daher weiter um 11,7 Prozent auf gut 0 Mill. Tonnen. Günstige Einkaufsmöglichkeiten auf den Spotmärkten wurden genutzt. Nach Reduzierung der Top-Destillationskapazitäten am Standort Ruhr betrug die Auslastung der Raffinerien 67 (2) Prozent. Die Saarbergwerke besitzen jetzt ein Nutzungsrecht von 25 Prozent der Kapazität der Raffinerie Neustadt, das sind 1,75 Mill. Tonnen im Jahr. Bei der Hülschemie mußten Einbußen im Ammoniak- und Harnstoffgeschäft hingenommen werden. In Teilbereichen wurde kurzgearbeitet.

Trotz der leichten geschäftlichen Einbußen hat die Veba wieder kräftig investiert. Insgesamt wurden 2,74 (2,28) Mrd. DM eingesetzt, davon allein 60 Prozent in der Stromwirtschaft. Bei Mineralöl waren es nur noch 233 (366) Mill. DM.

Das Ergebnis wurde wieder im wesentlichen getragen von der Elektrizitätswirtschaft und vom Handel. Bei der Chemie ging das Ergebnis zurück. Veba Oel konnte seinen Verlust selbst ausgleichen und belastete das Ergebnis der Mutter nicht. Vor Steuern wurde ein Überschuß von 1,15 (1,21) Mrd. DM erzielt. Der Steueraufwand war dennoch mit 757 (675) Mill. DM wesentlich höher, weil 1981 in höherem Umfang zum Teil aperiodische, im Inland steuerfreie Auslandsgewinne vereinnahmt wurden. Aus dem Konzernüberschuß wird die Veba wieder 15 Prozent Dividende auf das Grundkapital von 1,68 Mrd. Mark zahlen. Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich um 3 Prozent auf 80 476.

Die Zusammenarbeit der Veba Oel mit der staatlichen venezolanischen Ölgesellschaft Petroleos de Venezuela in der neugegründeten Ruhr Oel GmbH (50:50) hat bereits begonnen. Die Ruhr Oel hat eine Verarbeitungskapazität von 10,5 Mill. Tonnen und 5,3 Mill. Tonnen Konversionskapazität (einschließlich eines Hydrocrackers, der Mitte 1983 in Betrieb geht). Das Stammkapital von Ruhr Oel beträgt 330 Mill. DM.

TEMMING / Großaktionär verzichtet auf Dividende

Finanzen kräftig gestärkt

PETER ZERBE, Glückstadt

Trotz der schlechten Konjunktur hat der Papierhersteller Peter Temming AG im vergangenen Jahr seinen Umsatz von 137 Mill. DM auf 7 Mill. DM steigern können. Wie Vorstandsmitglied Klaus Weishaupt mitteilte, waren die Kapazitäten im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Papier und Linters zu je 95 Prozent ausgelastet. Dieser hohe Auslastungsgrad hält bisher auch an. Im vergangenen Jahr ist es nach den Worten Weishaupts zu einer besonderen Ertragsverbesserung gekommen. Der Großaktionär, die Steinbeis-Gruppe, verzichtete auf eine Dividende und damit kann der Jahresüberschuß voll zur Stärkung der Finanzstruktur und zur Zukunftssicherung verwendet werden.

Nach dem Kapitalschnitt von 12 auf 6 Mill. DM möchte der Vorstand die Eigenkapitalbasis durch die nicht ausgeschütteten Gewinne stärken. Durch die günstige Liquiditätsentwicklung konnte das Kreditengagement zurückgenommen werden. Dies hatte eine Reduzierung des Zinsaufwandes um 30 Prozent gegenüber 1981 zur Folge.

Im vergangenen Jahr wurden 14 Mill. DM investiert. Für die Zeit bis 1986 sind insgesamt 39 Mill. DM vorgesehen. Investitionsschwerpunkte sind der Ausbau der Fabrikationsanlagen auf den modernsten Stand. Große Bedeutung nimmt dabei die Entsorgung ein. Allein im Abwasserbereich fallen künftig 2,5 Mill. DM pro Jahr als Betriebskosten an. In der Papierfabrik ist die Umstellung des geplanten Anteils der Kapazität auf Recycling abgeschlossen.

BAYERISCHE VEREINSBANK / Ausschüttung wird auf zehn Mark angehoben – Zinsmarge auf Rekordhöhe

Der Goldrand wurde noch einmal ein Stück breiter

CLAUS DERTINGER, München

Die Aktie der Bayerischen Vereinsbank AG (BV), München, gehört zu den wenigen Goldgeränderten unter den deutschen Bankaktien. 1982 ist dieser Goldrand noch ein ganzes Stück breiter geworden, dessen Hochglanz die Dividendenerhöhung von 9 auf 10 DM je 50-DM-Aktie auch auf die Aktionäre ausstrahlt. Sie können freilich nicht von der wesentlich stärkeren Steigerung des Teilbetriebsergebnisses (siehe Tabelle) um fast 59 Prozent und der noch deutlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses einschließlich der Eigenhandelsgewinne profitieren, das Vorstandssprecher Maximilian Hackl uneingeschränkt als gut bezeichnete, wobei „gut" fast die oberste Spitze seiner Werteskala einnimmt.

Auch die Bayerische Vereinsbank spürte schließlich die rezessionsbedingte Verschlechterung der Bonität vor allem vieler mittelständischer Firmen, Belastungen aus der Sanierung von Großunternehmen und nicht zuletzt die Zahlungsprobleme einiger Schuldnerländer, in denen deutsche Exportlieferungen finanziert wurden. Für die Risikovorsorge hat die Bank daher rund zweieinhalbmal soviel wie 1981 aufgewendet, davon zwei Drittel für inländische und ein Drittel für ausländische Engagements.

Die bereits mit Erträgen verrechneten steuermindernd geltend gemachten Wertberichtigungen sowie 10 (36) Mill. DM Wertpapierabschreibungen und 9 (4) Mill. DM Sammelwertberichtigungen erforderten einen in der Ertragsrechnung immerhin noch 226 Mill. DM sichtbaren Aufwand, gute 140 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Wenn sich die Konjunktur bessert und die Insolvenzwelle abebbt, kann man hoffen, daß ein Teil der inländischen Risikovorsorge zu echten stillen Reserven wird.

Der 1982 gegenüber dem Vorjahr entstandene Mehraufwand für die Risikovorsorge sowie für die Verwaltungskosten, die um gut 54 auf 846 Mill. DM zunahmen, hat das Plus beim Zinsüberschuß, der um 194 Mill. DM oder 21,1 Prozent auf gut 1,1 Mrd. DM stieg, praktisch völlig aufgezehrt. Die Verbesserung des Zinsergebnisses hat die BV ganz überwiegend in der Bankabteilung erwirtschaftet, obwohl deren Geschäftsvolumen wegen flauer Konjunktur nur um 2,4 Prozent auf 34,5 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt wuchs; doch die Umschichtung liquider Mittel in höherverzinsliche Aktiva und die Verbilligung der Geldeinstandkosten ließen die Zinsmarge im Bankgeschäft von 2,31 auf 2,78 Prozent steigen, den höchsten Stand seit Freigabe der Bankzinsen 1966.

Im Hypothekenbankgeschäft hat sich der Zinsüberschuß einschließlich des „Einmalertrags" (16 nach 8 Mill. DM) etwa parallel zur jahresdurchschnittlichen Volumenssteigerung (um 12,1 Prozent auf 23,2 Mrd. DM) erhöht, was eine Zinsmargenverbesserung von 0,71 auf gut 0,72 Prozent bedeutet. Das Provisionsgeschäft brachte einen Überschuß von 194 Mill. DM, das ist ein Plus von 17,6 Prozent.

Aus dem Jahresüberschuß werden wieder 20 Mill. DM in die offenen Rücklagen gesteckt, die nun mit 1,33 Mrd. DM fast das Dreifache des Grundkapitals erreichen, für dessen Aufstockung Hackl auch bei stärkerer Geschäftsexpansion in diesem Jahr keine Notwendigkeit sieht.

Für 1983 erwartet der Vorstandssprecher eine Belebung des Kreditgeschäfts, besonders des Hypothekengeschäfts. In den ersten beiden Monaten hat sich das Teilbetriebsergebnis zwar nochmals etwas verbessert, doch glaubt Hackl nicht, daß die Zinsmarge zu halten ist. Anderseits hofft er, daß der Risikovorsorgeaufwand sinkt. Fazit: Unter dem Strich könnte 1983 sogar mehr übrigbleiben als im letzten Jahr, in dem die BV im laufenden Geschäft (vor Steuern) mehr als das Grundkapital verdient hat.

Im Konzern, zu dessen wichtigsten Gliedern neben der BV die Bayerische Handelsbank, die Süddeutsche Bodencreditbank, die Vereinsbank in Nürnberg, die Simonbank und die Luxemburger Tochter gehören, stieg die Bilanzsumme um 7,4 Prozent auf 105 Mrd. DM und der Jahresüberschuß blieb mit 157 Mill. DM unverändert.

Bayerische Vereinsbank	1982 (Mill. DM)	± %
Bilanzsumme	60 143	+ 6,5
Eigenkapital	1 781	+ 1,1
Kundeneinlagen aus Bankgeschäft	21 725	+ 3,8
Schuldverschreibungen	22 870	+ 14,3
Kundenforderungen im Bankgeschäft	19 170	+ 1,2
Darleben im Hypothekengeschäft	24 568	+ 12,8
Teilbetriebsergebnis aus lfd. Geschäft[1])	475	+ 58,9
a. o. Ergebnis[2])	– 203	+ 160,3
Gewinn v. EEV-Steuern	273	+ 23,3
Jahresüberschuß	111	+ 8,8

[1]) Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand sowie Afa auf Sachanlagen; [2]) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Kredit- und Wertpapierengaments abzügl. sonstige a. o. Erträge.

Krupp GmbH ist nun reine Holding

J. G. Düsseldorf

Als letzte Etappe ihrer Umwandlung zu einer reinen Konzernholding hat nun die Fried. Krupp GmbH, Essen, rückwirkend zum 1. Januar 1983 ihre noch fünf Betriebsabteilungen (Industrie- und Stahlbau, Atlas-Elektronik, Widia, Ruhrorter Schiffswerft, Grafische Betriebe) als GmbHs in die rechtliche Selbständigkeit überführt. Größte der neuen Holding-Töchter ist die „Krupp Industrietechnik GmbH", in der die bisherige Betriebsabteilung Industrie- und Stahlbau nebst den Geschäftsbereichen Grevenbroich und Bremen der Krupp-Tochter Buckau-Walther AG zu einem Gebilde mit 2 Mrd. DM Weltumsatz und 10 000 Beschäftigten zusammengefaßt werden.

In den Holding-Vorstand wurde per 1. Juli das MAN-Vorstandsmitglied Gerhard Neipp (43) für das Ressort „Technologie" berufen. In seinen Bereich fällt auch viel von dem nun aufgegebenen Ressort „Konzernentwicklung"; Helmut Metzger (3), bislang zuständig, scheidet im Herbst gesundheitshalber aus dem Holding-Vorstand aus.

CONTI-GUMMI / In der Marktnische Winterreifen „phänomenales" Plus

Position in Europa weiter ausgebaut

D. SCHMIDT, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, ist „vor dem Hintergrund des rauhen Umfeldes" mit dem Reifengeschäft im Jahre 1982 „nicht unzufrieden". Wilhelm Schäfer, im Vorstand zuständig für das Ressort Marketing Reifen, weist darauf hin, daß der Reifen-Weltmarkt im Berichtsjahr eine sinkende Tendenz verzeichnete. Für die Marken Continental und Uniroyal ergab sich zwar währungsbedingt gegenüber dem Vorjahr nur ein unveränderter Umsatz von rund 2,2 Mrd. DM (einschließlich des zum Konzern gehörenden Runderneuerers Vergölst). Bei Ausklammerung der Wechselkurseinflüsse wäre jedoch ein Umsatzplus von knapp 3 Prozent realisiert worden.

Entsprechend dieser Entwicklung, so Schäfer, habe die Reifengruppe ihre Position in Europa stärken können. Hinter dem unangefochtenen Marktführer Michelin, dessen Anteil 1982 bei 38 (39) Prozent lag, steht die Continental-Gruppe zusammen mit Pirelli bei einem Anteil von 13 (12) Prozent auf dem zweiten Rang, vor Goodyear (11 Prozent), Dunlop (10 Prozent), Firestone (4 Prozent) und Semperit (3 Prozent). Leicht verbessert habe sich auch die Ertragslage, meinte Schäfer, ohne jedoch Zahlen zu nennen. Den Konzernumsatz bezifferte er auf 3,25 (3,23) Mrd. DM; das entspricht einem Zuwachs von 0,6 Prozent.

Als Gründe für die gegenüber dem Wettbewerb günstigere Entwicklung nennt Schäfer die verbesserte Position bei höherwertigen Reifen. Geradezu „phänomenal" seien die Erfolge mit Winterreifen. Mit dem neuen M+S-Reifen habe man den Absatz im Winter 1982/83 in Deutschland um 47 Prozent gesteigert. Gemeinsam mit Uniroyal sei Conti in diesem Segment in Europa Marktführer. Hier zeige es sich, daß durch eine gezielte Nischenpolitik – in Deutschland sind rund 10 Prozent aller Reifen Winterreifen – durchaus noch Wachstumschancen möglich sind. Den Winterreifen-Marktanteil in der Bundesrepublik beziffert Schäfer für Conti allein auf rund 20 Prozent, einschließlich Uniroyal auf gut 30 Prozent.

Im Berichtsjahr produzierte die Gruppe, die acht Werke in vier Ländern unterhält, 18,6 Mill. Pkw-Reifen, 3,8 Mill. Zweiradreifen und 3 Mill. Nutzfahrzeugreifen. Nach wie vor herrsche auf dem internationalen Reifenmarkt ein starker Verdrängungswettbewerb; zugleich stagniere das Ersatzgeschäft in wichtigen Märkten. So ermäßigte sich der Ersatzmarkt in der Bundesrepublik 1982 auf 20,8 (21,2) Mill. Reifen.

Diese Entwicklung sei besonders schmerzhaft, weil 67 Prozent des Reifenumsatzes der Gruppe auf das Ersatzgeschäft und 33 Prozent auf die Erstausrüstung entfallen. Unverändert habe die Erkenntnis Gültigkeit, daß in der Erstausrüstung keine kostendeckenden Preise zu erzielen sind. Schäfer gibt sich dennoch für die nächste Zukunft zuversichtlich. Noch nie zuvor habe Conti und Uniroyal „so viele Produktentwicklungen in so kurzer Zeit serienreif gemacht".

FAG

Kein Abbau von Arbeitsplätzen

dpa/VWD, Frankfurt

Trotz der Flaute im Weltluftverkehr hat die Frankfurter Flughafen AG (FAG) im vergangenen Jahr einen Gewinn „in der Größenordnung von über 20 Mill. DM" erwirtschaftet. Wie es in einer Erklärung des FAG-Vorsitzenden Erich Bekker heißt, beläuft sich der Gesamtumsatz auf voraussichtlich über 800 Mill. DM. Wenngleich auch für 1983 „weiterhin mit Stagnation oder einem leichten Rückgang der Verkehrszahlen" gerechnet werde, sehe die FAG dennoch dem Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1983 „mit Zuversicht entgegen". Mieten und Konzessionsabgaben seien mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent am Gesamtumsatz inzwischen zu einem „dritten Standbein" für das Unternehmen geworden, betont Becker.

Trotz „gegenteiliger Behauptungen und öffentlicher Angriffe von Flughafengegnern" habe die Zahl von 6600 Arbeitsplätzen bei der FAG auch 1982 gehalten werden können. Auch im kommenden Jahr solle kein Arbeitsplatzabbau erfolgen. Zum Ausbau des Start- und Landebahnsystems einschließlich der Startbahn 18 West werde die FAG bis 1984 insgesamt 525 Mill. DM „aus eigener Kraft" investieren. Ungeachtet des 1982 registrierten Rückgangs bei Starts und Landungen um 2,1 Prozent auf Rhein-Main verweist Becker auf die Notwendigkeit dieser Startbahn.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Albstadt: Bitzertextil GmbH, Onstmettingen; **Arolsen:** Friedbert Brede, Maurermeister, Herbsen; Herbert Brede, Maurermeister, Herbsen; **Aschaffenburg:** Max Uhlein, Klingenberg, vorm. Inh. d. Heinrich Uhlein, Holzbearbeitungswerk, Klingenberg; **Bochum:** Lothar Klein, Kaufmann; FMS Fahrzeug-Maschinenbau-Stahlbau GmbH, Herne; **Coesfeld:** Gerhard Poorthuis, Gronau; Ehefrau Elisabeth Poorthuis, Gronau; **Cuxhaven:** Nachl. d. Uwe Ehlers; **Detmold:** Nachl. d. Gertrud Giersiepen geb. Gabriel; **Essen:** Hans-Jürgen Warneke, Groß- und Einzelhandelskaufm., Inh. e. Bewachungsunternehmens; **Hameln:** Nachl. d. Friedrich-Werner Dömich, Hessisch Oldendorf; **Hannover:** Nachl. d. Monika Wiegold geb. Reinhardt, Laatzen 1; Wilhelm Lücke, Inh. d. Intertrend, Langenhagen; **Kassel:** ipb Eigenheim Bau GmbH; **Lübeck:** W. F. Bau- u. Möbeltischlerei GmbH, Penelope Modestudio für sie und ihn GmbH; **Mühldorf a. Inn:** Thermo-System Kurt Rattmann GmbH, Zangberg; **Pirmasens:** Günther Schwab, Schuhgroßhandlung-Import GmbH & Co.; Günther Schwab GmbH; **Rosenheim:** Targovnik Peter Targovnik; **Tübingen:** Helga Magyar Textilvertrieb GmbH, Starzach;

Am 16. März 1983 verstarb durch einen tragischen Unfall bei ihrem geliebten Pferdesport unsere Mutter

Sigrid Hardt
geb. Haessler

im Alter von 57 Jahren.

In stiller Trauer im Namen aller Familienangehörigen
Torsten und Mania Wegner-Hardt
Hermann Hardt
Katharina Hardt

5630 Remscheid-Lennep, Albert-Schmidt-Allee 4

Die Beisetzung fand im Sinne der Verstorbenen im engsten Familienkreise statt.

Entsprechend ihrem Wunsch bitten wir an Stelle zugedachter Kränze und Blumen um eine Spende auf das Konto Nr. 0208124 bei der Deutschen Bank, Bonn (BLZ 380 700 59), zugunsten hilfsbedürftiger ägyptischer Kinder.

Nach einem arbeitsreichen Leben entschlief völlig unerwartet mein innigstgeliebter Mann

Prof. Dipl.-Ing.
Hermann Crome
Ministerialrat

* 22. 4. 1922 † 18. 3. 1983

In tiefster Trauer
Olga Crome
geb. Wagner verw. Röthel
und Angehörige

Neumünster, Holsatenring 107

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 24. März 1983, um 10.30 Uhr, von der Auferstehungskapelle in Neumünster, Plöner Straße, aus statt.

Notstromversorgung

Das technische Symposium „Notstromversorgung mit Batterien" findet nun zum dritten Mal am 24. und 25. März 1983 im Deutschen Museum in München statt. Wie in den vergangenen Jahren ist es Sinn der Veranstaltung, die Hersteller, die Anwender und die Nutzer der Notstromtechnik mit ihren vielseitigen Bereichen zusammenzuführen und ihre Erfahrungen gegenseitig auszutauschen.

Zum Thema stehen die Weiterentwicklung auf dem Batteriesektor, der neben den altbewährten Bleibatterien und alkalischen Akkumulatoren in den letzten Jahren um eine neue Batteriefamilie ergänzt wurde: Batterien, deren Anode aus dem leichtesten festen Element überhaupt besteht, aus Lithium. Bei den konventionellen Batteriesystemen hat sich im immer stärkeren Rahmen die Wartungsfreiheit eingeführt, die erhebliche Kostensenkung beim Betrieb solcher Anlagen mit sich bringt.

Vor zwei Jahren hatte der bayerische Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick, einen Einführungsvortrag gehalten, der die Umweltfreundlichkeit moderner Ersatzstromanlagen gegenüber den Belastungen herausstellte, die normalerweise mit der Bereitstellung von elektrischer Energie über Kohle-, Öl- oder Kernkraftwerke und deren Verteilung über Land verbunden sind.

Hauptthemen in diesem Jahr sind die speziellen Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der stationären Bleibatterien und ihrer wartungsfreien Ausführungen, beide im Wettbewerb zur alkalischen Batterie, die ihre materialbedingten höheren Kosten durch andere technische Vorteile und längere Lebensdauer kompensieren muß.

Einen Überblick über die noch verwirrend vielfältige neue Familie von Primärelementen höchster Energiedichte gibt ein Vortrag über moderne Lithiumsysteme, die in der Elektronik und Kommunikationstechnik schon nach wenigen Jahren eine nicht mehr wegzudenkende Bedeutung erlangt haben.

Aus der Forschung, der Industrie und von den Universitäten kommen Berichte über heute noch exotische Hochtemperatur-Batterien und primäre und sekundäre Matell-Luft-Zellen, neue Batteriekonzepte, die noch um ihre Marktakzeptanz kämpfen müssen.

Andere Themen sind die Möglichkeiten des Spitzenlastausgleichs mit Bleibatterien im Verteilernetz und in Industriebetrieben, Erfahrungen mit der elektronischen Batterieüberwachung und moderne Lade- und Wandlertechnik, aber auch ein Bericht über Erfolge und Probleme bei der Normung im nationalen und internationalen Bereich.

Am zweiten Tag des Symposiums (Informationen über: Eurokongreß, Museumsinsel, München, Telefon 0 89 / 29 28 01) kommen die Anwender zu Wort, zum Beispiel die Deutsche Bundesbahn mit ihren vielseitigen Batteriestromversorgungen und die Deutsche Bundespost, unter deren Obhut die meisten und größten Batterieanlagen Deutschlands stehen.

Fachleute des Fernmeldetechnischen Zentralamtes der Deutschen Bundespost und aus den Firmenlabors der Hersteller moderner Kommunikationsanlagen werden dabei auch auf die Probleme eingehen, die mit der vorgesehenen Installation der neuen Glasfaserkabel auftreten. K. E.

ENERGIEVERSORGUNG / Bald wird es möglich sein. Strom aus dem Batteriespeicherwerk zu empfangen

Neues aus Forschung und Technologie

Vor etwas mehr als hundert Jahren wurde in München anläßlich einer großen Elektrizitätsausstellung ein Experiment durchgeführt, das mit der Thematik der Stromversorgung in enger Beziehung steht: Dem Franzosen Marcel Deprez, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Paris, und dem Ingenieur-Praktikanten Oskar von Miller gelang damals die erste Stromfernübertragung. Die in einem Bergwerk im 57 Kilometer entfernten Miesbach erzeugte elektrische Energie wurde mittels Telegrafenleitung nach München übertragen und betrieb hier einen künstlichen Wasserfall.

Dieses in der damaligen Zeit als technische Sensation empfundene Ereignis war der eigentliche Beginn einer regionalen Stromversorgung, die aus unserem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken ist und zu deren Sicherheit und jederzeitigen Verfügbarkeit die Notstrom-Versorger einen nicht unerheblichen Beitrag leisten.

Seither ist – auch zur Stromversorgung – viel Zeit vergangen. Gab es vor knapp 100 Jahren in Deutschland noch keine nennenswerte Stromerzeugung, so sind 1981 rund 370 Milliarden kWh verbraucht worden: im Mittel treffen mehr als 60 000 kWh auf jeden einzelnen von uns.

Diese Leistungen haben allerdings auch ihren Preis. Umweltbelastungen treten in unterschiedlichem Ausmaß bei allen Stufen der Energieversorgung, also bei der Erzeugung, der Umwandlung, der Verteilung und beim Verbrauch von Energie auf. Hinzu kommt, daß sich die Probleme um die künftige Energieversorgung in den vergangenen Jahren geradezu dramatisch verschärft haben.

Es gilt deshalb gerade in der heutigen Situation zwischen energiepolitischen und wirtschaftlichen Erfordernissen einerseits und dem berechtigten Belangen des Umweltschutzes andererseits, einen vertretbaren Mittelweg anzustreben. Das Gebot der Stunde kann für den Bereich Energie und Umwelt nur lauten: In jedem Einzelfall ist je nach Energieträger sorgsam abzuwägen, ob der Nutzen für die Energieversorgung in einem vertretbaren Verhältnis zu den Umweltbeeinträchtigungen steht, die soweit wie möglich durch Ausgleichsmaßnahmen zu beheben sind.

Die energie- und umweltschutzpolitische Herausforderung der 80er Jahre besteht aber nicht nur darin, als umweltgerecht erkannte Wege der Energieversorgung weiterzuverfolgen und die verfügbaren Energieträger rationell und sparsam einzusetzen, sondern auch in der Entwicklung neuer Technologien.

Hier soll bewußt auf das abgenutzte Schlagwort „alternative Energiequellen" verzichtet werden. Das fundamentale Problem einer langfristigen Energiesicherung angesichts der begrenzten Ressourcen und Belastbarkeit unseres Lebensraumes kann nicht durch eine abrupte Umstellung der heutigen Energieversorgungsstrukturen gelöst werden. Wir werden auf absehbare Zeit sowohl die bekannten und technisch bewährten Energietechnologien nützen – und wo erforderlich verbessern – als auch die Entwicklung aller sinnvoller Technologien zur Energiebedarfsreduzierung und Erschließung neuer Energiequellen vorantreiben müssen.

Jede Technologie, die mehr oder weniger zur Erhöhung der Versorgungssicherheit beitragen kann und ökologisch, sicherheitstechnisch und wirtschaftlich vertretbar erscheint, hat angesichts der angespannten Lage auf dem Energiemarkt ihre Berechtigung und Dringlichkeit sowohl im Gewinnungs- und Umwandlungs- als auch im Anwendungsbereich.

Bei der Nutzung regenerativer Energiequellen wie Sonnen-, Wind- und geothermischer Energie sowie Biomasse sollte man jedoch nicht aus den Augen verlieren, daß der Beitrag dieser Energieträger ernsthaften wissenschaftlichen Prognosen zufolge auch bis zum Jahr 2000 erst bei einigen Prozent des Weltenergiebedarfs liegt.

Ein wichtiges, wenn nicht sogar zentrales technisches Problem bei der Nutzbarmachung regenerativer Energiequellen ist dabei die Speicherung der erzeugten elektrischen Energie zum Ausgleich der zeitlichen Verschiebung zwischen Energieangebot und -bedarf. Für einen zukünftigen erfolgversprechenden Einsatz solcher Energiesysteme, beispielsweise von photovoltaischen Stromversorgungsanlagen, ist daher die Lösung der Speicherprobleme eine der wesentlichsten Voraussetzungen.

Gefordert werden hier insbesondere eine lange Lebensdauer und große Zyklenfestigkeit der Batterien. Wirtschaftlich stehen hierfür bisher nur Bleiakkumulatoren in Leistungsbereichen von einigen Watt bis mehreren hundert Kilowatt zur Verfügung.

Einen Energiespeicher mit wesentlich höherer Energiedichte gegenüber dem heutigen Akkumulator stellt der Atrium-Schwefel-Akkumulator dar, mit dessen Entwicklung vor 15 Jahren begonnen wurde. Bei der Beurteilung dieses elektrochemischen Speichers sind Fachleute sogar der Auffassung, daß der aus solchen Natrium-Schwefel-Batteriespeicherwerken gelieferte Spitzenstrom bei Betriebszeiten von weniger als zwei bis drei Stunden pro Tag schon in naher Zukunft konkurrenzfähig zu dem in konventionellen Anlagen – Pumpspeicherwerken beziehungsweise Gasturbinenkraftwerken erzeugten Spitzenstrom ist. Bei der vom Prinzip her ebenfalls aussichtsreichen Wasserstoff-Elektrolyse/Brennstoffzellentechnologie sind hingegen noch eine Reihe ungelöster Probleme vorhanden.

Im Rahmen der Thematik Energie und Umwelt erschöpft sich jedoch die Bedeutung von Batterien keineswegs nur auf deren Einsatzmöglichkeiten bei der Nutzung regenerativer Energiequellen. So ist der Straßenverkehr ein besonders ölabhängiger und bedeutender Verbraucher von Energie, der zudem insbesondere in den Ballungsgebieten zu erheblichen Umweltbelastungen führt. Elektromotorgetriebene Fahrzeuge hingegen zeichnen sich sowohl durch ihre äußerst niedrigen Geräuschemissionen als auch durch Abgasfreiheit und Unabhängigkeit von Mineralölprodukten aus.

Das Elektroauto ist zweifelsohne eines der umweltfreundlichsten denkbaren Verkehrsmittel überhaupt. Seinem Einsatz im größeren Maßstab steht allerdings noch die Lösung einiger technischer Probleme entgegen.

Die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben im Bereich Energie und Umwelt im allgemeinen sowie die gezielte technische Weiter- und Fortentwicklung geeigneter Batterien im speziellen ist gewiß nicht leicht. Ingenieure und Techniker haben die Probleme aber erkannt und arbeiten an brauchbaren Lösungen.

ALFRED DICK,
bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen

Die Bahn setzt auf Lebensdauer

Zur Fortführung des Eisenbahnbetriebes bei Ausfall des Versorgungsnetzes ist eine Notstromversorgung erforderlich. Wegen der Sofortreserve sind stets batteriegestützte Systeme vorhanden, die je nach Bedeutung und Zugänglichkeit durch ortsfeste oder fahrbare Netzersatzanlagen ergänzt werden.

Da bei Batterien kaum Ersatzteilprobleme auftreten, werden bei der Deutschen Bundesbahn alle derzeit genormten, für den stationären Einsatz geeigneten Bleibatteriebauarten eingesetzt. Wegen der in der Regel hohen Anlagenlebensdauer liegt der Schwerpunkt bei langlebigen Baureihen.

Im Hinblick auf erleichterte Montage und weitgehende Reduzierung des Wartungsaufwandes wird besonderer Wert auf die konstruktive Gestaltung gelegt, da eine über die Lebensdauer dichte Poldurchführung Voraussetzung für wartungsfreie Schraubverbindungen ist.

Anlagen, die nur Batterien mit geringer Kapazität benötigen, werden heute noch mit Kleinakkus und Blockbatterien bestückt. Der Beschaffungspreis ist günstig, der Wartungsaufwand jedoch beträchtlich. Wartungsfreie Batterien üblicher Bauart befriedigen mit ihrer Lebensdauer von vier bis fünf Jahren noch nicht.

Derzeit laufen Praxisversuche mit einer wartungsfreien, gasdichten Bauart mit gewickelten Elektroden. Parallellaufende Laborversuche ergaben zwar nicht ganz das geforderte Verhalten, es zeigte sich jedoch eine relative Unempfindlichkeit gegen Tiefentladung. Nach 335 Entladezyklen war noch eine Kapazität von über 90 Prozent vorhanden. Über die erreichbare Lebensdauer ist noch keine Aussage möglich.

Mit dem Einsatz ortsfester Gitterplatten-Blockbatterien ist eine nennenswerte Senkung des Wartungsaufwandes zu erwarten, vorausgesetzt, es kann eine gleichbleibende Fertigungsqualität und eine befriedigende Lebenserwartung gesichert werden.

Zur Umwandlung der Batteriespannung in die vom Verbraucher geforderte Wechselspannung werden rotierende (Umformer) und statische Wandler (Wechselrichter) eingesetzt. Nicht immer ist absolut unterbrechungsfreie Versorgung erforderlich. Wenn eine Unterbrechungszeit von bis zu zwei Sekunden erlaubt ist, werden bei der Deutschen Bundesbahn für Drehstromleistungen bis 10 kVA Leistung, oder wenn die erforderliche Leistung auf 10 kVA-Blöcke aufteilbar ist, nach wie vor schnell anlaufende Gleichstrom-Drehstrom-Umformer bevorzugt.

Der Nachteil, daß wegen der hohen Anlaufströme zwangsläufig etwa einstündige Batterien erforderlich werden, wird bisher noch durch den geringen Preis und die hohe Verfügbarkeit der Umformer aufgewogen. Bisher wurde jedenfalls noch kein auch nur einphasiger Wechselrichter angeboten, der, bei brauchbarer Kurvenform, den Umformer hätte verdrängen können. Bei unterbrechungsfreier Versorgung fällt die Entscheidung ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Als Alternative für den Gleichstrom-Drehstrom-Umformer mit Schwungrad wird voraussichtlich noch im laufenden Jahr erstmalig ein Hybridumformer mit Stromrichtermotor eingesetzt. Der Vorteil liegt einerseits im Wegfall von Kommutator und Bürstenapparat und einer sehr schnellen Regeldynamik, die eine erhebliche Reduzierung der Schwungmassen zuläßt. Die Rotoren beider Maschinen werden auf einer Welle angebracht, wodurch Gewicht, Raum und ein Paar Lager gespart werden können. Der Wirkungsgrad liegt günstiger als beim konventionellen Umformer.

EHRENFRIED MIDDENDORF

METALL/LUFT-ZELLEN

Attraktive Energiedaten

Als Primärzellen mit geringem Gewicht und Volumen pro gespeicherter elektrischer Energie sind schon seit langem Zink/Luft-Batterien bekannt. Im Laufe der Entwicklung von Brennstoffzellen hat man nun gelernt, dünne und gegebenenfalls hoch belastbare Luftsauerstoff-Elektroden zu bauen.

So werden mit Erfolg teflongebundene Aktivkohle-Elektroden in Zink/Luft-Elementen kleiner Leistung für Hörgeräte eingesetzt. Zink/Luft-Zellen hoher Leistung wurden erstmalig in Form mechanisch wiederaufladbarer Batterien, die mit alkalischem Elektrolyten arbeiten, vorgestellt.

Besonders attraktive Energiedaten pro eingesetztem Gewicht sind für mechanisch wiederaufladbare Systeme zu erhalten, wenn man Aluminium in Kombination mit alkalischem Elektrolyten und einer Luftsauerstoff-Kathode als Negative verwendet.

Die Kombination einer Aluminium-Elektrode mit neutralem Elektrolyten (NaC1, Meerwasser) und einer Luftelektrode könnte für spezielle Seewasser-Anwendungen ein ökonomisch interessantes Primärsystem darstellen.

Kann an der Luftelektrode einer Metall/Luft-Zelle bei Anlegen einer Ladespannung auch Sauerstoff entwickelt werden, so ist mit Metallen wie Zink, Cadmium oder Eisen eine elektrisch wiederaufladbare Zelle technisch möglich. Grundsätzlich ungünstig ist der relativ schlechte Wirkungsgrad der elektrochemischen Energiespeicherung mit wiederaufladbaren Metall/Luft-Zellen. Ursache für die ungünstigen Daten ist die hohe Überspannung für Sauerstoffentwicklung und -reduktion.

Unabhängig von diesen Schwierigkeiten im Bereich der Elektrokatalyse hat die Entwicklung von Sekundärbatterien erhebliche technische Probleme mit sich gebracht. So hat das Zink bei der Abscheidung (während des Ladevorganges) die Tendenz, Dendriten zu bilden, die schließlich selbst bei der Verwendung von Membranen zum Kurzschluß der Zellen führen. Trotz der ungünstigeren Klemmenspannung bemüht man sich daher in letzter Zeit mehr um das System Eisen/Luft.

Der eigentliche Schlüssel zur Metall/Luft-Sekundärzelle ist die bifunktionale Luftsauerstoff-Elektrode. Sie muß Sauerstoffreduktion und Sauerstoffentwicklung katalysieren und in ihrem Aufbau gleichzeitig eine elektrolytdichte Zellwand abgeben. Sie muß dünn sein, elektrisch gut leitend und den Gastransport zum Reaktionsort in der Dreiphasenzone Katalysator/Elektrolyt/Gas optimal begünstigen. W. VIELSTICH

Von minus 30 bis plus 45 Grad

Ersatzstrom-Versorgungseinrichtungen im militärischen Bereich unterliegen speziellen Betrachtungsweisen. Sie müssen unter extremen Bedingungen arbeiten, und die Erfüllung taktischer Aufgaben steht vor wirtschaftlichen Überlegungen.

Insbesondere sind zu beachten: das Funktionieren im Temperaturbereich von minus 30 bis plus 45 Grad Celsius; schnelle Wiederauflademöglichkeiten nach Entladung; einfache Wartung und Instandsetzung; Einbetten in eine bestehende Logistik.

Die besonderen Randbedingungen im militärischen Bereich lassen nur bestimmte Batterietechnologien zu. Bei den wiederaufladbaren Batterien sind dies Bleibatterien mit Gitterelektroden und offene und gasdichte Nickel-Cadmium-Batterien in Sinterplattenbauweise.

Von den nicht wiederaufladbaren Batterien kommen aktivierbare Silber-Zink-Batterien, Thermalbatterien, verschiedene Lithiumbatteriearten und Alkali-Mangan-Batterien zum Einsatz. (DW).

Elektronik zeigt an, wie der Akkumulator sich fühlt

Solange es Akkumulatoren gibt, besteht der Wunsch, eine Qualitätsanzeige zu haben, die Auskunft über den Ladezustand des Akkumulators gibt. Trotz intensiver Bemühungen über viele Jahrzehnte hinweg ist dieser Wunsch unerfüllbar geblieben. Um die Qualität eines Akkumulators festzustellen, muß man nach wie vor einen Lade/Entladezyklus unter definierten Bedingungen fahren.

Es sind jedoch reduzierte Teilaussagen zu gewinnen, wenn ein bestimmter Einsatzfall, beispielsweise das Starten eines Verbrennungsmotors, ins Auge gefaßt wird oder wenn man sich auf eine Teilinformation, wie beispielsweise den Ladezustand, beschränkt.

Bei konventionellen Bleibatterien läßt sich der Ladezustand durch die Messung der Elektrolytdichte bestimmten. Auch diese Bestimmung hat aufgrund einer Reihe von Störgrößen, wie Vorgeschichte der Batterie, Temperatur und Betriebsart, nur Näherungsaussage und läßt sich darüber hinaus für moderne wartungsfreie Systeme, insbesondere für solche mit festgelegtem Elektrolyten, nicht anwenden.

Mit den Fortschritten der Elektronik gekoppelt, haben elektronische Verfahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von der einfachen Klemmenspannungsmessung hat die Komplexität beständig zugenommen.

In modernen Lösungen wird das Strom/Spannungsprofil bei galvanostatischer oder ohmscher Belastung und selbst die Ladungsbilanzierung unter Verwendung eines elektronischen Batteriemodells zur Beurteilung herangezogen. Die besten Ergebnisse werden erzielt, wenn ein solches System stets mit derselben Batterie verknüpft wird und die Bedingungen des Energieaustausches, also die Lade- und Entladetechnik, bekannt sind.

Die Vorteile für eine Ersatzstromversorgungsanlage, die Wechselspannung für den Verbraucher zur Verfügung stellt, sind besonders signifikant. Eine konventionelle Lösung: aus einem Ladegerät wird die Batterie im Volladezustand erhalten und parallel dazu ein Wechselrichter gespeist, der den Verbraucher unterbrechungsfrei versorgt.

Eine moderne Lösung: der Verbraucher wird ständig aus dem Netz versorgt unter Zwischenschaltung eines schnellen Netzabwurfschalters. Über diesen Schalter läuft parallel zum Verbraucher ein Energiewandler, der es erlaubt, die Energieflußrichtung in Abhängigkeit vom Netzzustand zu steuern.

Im Normalbetrieb wird dem Netz die zur Erhaltungsladung der Batterie entnommene Energie entnommen und das System arbeitet als Ladegleichrichter. Wird eine Netzunterbrechung erkannt, kehrt sich die Energietransportrichtung um und speist den Verbraucher aus der Batterie, die Energiewandelelektronik arbeitet als Wechselrichter. Zur Batterieüberwachung ist die Erfassung des Restladestromes in Verbindung mit einer Einzelüberwachung bei höheren Zwischengleichspannungen zweckmäßig.

Die weitaus schwierigsten Bedingungen liegen in batteriegestützten Stromversorgungen vor, die mit additiven Energien gespeist werden. Das stark schwankende Energie- und Leistungsangebot erschwert die Ladetechnik. Darüber hinaus sind die Systeme häufig an unzugänglichen und zivilisationsfernen Aufstellungsorten plaziert; eine komplexe elektronische Batterieüberwahung ist daher in dem Fall gerechtfertigt.

R. BLASER

STATIONÄRE BATTERIEN

Alles für die Sicherheit

Die Verwendung von stationären Batterien erfolgt heute unter dem Aspekt Sicherheit. Das hatte zur Folge, daß gerade in den letzten zehn Jahren die Batterien für diesen Anwendungsbereich einen eigenen Entwicklungsweg gehen mußten.

Gesicherte Stromversorgungen bestehen aus Gleich- und Wechselrichtern und den stationären Batterien. Zahlreiche Entwicklungsschritte waren nötig, um die Batterien an die ständig steigenden Anforderungen anzupassen.

Die Batterien sollen kurzschlußsicher sein und eine gute mechanische Haltbarkeit haben. Sie sollen elektrolytdicht und einfach zu pflegen sein. Dem Aspekt der Wartungsfreiheit wurde immer mehr Bedeutung zugemessen.

Die Gebrauchsdauer der Batterien soll möglichst lang sein, Alterungseffekte dürfen sich erst möglichst spät bemerkbar machen, ohne sofort zum Totalausfall zu führen.

Das Angebot stationärer Batterien ist vielseitig und reicht von sehr kleinen Kapazitäten mit 6,5 Ah bis hin zu sehr großen Batterieausführungen mit 12 000 Ah. Immer ist das Grundelement der Batterie die Einzelzelle, die als Bleibatterie eine Nennspannung von 1,2 Volt hat. Durch Serienschaltung dieser Zellen werden die für gesicherte Stromversorgungen benötigten Normspannungen erzeugt: 24, 60, 110, 200 Volt.

Man unterscheidet hinsichtlich der Reserve- oder Überbrückungszeit, für die die Batteriekapazität bemessen sein muß, sogenannte Kurzzeit- oder Langzeitbatterien. Kurzzeitbatterien werden nur minutenweise, längstens eine Stunde belastet, dann aber mit sehr hohen Belastungsströmen. Bei Langzeitbatterien liegt die Entladezeiten zwischen drei bis zehn Stunden.

Der Anwender von Batterien tut gut daran, sich von fachkundigen Ingenieuren beraten zu lassen, um einen wirtschaftlichen Einsatz der geeigneten Batteriesysteme und ihrer Technik sicherzustellen.

Dazu gehört die Frage: Bleibatterien sind problemlos hinsichtlich der Wiederaufladung mit konstanter Spannung und können dank modernen Gitterlegierungen mehrere Jahre wartungsfrei betrieben werden. NiCd-Batterien sind unempfindlich gegen Fehlbehandlungen und haben bessere Tieftemperatureigenschaften.

HERMANN FRANKE

Zuverlässigkeit aus dem Block

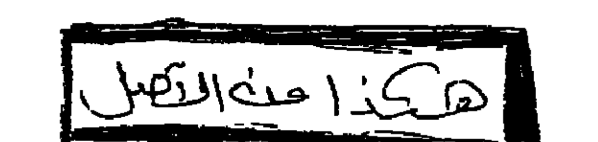
NiCd-Blockbatterien sind in der Lage, die unvermeidbaren, betriebsmäßig immer wieder vorkommenden Mißhandlungen wie Überladen, Trockenfahren, Tiefentladen zu vertragen, ohne völlig zerstört zu werden. Erfahrungsgemäß bleibt die Funktion als Stromspeicher in für den Betreiber ausreichendem Maße und mit unverminderter Zuverlässigkeit erhalten, so daß es in aller Regel nicht zum irreparablen Totalausfall der Batterie kommt.

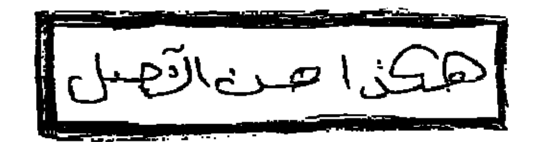
Wird eine NiCd-Blockbatterie eingesetzt als Starterbatterie für ein stationäres Notstrom-Dieselaggregat, so stehen auch dann noch 80 Prozent der maximalen Startleistung zur Verfügung, wenn die Batterie nur zur Hälfte geladen ist. Der Elektrolyt friert niemals ein, so daß die Batterie durch Frost nicht zerstört werden kann.

Es war das Ziel bei der Entwicklung der NiCd-Blockbatterie, die optimale Menge an aktivem Material mit größtmöglicher Elektrodenoberfläche zu vereinigen. Das hat eine überlegene elektrische Leistung bei kleiner gewordenen Batterieabmessungen erbracht, ohne daß die Zuverlässigkeit des Batteriesystems darunter gelitten hat.

P. G.







Was Thomas Alva Edison schon im Jahre 1909 wußte, ist heute marktreif

Am Anfang aller Überlegungen zu neuen elektrochemischen Stromspeichern steht r einfache Gedanke, die bisher nutzten schweren aktiven Mas- n der Elektroden durch leichtere ersetzen. Die Tabelle nennt die r diesen Zweck wichtigsten undelemente, und man sieht, ß die bis heute für Batterien der rschiedensten Art benutzten Ele- ente wie Blei oder Cadmium bei kumulatoren beziehungsweise ecksilber oder Silber bei klei- n Primärzellen auch die höch- n Gewichte aufweisen. In der belle wird Aluminium mit 26,98 nannt, ein vergleichsweise schon chtes Material, das aber als wie- raufladbares Aluminium-Luft- stem noch um eine Marktakzep- z kämpfen muß.

ement	Atomgewicht
lei	207,19
uecksilber	200,59
admium	112,40
lber	107,87
nk	65,37
ickel	58,71
sen	55,84
langan	54,93
luminium	26,98
thium	6,939

in Blick in das Periodensystem Elemente zeigt, daß das erste te Element Lithium ist, nach Gasen Wasserstoff und Helium dritter Stelle steht und das sehr drige Atomgewicht von 6,939 weist. Es gehört zur Reihe der ali-Metalle und hat ein spezifi- es Gewicht von 0,54 g/cm³, ist nur etwa halb so schwer wie sser. Als Metall hat es eine aus- eichnete Leitfähigkeit und ent- icht damit schon einigen we- tlichen Wunschvorstellungen, ein Elektrodenmaterial einer ten elektrochemischen Strom- lle erfüllen sollte.

ei einer Batterie geht es aber nt nur um das Gewicht als sol- s, sondern um die gespeicherte zifische Energie, also die Watt- nden pro Gewichtseinheit. Für Erzielung eines hohen Watt- ndenwertes ist eine hohe Span- ng sehr vorteilhaft, die sich als Produkt aus der Potentialdifferenz zwischen Anode und Kathode errechnet. In der elektrochemischen Spannungsreihe liegt Lithium mit einer elektromotorischen Kraft von –3,02 V als Anoden-Material ganz extrem und somit prädestiniert.

Die Kombination einer Lithium-Anode mit einem der potentialmäßig positiv liegenden Halogene als Kathode wäre also aus der Sicht der Zellenspannung her optimal. Lithium ist das unedelste Metall überhaupt und hat chemisch die größte Tendenz aller Elemente, Elektronen abzugeben und die Halogene Fluor, Chlor, Brom oder Jod aufzunehmen – leider ist das gasförmige Fluor oder Chlor allein ein nicht praktikables Kathoden-Material.

Von Thomas Alva Edison wurden erste Überlegungen bekannt, Lithium als aktives Anoden-Material in Batterien einzusetzen. Das war im Jahre 1909 aber mit viel zu aufwendigen Bedingungen verbunden, die eine praktische Nutzung noch ausschlossen.

Das metallische Lithium kann nur in Trockenräumen verarbeitet werden, um nicht in kurzer Zeit mit dem Wasser, dem Stickstoff, dem Sauerstoff und der Kohlensäure der Luft zu reagieren. Das nächste bekannt gewordene Dokument ist eine schweizerische Patentschrift von 1936 eines italienischen Erfinders Ulisse Tesei aus Florenz. In diesem Patent wird mit fast allen Einzelheiten schon die heutige Lithium-Schwefeldioxid-Zelle beschrieben.

Auch dieser Erfinder war offensichtlich den praktischen technischen Möglichkeiten seiner Zeit voraus, und es dauerte noch einmal fast 30 Jahre, bis die ersten Lithium-Schwefeldioxid-Zellen in Amerika verkauft wurden. Wirklich aufgenommen wurden diese Arbeiten erst wieder 1963/1964, jetzt aber sehr intensiv in vielen Laboratorien in den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Europa und Japan.

Die Gruben für das besonders ergiebige Lithium-Mineral Spodumen, ein Lithium-Aluminium-Silikat, liegen in North-Carolina. Die Herstellung ist aufwendig und teuer. Anfangs war der Bezug aus den USA mit Schwierigkeiten verbunden, weil scharfe Bestimmungen der amerikanischen Atombehörde bestanden. Theoretisch zumindest kann Lithium in Verbindung mit schwerem Wasserstoff Neutronen abgeben und dabei unter Energieabgabe zu Helium verschmelzen, also eine Kernfusion ermöglichen, ein nach heutigem Verständnis nicht mehr praktikabler Gedanke.

Erst 1969 wurden von einer französischen Firma einige erste Muster von Lithium-Akkumulatoren mit Kupferchlorid vorgestellt, die zwar nur einige wenige Entladezyklen machten, aber gegenüber dem Blei-Akkumulator dreimal höhere Energiedichte aufwiesen. Anfang der 70er Jahre begann dann in vielen Labors der Batterie-Industrie und anderen Forschungsstätten eine zielgerichtete Suche nach geeigneten positiven Elektrodenmaterialien, die als Kathode zu einer Lithium-Anode für einen praktischen Zellenaufbau verwendbar wären.

Es wurden hundert und mehr Kombinationen untersucht mit dem Ergebnis, daß sich in primären Lithium-Zellen die zwanzigfache Energiedichte einer Blei-Schwefelsäure-Batterie erzielen lassen. Gegenüber einer herkömmlichen Trockenbatterie weisen heutige Lithium-Zellen schon das siebenfache an Energie auf. (Einen Vergleich der Energiedichten, der Wattstunden pro Kilo der verschiedenen Primär-Systeme gibt die Darstellung wieder.)

Bei den wichtigsten heute marktgängigen Lithium-Systemen kommt auch deutlich die große Bandbreite innerhalb der verschiedenen Lithium-Systeme zum Ausdruck. Zwischen dem energiereichsten System ($SOCl_2$ Thionylchlorid-System mit rund 400 Wh/kg) und dem vorwiegend für Spezialanwendungen benutzten Lithium-Jod (rund 120 Wh/kg), einem sogenannten solid state-System mit einem Festkörper-Elektrolyt, liegen das schon genannte Lithium-Schwefeldioxid, das Lithium-Kohlenstoffmonofluorid und das Mangandioxid-System mit einer Kathode, wie sie sich schon seit Leclanchés Zeiten bewährt hat.

Sicherlich sind die pro Gramm einer Batterie gespeicherten Energiemengen für ihre Beurteilung von großer Bedeutung. Oft ist aber die Frage noch wichtiger, innerhalb welcher Zeit die Energie zur Verfügung steht, mit welchen spezifischen Leistungsdaten sich das Batterie-System auszeichnet.

Die verwendeten wasserfreien Elektrolyte von Lithium-Zellen sind in ihrer Ionenleitfähigkeit gegenüber den in konventionellen Batterie-Systemen benutzten wässerigen Elektrolyten um 1 bis 2 Größenordnungen niedriger. Somit sind auch die Innenwiderstände der bekannten Lithium-Zellen gegenüber konventionellen Systemen leider um den Faktor 10, 100 oder sogar 1000 höher, man kann aber durch besondere chemische und konstruktive Maßnahmen, beispielsweise durch Leitfähigkeitszusätze im Elektrolyten und möglichst große Elektroden-Oberflächen, einen guten Ausgleich schaffen.

Überhaupt nicht mehr vergleichbar mit herkömmlichen Batterien sind die meisten Lithium-Systeme bei tiefen Temperaturen (minus 40 Grad Celsius), bei denen sie noch mehr als die halbe Nennkapazität liefern, alle konventionellen Batterie-Systeme jedoch in ihrer Funktion vollständig versagen. Mit einer Thionylchlorid-Zelle ist auch bei minus 50 Grad Celsius noch eine sichere und ausdauernde Versorgung des Verbrauchers gewährleistet.

Dieses vorteilhafte Verhalten beruht auf den wasserfreien Elektrolyten, deren Gefrierpunkt gegenüber den sonst üblichen wässerigen Elektrolyten wesentlich tiefer liegt. Der Gefrierpunkt des Elektrolyten der Lithium-Rhionylchlorid-Zelle, eine Lösung des Salzes Lithiumaluminiumtetrachlorid in Thionylchlorid, liegt noch unter minus 110 Grad Celsius.

Das so hervorragende Verhalten der Lithium-Systeme bei tiefen Umgebungstemperaturen ist natürlich besonders beeindruckend für die Militärs in aller Welt. Man weiß, daß konventionelle Batteriesysteme für ein Funksprechgerät bei minus 20, spätestens bei minus 30 Grad Celsius keinen Betrieb mehr erlauben, die Lithium-Zelle jedoch bei minus 40 Grad Celsius noch etwas mehr als die halbe Betriebszeit bei Normaltemperatur gewährleistet.

Der i-Punkt auf den Lithium-Batterie-Systemen ist ihre lange Lagerfähigkeit, basierend auf einer fast unglaublich kleinen Selbstentladungsrate von weniger als ein Prozent pro Jahr bei Temperaturen in unseren Breiten. Die Bedeutung dieses Verhaltens sieht man im Vergleich zu den Kapazitätsverlusten der konventionellen Batterie-Systeme, die zwischen drei und 15 Prozent pro Jahr liegen.

Wie sind nun solche Lithium-Zellen realisiert worden? Wie sehen die Elektroden aus, wie die Elektrolyte und wie die Kathoden?

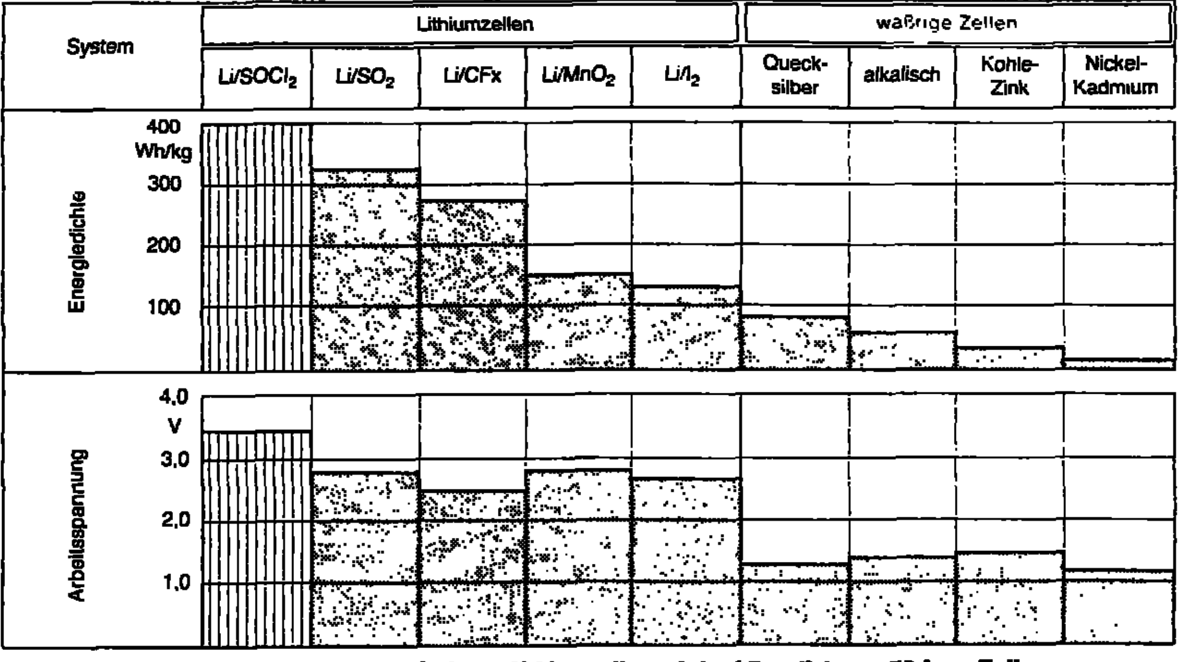
Man kann generell fünf verschiedene Arten von Elektrolyten unterscheiden, von denen die wasserfreien organischen und anorganischen für Primärelemente besonders interessant sind. Die untersuchten und verwendeten Kathodenmaterialien teilen sich ein in drei Gruppen: die Oxide, die Halogenide und die Sulfide, wobei letztere noch nicht marktreif sind, aber für spätere Lithium-Akkumulatoren große Bedeutung haben werden.

Welche der vielen untersuchten Kathoden auf lange Dauer am Markt wirklich Bestand haben oder haben werden, ist wohl noch nicht endgültig abzusehen. Die Systeme sind hier ihrer Arbeitsspannung nach geordnet und man sieht, daß ein weiter Bereich von 1,5 bis 3,5 Volt überstrichen wird. Mit den so unterschiedlichen Betriebsspannungswerten sind natürlich der Kompatibilität der Lithium-Systeme untereinander und mit den konventionellen alten Systemen, die alle zwischen 1,2 und 1,5 Volt liegen, enge Grenzen gesetzt und die Industrie ist aufgerufen, mit geeigneten konstruktiven Maßnahmen den überforderten Verbraucher zu schützen.

Schon heute sind in den international genormten gleichen Abmessungen der herkömmlichen millionenfach in den Geräten wechselnden Mignon-, Baby- oder Monozellen auch Lithium-Zellen der verschiedensten Systeme am Markt, die mit ihrem bis zu dreimal höheren Spannungswert sofort zur Zerstörung des Gerätes führen können.

KLAUS EBERTS

Lithium und Wasser im Vergleich



Die Leistungsdaten verschiedener Lithiumzellen mit herkömmlichen wäßrigen Zellen

QUELLE: TADIRAN, ISRAEL

Aktien teilweise unsicher

Weiterhin Nachfrage nach VEBA, BHF, Siemens und Mannesmann

DW. – Das Aktiengeschäft wurde in der ersten Börsenstunde weitgehend durch die Ungewißheit über die künftigen Währungsparitäten überschattet. Der Berufshandel stellte zunächst Kursgewinne glatt, nennenswerte Kaufaufträge aus dem Ausland lagen nicht vor. Als dann das Ergebnis der Brüsseler Währungskonferenz bekannt wurde, stabilisierte sich das Kursniveau, weil nicht angenommen wird, daß die als maßvoll befundene DM-Aufwertung die Masse der Ausländer veranlassen wird, sich von DM-Anlagen zu verabschieden. Auf ermäßigter Basis nahm die Kaufbereitschaft deutlich zu. Einige Papiere wie Veba, BHF, Siemens und Mannesmann schlossen zu Freitagskursen oder sogar darüber.

Die im Grunde widerstandsfähige Aktientendenz wird mit einer unverändert hohen Anlagebereitschaft begründet, die vor allem bei jenen besteht, die bisher der Wende am Aktienmarkt mißtraut hatten und nunmehr auf niedrige Kurse warten, um Versäumtes nachzuholen. Bei dieser weitverbreiteten Haltung sind Kursabschwüngen von vornherein Grenzen gesetzt. Die Nachfrage nach VEBA-Aktien geht auf die Zuversicht zurück, daß die alte Dividende weiter gezahlt werden wird. BHF-Aktien, innerhalb von zwei Börsentagen um 28 DM gestiegen, profitieren von Gerüchten über ein außergewöhnlich gutes Ergebnis für 1982. Im Maschinenbaubereich lagen immerhin Stämme zunächst um 6 DM schwächer, konnten sich später aber etwas verbessern. Die Schließung des Schiffsmotorenwerks im Hamburger Hafen hatte zunächst verstimmt. PKI-Aktien erreichten mit 300 DM plus 7 DM einen neuen Spitzenstand. Großchemiewerte gaben bis zu 1 DM nach.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten sich um 10 DM auf 540 DM, DAT stiegen um 12 DM auf 418 DM und Stahl Bochum verbesserten sich um 10 DM auf 235 DM. Hochtief verminderten sich um 13 DM auf 530 DM und Balcke Dürr sanken um 5 DM auf 155 DM.

Frankfurt: Die meisten Spitzenwerte blieben behauptet bzw. bis zu 1,50 DM höher. Von Nebenwerten notierten MAN-Roland 420 DM (minus 10 DM), Braubank 370 DM (plus 10 DM), MAB-Vorzüge 190 DM (minus 8 DM), Steigenberger 1140 DM (plus 40 DM), Stolberger Zink 1240 DM (plus 40 DM) und RWE 23 DM für die Stämme und 22 DM für die Vorzüge bei 40 000 Stück Umsatz.

Hamburg: HEW wurden mit 123,50 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. mit 176,50 DM plus 0,50 DM bezahlt. Bei den Banken wurden Hypothekenbank Hamburg mit 488 DM minus 2 DM und Vereins- und Westbank auf Vortagsbasis notiert.

München: Agrob St. erhöhten sich um 6,50 DM auf 366,50 DM, Audi NSU stiegen um 7 DM auf 252 DM und Leonische Draht verbesserten sich um 3 DM auf 313 DM.

Berlin: Hütte Kayser wurden um 10 DM höher taxiert. BHF-Bank zogen um 16,50 DM an. Herlitz Stämme konnten sich um 5 DM, Herlitz Vorzüge um 3 DM, DeTeWe um 2 DM, Orenstein um 1,70 DM und Adca um 1 DM verbessern.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 21. 3.
AEG	5*,7-9,5-0,5-?
BASF	128 3-9,3-8,5-9,3G
Bayer	125 : 6 3-5-6,3G
Bayer Hypo	289-12-90-92G
Bayer. Vbk.	32?-8-e-8G
BMW	282-?-0,5-5G
Commerzb	153,7-?,5-3,5-8
Conti Gummi	78,5-? 8-9-9,7G
Daimler	44?-50-46-7G
Dt. Bank	305,8-6-4-5 8
Dresdner Bk	165-5,5-4-6
DUB	247-5G
GHH	178 5-8-8G
Harpener*	245-7-6-6G
Hoechst	132 8-4-7 5-4G
Hoesch	43-3,5-3,3-3,2G
Holzmann	527-33,5-3G
Horten	141-7 5-39-42G
Kali - Salz	171-0,5-0 5G
Karstadt	252-7-6-7G
Kaufhof	230,5-3-1-4
KHD	235-9-6-8.5G
Klöckner-W.*	43-3G
Linde	343-4-3,5-3
Lufthansa St.	105-7-7G
Lufthansa VA	103,5-5 5-5-5 5G
Mannesmann*	159,8-60-58-61
MAN	164-3-?bG-4G
Mercedes-H	397-5-1-5G
Metallges	232,5-6-6G
Preussag*	225-?-?,5G
RWE St.	187-90 5-86,5-9?
RWE VA	185-4,5-? 5-5
Rütgers	370G-75G
Schering	315-8-4-8G
Siemens	307,2-11-08-11,5
Thyssen	79,8-9,8-9-80
Veba	153,6-7,5-3,5-7,2
VEW	136-6,5-5 5-6 5G
VW	164,7-8-5,5-7G
Philips**	34,5-4,6-4,4-4 5G
Royal D**	90,7-90-89,7-9.5G
Unilever**	184,4-4G

Kurswert in 1000 DM

	21. 3.	18. 3.		21. 3.	18. 3.		21. 3.	18. 3.		21. 3.	18. 3.		21. 3.
H AachM Berat. 9	704	685	H Breitenb.-C. *78	520TG	490bG	H Elikraft 0	56	56,5	H Holsten-Br. 6	264	263	D Mannesmann 6	159,5
H Aach. M Vers 5	274	274	H Br. Straßb. *0	250B	–	B Engelhardt 6	260	250T	F Holzmann 10	530	528	D Mann. Demag 6	169
D Aach. Rück. 9+7,5	850	845	H Br Vulkan 0	35,1	35,1	D Enka 3,33	113	114,5	D Horten 2,5	141	146	F Mannh. Vers. 8	360
D Asseag *4	185T	185T	H Br. Wollk. 6	125	125	M Erlus 10	320bG	320G	B Hw. Kayser *12	265T	255T	H Marin & K. *6	225bG
M Ack-Gögg 7,5	93	96	F BBC 6	175,3	180,3	M Ernte Kulmb. 8	735B	745B	D Hussel 7	221,5	224	F MAN St. 7	163,5
H Adca 0	91,5	91	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	50bG	45bG	D Huta Heg. 5	146	144,9	F dgl. Vz. 7	162,5
D Adler 9	298G	298G	D Buckau-W. 0	117bG	112	S Essl. Masch. *10	520G	520	M Hutschenr. 8,5+1	238	235B	F MAN-Roland 16	470bB
F Adt AG 7,5	171	167,5	D Buderus *12,6	340G	560G	M Esterer **30	575B	590	H Hypo Hbg. 10+7	488bG	490	S M.MüB.Weing *14	301
F AEG-Telef. 0	50,1	50,1	M Bgl. Br. Ing. *11+1	710G	710G				D IKB 7	195	198	D Mauser 4	100bG
D AEG-Kabel 7 + 1	245bB	249	S Bgl Brh. Rav. *5	400G	400G	D Farb. Liqu. RM 0	12,3	12,4	S IWKA 0	135bG	135	D Mech. Viers. 0	77
S Aesculap 8	340bB	340TG	D Burbach 3,2	172T	166T	F Flachglas 10	288	290bG	M Isar-Amper 6	280bG	276G	F Mercedes 10+1	392,5
D Agrippina *7	595T	595T	S Calw D. **18	710TG	700bG	H Flb. Schiff 3	128	130,1	D Isenbeck *9,5	300G	300G	F Metallges. 4	234
M Agrob *9	366,5	360bG	F Cassella *9	328	327	D Ford *0	960T	960T	H Jacobsen *8	626G	626G	S Met. u. Lack 0	185

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	18. 3.	17. 3.		18. 3.	17. 3.		18. 3.	17. 3.
Foster Wheeler	13,625	13,75	Rockwell Int.	50,625	50	Dome Petroleum	3,35	3,40
Fruehauf	32,75	33,125	Rorer Group	24,875	24	Domtar	24,625	25,125
GAF Corp.	15,75	15	Schlumberger	38,50	39,25	Falconbridge Nickel	63,50	61,25
General Dynamics	41,375	40,125	Sears, Roebuck	36	35,625	Great Lakes Paper	75	75,25
General Electric	101,875	102,375	Shell Oil	35,75	37,125	Gulf Canada	13,125	13,125

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Kopenhagen

	21. 3.	18. 3.
Privatbanken	245,00	235,75
Ostasiat. Komp.	125,00	171
Dan. Sukkerfabr.	513,50	507,75
For. Bryggerier St.	850,00	850
Kgl. Porc. Fabr.	274,00	266,5

Zürich

Brüssel

	21. 3.	18. 3.
Sofina	4335	4325
Solvay	2440	2450
UCB	2940	2925
Index	111,36	111,51

Madrid

	21. 3.	18. 3.
Banco de Bilbao		245
Banco Central		283
Banco Hisp. Am.		252
Banco Popular		242
Banco de Santander		248
Banco de Urquijo		–
Banco de Vizcaya		340
Cros		25
Dragados		–
El Aguila		–

Paris

	21. 3.	18. 3.
Air Liquide	455	465
Alsthom Atlant.	149,9	152,90
Beghin-Say	244	245
BSN-Gerv.-Danone	1495	1495
Carrefour	1325	1350
Club Méditerranée	557	575
C. F. P	158,2	166,5
Elf-Aquitaine	120,8	122,1
Gal. Lafayette	159	136
Hachette	804	820

Hongkong

Sydney

Singapur

	21. 3.	18. 3.		21. 3.	18. 3.
Nat. Iron	8,20	8,20	Thomas Nat. Tr.	1,55	1,50
OCBC	9,90	10,00	Waltons	0,72	0,70
Sime Darby	2,35	2,38	Western Mining	4,05	4,18
Singapur Land	8,00	8,00	Woodside Petr.	0,68	0,67
Un. Overs. Bank	4,34	4,34	Index	502,8	505,3

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Schweizeraktien sfr.	289,25	270,50	276,25
Skat-Imm. sfr.	1670B	1660G	1665G
Sian 63 sfr.	1270B	1260G	1265G
Swissimmob. N.S. sfr.	2615,00	2420,00	2428,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1230,00	1230,00
Swissvalor sfr.	228,15	218,50	218,25
Technology $*	15,02	13,74	13,65
Templeton Growth $*	9,07	8,50	8,38
Universal B.S sfr.	71,50	68,25	68,08
Universal Fund sfr.	85,27	82,37	82,23
Ussec	740,00	692,80	687,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

21. 3. 83: BMW 272G; Bavaria 210G; Jute-Spinnerei 150G; Philips Komm. –; VEW 129; Herlitz St. 240; Herlitz Vz. 224,5.

Freiverkehr: Reag 415G.

Bezüge: RWE St. 23,00; RWE Vz. 22,00; Nord Hypo 12.

WELT-Aktienindex vom 21. 3.: 125,5 (125,9); WELT-Umsatzindex vom 21. 3.: 4775 (5502).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	4⅞–5⅛	4½–4¾
3 Monate	9½– 9¾	4⅞–5⅛	4 –4¼
6 Monate	9⅝– 9⅞	5 –5¼	4 –4¼
12 Monate	9¾–10	5⅛–5⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 3.: Tagesgeld 5,00–5,10 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,3–5,4 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 21. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 21. Marz folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1285,00	1565,06
10 US-Dollar (Indian)**)	958,00	1218,14
5 US-Dollar (Liberty)	343,00	540,14
1 £ Sovereign alt	228,00	280,24
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	277,98
20 belgische Franken	172,00	228,28
10 Rubel Tscherwonez	238,00	297,19
2 südafrikanische Rand	224,00	275,72
Krüger Rand, neu	1001,00	1176,33
Maple Leaf	990,00	1174,07
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	237,00	301,71
20 schweiz. Franken „Vreneli"	211,00	266,68
20 franz. Franken „Napoléon"	204,00	258,77
100 österr. Kronen (Neuprägung)	924,00	1111,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	233,91
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,00	126,56
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	428,00	523,19
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	135,60

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Das verzögerte Realignment im EWS brachte Unsicherheit in die Devisenmärkte, so daß sich am 21. 3. nur geringe Aktivitäten entwickelten. Der US-Dollar wurde am Morgen zwischen 2,3950 und 2,4000 gehandelt, fiel zur amtlichen Notierung nach Bekanntgabe des Realignments auf 2,3870 BZW. außerbörslich auf 2,3835 zurück und präsentierte sich gegen Geschäftsschluß erstaunlich fest mit 2,4135. Hier wird wohl erst nach der erwarteten Normalisierung des Handels zu erkennen sein, in welche Richtung die Kursentwicklung dier nächsten Wochen gehen könnte. Das Englische Pfund notierte mit 3,538 wie auch die norwegische Krone mit 32,95, die Schwedische Krone mit 31,90, die Spanische Pesete mit 1,78, der Portugiesische Escudo mit 2,40 und die Finnmark mit 42,90 zu einem neuen historischen Tiefstkurs. Die dem Interventionsmechanismus unterworfenen Währungen des EWS blieben ausgesetzt. Auch die übrigen heute noch gegen D-Mark notierten Währungen wiesen ausnahmslos Kursverluste gegenüber der D-Mark auf. Dollar in: Amsterdam ausgesetzt; Brüssel ausgesetzt; Paris ausgesetzt; Mailand ausgesetzt; Wien 1689,00; Zürich 2,0647; Pfd/Dollar 1,4822.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für US-Dollar/DM wurden am 21. März aufgrund höherer Dollar-Zinssätze vergrößert notiert. Die Terminabschläge für den FF zeigen nach der Aussetzung des Kurses Tendenz zur Normalisierung und wurden kräftig niedriger genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,80/2,70	5,48/5,28
Pfund/Dollar	0,21/0,17	0,43/0,38	0,67/0,62
Pfund/DM	2,50/1,10	5,80/4,40	10,20/8,80
FF/DM	41/25	107/91	179/163

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.



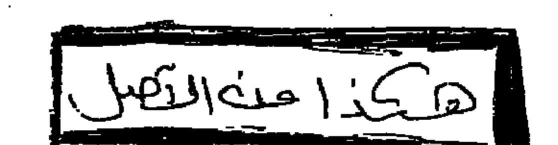
Devisen und Sorten

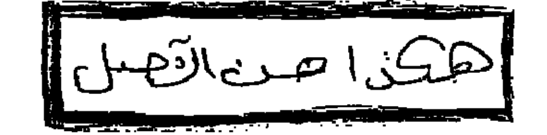
21. 3. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurse⁴)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,3830	2,3910	2,3486	2,35	2,44
London¹)	3,531	3,545	3,488	3,50	3,65
Dublin¹)	–	–	–	3,10	3,30
Montreal³)	1,9440	1,9520	1,926	1,91	2,00
Amsterd.	–	–	–	89,00	91,00
Zürich	115,510	115,710	115,61	114,35	117,25
Brüssel	–	–	–	4,65	4,90
Paris	–	–	–	31,25	34,25
Kopenh.	–	–	–	26,00	28,00
Oslo	32,890	33,010	32,19	32,25	34,00
Stockh.**)	31,820	31,980	31,41	31,00	32,75
Mailand²) **)	–	–	–	1,63	1,72
Wien	14,188	14,228	14,182	14,10	14,34
Madrid**)	1,775	1,795	1,671	1,80	1,94
Lissabon**)	2,390	2,410	2,05	2,00	2,90
Tokio	0,9930	0,9960	——	0,96	1,02
Helsinki	42,800	43,000	41,77	43,00	44,70
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,25	1,10
Athen*) **)	2,853	2,907	——	2,30	3,30
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,0625	2,0815	——	2,02	2,14
Johannesbg.*)	2,1885	2,2075	——	1,85	2,10

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 21. 3.: 485 Optionen, 34 850 (34 300) Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 6-8,10, 3-4,90, 2-4,40, AGIV 6-19, BASF 6-10, 3-6, 2-4,80, Bayer 6-10, 3-6,60, BMW 6-30, 3-18, 2-15,10, BEWAG 6-7,20, BBC 6-16,40, 3-11, 2-9, Conti 6-7,90, Daimler 3-23, deutsche Babcock 6-15, 3-10,40, Hoechst 2-5, Hoesch 6-7,20, 3-4,40, 2-3,50, Karstadt 6-26-24, Khd 2-14, Klöckner B6-6,40, 3-5, 2-3,90, Lufthansa 2-7,20, Lufthansa Vorzüge 6-11, 3-7, Mannesmann 6-1,30, 3-7, Schering 3-11, Siemens 6-25, Thyssen 6-6,80, 3-5, 2-4,50, Veba 6-14, 3-7,40, 2-5, VW 6-16,60, 3-12,50, Bhf-Bank 6-24, 3-17, Commerzbank 6-11, 3-9, 2-8, Deutsche Bank 6-32, 3-23, 2-18, Dresdner Bank 6-15, 3-9,50, Chrysler 3-4,20, Norsk Hydro 6-12,80. **Verkaufsoptionen:** AEG 3-4,30, 6-6,40, Bayer 2-3,40, BMW 2-10, BBC 2-9, 3-14, 6-17, Conti 3-4,90, 6-5,70, Daimler 3-16, 6-22, deutsche Babcock 3-9, 3-10,80, 6-14, Hoesch 2-2,60, 3-3,60, 6-4,10, Kaufhof 2-7,60, Klöckner 2-4,30, 3-4,70, Mannesmann 6-7,50, Mercedes 6-18, Preussag 6-9,20, RWE 2-5,30, Siemens 2-8, 3-10, 6-12, Veba 6-6, VW 2-6,90, Commerzbank 2-5, Deutsche Bank 2-7, 6-9,80, Dresdner Bank 2-5,70, 3-6,20, 6-9,20, General Motors 6-9, IBM 2-9,50, 6-14, Xerox 6-5,40, Royal Dutch 3-4,40, 6-5,20, Norsk Hydro 6-6.





Renten unter Druck

Auch am Wochenbeginn zeigte der Rentenmarkt noch keine Reaktion auf die in der Vorwoche vorgenommene Diskontsenkung. Die Kurse der öffentlichen Anleihen gaben weiter nach. Im zehnjährigen Laufzeitbereich liegen die Renditen bereits wieder bei 7,60 Prozent im Handel unter Banken. Der Berufshandel steht eher auf der Abgeberseite. Versicherungen haben sich vorzeitig eingedeckt und fallen als Käufer aus. DM-Auslandsanleihen lagen ebenfalls unter Druck.

Bundesanleihen

		21. 3.	18. 3.
4.67*	4/84	100,5	100,5
nd 75 I	6/83	100,5	100,45
dgl. 75	6/83	100,6	100,6
l. 75 II	7/85	100,6	100,7
dgl. 78 I	1/84	100,05	100,05
l. 64 I	1/84	99,95G	99,95
l. 76 I	2/84	102	102
l. 77	3/84	101,25	101,35
dgl. 76 II	4/84	101,95	102G
l. 78	5/84	99,6	99,6
l. 78 III	9/84	100,2bG	100,05
dgl. 76	9/84	105	105
l. 78 IV	12/84	100,25	100,2
dgl. 79	1/85	100,4	100,4
dgl. 75 I	3/85	104,5	104,5
l. 79	4/85	101,9	101,9
dgl. 79 II	6/85	102,4	102,45
dgl. 79 I	7/85	105,45	105,5
l. 76 IV	10/85	104,75	104,2bG
dgl. 78 II	3/86	98,7	98,5
dgl. 78	5/86	98	98,2
dgl. 76 I	12/86	101,15	101,25
dgl. 79	1/87	98,7	98,7G
dgl. 76 II	1/87	101,5	101,3bG
dgl. 77	4/87	99,6	99,75
dgl. 77	7/87	98,6	98,7G
l. 77	10/87	97,75	97
l. 78 I	1/88	96,35	96,7
dgl. 78 I	9/88	97,6	97,7
dgl. 78 II	12/88	97,5	97,6
dgl. 79	1/89	98,75	98,85
dgl. 79 I	4/89	100,5	100,6
gl. 81	4/89	111,75	111,85
dgl. 79 I	6/89	100,9	101

		21. 3.	18. 3.
6 dgl. 77	9/87	96,75	97
6 dgl. 78 II	7/88	95,9	96
6½ dgl. 77	5/89	96,4	96,8
8 dgl. 79 I	7/89	105,45	105,65
6 dgl. 78 I	2/90	94,05	94,2
8 dgl. 80 II	7/90	105,25	105,35G
9 dgl. 81	3/91	108,15	108,4
10½ dgl. 81	9/91	116,85	116,9
10¼ dgl. 81	11/91	115,6G	115,6G
8 dgl. 80 I	2/92	105,55	105,7G
10 dgl. 82	2/92	114,6	114,6
9½ dgl. 82	7/92	111,5	111,65
8 dgl. 82	11/92	105,2	105,45
7¾ dgl. 83	1/93	102	102,2

Bundespost

		21. 3.	18. 3.
4 Abl. 57*	4/84	100,5G	100,5G
5½ Bdpost 58	10/85	100G	100G
6 dgl. 63 II	7/83	100,2G	100,2G
8 dgl. 72 II	12/83	101,9	101,9
6½ dgl. 68	6/88	99,95	99,95
8 dgl. 72 I	9/87	102,95	103,15
10 dgl. 81	3/89	112,15	112,15
10½ dgl. 81	6/89	113,5	113,5
8 dgl. 80	3/90	105,4	105,6
7¾ dgl. 80	9/90	101,95	102,15
8½ dgl. 80	12/90	106,5	106,65
10½ dgl. 81	10/91	117	117,15
9¾ dgl. 82	2/92	112,9	113,05
8½ dgl. 82	6/92	107,8	108G

Länder – Städte

Bundesbahn

Sonderinstitute

	21. 3.	18. 3.
5 DSLB Pf 35	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
5 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98

	21. 3.	18. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,6G	102,6G
10 dgl. KO 125	104,55G	104,55G
9 dgl. KO 179	107,75G	107,75G
9¾ dgl. KO 180	110,4G	110,4G
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	85G	85G
7 dgl. Pf 123	100,7G	100,7G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G

	21. 3.	18. 3.
8½ dgl. Pf 174	103,9	103,6
8½ dgl. Pf 175	104,25	104
9½ dgl. Pf 178	104,1	105,8
6 dgl. KO 39	85	84
7¾ dgl. KO 170	102	101
9 dgl. KO 180	105,4	105
6½ MLHyp. Pf. 100	88,5	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	99	98
7 dgl. KO 25	96	95

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

	21. 3.	18. 3.
8½ BASF 74 m O	127,5	127,5bG
8½ BASF 74 oO	101,1	101,5
3½ Stumpf 88 mO	100	100
3½ Stumpf oO	75	75

Währungsanleihen

	21. 3.	18. 3.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	95G	95
7,875 Norwegen 78	98,5G	98,5G
9½ dgl. 79	99	99,25G

Optionsanleihen

	21. 3.	18. 3.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	108,25G	108,25G
3½ dgl. 78 oO DM	89,5G	89,5
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	124	126
4½ dgl. 77 oO $	82,75	82,75
6½ Wells F. 73 mO DM	109	110G
6½ dgl. 73 oO DM	94,2G	94bG

Optionsscheine

	21. 3.	18. 3.
8½ BASF 74	137,1	137,5

Wandelanleihen

	21. 3.	18. 3.
5 Bayer 69	101,3	101,35
8 Bay Wa 75	100,5	100,5
8 Beiersdorf 82	148	148
4½ Commerzbk. 78	99bG	99bG
9 Girmes 74	300	300

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	21. 3.	18. 3.
7¾ AKZO 83	100G	99,9G
6 dgl. 84	97,5/8,2	97,5/8,2
6½ dgl. 86	98,5G	98,5G
7¾ Arbed 85	97G	96,5G
7½ dgl. 86	83G	83G
9 dgl. 87	95T	95T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104,5G	104,5G
8 Austr. 87	103,75G	103,75G
8¼ dgl. 87	103,75	103,75
7½ BEC 83	100,25G	100,25G

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer haben am Freitag die Gold- und Silber-Terminnotierungen an der New Yorker Comex geschlossen. Auch Kupfernotierungen gelangten an der Comex in sämtlichen Positionen schwächer zur Notiz. Kaffee schloß am New Yorker Platz überwiegend fester. Bei Kakao war die Schlußtendenz uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

	18. 3.	17. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	340,50	333,00
Mai	350,00	343,00
Juli	356,50	351,50
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	18. 3.	17. 3.
St. Lawrence 1 CW	239,46	237,61
Amber Durum	219,36	218,16
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	113,30	113,30
Mai	116,50	115,80
Juli	120,00	119,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	104,70	106,50
Mai	99,40	100,30
Juli	97,00	98,00
Hafer Chicago (c/bush)	18. 3.	17. 3.
März	158,00	157,75
Mai	163,25	163,75
Juli	169,00	168,75
Mais Chicago (c/bush)		
März	286,75	287,00
Mai	195,50	296,00
Juli	303,50	303,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 3.	17. 3.
März	101,90	103,50
Mai	101,90	103,30
Juli	102,00	103,20
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	17. 3.	16. 3.
März	9,62	9,62
Mai	9,90	9,91
Juli	10,08	10,07
Sept.	10,14	10,17
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,90	17,90
Mai	18,40	18,33
Sept.	18,40	18,30

Genußmittel

	18. 3.	17. 3.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	122,90	123,15
Mai	121,95	121,80
Juli	121,15	120,80
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1660	1638
Mai	1695	1695
Juli	1725	1705
Umsatz	6755	6050
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,46	6,56
Juli	6,72	6,83
Sept.	7,05	7,15
Okt.	7,30	7,45
Jan.	7,75	7,95
Umsatz	6418	7439
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 3. 6,18	17. 3. 6,17
Kaffee London (£/t) Robusta-	18. 3.	17. 3.
Kontr. März	1820–1825	1817–1825
Mai	1845–1847	1831–1833
Juli	1674–1675	1655–1657
Umsatz	6338	7805
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1235–1240	1242–1244
Mai	1247–1248	1257–1258
Juli	1267–1268	1270–1271
Umsatz	6482	5832
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	115,85–115,95	114,45–114,50
Aug.	123,55–123,60	121,65–121,70
Okt.	129,80–130,00	127,80–128,00
Dez.	135,80–136,00	134,00–134,15
März	144,50–144,75	142,75–143,10
Mai	148,25–149,00	147,00–148,00
Umsatz	1762	2582

	18. 3.	17. 3.
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	270,00	270,00
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	360,00	360,00
Orangensaft New York (c/lb)	18. 3.	17. 3.
März	112,10	115,50
Mai	110,80	110,25
Juli	109,20	109,90
Sept.	108,50	109,50
Nov.	106,70	106,50
Umsatz	700	600

Öle, Fette, Tierprodukte

	18. 3.	17. 3.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	24,00	24,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	20,75	21,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,30	17,28
Mai	17,55	17,48
Juli	17,95	17,86
Aug.	18,12	18,02
Sept.	18,25	18,20
Okt.	18,40	18,30
Dez.	18,80	18,70
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	18,25	18,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,875	14,875
Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F	13,00	13,00
Schweine Chicago (c/lb)		
April	50,55	50,15
Juni	54,65	54,00
Juli	55,00	54,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	73,70	73,15
Mai	74,35	74,10
Juli	74,50	74,00

	18. 3.	17. 3.
Häute [illegible]		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Aug.	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Nov.	[illegible]	[illegible]
Jan.	[illegible]	[illegible]
Sojaschrot Chicago ($/t)		
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	185,30	[illegible]
Aug.	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	[illegible]
Dez.	194,80	[illegible]
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 3.	17. 3.
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Kokosöl New York (c/lb)	18. 3.	17. 3.
Westküste fob Werk	21,50	21,50
Erdnußöl	21. 3.	18. 3.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	440,00	437,50
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	380,00	377,50
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	370,00	357,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	105,50	102,50
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	492,50	460,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	248,50	247,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	18. 3.	17. 3.
Baumwolle [illegible]		
Mai	[illegible]	74,25
[illegible]	[illegible]	72,33
[illegible]	[illegible]	72,20
[illegible]	[illegible]	71,40
März	[illegible]	72,55
[illegible]	73,45	73,50
Kautschuk New York [illegible]	[illegible]	57,25
Wolle [illegible]	18. 3.	17. 3.
[illegible]	[illegible]	418
Mai	[illegible]	400–408
Aug.	[illegible]	422–425
Umsatz	[illegible]	199
Wolle [illegible]	18. 3.	17. 3.
Mai	[illegible]	43,25–43,60
[illegible]	[illegible]	43,50–44,30
Okt.	[illegible]	44,90–45,20
Dez.	45,20	45,10–45,50
Umsatz	[illegible]	6750
Tendenz: [illegible]		
Wolle [illegible]	18. 3.	17. 3.
[illegible]	[illegible]	550,0–554,0
Mai	[illegible]	558,0–565,0
[illegible]	[illegible]	566,0–588,0
Umsatz	192	205
Sisal London ($/t)	18. 3.	17. 3.
[illegible]	[illegible]	670,00
[illegible]	540,00	640,00
[illegible]	–	–
[illegible]	–	–
Seide [illegible]	18. 3.	17. 3.
März	14 090	14 147
Apr.	14 182	14 236
Kautschuk	18. 3.	17. 3.
Nr. 1 RSS [illegible]	–	73,00–74,00
Apr.	[illegible]	72,00–73,40
Mai	[illegible]	73,30–73,40
Juli/Sept.	[illegible]	75,90–76,10
Tendenz: fester		

	18. 3.	17. 3.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS [illegible]	238,50–239,50	241,00–242,00
April	245,00–246,00	247,50–248,50
Mai	25[illegible]–255,00	256,00–256,00
Nr. 2 RSS April	236,00–237,00	237,50–235,50
Nr. 3 RSS April	233,00–234,00	234,50–235,50
Nr. 4 RSS April	225,50–226,50	227,00–228,00
Tendenz: fester		
Jute London (£/lgt)	18. 3.	17. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	350,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 Fl – 76 WD – (–). BTC – (–). BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	21. 3.	18. 3.
Blei: Basis London		
laufend Monat	103,51–103,59	104,95–105,13
dreißig. Monat	107,59–107,77	108,89–109,95
Zink: Basis London		
laufend Monat	158,99–159,17	162,44–162,62
dreißig. Monat	164,49–164,67	167,64–167,82
Produz.-Preis	179,33	179,75
Reinzinn 99,9%	3486–3520	3473–3508

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 3.	18. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	376,12–378,25	386,50–388,65
Blei in Kabeln	111,25–112,25	112,75–113,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	21. 3.	18. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	321–323	326–330
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	360–362	366–367
MS 63	359–362	367–370

Zinn-Preis Penang

	18. 3.	17. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	30,53	30,51

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 3.	18. 3.
Leg. 225	297–301	297–301
Leg. 226	300–303	300–303
Leg. 231	338–347	338–347
Leg. 233	353–364	353–364

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 3.	18. 3.
Platin (DM je g)	33,10	33,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 300	32 800
Rücknahmepr.	31 500	32 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 360	32 520
Rücknahmepr.	31 410	31 650
verarbeitet	33 990	34 250
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 970	32 445
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	799,00	830,20
Rücknahmepr.	771,00	801,10
Verarbeitet	834,40	867,00

Internationale Edelmetalle

	21. 3.	18. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	414,50	419,75
15.00	414,50	421,75
Zürich mittags	413,25–414,25	421,00–422,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 500	95 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	691,90	710,50
3 Monate	709,90	728,05
6 Monate	727,85	748,90
12 Monate	762,45	779,90
Platin (£-Feinunze)	18. 3.	17. 3.
London fr. Markt	273,00	268,00
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	67,00	65,80

New Yorker Preise	18. 3.	17. 3.
Gold H & H Ankauf	421,75	416,50
Silber H & H Ankauf	1081,00	1066,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–405,00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	99,00–101,00	97,50–99,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1037,00	1055,20
April	1036,50	1058,30
Mai	1040,00	1069,00
Juli	1059,00	1085,00
Sept.	1079,50	1101,20
Dez.	1108,00	1125,00
Jan.	1114,50	1127,20
Umsatz	20 000	24 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 3.	17. 3.
März	72,00	73,10
April	71,50	73,25
Mai	72,20	74,10
Juli	73,00	75,50
Sept.	75,50	76,90
Dez.	76,00	78,70
Jan.	77,20	79,15
Umsatz	12 000	11 000

Londoner Metallbörse

	21. 3.	18. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	837,50–838,50	838,50–839,50
3 Monate	864,00–864,50	865,00–865,50
Blei (£/t) Kasse	292,00–292,50	290,00–293,50
3 Monate	303,50–304,00	303,00–303,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1048,5–1049,0	1060,5–1067,0
3 Monate	1079,5–1080,0	1096,5–1097,0
abends Kasse	–	1071,5–1072,5
3 Monate	–	1102,5–1103,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1030,0–1030,5	1049,0–1050,0
3 Monate	1059,0–1060,0	1080,0–1081,0
Zink (£/t) Kasse	448,50–449,00	452,50–453,50
3 Monate	464,00–464,50	467,50–468,00
Zinn (£/t) Kasse	9080–9085	9040–9045
3 Monate	9100–9105	9060–9062
Quecksilber ($/Fl.)	–	320–340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	85–88

Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen



Aktiengesellschaft

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 28. April 1983, 11.00 Uhr im Park-Hotel in Bremen, Im Bürgerpark stattfindenden

ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG

eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats.

2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn 1982 in Höhe von DM 16 067 638,31 wie folgt zu verwenden:

a) Verteilung einer Dividende von DM 10,—	DM	8 000 000,—
sowie eines Bonus von DM 2,50 je Aktie im Nennwert von DM 50,— auf das Grundkapital von DM 40 000 000,—	DM	2 000 000,—
b) Zuweisung zur Rücklage nach § 7 HBG	DM	4 150 000,—
c) Gewinnvortrag	DM	42 638,31
d) Zusätzlicher Aufwand aufgrund dieses Beschlusses	DM	1 875 000,—

3. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, das Grundkapital von DM 40 000 000,— unter Zugrundelegung der Bilanz per 31. Dezember 1982 aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 10 : 1 auf DM 44 000 000,— zu erhöhen durch Umwandlung eines Betrages von DM 4 000 000,— der Rücklage nach § 7 HBG in Grundkapital und Ausgabe von 80 000 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetrag von je DM 50,— mit voller Gewinnberechtigung für 1983.

4. Beschlußfassung über die durch die Kapitalerhöhung notwendig werdende Satzungsänderung.

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, § 4 Abs. 1 der Satzung wie folgt zu ändern:

„Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 44 000 000,— Deutsche Mark.

Es ist eingeteilt in

24 900 Aktien zu je DM 1000,—
20 000 Aktien zu je DM 100,—
342 000 Aktien zu je DM 50,—"

5. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982.

Es wird vorgeschlagen, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

6. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982.

Es wird vorgeschlagen, dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.

7. Beschlußfassung über ein genehmigtes Kapital von DM 10 000 000,— im Wege der Satzungsänderung.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Vorstand zu ermächtigen, bis zum 1. März 1988 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag bis zu insgesamt DM 10 000 000,— durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital gem. §§ 202 ff. Aktiengesetz).

Dementsprechend wird vorgeschlagen, den bisherigen Absatz 5 des § 4 der Satzung zu streichen und den neuen Absatz 5 wie folgt zu fassen:

„Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 1. März 1988 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag bis zu insgesamt DM 10 000 000,— durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen (genehmigtes Kapital gem. §§ 202 ff. Aktiengesetz)."

8. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Amtszeit der nachfolgend genannten von den Aktionären gewählten Aufsichtsratsmitglieder läuft mit dem Schluß der Hauptversammlung ab:

Dr. Friedhelm Gieske
Mitglied des Vorstands der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen

Dr. Hans-Otto Wieschermann
Persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Privatbankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien, Düsseldorf

Der Aufsichtsrat schlägt vor, für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1987 beschließt, die Herren

Dr. Friedhelm Gieske
Dr. Hans-Otto Wieschermann

wieder in den Aufsichtsrat zu wählen.

Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats sind die §§ 96 und 101 Aktiengesetz sowie § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 maßgebend.

Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.

9. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft – Frankfurt am Main, wiederzuwählen.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, müssen ihre Aktien spätestens am 25. April 1983 bis zum Ende der Schalterstunden bei den Kassen der Gesellschaft in Bremen oder Frankfurt am Main, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehenden Banken hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen

in Bremen bei	Bremer Bank Niederlassung der Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft,
in Frankfurt bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft,
in Berlin bei	Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft,
in Düsseldorf und Hamburg bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft,
in Mannheim und München bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft,
in Saarbrücken bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner, Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Werden Aktien bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder beglaubigter Abschrift spätestens am 26. April 1983 bis zum Ende der Schalterstunden bei unserer Gesellschaft in Bremen, Domshof 18 bis 20, oder in Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 30, einzureichen. Die hinterlegten Aktien sind in der Bescheinigung nach Nennbetrag und Nummer aufzuführen. Ferner ist in der Bescheinigung zu versichern, daß die Aktien bis zum Schluß der Hauptversammlung bei dem Notar oder der Wertpapiersammelbank hinterlegt bleiben.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir, Mitteilungen nach § 125 AktG nach Möglichkeit bei uns in Frankfurt am Main 16, Postfach 1 66 69 anzufordern.

Frankfurt am Main – Bremen, den 22. März 1983

DER VORSTAND

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Kozak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

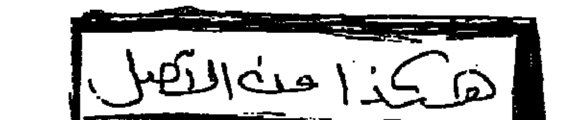
INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK
– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
6¾% Deutsche Mark-Anleihe von 1972
– WKN 461 661/70 –

Für die am 1. Juni 1983 fällige Tilgungsrate sind nach § 3 der Anleihebedingungen Teilschuldverschreibungen im Nennbetrag von DM 9 631 000,– für den Tilgungsfonds im Markt zurückgekauft worden, die auf die Tilgungsrate angerechnet werden.

Eine Auslosung findet deshalb in diesem Jahr nicht statt.

Washington, im März 1983

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK



TAND●PUNKT

omputer bestätigt ie Gedanken nes Skifliegers

b in Planica, in Oberstdorf oder jetzt in Harrachov – eine Faustel begünstigt stets Weltrekorde Skifliegen: ein später Krümngspunkt und ein überaus steiNeigungswinkel des Auslaufhüs. Gefährlich, mitunter lebensährlich, war das allemal. Der itsche Bundestrainer Ewald Roier entsetzte sich vor zwei Jah-: „Wir haben schon genügend erschnittsgelähmte. Eine Jury m Skifliegen muß immer an den atsanwalt denken."

amit soll Schluß sein. Jedens am 15. Mai, wenn der Internaiale Ski-Verband (FIS) in Syd- die Vorschläge des Unteraususses Schanzenbau in Belüsse umsetzt. Nachdem bei der Skiflug-Weltmeisterschaft in rachov (CSSR) der Tschechowake Pavel Ploc mit 181 Meter en neuen Weltrekord aufgestellt te, beschloß das Schanzen-Koee, die Flugschanzen künftig zu renzen. Der Höhenunterschied schen Schanzentisch und dem sten Punkt des Auslaufes soll ht mehr als 127 Meter betragen, Neigungswinkel des Aufunghügels 38 Grad. Das heißt: ge über 185 Meter werden nicht ar möglich sein, die Landegewindigkeit von 116 Stundenkietern wird drastisch gesenkt.

er Schweizer Walter Steiner, t Skiflug-Weltrekordler, hat se Entwicklung bereits 1972 gelert. Doch damals gab es keinen nputer, der Steiners Gedankene exakt belegen konnte. So de noch so manche Schanze entwickelt. Beispiele: Oberst- hält Steiner für eine „verbaute age", wenngleich er dort bes vor zehn Jahren 176 m und m weit flog. Warum, das macht ner am Beispiel seines Weltrei-Flugs von 169 Metern im Jah-974 in Planica (Jugoslawien) tlich: „Als ich den Rekord aufellt hatte, verkürzte die Jury Sicherheitsgründen den An-. Die Konkurrenten aber wolldennoch ebensoweit fliegen ich. Der Ausgangspunkt war Sie sprangen fortan unter ih-Wert, wollten das aber komsieren. Das war enorm risikoh."

in verändertes technisches Delöste psychische Probleme aus verführte zum Hasardspiel. iner hat das über Jahre beobtet und deshalb in diesem Winein siebenseitiges Plädoyer für Sicherheit im Skifliegen an die S geschickt. „Jetzt", sagt er, ar die Zeit reif dafür." Oder: Die mputer vollziehen mittlerweile nach, was Steiner seit Jahren seine Zunft austüftelt.

un muß in Planica, Oberstdorf Vikersund (Norwegen) umget werden. Was dort bisher der herheit wegen durchgeführt rde, waren meistens nur Notrekturen. Entweder wurde nee abgetragen oder Schnee gehäuft.

tatt der Rekordjagd – die Leingen werden wegen der unteriedlichen Bedingungen ohnenicht anerkannt – wird es künfWettkämpfe mit größerer Leingsdichte geben. Denn das verlerte technische Detail baut h die Angst ab.

KLAUS BLUME

FUSSBALL / Wie eine Nobel-Discothek plötzlich zum Nabel der Nationalelf wurde

Hansi kam nach Biberschwanzsuppe und Lachs. Er jubelte: „Der Jupp hat angerufen, ich spiele"

MARTIN HÄGELE, Pforzheim

Egon Hascher aus Pforzheim, der Goldschmied der Fußball-Nationalmannschaft, hatte mit dem Goldfinger gewinkt. Bei ihm kauft Toni Schumacher seine goldenen Klunker, Pierre Littbarski läßt von ihm die Kettchen und Ringe für die Frau fertigen, Egon hatte am Sonntag in Stuttgart einen neuen Laden aufgemacht. Deshalb feierte er mit seiner besten Kundschaft in Stuttgarts Nobeldisco „Perkins Park". Der Fuhrpark vor dem Haus glich einer Automobil-Ausstellung – Mercedes, Porsche, De Tomaso.

Auch Schumacher war da, Littbarski, Strack, Karl-Heinz Förster, der Frankfurter Ronnie Borchers, und die Großen von einst: Fritz Walter, Horst Eckel, Robert Schlienz. Zwei Dutzend jener Herren, die Damen für sich arbeiten lassen, machten dem Hoflieferanten der Nationalelf ebenfalls ihre Aufwartung. Wenn sie ans Glas griffen, funkelte es. Man saß zwischen Palmen und trank Champagner-Cocktails.

Auf der Tanzfläche gab es eine Talkshow, Bestseller-Autor Hans Blickensdörfer diskutierte mit den Fußballstars. Thema: „Stirbt die Nationalmannschaft?" Natürlich stirbt sie nicht. „Wenn man uns mangelnden Einsatz vorwirft, ist das Humbug", sagte Toni Schumacher. Pierre Littbarski: „Wir spielen für Deutschland. Daß wir dabei auch Geld verdienen, ist nebensächlich. Ich muß da mal 'ne Lanze brechen für Paul Breitner. Wer den Paul bei der WM erlebt hat, wie der sich da reingehängt hat – auch für den Paul hat das Geld an zweiter Stelle gestanden."

Verdienen Sie eigentlich nicht zuviel Geld? fragt Blickensdörfer den Nationaltorwart. Schumacher antwortet darauf mit einer Geschichte: „Wenn heute einer von Ihnen 3000 Mark verdient, zu seinem Chef geht und sagt, ich will 5000 und der zahlt sie ihm, dann muß man doch dem Chef in den Hintern treten und nicht dem, der mehr kriegt."

Den leichten Mammon als Grund für die augenblickliche Misere des deutschen Fußballs lassen die jungen Millionäre nicht gelten. Mangelnde Moral auch nicht. Woran liegt's, daß eine ganze Nation ängstlich nach Albanien blickt und um den Kopf von Bundestrainer Jupp Derwall bangt oder auch nicht. „Das Länderspiel in Tirana ist nicht nur das Schicksalsspiel für Jupp Derwall, es ist auch unser Schicksalsspiel", sagt Karl-Heinz Förster und guckt ernst drein. Fritz Walter, der Ehrenspielführer, sieht die Sorgen seiner Nachfahren gelassen. „Der Jupp Derwall muß doch nur beim Frühstück und Mittagessen guten Geist verbreiten. Und in der Kabine sagen: ‚Auf Männer, marschiert mal.'" Dann seien die Albaner, Türken und Österreicher schon im Sack.

Als Haschers Gäste Biberschwanzsuppe, Lachs, Pfeffersteak und Eisbombe schon längst bei Reggae-Musik und Whisky verdauten, der Fußball schon fast wieder vergessen war, wurde das Thema Nationalelf auf einmal aktueller denn je an diesem Abend. Kurz vor 23.00 Uhr kam Hansi Müller hereingeschneit.

„Freunde, ich hab' glänzende Nachrichten", begrüßt er seine Bekannten an der Bar, „der Jupp hat angerufen, ich spiele in Albanien." Die Freunde wundern sich. Sie hatten schließlich gelesen, wie italienische Reporter in der letzten Woche den Stuttgarter verhackstückt hatten. „Die Mailänder Zeitungen haben mich zum Sündenbock für unser Europapokal-Ausscheiden bei Real Madrid gemacht", erzählt Hansi. Aber das sei ungerecht, und es stimme auch nicht, daß Inter Mailand ihn verkaufen wolle. Müller: „Das ist die Politik einer Sportzeitung, aber Manager Mazzola steht nach wie vor zu mir."

Und auch Derwall hält zu Hansi. Er hat sich bei Uli Stielike über Müllers Form erkundigt. Der Madrider hat Hansi für gut befunden. Hansi fühlt sich bestätigt: „Warum sollte der Uli mir was reinsingen?"

In Albanien soll der Rückkehrer gleich ans Regiepult: „Jupp Derwall erwartet von mir, daß ich Verantwortung übernehme, das werde ich auch tun."

Daß einer, der Verantwortung trägt, auch schnell die Schuld aufgeladen bekommt, wenn's schief geht, davor fürchtet er sich nicht. Im Gegenteil: „Die Abwehr steht. Mit dem Kalle und dem Litti im Sturm, und mir im Mittelfeld werden wir eine gute Mischung haben – ehrlich, Albanien kann gegen uns keine Chancen haben." Große Worte. Müller glaubt nicht, daß er den Mund zu voll nimmt. Und ein bißchen baut er auch auf den eigenen inneren Antrieb: „Nachdem es in Mailand für mich nicht so gut läuft, ist dieses Länderspiel eine Möglichkeit, mich zu beweisen."

So wird eine Discothek plötzlich zum Nabel der deutschen Fußballwelt. Und am nächsten Tag veröffentlicht Jupp Derwall sein Aufgebot – selbstverständlich mit Müller. Und auch mit Schuster, aber ohne Manfred Kaltz (Derwall: „Seine Leistungen ließen keine andere Entscheidung zu").

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Immel. – Abwehr: Briegel, Bernd und Karl-Heinz Förster, Otten, Strack. – Mittelfeld: Engels, Dremmler, Müller, Rolff, Schuster. – Angriff: Littbarski, Meier, Milewski, Rummenigge, Völler.

FUSSBALL

Rudi Kröner beurlaubt

sid/dpa, Kaiserslautern

Die fünfte Trainer-Entlassung der 20. Saison in der Fußball-Bundesliga ist perfekt. Schon vor der Krisensetzung am Montagnachmittag war beim 1. FC Kaiserslautern die Beurlaubung von Rudi Kröner (41), der erst zum Saisonbeginn die Nachfolge von Karlheinz Feldkamp angetreten und einen Vertrag bis 1984 erhalten hatte, beschlossene Sache. Vize-Präsident Rainer Pochert: „Die Entwicklung der letzten Tagen lief auf diese Klärung hinaus." Die Gründe seien jedoch nicht einseitig in der Arbeit und Person des Trainers zu suchen.

Kröner, zuvor in der zweiten Liga bei Hessen Kassel erfolgreich, wurden die jüngsten Mißerfolge zum Verhängnis. Die Pfälzer, die sich für zwei Millionen Mark durch die Stürmer Klaus Allofs und Torbjörn Nilsson verstärkten, schieden am letzten Mittwoch gegen Craiova aus dem UEFA-Pokal aus und minderten am Samstag mit der Niederlage in Düsseldorf ihre Chancen auf den erneuten Einzug in diesen europäischen Wettbewerb. Dem Trainer wurde von der Vereinsführung auch zur Last gelegt, daß er seine Autorität bei den Spielern eingebüßt habe.

Als Nachfolger von Kröner will Assistent Ernst Diehl bis zu Saisonende die Betreuung der Bundesliga-Mannschaft übernehmen. Für die kommende Saison wollen die Lauterer Dietrich Weise verpflichten, der beim DFB ausscheidet und von 1971 bis 1973 schon einmal am Betzenberg tätig war.

MOTORSPORT

Zwei Deutsche Spitzenklasse

sid, Silverstone

In der Formel 2, der zweithöchsten Automobilsport-Kategorie, sind die deutschen Rennfahrer weiterhin Spitzenklasse. Zum Auftakt der Europameisterschafts-Saison im englischen Silverstone belegten der Münchner Christian Danner den dritten und der Gießener Stefan Bellof den vierten Platz. Es siegte der Italiener Beppe Gabbiani vor dem Neuseeländer Mike Thackwell.

Danner und Bellof sind in der Formel 2 bereits etabliert. Bellof, der im vergangenen Jahr in Silverstone sein erstes Formel-2-Rennen gewonnen hatte, wurde vor dem Start von englischen Fachzeitschriften als größter Favorit neben Thackwell gehandelt.

Danner, der bereits seine dritte EM-Saison im March-Team bestreitet, ist mit seiner Erfahrung der maßgebende Mann für seine Team-Kollegen Gabbiani und Thierry Tassin (Belgien). Ein typisches Beispiel: „Christian, wie hoch muß ich den Motor am Start drehen lassen?" fragte ihn Tassin.

Das Rennen wurde im Regen gestartet. Bellof (Trainings-Achter) hielt sich zu Beginn aus allen Zweikämpfen heraus, wartete bis die Strecke abgetrocknet war und griff dann an. Die Journalisten-Jury verlieh ihm daraufhin die Auszeichnung „Mann des Rennens". Bis zur vorletzten Runde lag Bellof hinter Gabbiani auf Platz zwei. Das sich anbahnende Überholmanöver und den Sieg vereitelte ein gerissener Gaszug.

SPORT-NACHRICHTEN

Weishaupt zu Düsseldorf

Düsseldorf (sid) – Eishockey-Nationaltorwart Erich Weishaupt (30) wechselt vom Mannheimer ERC zur Düsseldorfer EG. Düsseldorfs Torwart Helmut de Raaf soll an den Kölner EC ausgeliehen werden.

Velbert Meister

Bonn (dpa) – Der BSV Velbert verteidigte seinen Meistertitel in der Billard-Bundesliga. Im entscheidenden Spiel besiegte er BSV Hochfeld 8:4.

Dönges operiert

Düsseldorf (sid) – Karl-Werner Dönges (Sindelfingen), deutscher Rekordhalter im 110-m-Hürden-Lauf, kann in diesem Jahr nicht mehr starten. Im Dezember letzten Jahres hatte er sich, wie erst jetzt festgestellt wurde, keinen Anriß, sondern einen Bruch des Kahnbeins im rechten Fuß zugezogen.

Knapper BMW-Erfolg

Monza (sid) – Mit nur 3,2 Sekunden Vorsprung gewannen Quester/Rossi (Österreich/Italien) auf ihrem BMW 635 das 500-km-Rennen von Monza, den ersten Lauf zur Tourenwagen-Europameisterschaft.

Hanika besiegt

Boston (sid) – Sylvia Hanika unterlag zum vierten Male in diesem Jahr im Finale eines Tennis-Turniers. In Bosten verlor sie gegen Wendy Turnbull (Australien) 4:6, 6:3, 4:6.

Drei Nachholspiele

Bonn (DW.) – In der Fußball-Bundesliga finden heute drei Nachholspiele statt (alle 20.00 Uhr): Bremen – Stuttgart, Schalke – Braunschweig, Köln – Nürnberg.

Stenmark vorne

Furano (sid) – Ingemar Stenmark (Schweden) und die Französin Anne-Fore Rey gewannen die Parallel-Slalom-Läufe im japanischen Furano, die nicht zum Weltcup gehören.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Crosslauf-WM in Gateshead/England: Männer, 12 km: 1. Debele (Äthiopien), 2. Lopes (Portugal), 3. Muge (Kenia) alle 36:52 Min., 4. Salazar (USA) 36:53, 5. Prieto (Spanien) 36:56, 6. de Castella (Australien) 37:00, ... 18. Orthmann 37:35, ... 41. Herle (beide Deutschland) 38:06. – Frauen: 1. Waitz (Norwegen) 13:29, 2. Wiley (Kanada) 13:37, 3. Posdnjakowa (UdSSR) 13:37.

MOTORSPORT

Formel-2-Europameisterschaft, erster Lauf in Silverstone: 1. Gabbiani (Italien) March BMW 1:20:21 Std., 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 1:21:33, 3. Danner March BMW 1:22:41, 4. Bellof (beide Deutschland).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Rotterdam, Endspiele, Einzel: G. Mayer (USA) – Vilas (Argentinien) 6:1, 7:6. – Doppel: Buehning/Gullikson (USA) – Fleming/Slozil (USA/CSSR) 7:6, 4:6, 7:6. – WCT-Turnier in München, Endspiele, Einzel: Teacher – Dickson (beide USA) 1:6, 6:4, 6:2, 6:3. – Doppel: Curren/Denton (Südafrika/USA) – Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) 7:5, 2:6, 6:1.

EISHOCKEY

EM der Junioren in Norwegen: Gruppe A: Schweden – Schweiz 6:2, Finnland – Norwegen 12:1. – Gruppe B: UdSSR – Frankreich 18:4, CSSR – Deutschland 12:3.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 20, 36, 37, 38, 40, 44, Zusatzspiel: 29.

(Ohne Gewähr)

SCHACH / Robert Hübners Gegner Wassili Smyslow: Ausgebildeter Opernsänger und bereits 1957 einmal Weltmeister

Am Sonntag sollte in Velden/Wörthersee das Viertelfinale im Schach-Kandidatenturnier zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und Wassili Smyslow aus der Sowjetunion beginnen. Gestern stand noch nicht fest, ob heute gespielt werden kann. Smyslow leidet unter einer Grippe, der Arzt schrieb ihn krank. Im Kandidaten-Turnier werden zehn Partien gespielt; wer zuerst 5,5 Punkte erreicht, zieht in die nächste Runde ein. Gewinnt Hübner, trifft er auf den Sieger der Begegnung Torre (Philippinen) – Ribli (Ungarn). Für das Halbfinale qualifiziert ist bereits der Russe Garri Kasparow. Er trifft auf den Sieger des Kampfes Kortschnoi (Schweiz) – Portisch (Ungarn).

● Wassili Smyslow feiert am Donnerstag dieser Woche bereits seinen 62. Geburtstag. In den 70er Jahren war er fast schon vergessen. Seine große Zeit waren die 50er Jahre, in denen er hinter Michail Botwinnik der zweitbeste Spieler der Welt und für ein Jahr Weltmeister war (1957–1958). Unser Foto zeigt die beiden beim WM-Kampf im März 1958 (links Smyslow), den Botwinnik gewann.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Schach-Großmeister, hat Smyslow oft getroffen und wurde sein Freund. Er zeichnet ein Porträt des ausgebildeten Opernsängers. Pachman wird für die WELT auch die wichtigsten Partien zwischen Hübner und Smyslow kommentieren.



Als der verliebte Wasja am Strand „Wo ist Anna-Maria" sang ...

Von LUDEK PACHMAN

Ich habe Wassili („Wasja") Smyslow Anfang des Jahres 1946 bei einem Städte-Wettkampf Prag – Moskau kennengelernt. Damals hatte die Charkower Oper Wasja ein Angebot gemacht. Er wollte meine Meinung hören, er stand vor der Frage: Ein Leben für die Musik (er ist ausgebildeter Bariton) oder ein Leben für den Schachsport. Ich habe ihm geantwortet, er sollte versuchen, beides zu tun und sich im Zweifelsfalle für die Musik entscheiden. Wasja hat anders entschieden und recht behalten.

Schon zwei Jahre später, als der Nachfolger des verstorbenen Weltmeisters Aljechin ermittelt wurde, belegte er in einem Turnier der fünf damals besten Spieler den zweiten Platz hinter Michael Botwinnik, aber vor Keres, Reshevsky und Euwe.

Botwinnik verteidigte seinen Titel 1954 gegen Smyslow mit Mühe und Not. Er erreichte ein Unentschieden, was nach den damaligen Regeln noch für den Weltmeister entschied. Drei Jahre später besiegte Wasja seinen großen Rivalen und wurde Weltmeister. Kurz danach beschwerte sich seine Frau bei mir darüber, daß Botwinnik überhaupt auf einen für ihn aussichtslosen Revanche-Kampf bestand. Er habe damit Wasja eine attraktive Amerika-Reise vermasselt. Vielleicht war dieser Übermut, sich allzu sicher zu fühlen, der Grund dafür, daß Smyslow 1958 den dritten WM-Kampf gegen Botwinnik so klar verlor, wie er den zweiten für sich entschieden hatte. Seit dieser Zeit kam Wasja zu keinem weiteren Kampf um die Weltmeisterschaft ...

Wasja, der ausgebildete Opernsänger, war schon immer ein Freund der Poesie. Auch im Schach erfreut ihn die Schönheit einzelner Kombinationen am meisten. Aber er ist Realist genug, um mit einem wirksamen ökonomischen und positionellen Stil zu spielen. Gelegentlich verfaßt er Schachprobleme, das ist so etwas wie der künstlerische Bereich dieses Spiels.

Wasja ist auch im täglichen Leben ein gefühlvoller, poetischer Mensch. Wir waren gute Freunde („wir sind" wage ich nicht zu sagen, er könnte ja Ärger kriegen), so daß ich einiges mit ihm erlebte. Einmal hat er sich in Havana tief in ein 17 Jahre altes Mädchen aus einer angesehenen spanischen Familie verliebt. Er lag am Strand und sang traurig: „Wo ist Anna-Maria", weil die Angebetete nicht kam. Und er ärgerte sich über meine Antwort auf seine gesungene Frage: „Sie hat Hausarrest, ist eingesperrt für zwei Wochen." Er bat mich um diplomatische Hilfe als Dolmetscher. Ich konnte Anna-Marias Familie davon überzeugen, daß es hier um gefühlvolle Poesie und nicht um etwas Unanständiges ginge. Das Mädchen durfte das Haus verlassen, Wasja war glücklich und gewann prompt das Gedächtnisturnier zu Ehren des großen kubanischen Spielers Capablanca.

Um die Politik hat sich Wasja nie gekümmert, er war nie Mitglied der Partei. Den Lenin-Orden, den er 1967 verliehen bekam, erhielt er ausschließlich wegen seiner großen Leistungen im Lieblingsspiel von Marx und Lenin (beide waren im Schach schreckliche Patzer).

Nur ein einziges Mal habe ich Wasja bei einer heftigen politischen Debatte erlebt. Es war bei der Schach-Olympiade in Lugano, wenige Wochen nach der sowjetischen Okkupation der Tschechoslowakei im Jahre 1968. Ich hatte gerade eine Pressekonferenz gegeben und die Besetzung meines Landes scharf verurteilt. Danach saß ich im selben Restaurant wie die zwölfköpfige sowjetische Delegation. Plötzlich erhob sich Wasja, kam zu mir und sagte: „Ludek, Sie sitzen hier so alleine, kommen Sie doch an unseren Tisch."

Ich ging mit großem Vergnügen und wurde unverzüglich in eine Diskussion mit dem politischen Chef der Delegation, ZK-Mitglied Serow, gezogen. Im Laufe dieser Debatte gingen alle Mitglieder der sowjetischen Mannschaft eindeutig auf meine Seite über. Genosse Serow wurde wütend und verjagte mich wieder vom Tisch. Wasja begleitete mich mit tieftraurigen Blicken. Unsere lange und enge Freundschaft wurde hinter die Schranken der Politik verwiesen.

Wasja war in den 70er Jahren fast vergessen, jetzt ist er wieder Teilnehmer des Kandidatenturniers. Eine unglaubliche Leistung. Kann man überhaupt im Alter von 62 Jahren erfolgreich um den WM-Titel kämpfen? Der ehemalige deutsche Weltmeister Emanuel Lasker belegte im Alter von 67 Jahren bei einem Weltturnier (Moskau 1935) noch den dritten Platz. Aber damals war das Handwerk der Profis im Weltschach bei weitem nicht so hart wie heute.

Wenn es einer in diesem Alter schaffen kann, dann Wasja Smyslow. Seine psychische Verfassung war immer hervorragend. Er verliert nie die Selbstbeherrschung, auch dann nicht, wenn seine Ohren dunkelrot werden. Das ist beim Schach ein untrügliches Zeichen für eine fast unerträgliche Spannung in bestimmten Situationen. Smyslow hält es aus, stundenlang am Brett zu sitzen, wenn andere spazierengehen und nicht die Geduld und Energie haben, sich so lange auf eine Partie zu konzentrieren.

Wird Robert Hübner gewinnen können? Ich wünsche ihm nicht nur viel Glück (Freundschaft hin, Freundschaft her, wenn ein Vertreter meines Landes um den Titel kämpft), ich gebe ihm auch die besseren Chancen – wenn er den Wettkampf psychisch stark durchsteht.

Errang in Frankreich Weltruhm: Lino Ventura

Ein sympathischer Bulle

Es gehört schon allerhand Mut dazu, als weltbekannter Filmstar zuzugeben: „Am liebsten sitze ich in Pantoffeln in meinem Wohnzimmer." Lino Ventura, Frankreichs „Harter vom Dienst", hat ihn; es ist die Freimütigkeit eines Mannes, der nicht durch Cocktail-Geplauder und publicityträchtige Nightclub-Besuche zum Star wurde, sondern – auf der Leinwand – durch seine Fäuste, durch seine Kompromißlosigkeit und dadurch, daß er seine Grenzen erkennen kann: „Ich bin kein Schauspieler,

Die Filzlaus – ZDF, 19.30 Uhr

ich bin Lino Ventura", sagte er einst zu einem Journalisten.

Er stellt sich selbst dar, basta. Und dazu brauchte er keinen Schauspielunterricht, braucht heute noch keinen Schminkmeister, nicht einmal einen Agenten. Anders als viele Weltstars, die nur mit einem „Hofstaat" existieren können, ist Lino Ventura ein „Ein-Mann-Unternehmen". Er wählt persönlich seine Rollen, läßt sich nach eigenem Ermessen seine Texte in den Drehbüchern umschreiben, handelt selber seine Gagen aus – und kümmert sich den Teufel um den Rest. Ob sein Name groß oder klein auf den Filmplakaten erscheint, ob ein Filmpartner vor ihm genannt wird, das ist ihm egal. „Ich unterzeichne einen Vertrag, arbeite dann vor der Kamera, und damit hat sich's." Image-Pflege – das Wort ist ihm ein Greuel.

So untypisch diese Haltung für die Filmwelt ist, so untypisch ist auch die Karriere des Erfolgsschauspielers. Zu allem schien er bestimmt, nur nicht zum Leinwandhelden. In Parma in Italien wurde er 1919 geboren. In der Schule war er schlecht, und nach einer Lehre stand ihm nicht der Sinn. Als er mit seiner Mutter nach Frankreich kam, da versuchte er alles mögliche, bloß keine richtige Ausbildung. Er war Zeitungsverkäufer, Liftboy, Aushilfsmechaniker und sogar Rausschmeißer in einer Bar. Achtzig Kilo Lebendgewicht sorgten für Respekt bei den Kunden. Später stieg er in den Ring, wurde Catcher und errang sogar einen Titel als Europameister. Dann kam der Rückschlag: Lino Ventura, der damals noch Lino Borrini hieß, brach sich im Ring ein Bein. Er begann, seine ehemaligen Ringkollegen nun zu managen, und wurde Promoter. Ehefrau Odette verkaufte Baby-Wäsche.

Er war bereits 35 Jahre, als er zufällig für den Film entdeckt wurde. Man suchte damals in einem Film mit Jean Gabin und Jeanne Moreau einen „sympathischen Bullen" für eine Nebenrolle. „Ich hielt das für eine einmalige Angelegenheit und wollte eigentlich sofort wieder zum Catcherring und zur Baby-Wäsche zurück." Immerhin hatte das Ehepaar Ventura vier Kinder, und die wollten versorgt sein.

Doch der Film gab ihn nicht wieder her. Mit „Lino" hatte man einen „Typ" entdeckt, und der wurde nun an die Front geschickt. In „Der Gorilla läßt schön grüßen" wurde ihm eine Rolle so passend auf den Leib geschneidert, daß der ehemalige Catcher gleich zehnmal diesen „Gorilla" spielen mußte. Dann kamen „Fahrstuhl zum Schafott", „Der Mann aus Granit" oder „Der zweite Atem" und weitere sechzig Filme bislang. Und damit floß auch das Geld in Hülle und Fülle.

Dennoch – das Glück des Selfmade-Mannes ist nicht ungetrübt. Großverdiener Ventura – eine halbe Million Franc Gage pro Film – muß mit einem familiären Schicksalsschlag fertig werden. Seine zweitjüngste Tochter Linda, heute 24, ist geistig zurückgeblieben, Folge einer Gelbsucht als Baby.



Image-Pflege ist ihm ein Greuel: Lino Ventura FOTO: TEUTOPRESS

Als er sie das erste Mal in einem Heim ablieferte, erlitt „der Harte vom Dienst" einen Schock. „Die Unterbringung von geistig Behinderten ist unmenschlich", empörte sich Ventura. Er gründete – ohne publizistischen Aufwand – die Hilfeorganisation „Schneeglöckchen". Jahrelang wußte so gut wie niemand, daß sie fast ausschließlich von Lino Ventura finanziert wurde. Bis eines Tages nur noch der Filmruhm weiterhelfen konnte: Venturas Organisation wollte bei Paris ein Heim für geistig behinderte Kinder eröffnen. Die Nachbarn wehrten sich vehement dagegen, daß in ihrer Nachbarschaft „Verrückte" untergebracht werden sollten. Es kam zum Prozeß. Und nun, als es um das Wohl dieser Kinder ging, gab Ventura seine Zurückhaltung auf. Er ließ wissen, daß er hinter dem Projekt steht. Die Empörung legte sich, das Heim konnte eröffnet werden. Es war wie im Film – der „Gorilla" hatte, wie immer, gesiegt.

JOCHEN LEIBEL

KRITIK

Leise Klänge von Hoffnung

Eine Anklage, die aus den Bildern selbst kommt, aus der grauen- und angsterfüllten Atmosphäre, in der sich das große Sterben breitmacht. Eine Anklage wider den Krieg, die mit wortreichen pazifistischen Moralbombardements nichts gemein hat und dafür um so sicherer unser Gewissen trifft. Eine Anklage gegen den täglichen Krieg auch, den wir, wie Autor Timothy Findley sagt, „mit unserer Umgebung auszutragen haben". Und gerade deshalb keine Anklage gegen den Menschen, von dem – trotz allem – der Begriff der Menschlichkeit zu Recht abgeleitet ist.

Der Roman **„Der Krieg und die Kröte"**, in zwölf Ländern erschienen, von Robin Phillips verfilmt und von der ARD nunmehr ausgestrahlt, läßt diese Menschlichkeit in aller Pein und Grausamkeit allgegenwärtig sein und zieht so einen unzerreißbaren Faden des Trostes durch die düstere Szenenfolge. Wie da der junge Robert Ross (von Brent Carver mitreißend wiedergegeben) ins Feld zieht – mit dem Mut dessen, der entschlossen ist, die Brücken zum alten Ich abzubrechen, nachdem seine kranke Schwester, die er gepflegt hatte, gestorben ist –, wie er zu einem mutigen, kameradschaftlichen, versierten Soldaten wird, sich jedoch der brutalen Wirklichkeit um ihn herum niemals assimiliert, sich ihr mit seinem Inneren immer kraftvoller entgegenstemmt, ohne ihr freilich letztendlich gewachsen zu sein – das ist hier mit einer seltenen Empfindsamkeit und Einfühlung auf Leinwand und Bildschirm gebannt, jenseits aller Schlagworte und ideologischen Pharisäertums.

Durchaus ein pessimistisches Stück, soweit es die Menschen in ihren gesellschaftlichen Verkettungen zeigt, und doch bei allen Tönen der Sinnlosigkeit und des Todes mit leisen Klängen der Hoffnung durchsetzt – einer Hoffnung freilich, die ganz in uns liegt.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

Der „Entertainment Channel", ein Pay-TV, das zu gleichen Teilen RCA Cable Inc. und Rockefeller Center Cable Inc. gehört und u. a. in Los Angeles, Dallas und Minneapolis empfangen werden kann, wird am 31. März nach neun Monaten **mangels Abonnenten-Interesse eingestellt.** Die Abschlußbilanz des Kanals weist Schulden in Höhe von 34 Millionen Dollar auf. Nur etwa 50 000 Abonnenten waren bereit, monatlich acht bis zwölf Dollar Gebühren zu zahlen (Zum Vergleich: Das Pay-TV „Home Box Office", der größte Anbieter in Amerika, zählt elf Millionen Kunden).

Das ist der zweite Konkurs in der Kabelfernseh-Industrie innerhalb eines halben Jahres: Im vergangenen November hatte CBS Cable, ein kulturelles Service-Programm, mit einem Schuldenberg von mehr als 30 Millionen Dollar seine Sendungen eingestellt. Der Vorsitzende des „Entertainment Channel", Arthur R. Taylor, will im Frühsommer mit einem neuen Programm beginnen, das durch Werbeeinnahmen finanziert werden soll.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Na, so was!
11.10 Köche, Kaiser, Kommunisten
11.55 Umschau
12.10 Wie würden Sie entscheiden?
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Die Marvelli-Show
17.00 Stadt, Land, Fluß
Unterhaltungssendung für Kinder
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 An hellen Tagen
Lieder aus Kärnten
Wenn die Kärntner zusammenkommen, bilden sie einen Chor und singen vierstimmig. Das behaupten sie in humorvoller Erkenntnis von sich selber. Immerhin: auf 500 000 Einwohner des südlichsten österreichischen Bundeslandes kommen 400 Chöre. Für die wiederaufgenommene Sendereihe „An hellen Tagen" fand H. B. Theopold einen Männergesangverein in der kleinen Ortschaft Obermillstatt.
21.00 Report
Widerstand gegen Nachrüstung – Bürger proben die Gewaltlosigkeit/Kirchen gegen Bundesregierung – die Konflikte um die Ausländerpolitik/„Der Sozialismus ist tot" – der polnische Philosoph Leszek Kolakowski zur Lage in Polen.
Moderator: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
Die Grande Dame des indischen Tanzes Rukmini Devi / Theaterexperiment in Schweden / Torgas Tagebücher / *Marilyn als Musical*
Redaktion: Sabine Rollberg
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
16.35 Die Vogelscheuche
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Gitte
17.50 Das kann ja heiter werden
Saubere Nachbarn, ja bitte!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Die Filzlaus
Franz.-ital. Spielfilm, 1973
Mit Lino Ventura und Jacques Brel
Anschließend:
Ratschlag für Kinogänger „The King of Comedy" von Martin Scorsese, vorgestellt von Hubert Haslberger
21.00 heute-journal
21.20 Die Bonner Runde
Thema: Welche Zukunft hat der organisierte Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland?
Unter der Gesprächsleitung von Johannes Groß wird der Vorsitzende der FDP, Hans-Dietrich Genscher, von den Journalisten Joachim C. Fest (Frankfurter Allgemeine Zeitung) und Prof. Eberhard Jäckl (Universität Stuttgart) befragt.
22.20 Apropos Film
Hauptthema: In den USA beurteilt eine neue Kaste von Kritikern Filme nur nach ihren finanziellen Erfolgschancen.
23.05 Sport aktuell
Tischtennis-Europapokal
Finale der Landesmeister
24.00 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (12)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
Sorgenkind – nein danke!
Behinderte treiben Sport
21.00 Klimbim (29)
21.45 Landesspiegel
Kultur im Gespräch
Vorgesehen: ein Studiogespräch mit dem Tenor Peter Schreier
22.15 Deutscher Alltag
Zurückgeben, was man erhalten hat ...
Zwei Schriftstellerinnen: Beate Morgenstern in Ost-Berlin, Inge Pingler in Hannover
23.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 000 Sesamstraße
18.30 Welle und Wind
Begegnungen im schottischen Hochland
19.15 Science Report (12)
19.30 Landwirtschaftliche Genossenschaften
Einer für alle ... (1)
20.15 Die Sprechstunde
Fasten – oder „einfach weniger"?
21.00 Nahaufnahme
Fahrerflucht
21.45 Juristen-Stammtisch
Datenschutz – was muß der Staat vom Bürger wissen?
22.30 Das Gruselkabinett:
Der ungebetene Gast
US-Spielfilm, 1944
00.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Alltagssorgen im Gespräch
20.00 Tagesschau
20.15 Billy im Abseits
US-Fernsehfilm
21.40 Drei aktuell
21.55 Sanierung in Siena
22.40 Der rote Pressezar
Der Fall Münzenberg – Propaganda als Waffe

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Geometrie (12)
19.00 Les Gammas! Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.20 Forum Südwest
21.20 Ravensburger Moritheater
Nur für Rheinland-Pfalz
20.20 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
20.20 Magazin Saar 3
21.20 Antiquitäten von morgen
Mode der 20er Jahre
Gesamt Südwest 3
21.35 Heimat
Dt. Spielfilm, 1938
Regie: Carl Froelich

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 „Leben in Fülle"
19.30 Muskel-Spiele
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Die Gesundheitsküche
21.45 Z.E.N.
21.50 Detektiv Rockford:
Anruf genügt
Rosendahl und Gilda Stern sind tot
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

Forschung mit Vorurteilen: Karl May im Visier

Der letzte Großmystiker

Es ist nicht zu übersehen: Der wohl wirkungsmächtigste deutsche Schriftsteller, Karl May (1842–1912), kommt siebzig Jahre nach seinem Tode und nach nun über vierzehn Jahren punktueller Forschung durch eine eigene Karl-May-Gesellschaft zu höchsten literaturgeschichtlichen Ehren. Kein Geringerer als der Suhrkamp-Verlag (Herausgeber Helmuth Schmiedt) hat es übernommen, die neuesten Aspekte und Ergebnisse der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Winnetou-Autor zu einem lesenswerten Materialien-Band zusammenzufassen. Damit wird freilich auch das Bild einer Forschung deutlich, die trotz immenser Aktivitäten eigentlich nicht von der Stelle kommt.

Das mit viel Sachkenntnis (und einem Fehlgriff: Klaus Manns zügellose und unwidersprochene Gleichsetzung Hitler = Karl May) zusammengestellte Buch enthält, neben historischen Wirkungszeugnissen von Robert Müller, Ernst Bloch und Peter Handke, im Hauptteil exemplarische Studien zum Phänomen Karl May – vorwiegend aus den Veröffentlichungen der May-Gesellschaft. Heinz Stolte, Arno Schmidt, Claus Roxin, Volker Klotz, Helmuth Schmiedt und Hans Wollschläger zeigen, mit welch intensiver Sisyphusarbeit dem sächsischen Vielschreiber inzwischen zu Leibe gerückt wird. Eine mit bemerkenswerter Objektivität von Jürgen Wehnert erstellte „Textgeschichte Karl Mays" macht mit den wahrhaft barbarischen Editionspraktiken von Mays posthumen Verlegern bekannt, durch die Mays Einschätzung als bloßer Lesefutterlieferant für Anspruchloseste nur allzu reiche Nahrung erfahren hat.

Die Untersuchungen belegen vor allem, daß „Mays Werk sich in vieler Hinsicht jeder gängigen Einordnung zu entziehen droht", und daß er sich „seine höchst privaten Niederlagen und Demütigungen mit beachtlicher Präzision von der Seele schrieb" (Schmiedt). Doch ist das so neu nicht. Schon in den zwanziger Jahren erkannten May-Forscher „Spiegelungen" aus Mays Leben in den Werken, und Arno Schmidt entdeckte schon 1957 die diversen Leseebenen im Alterswerk des Radebeulers. Nur weiß man jetzt alles viel genauer, hat zu tieferem Einblick weitere und exaktere Belege aus einer geradezu detektivischen Beschäftigung mit dem sächsischen Amadis hinzugeholt.

So erschließen die neuen Erkenntnisse über das psychologische Woher und Wohin der May-Texte viele neue Wege und machen den Schriftsteller Karl May transparenter und auch in seiner ganzen Widersprüchlichkeit verständlicher. Doch werden dadurch nicht die Dürftigkeit der Sprache Mays in vielen seiner Erzählungen, weder seine mit aberwitziger Frechheit verfaßten Kolportage-Romane, noch seine Traktate aus den Marienkalendern in irgendeiner Weise erträglicher oder gar akzeptabel. Es werden damit auf einem Umweg lediglich Gründe, quasi Entschuldigungen für den Autor und seine Trivialität – sowie für seine Leser – gefunden. Und was da am Beispiel May deutlich wird, hat Modellcharakter für nahezu alle Autoren und Produkte aus dem Bereich der trivialen und Unterhaltungsliteratur – von Simmel bis Jerry Cotton.

Die Karl-May-Gesellschaft – und ein Spiegelbild ihrer Arbeit ist dieser Suhrkamp-Band – sollte sich endlich einmal aufgerufen fühlen, in eine Richtung vorzustoßen, in der Karl May nicht ausschließlich als Forschungsobjekt der Psychoanalyse vereinnahmt wird. Es sollte sich in seinen Schriften doch auch etwas anderes finden lassen als nur „Anamnese-Material" des ohnehin nicht mehr zu heilenden, weil 1912 verstorbenen Schriftstellers. Karl May wird dank dieser Forschung inzwischen zweifellos differenzierter gesehen, ist durch die Arbeit, wie sie sich hier präsentiert, aufgewertet und in vielfacher Hinsicht von Fehlurteilen befreit worden. Doch den ihm zustehenden Platz in der Literatur (wie beabsichtigt) hat May noch nicht erhalten (dazu fehlt es außerdem an einer Öffentlichkeitsarbeit, die sich vom Segeberg- und Kaugummi-Karl May distanziert).

Vor allem fehlt aber immer noch die entschieden entscheidende Bewertung – und sei es nur für einzelne Werkpartien. Die abwägend kritischen Ansatzpunkte aus Hans Wollschlägers May-Monographie (Diogenes) sind inzwischen einer Art Heiligsprechung auf höchstem Niveau gewichen. Eine Tatsache, die Helmuth Schmiedt als Herausgeber nicht außer acht läßt, wenn er feststellt, daß die Beschäftigung mit May eine „bemerkenswerte Mischung aus Fan-Fanatismus und seriöser Forschung" ist, die droht, in „hemmungslosen Positivismus" auszuarten.



Entzieht sich jeder gängigen Einordnung: Karl May (1842–1912) FOTO: DPA

Somit beherrscht weiterhin Arno Schmidts auch in diesem Band wiedergegebene apodiktische Zensur das literarische Urteil über May: „Man beschränke sich, ich rate gut, strikt auf diese beiden (Bücher) Im Reiche des Silbernen Löwen und Ardistan und Dschinnistan: Hier sieht man May, als das was er ist: der bisher letzte Großmystiker unserer Literatur! Der Rest ... ist Schweigen."

Das steht nun bereits seit 1956 unwidersprochen im Raum. Setzt die May-Forschung nicht endlich weitere Maßstäbe in literarästhetischer Hinsicht, bezeichnet sie nicht endlich das gut, was gut ist, und tadelt eindeutig den Kitsch und Schund als solchen, wird man bald mit Shakespeare sagen müssen: Much ado about nothing."

GERHARD KLUSSMEIER

Des Luders Rankûne

A.W. – Krach in der Rommel-tadt Stuttgart. Der Vater des)berbürgermeisters Rommel, ler berühmte Generalfeldmarchall des Zweiten Weltkrieges 3rwin Rommel, soll nämlich lemnächst auf den Brettern der Vürttembergischen Staatsthea-er Bühnenheld werden, negati-er Bühnenheld, versteht sich.)er Arbeitstitel des in Aussicht enommenen Stückes spricht 3ände: „Der Lieblingsnazi."

Der Oberbürgermeister ist em-ört. Der verantwortliche Stutt-arter Intendant Heyme hinge-en versichert mit frommem Au-enaufschlag, die Wahl des Stük-es habe überhaupt nichts mit er Tatsache, daß Rommel jun.)berbürgermeister von Stuttgart ei, zu tun. Er, Heyme, sei „rein ufällig" auf das Stück gekom-len.

Wer's glaubt, wird selig. Alle ektoren der Angelegenheit deu-n auf eine gezielte Provokation. er liberal gesinnte (CDU)Ober-irgermeister soll verhöhnt und erausgefordert werden. Der Autor des Stücks ist ein gewisser Martin Luder, ein durchsichtiges und bezeichnendes Pseudonym, hinter dem möglicherweise Heyme selber steckt. Diesem hat die Stadt seinen Vertrag nur bis 1985 verlängert, und so will er sich wahrscheinlich rächen. Zeitpunkt und Vorwand der Rache sind gut gewählt.

Manfred Rommel hat auch schon die Contenance verloren und in Richtung Heyme von „Faschisten ohne Hakenkreuz" gesprochen, „die rücksichtslos über die Würde anderer Menschen hinwegtrampeln". Vor Tisch las man's anders. Da hat Rommel so manchem, der sich noch sehr viel rüder provoziert sah, ins Gewissen geredet, man müsse doch „liberal" bleiben und dem Künstlervölkchen seine Freiheit lassen. Fremde Erfahrungen und eigene Erfahrungen sind eben zwei verschiedene Paar Schuh.

Dennoch bleibt festzuhalten: Heymes Coup ist ein schlimmes Beispiel von Illoyalität und Geschmacklosigkeit. Warten wir nun auf das obskure Stück. Wenn es, was zu befürchten ist, ideologische Scheuklappen trägt und Geschichte klittert, hat sich der Intendant als rachsüchtiger Rankûneschmied entlarvt.

ankfurt: „Wassa Schelesnowa" unter Dresen

Jicht Klasse, nur Kasse

lolf Dresen hat für seine Frankfurter Inszenierung von kis „Wassa Schelesnowa" st aktuelles Deutsch einge-ht. Da begründet der Bruder Hauptfigur, warum er Jungge-ist: „Vier Jahre habe ich mit r Frau gelebt, mehr war nicht ." Solche Modernisierung ht den Kohl nicht fett.

Kohl. Denn die Revolutionä-Rachel (Susanne Granzer) aus weiten Fassung des Stückes mentiert an den Verhältnissen ei. Sie ist die Schwiegertoch-ler alles und alle beherrschen-Wassa (Elisabeth Schwarz), mt heimlich aus der Emigra-zurück und will ihr Söhnchen ehmen. Doch Wassa gibt ihren el, den Erben ihres Reederei-eriums, nicht heraus. Rachel ert gegen die „Klasse", die Untergang verdammt ist. Das nur Sinn, wenn die Exponen-der Klasse, obwohl persönlich enehme Menschen, das ge-chtliche Verhängnis nicht auf-en können. Nun findet sich r im Stück kein einziger inte-Mensch, und hier wäre statt olution eine Sintflut fällig.

: beginnt gleich mit einem d, beziehungsweise erzwunge-Selbstmord. Wassa zwingt ih-versoffenen Mann (Gerhard chy), sich zu vergiften, damit Anklage wegen Mädchen-ndung vom Gericht kassiert len muß. Ferner pflegen vangere Dienstmädchen im s durch mysteriöse Unfälle ukommen. Schwierigkeiten leedereibetrieb werden per Be-hung überwunden. Auch die etarier, die Hausbesorgerin a (Heide Simon) und der her-eisternde Krotkich (Michael ling) bedienen sich ausgiebig. kich hat Anna längst schon in Hand, und als Wassa mitten in Expansionsplänen unerwar-tirbt, schafft die treue Anna, den Arzt zu rufen, wieselflink e Bündel Banknoten beiseite. ewig besoffene Bruder der sherrin (Martin Schwab) wühlt istert im Tresor, und die hinzutretende Rachel, Schwiegertochter und Mutter des Erben, besteht auf der Erbschaft und schimpft ihn schneidend einen Dieb. Dieser Zirkus tobt um die noch warme Leiche herum. Nur zwei minderjährige Töchterchen, die zurückgebliebene Ludmila (Ingrid Fink) und die aufsässige, halb revolutionäre Natalja (Astrid Kramer), stehen hilflos bei der toten Mutter.

Die Inszenierung überzeugt nicht. Wassa als erfolgreiche eiskalte Unternehmerin braucht der steckbrieflich gesuchten Schwiegertochter nur lächelnd mitzuteilen, daß der Erbe Rußland nicht verlassen wird; Rachel kann die zaristische Justiz nicht zu Hilfe rufen. Daß die beiden sich immer wieder hysterisch anschreien, ist also ein Stilbruch. Die versoffenen Männer fallen ausgiebig durchs Gelände, Stühle fliegen munter umher, die Töchterchen fressen oder brüllen oder weinen – es wäre ein bravouröses Kunststück, in dem unaufhörlichen Tumult die totale Einsamkeit aller erscheinen zu lassen, die auch durch die kalte Herrschaft Wassas nicht aufzuheben ist. Aber das ahnt nur, wer hinterher scharf nachdenkt. Besser wäre es gewesen, wenn die Regie vorher scharf nachgedacht hätte.

Auch die Tatsache, daß es sich um episch ausgebreitete Zustandsbilder und nicht um ein zielendes Drama handelt, verlangt eine Regie, die nicht durch unaufhörlichen Aktionismus Dramatik vortäuschen will. So aber kam ein Unterhaltungsstück mit Krimitouch ohne Detektiv heraus.

Ein folkloristischer anzüglicher Song, den die traditionsverachtende Revolutionärin Rachel widerlich finden soll, geriet reichlich albern und diente schließlich Michael Greiling zur Vorführung von Geigenspiel und tanzakrobatischer Leistungsfähigkeit. So wie diese Einlage jetzt ist, sollte sie besser gestrichen werden. Das Publikum goutierte die Unterhaltung durch ein mittelmäßiges Stück, das nicht gut inszeniert ist.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

ım 75. Geburtstag des Dichters Albrecht Goes

Vecken, was sein könnte

n Schwabe durch und durch.)er Dichter Albrecht Goes, der 22. März 1908 in Langenbeutin-Württemberg geboren wurde, icht nur seiner Herkunft, son-ı auch seiner lebenslang be-gten geistigen Haltung nach ein wabe. Aus einem Pfarrhaus ımend und den bekannten ; über die Seminare in Schöntal



ält sich Mörike verpflichtet: precht Goes

FOTO: ERICA LOOS PFORZHEIM

d Urach sowie das Tübinger ft gehend, kam auch er ins arramt. Ähnlich wie Mörike, m er sich zutiefst verpflichtet lt und über den er schon 1938 e Biographie schrieb, war auch Pfarrer in schwäbischen Dorfge-einden. Der Zweite Weltkrieg rte ihn als Lazarettpfarrer an e Ostfront.

In der deutschen Literaturland-haft kommt Albrecht Goes, der 53 vom Pfarrdienst beurlaubt irde, um sich seinem dichteri-hen Werk widmen zu können, n eigener, persönlich geprägter atz zu. Von Mörike unterscheidet ihn seine betonte Welt- und Zeitoffenheit. So sehr er sich immer wieder in seiner Lyrik, seinen Essays und Betrachtungen mit dem Zeitlosen auseinandersetzt, so ist er doch auch für die vielfältigen Probleme, die den Menschen in der technischen Welt unserer Jahrhunderthälfte bewegen und bedrohen, aufgeschlossen. Mehr noch: Er möchte „wecken, was sein könnte", wie er selbst einmal sagte.

Eines seiner ersten Bücher, Betrachtungen unter dem Titel „Von Mensch zu Mensch" (1949), deutet an, daß er bemüht ist, eine Brücke zwischen den Menschen zu schlagen. Dies ist ihm auch in hohem Maße durch die Art und Weise, wie er sein Werk gestaltet hat, gelungen. Der nach Gehalt wie nach Form traditionsbewußte Lyriker und Erzähler („Unruhige Nacht", 1950; „Das Brandopfer", 1954), der mit der Vergangenheit wie mit der Gegenwart vertraute Deuter, der sich stets einer einfühlsamen, sensiblen, unintellektuellen Sprache bedient, gewann in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg einen weiten Leserkreis.

Wie er den Zeitgenossen die Werke Goethes, Schillers, Hölderlins, Mörikes und Hebels vermittelte, so führte er sie auch zu Hesse, Carossa und Martin Buber, denen er freundschaftlich verbunden war. Nicht zu übersehen bleibt, daß er den Menschen die Musik Bachs, Mozarts und Beethovens, die ihn selbst geformt hat, mit seiner Sprache nahebrachte. Das Gültigste seines Schaffens hat der S. Fischer Verlag in sorgfältig ausgewählten Sammelbänden vorgelegt, so 1963 Prosa und Verse in dem Band „Aber im Winde das Wort" und 1976 unter dem Titel „Tagwerk". In dem 1978 erschienenen Buch „Lichtschatten Du" ist noch einmal das ganze stille, humanitäre Pathos von Goes nachzuerleben.

OTTO HEUSCHELE

Später Beifall: „Der Kreidekreis" von Alexander Zemlinsky an der Hamburgischen Staatsoper

Jubel hinter dem eisernen Vorhang

So geschieht es in Hamburg, wo man in der Staatsoper den „Kreidekreis" spielt: Auf Befehl des jungen Kaisers von China, das in der Nähe von Wanne-Eickel zu liegen scheint, treten Alexander Zemlinsky, der Komponist, und Herbert Wernicke, von Beruf Regisseur, die beide behaupten, die einzig wahren Väter des Werkes zu sein, gegeneinander auf. Sie sollen das Kind ihres Geistes, die Oper, mit Gewalt an sich ziehen, aus dem vermaledeiten Kreidekreis kräftig heraus. Dadurch wird sich, so hofft der Richter und Kaiser, schon zeigen, wer der richtige Vater des Werkes ist.

Und so geschieht es. Wernicke reißt den „Kreidekreis" an sich. Damit hat er gegen Zemlinsky, den Sanften, verloren. Er hat sich selber entlarvt. Der Vater der Oper vom „Kreidekreis" ist eindeutig Alexander Zemlinsky, und dem wird denn auch am Ende reicher Beifall zuteil.

Freilich – dieser Beifall kommt fünfzig Jahre zu spät. Er gilt einem Werk, das alle Zeichen eines „Nachlasses zu Lebzeiten" trägt. „Der Kreidekreis" wurde im Schicksalsjahr 1933 in Zürich uraufgeführt, nachdem die geplante Serienpremiere in gleichzeitig vier deutschen Städten durch die Machtergreifung der Nazis geplatzt war. Zwar erlebte das Werk des 62jährigen noch einige vereinzelte Aufführungen auf deutschem Boden, den der Jude Zemlinsky indessen notgedrungen verlassen mußte. Er ging zurück in seine Geburtsstadt, nach Wien. Er floh aus ihr 1938 nach Amerika, wo er 1942 entwurzelt, vereinsamt, resigniert starb.

Viel von dieser späten Resignation allerdings scheint auch schon vorab aus dem „Kreidekreis" aufzuklingen, wenn auch in der kunstreichsten Form. Zemlinskys Oper ist ein Kammerspiel mit musikalisch vielfach gebrochener Stimme.

Je lebhafter Zemlinskys Werke nun auf die Bühne zurückdrängen, desto stärker sind Überraschung wie auch Befremdung. Mit jeder Oper scheint Zemlinsky ein radikal anderer geworden zu sein, doch dies bei Fehlen jedes musikalischen Radikalismus. Zemlinsky lief mit durchaus eigenen Schritten offenbar stets mit dem Zeitgeist. Doch die Richtung des gemeinsamen Laufes wie auch sein Ziel bestimmte er nicht.

Mit dem „Kreidekreis", seiner letzten vollendeten Oper, scheint er ins Gefolge des seinerzeit gängigen Songspiels zu geraten, dem er freilich die feinste und zartfarbigste Auslegung gibt. Mitunter meint man geradezu, einen besonders dezenten Kurt Weill aufklingen zu hören. Doch aufs Ganze gesehen trügt der Schein. Zemlinskys eigenwillige und eigenständige Mischung aus gesprochenem und gesungenem Wort, aus Melodram und lyrisch mächtig aufrauschender Szene durchdringt ein Stück von durchaus eigenem Reiz.

Es gründet auf Klabunds seinerzeit sehr erfolgreichem, für Elisabeth Bergner geschriebenem Schauspiel, das auf eine altchinesische Fabel zurückgreift, die noch für Brechts „Kaukasischen Kreidekreis" fruchtbar wurde. Zemlinsky hat aus ihm indessen keine musikalisch fettleibige Chinoiserie gemacht. Er hat sich mit Farbtupfern eines fernöstlichen Kolorits begnügt, das aber stark genug ist, China als Handlungsort atmosphärisch zu suggerieren. Nur Herbert Wernicke suggeriert es nichts. Den Blick streng auf die Jahreszahl 1933 gerichtet, inszeniert er den „Kreidekreis" wie ein unbekanntes Stück von Marieluise Fleißer: „Die Chinesen in Ingolstadt."

Die Kunst Zemlinskys im „Kreidekreis" ist wiederum groß. Die Übergänge von der Sprache zum zartfarbig pulsierenden Melodram sind höchst reizvoll. Die kurzen Szenen werden stets als ein musikalisch Ganzes zusammengefaßt, was Wernicke, den großen Verdeutlicher des Offensichtlichen, dazu bringt, alle fünf Minuten den Vorhang fallen zu lassen. Bei ihm spielt der denn auch geschäftig die Hauptrolle.

Zemlinsky läßt seine Oper (sie spielt bei Wernicke ohne Pause knapp zweieinhalb Stunden) in ein vollmundiges Finale münden: einen Zwiegesang der Liebe zwischen der armen Haitang und dem jungen Kaiser. Auf diesen musikalischen Höhepunkt wächst Zemlinskys Werk zielstrebig zu. Nur leider ist Wernicke gerade diese stimmstark herausgesungene Apotheose besonders verdächtig. Sie muß, wie es so schön heißt, „hinterfragt" werden, das tut Wernicke, indem er vorzeitig den eisernen Vorhang sich senken läßt. Hinter ihm schallen die Jubelstimmen der Liebenden nur noch über den Verstärker hervor.

Wernickes Politprüderie will ihr Opfer, und es ist zufällig wieder derselbe Zemlinsky wie schon bei den Nazis. Der Maulkorb der Regie verschließt Zemlinsky aufs neue den Singemund. Zu Wort zu kommen, unverstellt und ungegängelt, ist für Komponisten in Deutschland eben nicht einfach. Besserwisser und Tieferdenker fallen szenisch immer wieder mit vereinter Kraft über sie her.

Adam Fischer und das Philharmonische Staatsorchester lassen sich dadurch allerdings nicht einschüchtern – wenn Fischer sich auch als Dirigent die szenische Hinmetzelung der Finalmusik hätte verbitten müssen. Er gibt Zemlinskys Partitur ihre zarte Gewichtigkeit. Er läßt sie charaktervoll aufklingen. Er bewahrt ihr Trauer und Jubel. Gerade grobschlächtig und vulgär, wie Wernicke das Werk auslegt, klingt es unter Fischers Hand nicht. Er läßt es differenziert spielen, bewahrt ihm Originalität und klingende Apartheit. Hamburgs Aufführung ist ein musikalischer Trumpf.

Dabei kennt das Stück durchaus manche Falle. Wird die sanfte Hauptrolle nicht mit einem innigen Sopran von höchster Intensität besetzt (sozusagen eine „Agathe-Stimme"), kippt das musikalische Interesse leicht dem brutalen Widerpart zu, der Ehefrau erster Klasse, die in Hamburg von Celestina Casapietra mit majestätischer Bösartigkeit gesungen wird. Dagegen kann Beatrice Niehoff noch nicht recht an, ein lyrischer Sopran von guten Gaben, doch noch nicht jenen der hier geforderten Außerordentlichkeit.

Werner Götz singt den Kaiser überzeugend und stentorhaft: ein Straussscher Bacchus in Generalsuniform. Hervorragend modelliert Guillermo Sarábia den millionenschweren Mandarin Ma. William Workman gibt charaktervoll die Charakterlosigkeit eines Gerichtssekretärs zu erkennen.

KLAUS GEITEL



China in Wanne-Eickel: Szene aus „Der Kreidekreis" von Alexander Zemlinsky an der Hamburgischen Staatsoper

FOTO: PETER PEITSCH

Die Fete geht weiter: Der Film „La Boum II"

Immer mit Großmutter

Man muß den ersten Teil dieser Filmserie aus Frankreich, „La Boum – Die Fete", nicht unbedingt gesehen haben, um die Fortsetzung zu verstehen. Aber wer Claude Pinoteaus liebenswert freche Komödie über die Irrungen und Wirrungen einer Gruppe von Pariser Teenagern vor knapp einem Jahr im Kino schon genossen hat, wird an diesem zweiten Teil mit dem Titel „La Boum II – Die Fete geht weiter" erst recht seinen Spaß haben. Denn der ist noch amüsanter, noch treffsicherer in den Pointen als Teil 1.

Wieder geht es um die kindlichen und nicht mehr ganz so kindlichen Probleme der jungen Vic. Das Mädchen steht kurz vor dem Abitur, zählt inzwischen knapp 16 Jahre und befindet sich auf der Schwelle zum Erwachsensein. Sophie Marceau spielt dieses junge Ding, das es mit sich selbst, seinen Eltern und einem Häuflein von Verehrern nicht eben leicht hat, mit soviel unverbildet natürlichem Charme, daß es eine wahre Wonne ist, ihr zuzusehen.

Auch Vics Eltern, der smarte François (Claude Brasseur) und die elegant unterkühlte Françoise (Brigitte Fossey), müssen mit allerlei Sorgen fertig werden. Während sie sich im ersten Teil von „La Boum" ständig gegenseitig betrogen, haben sie für außereheliche Liebeleien in „La Boum II" keine Zeit mehr. Beide stecken so tief in ihren Berufen, daß sie zu Hause nur noch kurze Gastspiele geben, und Freizeit für sie ein Fremdwort ist.

Eine wichtige Rolle in diesem Kino-Reigen aus Flirts und erster zarter Liebe, aus Eheproblemen, Schulstreß und Wachstumsschmerzen spielt, wie schon im ersten Teil, auch wieder die Großmutter. Frankreichs große alte Schauspielerdame Denise Grey verkörpert diese lebenslustige weise Frau, die an die guten Feen im Märchen erinnert. Poupette, schon weit jenseits der sechzig, ist nicht nur ein Ausbund an Lebenserfahrung, sondern auch an Temperament. Wie sie noch durch das Leben und durch diesen Film wirbelt, das raubt nicht nur ihrer Enkelin Vic den Atem.

„La Boum II" ist ein Film wie ein Feuerwerk. Spritzig, sprühend, vital. Pinoteau versteht es glänzend, seinem Publikum ein köstlich leichtes Menü zu servieren dessen Ingredienzen typisch sind für die französische Komödie bester Tradition. „La Boum II – Die Fete geht weiter" erinnert an ein gelungenes Soufflé, nach dessen Genuß man sich angenehm gesättigt, doch nicht überfüttert fühlt.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Polen: Die Armee übernimmt Mäzen-Rolle

Einsatz für den Admiral

Zu den größten Kulturmäzenen in Polen gehörten früher (natürlich unter streng kommunistischen Vorzeichen) die Gewerkschaften. Damit ist es jetzt vorbei. „Solidarität" ist verboten, und die neuen Staatsgewerkschaften haben kein Geld.

Im Klartext heißt das: Zahlreiche Chöre, Orchester, Balletts, Folkloregruppen, Theater- und Malgruppen auf Betriebsebene wurden aufgelöst und ebenso viele Betriebs-Kulturhäuser. Auch viele „Kultur-Instrukteure", alles Hochschulabsolventen von Musik-, Kunst- und Theaterhochschulen stehen zur Zeit brotlos auf der Straße, wie der „Tygodnik Kulturalny" (Kulturwochenzeitung) zu berichten weiß.

Auch das KP-Organ „Trybuna Ludu" wies kürzlich darauf hin, daß von den 1200 organisierten bildenden Künstlern Polens die meisten jetzt am Hungertuch nagen. Zwar hat der „Nationale Kulturrat" einen Auftragsfonds für Künstler gebildet, doch gibt die „Trybuna" unumwunden zu, daß nur wenige in den Genuß desselben kommen. Der Grund: Auch die bildenden Künstler hätten zuviel Sympathie für KOR und „Solidarität" gezeigt.

Die Präsenz der Armee wird in der offiziell geduldeten Kultur immer mehr sichtbar. Ihre Rolle als Mäzen wurde gestärkt. An allen Kulturhochschulen ist die Uniform am Vorrücken. Da ist der allmächtige „Militärkommissar", der Leiter des „Militärstudiums" (der jedem Hochschulsenat angehört), da ist sein zahlreiches Personal und da sind schließlich die „normalen" Studenten, die wöchentlich einmal Uniform während des „Militärstudiums" tragen müssen, Studentinnen inbegriffen.

Es ist wohl auch kein Zufall, daß der GMD der Nationaloper Warschau, Robert Satanowski (einst jahrelang GMD für Krefeld und Mönchengladbach), Admiral d. R. ist. Dies aufgrund der Tatsache, daß er erster (Polit)Kommandeur der ersten kommunistischen Kriegsmarine-Offiziershochschule war. Und im Komponistenverband waltet neuerdings Benedykt Konowalow, einst Oberst der Luftwaffe und Chefdirigent des Repräsentationsorchesters der Streitkräfte.

JOACHIM G. GÖRLICH

Bergisch-Gladbach: Der Kupferstecher Goltzius

Ruhm römischer Helden

Kunstfertigkeit muß nicht das Gegenteil von Kunst sein, ebensowenig wie das bewußte Anknüpfen an die Vorbilder vergangener Zeiten und der Zeitgenossen zum tristen Epigonentum führen muß. Das beweist überzeugend das Werk des Hendrick Goltzius (1558–1617), und das läßt sich jetzt in einer Ausstellung der Villa Zanders in Bergisch-Gladbach nachprüfen, die sich allerdings auf sein Kupferstichwerk beschränkt – ergänzt durch einige Arbeiten seiner Schüler sowie durch ein paar Beispiele seiner Nachwirkung.

Zuerst fallen natürlich die berühmten und oft reproduzierten Stiche ins Auge: Die Rundbilder mit Stürzenden, die Goltzius nach Gemälden von Cornelisz schuf. Hier sieht man drei der insgesamt vier Blätter, die jene Männer aus der antiken Mythologie abbilden, die sich die Ungnade der Götter zuzogen und darum wieder auf die Erde geschleudert wurden.

Nie zuvor hatte ein Künstler menschliche Figuren in solchen Haltungen mit komplizierten Verkürzungen und Schattierungen derart meisterhaft gestochen. Sei es Tantalus, der mit verdrehtem Leib kopfüber in eine feurige rauchdurchzogene Unterwelt stürzt, sei es Phaeton, der noch in der Haltung des Wagenlenkers dem Betrachter rückwärts entgegenzufallen scheint.

Auch die „Anbetung der Hirten", die nach Goltzius' Tod sein Stiefsohn Jacob Matham hatte drucken lassen, gehört zu den bekannten Stichen. Das unvollendete Blatt mit seiner raffinierten Lichtführung, ausgehend von der Kerze, die einer der Hirten nach vorn streckt, markiert einen Höhepunkt dieser Kunst.

Goltzius verstand sich allerdings eher als Gebrauchskünstler, der lieferte, was gefragt war. Das konnten Reproduktionsstiche sein oder populäre Zyklen – wobei er anfangs dem Betrachter das Verstehen durch Namen im Bild und Verse unter der Darstellung erleichterte. Dazu gehörten die zehn „Römischen Helden", blattfüllende martialische Ganzfiguren auf erhöhtem Standort, zu deren Füßen im Hintergrund die Geschichte ihrer Heldentat erzählt wird. Das letzte Blatt dieser Reihe „Ruhm und Geschichte" schwelgt bilderrätselartig in Symbolen und Verweisen. Es macht deutlich, wie fremd uns das antike Bildungsgut geworden ist. Auch die Serie mit zwölf Heiligen, die seitlich im Bild ihrem eigenen Martyrium zuschauen, macht bewußt, wie wenig uns noch die christliche Ikonographie vertraut ist.

In dieser Ausstellung sind keine Entdeckungen zu machen. Sie fordert eher einen geduldigen Besucher, der bereit ist, sich in die Bilder zu vertiefen, ihre Geschichten zu entschlüsseln.

PETER DITTMAR

Bis 24. April; Kempen: 1. Mai bis 5. Juni; Kleve: 3. Juli bis 28. August; Moers: Oktober; Katalog: 12 Mark.



In komplizierten Haltungen meisterhaft gestochen: „Phaeton" (1588) von Hendrick Goltzius, aus der Bergisch-Gladbacher Ausstellung

FOTO: KATALOG

JOURNAL

Karajan erhält hohe britische Auszeichnung

AP, London

Der künstlerische Leiter der Berliner Philharmoniker, Herbert von Karajan, wird mit der höchsten britischen Ehrung im Bereich der Musik, der Goldmedaille der Royal Philharmonic Society, ausgezeichnet. Damit wird von Karajan der 70. Empfänger der 1870 erstmals vergebenen Medaille. Sie soll dem Maestro im kommenden Jahr während eines London-Gastspiels der Berliner Philharmoniker übergeben werden.

Deutsche Kunst- und Filmtage in der Bretagne

AFP, Paris

Künstlern aus der Bundesrepublik sind die in diesem Frühjahr zum erstenmal veranstalteten „Kunst- und Filmtage" in der bretonischen Stadt Quimper gewidmet, die vom 22. April bis 1. Mai stattfinden. Das Festival wird mit „Krieg und Frieden" eröffnet, einem Gemeinschaftsfilm von Volker Schlöndorff, Alexander Kluge und Heinrich Böll. In Quimper anwesend sind vor allem die Frauen unter den deutschen Filmern: Margarethe von Trotta, Helma Sanders, Jutta Brückner, Jeannine Meerapfel und Ulrike Öttinger. Die Kunst ist mit vier Ausstellungen deutscher Maler und Photographen vertreten, ferner ist ein deutsch-französisches Bildhauertreffen geplant.

Autorenwettbewerb für Handlungsballette

dpa, Berlin

Die Dresdner Musikfestspiele haben für 1984 einen internationalen Autorenwettbewerb für Handlungsballette ausgeschrieben. Der Wettbewerb will das Entstehen neuerer Handlungsballette fördern, „die den Menschen als schöpferisches Wesen, in seinem Verhältnis zur Gesellschaft und zu den Problemen der Epoche sowie seine Partnerschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt stellen". Angenommen werden nur abgeschlossene Partituren und die dazugehörenden Libretti. Einsendeschluß ist der 31. Januar 1984.

Wettbewerb in memoriam Arthur Rubinstein

Br., Tel Aviv

Bis zum 7. April findet in Tel Aviv der vierte internationale Arthur-Rubinstein-Wettbewerb statt, zu dem sich 49 Kandidaten aus 17 Ländern angemeldet haben. Aus der Bundesrepublik nehmen die Kandidaten Monica Gutman und Michael Korstick teil. Die Preisverteilung und das Gala-Abschlußkonzert der Sieger finden am 11. April in Jerusalem statt.

Geschworene beurteilen Marx-Erbschleicherin

AP, Santa Monica

Die Geschworenen im seit zwei Monaten währenden Prozeß gegen die frühere Pflegerin und Vertraute des 1977 gestorbenen amerikanischen Filmkomikers Groucho Marx, Erin Fleming, haben ihre Beratungen über Schuld oder Unschuld der Angeklagten aufgenommen. Die Bank of America wirft Frau Fleming vor, ihren Einfluß auf den greisen Schauspieler ausgenutzt und sich so in den Besitz von rund einer Million Mark an Bargeld und Geschenken, darunter zwei Häuser und ein Luxuswagen, gebracht zu haben.

Truman-Briefe aus fünfzig Jahren veröffentlicht

AFP, Washington

Harry S. Truman, 33. Präsident der Vereinigten Staaten (1945–1953), hat 1945 den Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan in der Meinung befürwortet, daß damit der Zweite Weltkrieg ein rascheres Ende nehmen würde. Dies geht aus einem Brief hervor, den der Präsident im Juli 1945 von der Potsdamer Konferenz an seine Frau Bess schrieb. Die historisch aufschlußreiche Korrespondenz Trumans mit seiner Frau umfaßt etwa 1300 Briefe von 1910 bis 1953 und ist jetzt im Bundesstaat Missouri veröffentlicht worden.

Georg-Dehio-Preis an Oskar Seidlin

JBB, Esslingen

Der Eichendorff-Forscher Oskar Seidlin erhält den mit 10 000 Mark dotierten Georg-Dehio-Preis der Künstlergilde Esslingen. Seidlin wurde 1911 in Schlesien geboren und lebt jetzt in Bloomington, Indiana. Die Ehrengabe von 4000 Mark geht zu gleichen Teilen an Roland Vetter aus Mainz und Sebastian Leicht aus Passau. Den Förderpreis in Höhe von 4000 Mark erhält Paul Praxl. Die Verleihung findet am 6. Mai in Esslingen statt.

Vesuv: Skelette bezeugen Schrecken des Ausbruchs

AFP, Neapel

Das bisher präziseste Bild jener Schreckenstage im August des Jahres 79 n. Chr., an dem der Ausbruch des Vesuvs die Verschüttung der blühenden Ebene von Neapel verursachte, haben die vor zehn Monaten im antiken Herculaneum gefundenen Skelette vermittelt. Das Entsetzen und der Schrecken der letzten ohnmächtigen Fluchtversuche lassen sich einwandfrei an den Lagen der Knochen ablesen. Nach Laboruntersuchungen in den Vereinigten Staaten sind die Skelette von 20 Männern, sechs Frauen, zehn Kindern und zehn Tieren jetzt nach Italien zurückgekehrt.

Viele Fragen nach dem Drama von Gauting

Polizist erschoß 14jährigen / Staatsanwaltschaft ermittelt

PETER SCHMALZ, **München**

Auf dem Rasen steht ein schlichter Tisch, darauf ein kleines Altarkreuz und Sakralgeräte. Der evangelische Pfarrer Jürgen Merkl hebt beide Hände gen Himmel und bittet um Gerechtigkeit. Sein katholischer Amtsbruder Christoph Haberl neben ihm faltet die Hände zum Gebet. Viele der jugendlichen Teilnehmer dieser improvisierten Messe weinen. Sie stehen vor dem Jugendzentrum in Gauting an der Stelle, an der Stunden zuvor ein 14jähriger Hauptschüler von einer Polizeikugel tödlich getroffen wurde. Der Todesschütze hatte den schmächtigen Jürgen Bergbauer für einen Einbrecher gehalten.

„Eine unglaubliche Geschichte", meint der Münchner Oberstaatsanwalt Heinz Schmidt. „Wir sind tief betroffen", sagt Alfons Metzger vom bayerischen Innenministerium. Noch ist nicht zweifelsfrei geklärt, warum ein Zivilfahnder des mittleren Dienstes, der als erfahrener Polizeibeamter gilt, gezielt auf den unbewaffneten Jungen geschossen hat. Der Schütze steht unter einem Schock und verweigert die Aussage.

Jürgen Bergbauer, der von seinen Freunden als „lustiger, origineller Spezi, dem immer was einfiel", beschrieben wird, hatte am Samstagabend im Elternhaus eines Freundes gefeiert. Um 22 Uhr sollte er bei seiner Mutter zu Hause sein, doch erst eine halbe Stunde vor Mitternacht verließ er die Party. Ein 17jähriger brachte ihn mit dem Moped heim, aber Jürgen ging heimlich hinüber zum knapp 200 Meter entfernten Jugendzentrum, wo er oft als fast unschlagbarer Billardspieler brilliert hatte.

Wollte der Junge in dem Heim übernachten, weil er Angst vor der Mutter hatte? Oder hatte er einen anderen Grund, in das Heim einzudringen? Fragen, auf die es keine Antwort mehr geben wird. Sicher aber ist, daß der Schüler sterben mußte, weil der Münchner Nobelvorort Gauting eine Einbruchsserie erlebt und die Polizei sich deshalb zum Sondereinsatz entschlossen hatte. 25 Zivilbeamte lagen in dieser Nacht auf der Lauer, drei davon hielten Wache bei einem ebenfalls schon bestohlenen Radiogeschäft auf dem Nachbargrundstück des Jugendzentrums.

Sie sahen nach Mitternacht eine Gestalt im Hinterhof des Zentrums verschwinden und hörten wenig später das Klirren einer Fensterscheibe. Wie sich später herausstellte, hatte Jürgen die Scheibe zerschlagen und war ins Haus eingestiegen.

Die drei Beamten liefen getrennt ums Haus. Über das weitere Geschehen liegen nur spärliche Aussagen vor, da der Schütze schweigt. Oberstaatsanwalt Schmidt, der gegen den Beamten wegen Totschlagsverdacht ermittelt: „Ein Beamter sah plötzlich den Feuerschein." Es waren die drei Schüsse seines Kollegen, der offenbar ohne Warnung abgedrückt hat. Schmidt: „Es wurden keine Stimmen gehört." Ein Schuß drang in die Außenwand, zwei Projektile durchschlugen die Scheibe des Parterrefensters, hinter dem Jürgen stand. Der tödliche Schuß streifte das Fensterkreuz und traf den Jungen am rechten Auge. Jürgen war sofort tot.

Jürgens Mutter erfuhr die schreckliche Nachricht von Jürgens Freunden. Die Polizei meldete sich erst 14 Stunden später.

Empörte und verzweifelte Jugendliche sammelten sich um den Tatort, Kerzen wurden aufgestellt, Polizeifahrzeuge mit Pfiffen und Buhrufen empfangen. Seit Sonntag nachmittag hängt an dem Jugendzentrum eine schwarze Fahne zum Gedenken an Jürgen.

Innerhalb kurzer Zeit ist dies der dritte Fall in der Bundesrepublik, bei dem die Polizei einen unbewaffneten jungen Mann erschießt. In Hamburg hatte ein Zivilfahnder einen 18jährigen beim Abführen durch einen Kopfschuß getötet, in Augsburg wurde ein 19jähriger Banklehrling nach einer wilden Hetzjagd durch die Stadt gestellt. Die Kugel aus einer Maschinenpistole drang durch Kofferraum und Sitze in seinen Rücken.



Das Bild makelloser Traumstrände trügt. Auch in der Karibik tickt eine Zeitbombe. Nach Jahrzehnten der Lässigkeit droht der exotischen See nun eine Umweltkatastrophe. FOTO: DPA

Ein tropisches Paradies wird zur Kloake

Die Karibik treibt einer Umweltkatastrophe entgegen / In letzter Minute soll nun eine „Konvention" der Anrainer helfen

RALF PETER LAUCK, **Cartagena**

Beim Stichwort Karibik denken Touristen und solche, die es werden wollen an Kokospalmen, weiße Strände und kristallklares Wasser. Einwohner und Experten denken an ganz anderes: Eine der paradisischsten Gegenden dieser Erde treibt mit Volldampf in eine Umweltkatastrophe. Am 24. März treffen sich die Vertreter von 27 Staaten, um in Cartagena/Kolumbien einen Vertrag zu unterzeichnen, der den Verfall der Paradieses aufhalten soll.

Für viele ist aber auch die „Konvention von Cartagena" nur ein hilfloser Versuch zu retten, was längst verloren ist. Daß überhaupt seine Initiative ergriffen wurde, ist dem quirligen Jugoslawen Stjepan Keckes zu verdanken. Der Meeresbiologe wurde 1974 Chef der Sektion „Regionale Ozeane", Teil eines UNO-Umweltfragmentprogrammes.

Als Keckes damals seinen Job antrat, prophezeite man ihm einen Kampf gegen Windmühlenflügel. Niemand war bereit auch nur einen Penny zu wetten, daß er all die verschiedenen Anrainerstaaten mit ihren so unterschiedlichen Problemen an einen Tisch bekommen würde. Doch Keckes schaffte es. Er flog von einer Seite des Ozeans auf die andere, immer in einem Wettlauf gegen die Uhr.

Der Kampf gegen die Windmühlen wurde zu einer Pokerpartie, bei der es galt, Länder mit den gegensätzlichsten Interessen davon zu überzeugen, daß nur gemeinsame Anstrengungen die Karibische See retten können. Die Wellen keines anderen Meeres laufen an so unterschiedlichen Stränden auf, wie in der Karibik. Da sind im Norden die US-Staaten Texas und Louisiana mit einem eher mäßigen Interesse an dem exotischen Gewässer. Im Süden liegen Guyana und Surinam, die Ärmsten unter den Armen. Dazwischen das von Guerrilleros aufgewühlte Zentralamerika, das wiederum eingerahmt ist von zwei Nationen, die sich vom Öl ihren Eintritt in den Club der Reichen versprachen: Mexiko und Venezuela. Gegenüber liegen, aufgereiht wie eine Perlenkette, eine Vielzahl von Inseln, auf deren zum Teil das Aufeinandertreffen von reichen Touristen und armer Bevölkerung zu immensen sozialen Spannungen führt. Dazu kommen häufig genug tobende Stürme und schwere Erdbeben.

Hauptproblem ist das Öl

Immerhin bis 1976 schaffte es Keckes diesen Staaten ihre gemeinsamen Interessen klar zu machen. 1981 einigte man sich auf einen Aktionsplan, der jetzt als Konvention unterzeichnet werden soll. Frankreich, das für die Antillen und Guyana spricht, erklärte sich bereit einen großen Teil der Kosten zu tragen.

Beim Kampf gegen die Meeresverschmutzung haben die Saubermänner der Karibik vor allem das Erdöl im Visier. Zu einem Trauma für die Region wurde die Katastrophe von „Ixtoc I". Im Juni '79 explodierte die Ölbohrinsel, 80 Kilometer vor der mexikanischen Küste im Golf von Mexiko gelegen. Mehr als zehn Monate dauerte es, bis das Bohrloch im Meeresboden geschlossen werden konnte. In dieser Zeit gingen schätzungsweise mehr als 500 000 Tonnen Erdöl ab. Experten errechneten, daß etwa 15 000 Quadratkilometer vom Öl verseucht wurden.

Eben jene Experten wollen auch heute ein zweites Ixtoc-Unglück nicht ausschließen. Im Gegenteil: Die Karibik ist dabei, eines der größten Erdölzentren der Welt zu werden. Außer Mexiko und Venezuela, Texas und Louisiana gehören heute auch Trinidad und Tobago zu den großen erdölproduzierenden Ländern. Aber auch in Guatemala, Honduras, Surinam, Guyana, der Dominikanischen Republik, ja selbst auf Kuba und Jamaika sind die Prospektoren optimistisch. Zusätzliche Gefahren für das Meer gehen von einer Armada von Supertankern aus, die die Karibik täglich in allen Richtungen durchkreuzen.

Doch das Öl ist nicht das einzige Problem von Stjepan Keckes. Die Länder der Karibik entwickelten sich auch zu einer der dichtest bevölkerten Gegenden der Erde. So drängeln sich etwa 1488 Menschen auf jedem der heißbegehrten Quadratkilometer der Bahamas. (Bundesrepublik: 248, Frankreich: 99) Immer mehr von diesen Menschen flüchten sich vom Land in die großen Städte, in der Hoffnung auf ein besseres Auskommen. Die Infrastrukturmaßnahmen in den Ballungszentren konnten mit dem rapiden Anwachsen der Bevölkerung nicht Schritt halten – und wo er überläuft, wird der Zivilisationsmüll ins Meer geleitet.

Gefahr durch Chemikalien

Die Landwirtschaft tut ein Übriges. Hunderttausende Tonnen von Düngemitteln und Insektiziden, die in Europa und den Vereinigten Staaten zum großen Teil längst verboten sind, werden hier über die Ernte gesprüht und in den Boden gepumpt, weil nur eines zählt: der Ertrag. Und da machen inmitten des kapitalistischen Umfeldes auch die Kollektivisten Kubas keine Ausnahme: Die Insel schluckt jährlich 200 000 Tonnen Phosphat und 50 000 Tonnen Nitrate.

Großfeuer wütete im Deutschen Museum

AP, München

Ein Großfeuer hat gestern morgen das Deutsche Museum in München, eines der größten technischen Museen der Welt, verwüstet. Nach Mitteilung der Münchner Branddirektion wurde die im Keller des Museums gelegene Schiffbauabteilung besonders stark betroffen. Der Schaden an wertvollen Exponaten sei nicht abzusehen, hieß es. Der Gebäudeschaden allein wird auf mehr als eineinhalb Millionen Mark geschätzt. Unersetzliche Exponate wurden vernichtet, darunter zahlreiche Schiffsmodelle in Vitrinen. Die Hitzeentwicklung in der Schiffbauabteilung war so groß, daß sich die Decke um 20 Zentimeter nach oben schob. In der über der Schiffbauabteilung gelegenen Abteilung für Windmaschinen entstand ebenfalls großer Schaden. Durch Verrußung wurden auch umliegende Abteilungen des Deutschen Museums betroffen. Die benachbarte Bergwerksabteilung im Keller blieb unversehrt. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt. Ein Passant hatte aus dem Gebäude aufsteigenden Rauch bemerkt und die Wachmänner des Museums alarmiert.

Bulgarien druckt Bibeln

rtr, Wien

In Bulgarien ist zum ersten Mal seit 1925 die Bibel wieder gedruckt worden, meldete die Nachrichtenagentur des Landes. Die Auflage von 27 500 Exemplaren soll bereits vergriffen sein.

Drei Tote bei Schiffsexplosion

AP, Paris

Eine Explosion auf einem Schiff des französischen Bauunternehmens Bougues vor der Küste Kongos hat mindestens drei Tote und 32 Verletzte gefordert. Zehn Arbeiter werden noch vermißt. Das Schiff war für den Bau einer Ölbohrinsel eingesetzt. Ursache war offenbar ein plötzlicher Gasausbruch.

Ölalarm vor Kuwait

AP, Kuwait

Die kuwaitischen Behörden sind gestern dem Beispiel der Nachbarstaaten gefolgt und haben angesichts einer drohenden Ölpest für den Küstenbereich den Alarmzustand ausgerufen. Flugzeuge überwachen die kuwaitischen Küstengewässer künftig auf Ölspuren.

Einreise erleichtert

dpa, Djakarta

Touristen aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft können künftig mit einem direkt bei der Ankunft ausgestellten einfachen Besuchervisum nach Indonesien einreisen und zwei Monate dort bleiben. Die neue Regelung wurde gestern von der neugeschaffenen Tourismusbehörde des Landes bekanntgegeben.

F-16 abgestürzt

dpa, Hannover

Ein britischer Düsenjäger vom Typ F-16 ist gestern in der Nähe von Soltau in der Lüneburger Heide abgestürzt. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten und wurde nicht verletzt. Der Düsenjäger riß eine Schneise in den Wald und fiel neben eine Müllkippe.

Mutter lieferte Sohn aus

K. P. Wien

Verhaften konnte die Polizei in Wien den Mann, der in der vergangenen Woche in der Damentoilette der U-Bahn einem elfjährigen Mädchen mit einem Beil zwei Finger an jeder Hand abgehackt hatte. Die Mutter des 30jährigen meldete sich bei der Polizei, nachdem sie ihn auf einem Phantombild erkannt hatte.

Wieder Pferd entführt

AFP, Argentan

Der ehemalige Traber „Hurgo" ist aus dem Gestüt Cruchettes im französischen Departement Orne entführt worden. Das Pferd, das jetzt als Zuchthengst mehr als eine Million Mark im Jahr einbringt, war für die Dauer eines Rechtsstreits zwischen seinem früheren und dem jetzigen Besitzer in dem Gestüt untergebracht worden.



LEUTE HEUTE

„Feuert die Queen"

Die Tage der britischen Königin **Elizabeth II.** sind gezählt – wenn es nach dem Willen des Ortsvereins Colchester der englischen Jungsozialisten geht. Auf dem nächsten Parteitag der Jugendorganisation der Labour Party wollen die Mannen beantragen, die „Monarchie zu feuern".

Erster Schritt

Rein theoretisch könnte eine 22jährige Börsenmaklergehilfin aus England Königin von Tunesien werden. Den ersten Schritt jedenfalls erledigte **Caroline Mackenzie**, als sie am Wochenende den tunesischen Ex-König **Rechad al Mahdi** (35) heiratete. Der heute als Börsenmakler in London lebende al Mahdi hatte sich noch als Zehnjähriger selber zum König gekrönt.

Reiseglück

Ein gutes Ende fand die Reise des Segelfanatikers **Wayne Dikkinson** aus den USA. Der 39jährige war vor viereinhalb Monaten mit einem badewannengroßen Boot zu einer Atlantik-Überquerung gestartet und galt seit Wochen als tot. Am Wochenende wurde er eher tot als lebendig auf eine einsame Insel vor der Nordwestküste Irlands gespült.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Hinter einer nach Osten abziehenden Kaltfront strömt Meeresluft polaren Ursprungs nach Mitteleuropa.

Deutscher Wetterdienst 21. März 1983, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: In Süddeutschland noch bedeckt und zum Teil länger anhaltender Regen. Sonst wechselnd wolkig und wiederholt Schauer, teilweise auch mit Graupeln vermischt. Im Mittelgebirgsraum Schneefall. Nachmittagstemperaturen um 7 Grad. Nachts Abkühlung auf 2 Grad. Frischer bis starker Westwind mit stürmischen Böen.

Weitere Aussichten:
Unbeständig und kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	19°
Bonn	9°	Kopenh.	8°
Dresden	10°	Las Palmas	18°
Essen	8°	London	9°
Frankfurt	11°	Madrid	16°
Hamburg	8°	Mailand	14°
List/Sylt	6°	Mallorca	24°
München	11°	Moskau	2°
Stuttgart	11°	Nizza	12°
Algier	24°	Oslo	1°
Amsterdam	7°	Paris	10°
Athen	15°	Prag	10°
Barcelona	18°	Rom	12°
Brüssel	8°	Stockholm	0°
Budapest	14°	Tel Aviv	18°
Bukarest	16°	Tunis	18°
Helsinki	1°	Wien	14°
Istanbul	7°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* **am Mittwoch:** 6.20 Uhr, Untergang: 18.39 Uhr; **Mondaufgang:** 11.26 Uhr, Untergang: 3.41 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Sechzehnjährige wollen ans Steuer

In Frankreich regt sich Widerstand dagegen, das Mindestalter für Fahranfänger zu senken

CONSTANCE GUTACKER, **Paris**

Staub hat in Frankreich die Idee aufgewirbelt, in Zukunft auch schon 16jährige ans Steuer zu lassen. Momentan ist der Plan zwar noch nicht gesetzesreif, aber die Regierung hat mehrere Kommissionen eingesetzt, die ihn abklopfen sollen. Und in Paris glaubt man heute schon, daß die Herabsetzung des Mindestalters kommt – allerdings mit zwei Einschränkungen: Die jungen Verkehrsteilnehmer dürfen nur in Begleitung Erwachsener selbst chauffieren und sie müssen die verkehrsreichen langen Wochenenden sowie den kollektiven Start in die Ferien meiden.

Einschneidende Veränderungen in den Bestimmungen des Straßenverkehrs werden in Frankreich meist von einer Welle heftigen Protestes begleitet. So war es, als den Franzosen mit den „codes en ville" plötzlich abverlangt wurde, auch in Innenstädten das Abblendlicht einzuschalten. Ein Aufschrei der Entrüstung ging ebenfalls durch die Nation, als nach dem allgemeinen Tempolimit die Höchstgeschwindigkeit bei Regen auch noch auf 80 (110 auf Autobahnen) Stundenkilometer gestutzt wurde.

Solange die Frage, ob die Youngster sich auch schon auf den Fahrersitz schwingen dürfen, noch mehr theoretisch behandelt wird, bleiben die Reaktionen zwar gemäßigt, insgesamt aber eher negativ. So erklärte ein Sprecher des Dachverbandes der Versicherer, daß die Assekuranzen das versicherten, was man ihnen auftrage. Die Zukunft werde eben zeigen, was es koste. Man könne vielleicht die Statistik der Fahranfänger heranziehen, um einen Eindruck zu bekommen. Diese ist verheerend. Danach verursachen Anfänger in Frankreich etwa viereinhalb Mal so viele Unfälle wie erfahrenere Autofahrer.

Zweifel an den neuen Plänen hat man auch bei den Automobilclubs. Hier sieht man jedoch eine andere Gefahr. Charles Allante, Sprecher der „Association française des automobilistes" bringt es auf einen schlichten Nenner: „Die Anfänger sind immer nur so gut, wie die Erwachsenen, die sie begleiten." Und da hat Allante seine Zweifel. Gerade die Verkehrsprofis hätten jeden Tag Gelegenheit zu beobachten, wieviele Autofahrer immer wieder kraß gegen alle möglichen Regeln verstießen: „Solche Leute können kaum richtiges Verhalten am Steuer weitergeben." Hinzu kommt, daß in Frankreich vor der Fahrprüfung nicht zwangsläufig die Fahrschule besucht werden muß. Fahren lernen kann der Anfänger auch privat, er muß nur seine Prüfung vor einer staatlichen Kommission ablegen.

Vom medizinischen Standpunkt aus hat der Psychiater Edmond Guillibert vom bekannten „Hôpital Necker" jedoch kaum Bedenken. Bei der Frage 16 oder 18 komme es letztlich nicht auf das Alter, sondern auf die Reife an. „Bei jüngeren Menschen sind bekanntermaßen auch die Reflexe und Reaktionen besser als bei älteren", sieht er auch einen Vorteil in der Herabsetzung der Altersgrenze. Voraussetzung sei allerdings genügend Praxis in der technischen Beherrschung des Fahrzeugs und davon könne man heute bei den jungen Leuten schon früher ausgehen.

Kaum einen Grund, sich gegen die Pläne der Regierung zu stemmen, haben die Fahrschulen des Landes. Das Gesetz, wenn es denn eines würde, bescherte den Straßen Frankreichs zumindest theoretisch rund eineinhalb Millionen mehr Autofahrer.

Schauerliches aus dem Foltermuseum

rtr, London

Die Speisen, die dem Touristen im Restaurant von Madame Tussaud's Wachsfiguren-Kabinett angeboten werden, sind „einfach ein Skandal". So jedenfalls beurteilt sie Egon Ronay, Meisterkoch und Großbritanniens oberste Instanz in Sachen „Feinschmeckerei".

In seinem jüngsten Bericht, dem britische Restaurants alljährlich mit Zittern entgegensehen, holt er denn auch wieder zum Rundumschlag gegen die Londoner Küche aus. Sie sei ein Witz, über den die ganze Welt lache. Nur zwei der 38 wichtigsten Attraktionen der britischen Metropole treffen seinen Geschmack: die National Gallery am Trafalgar Square und die Tate Gallery an der Themse. Der Rest leiste „nur Schäbiges".

Dazu gehöre unbedingt auch das Zoo Café; und das Steak, das er im London Dungeon, dem Foltermuseum aus dem Mittelalter, zu sich genommen habe, übertreffe an „Schauerlichem alles, was er im Museum gesehen" habe. Aber der Tiefpunkt war auch das noch nicht. „Ekelhaft" nämlich war die Pastete im Britischen Museum und eine „echte Schande", was ihm bei Madame Tussaud aufgetischt wurde.

ZU GUTER LETZT

„Kopf hoch, FC Bayern München. Tröstet Euch mit Euren Alfa Romeos." Anzeige eines Münchener Autohändlers nach dem 1:1 von Bayern München gegen den Tabellen-Zehnten Eintracht Braunschweig.

